

# WIRTSCHAFT UND STATISTIK

• Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte • Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten • Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung • Entlastungseffekte in der Intrahandelsstatistik • Umsätze und ihre Besteuerung • LEBEN IN EUROPA • Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 2005 • Preise



**9/2008**

**Statistisches Bundesamt**

<b>Inhalt</b>		<b>Seite</b>
	Kurznachrichten	721
<b>Textteil</b>		
<i>Dr. Norbert R�ath, Albert Braakmann</i>	Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2008	735
<i>Sebastian Czajka, Dr. Sabine Mohr</i>	Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten	764
<i>Stefan P. Rübenach, Julia Weinmann</i>	Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung	772
<i>Dr. Susanne Meyer</i>	Entlastungseffekte in der Intrahandelsstatistik durch vereinfachte Mengenangaben	784
<i>Stefan Dittrich</i>	Umsätze und ihre Besteuerung 2006	790
<i>Silvia Deckl</i>	LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006	796
<i>Hubert Vorholt</i>	Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 2005	808
<i>Karsten Sandhop</i>	Preise im August 2008	823
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	829
<b>Tabellenteil</b>		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

<b>Contents</b>		<b>Page</b>
News in brief		721
<b>Texts</b>		
<i>Dr. Norbert R�ath, Albert Braakmann</i>	Gross domestic product in the first half of 2008	735
<i>Sebastian Czajka, Dr. Sabine Mohr</i>	Information and communication technologies in households	764
<i>Stefan P. Rübenach, Julia Weinmann</i>	Households and ways of life of the population	772
<i>Dr. Susanne Meyer</i>	Reduced response burden in intra-Community trade statistics due to simplified quantity data	784
<i>Stefan Dittrich</i>	Turnover and its taxation 2006	790
<i>Silvia Deckl</i>	EU-SILC (LEBEN IN EUROPA) 2005 and 2006	796
<i>Hubert Vorholt</i>	New computation of construction price indices on base 2005	808
<i>Karsten Sandhop</i>	Prices in August 2008	823
List of the contributions published in the current year		829
<b>Tables</b>		
Summary		1*
Monthly statistical figures		2*
<b>Table des matières</b>		<b>Pages</b>
Informations sommaires		721
<b>Textes</b>		
<i>Dr. Norbert R�ath, Albert Braakmann</i>	Produit intérieur brut au premier semestre de 2008	735
<i>Sebastian Czajka, Dr. Sabine Mohr</i>	Technologies d'information et de communication dans les ménages priv�es	764
<i>Stefan P. R�ubenach, Julia Weinmann</i>	Ménages et formes de vie de la population	772
<i>Dr. Susanne Meyer</i>	Réduction de la charge de réponse dans la statistique du commerce intra-communautaire par les données de quantité simplifiées	784
<i>Stefan Dittrich</i>	Chiffre d'affaires et son imposition en 2006	790
<i>Silvia Deckl</i>	EU-SILC (LEBEN IN EUROPA) 2005 et 2006	796
<i>Hubert Vorholt</i>	Nouveau calcul des indices du prix des bâtiments sur base 2005	808
<i>Karsten Sandhop</i>	Prix en août 2008	823
Liste des contributions publi�es dans l'année en cours		829
<b>Tableaux</b>		
Résumé		1*
Chiffres statistiques mensuels		2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se r ef erent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se r ef erent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

# Kurznachrichten

## Trauer um Präsidentin a. D. Dr. Hildegard Bartels

Am 16. September 2008 starb in Wiesbaden im Alter von 93 Jahren die ehemalige Präsidentin des Statistischen Bundesamtes und langjährige Schriftleiterin dieser Zeitschrift, Frau Dr. Hildegard Bartels.

Ihre Verdienste beim Wiederaufbau der amtlichen Statistik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und bei der Entwicklung des statistischen Programms zu einem umfassenden Gesamtbild der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Verhältnisse haben Frau Dr. Bartels zu einer der großen Persönlichkeiten der amtlichen Statistik in Deutschland gemacht. Untrennbar verbunden ist ihr Name mit dem Aufbau des deutschen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Die wissenschaftlichen Leistungen von Frau Dr. Bartels, die national wie international der deutschen Statistik zu hohem Ansehen verholfen haben, und die Fähigkeit, eine so große Behörde wie das Statistische Bundesamt erfolgreich zu leiten, sind schon oft und ausführlich gewürdigt worden<sup>1)</sup>, nicht zuletzt durch die Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und des Großen Goldenen Ehrenzeichens der Republik Österreich.

34 Jahre lang – von ihrem Eintritt in das damals von Herrn Dr. Gerhard Fürst geleitete Hessische Statistische Landesamt Anfang 1946 bis zu ihrem Abschied als Präsidentin des Statistischen Bundesamtes am 15. Januar 1980 – stand das Leben von Frau Dr. Bartels ganz im Dienst der amtlichen Statistik. Im Hessischen Statistischen Landesamt war Frau Dr. Bartels zunächst für die Mitte 1946 durchgeführte erste Wohnungszählung nach dem Krieg verantwortlich. 1947 wurde sie mit der Leitung der Abteilung Finanzstatistik betraut. 1948 wechselte Frau Dr. Bartels in das neu gegründete Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, aus dem später das Statistische Bundesamt hervorging. Als Leiterin der Abteilung für Grundsatz- und Querschnittsaufgaben der Statistik, zu der auch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gehörten, nahm Frau Dr. Bartels hier sofort eine Schlüsselposition ein. 1967 wurde sie zur Vizepräsidentin berufen. Fünf Jahre später, 1972, wurde Frau Dr. Bartels mit ihrer Ernennung zur Präsidentin des Statistischen Bundesamtes als erster Frau im früheren Bundesgebiet die Leitung einer Bundesoberbehörde übertragen.

Die Zeit, in der Frau Dr. Bartels das Statistische Bundesamt leitete, war geprägt durch die Neuordnung wichtiger Statistikbereiche, wie der Agrarstatistiken, der Statistiken des Produzierenden Gewerbes, der Handels- und Gastgewerbestatistiken und der Finanzstatistiken, durch den Ausbau der Erwerbstätigkeitsstatistiken und der Statistiken des Bildungswesens und die Einführung neuer Statistiken, wie der

1) Zum Beispiel in den Reden anlässlich der Verabschiedung von Frau Dr. Bartels aus dem Amt als Präsidentin des Statistischen Bundesamtes am 15. Januar 1980, in der Würdigung, die Dr. Gerhard Fürst zum 70. Geburtstag im „Allgemeinen Statistischen Archiv“ (1984, S. 426 ff.) verfasst hat, in den Festschriften des Statistischen Bundesamtes zum 70. und 80. Geburtstag von Frau Dr. Bartels „Bundesstatistik in Kontinuität und Wandel“ und „Statistik 2000 – Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik“, die in der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Band 1 (mit einem Verzeichnis ausgewählter Veröffentlichungen von Frau Dr. Bartels) bzw. Band 27 erschienen sind, sowie in der Festschrift zum 90. Geburtstag „Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland – Von der Vision zur Realität“.

Umweltstatistiken oder der Behinderten- und Rehabilitationsstatistiken. Das besondere Gespür von Frau Dr. Bartels für neue Anforderungen und Möglichkeiten zeigte sich auch bei der Verbesserung der Methoden und Verfahren der Bundesstatistik. Als Beispiele sind hier der verstärkte Einsatz von Stichprobenverfahren und der Aufbau des Statistischen Informationssystems des Bundes zu nennen.

Parallel zu den Arbeiten an der Weiterentwicklung der Statistik engagierte sich Frau Dr. Bartels ab Mitte der 1970er-Jahre bei der Rationalisierung der statistischen Arbeit und der Konsolidierung des statistischen Programms. Der Präsident des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung nahm in zwei Gutachten zu Rationalisierungsmöglichkeiten und zu Organisation und Personallage des Statistischen Bundesamtes Stellung. Der Abteilungsleitersausschuss Statistik überprüfte das Aufgabenprogramm der Statistik auf dessen Notwendigkeit als politische Entscheidungsgrundlage. Das Ergebnis dieser langjährigen intensiven Arbeit hat sich im Statistikbereinigungsgesetz von 1980 sowie in der Aufstellung eines mittelfristigen Statistikprogramms niedergeschlagen. Teil dieses Programms war auch eine für 1981 geplante Volkszählung, der Gesetzentwurf befand sich am Ende der Amtszeit von Frau Dr. Bartels in parlamentarischer Beratung. Es sollte dann aber noch bis 1987 dauern, bis das Volkszählungsgesetz alle parlamentarischen und juristischen Hürden genommen hatte und die Zählung stattfinden konnte.

Besonders wichtig war es Frau Dr. Bartels, dass im Programm der Bundesstatistik nicht nur die statistischen Anforderungen des Bundes berücksichtigt wurden, sondern auch der Informationsbedarf der Länder, der an der politischen Willensbildung beteiligten Gruppen, der Wirtschaft, der Wissenschaft und Forschung und nicht zuletzt der breiten Öffentlichkeit. Bei der Neufassung des Bundesstatistikgesetzes, die Frau Dr. Bartels besonders am Herzen lag, im Jahr 1980 wurde dieser umfassende Informationsauftrag der Bundesstatistik erstmals in einer Art „Präambel“ zur Begründung des Gesetzentwurfs konkretisiert. Die Regelungen zum materiellen und zum Organisations- und Verfahrensrecht der Bundesstatistik in diesem „Grundgesetz“ der amtlichen Statistik lassen noch heute die Handschrift von Frau Dr. Bartels erkennen. Bereits an der ersten Rechtsnorm für eine bundesweite Statistik, dem im Jahr 1948 verabschiedeten Gesetz über die Errichtung eines Statistischen Amtes des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und Vorläufer des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke aus dem Jahr 1953, hatte Frau Dr. Bartels maßgeblich mitgearbeitet.

Schon im Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes hatte Frau Dr. Bartels bereits erste Überlegungen in den Vereinigten Staaten zur Messung des Sozialprodukts aufgegriffen. Bis 1960 entwickelte sie mit einer Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes ein umfassendes Kontensystem für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland. Erst dreißig Jahre später sahen die internationalen Empfehlungen in dem von den Vereinten Nationen verabschiedeten System of National Accounts (SNA 1993) ein ähnlich umfassendes Kontensystem vor. In den 1960er- und 1970er-Jahren wurden die Volkswirtschaftlichen Gesamt-

rechnungen für Zwecke der Konjunkturbeobachtung und der Strukturberichterstattung zielstrebig weiter ausgebaut.

Dass die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu einem heute nicht mehr wegzudenkenden Instrument der Wirtschaftsbeobachtung geworden sind, ist vor allem der Leistung von Frau Dr. Bartels zu verdanken. Außer als Grundlage für die Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik im Allgemeinen werden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen u. a. für die Jahreswirtschaftsberichte der Bundesregierung, die Berichte des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Steuervorausschätzungen und die mittelfristige Finanzplanung herangezogen. Darüber hinaus dienen sie der Berechnung der Eigenmittel der Europäischen Union sowie der Festlegung der EU-Förderregionen und liefern Unterlagen für die Berechnung der Finanzbeiträge an internationale Organisationen.

Im europäischen Einigungsprozess und insbesondere mit der Schaffung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion hat ihre Bedeutung weiter zugenommen. Für die Berechnung des gesamtwirtschaftlichen Defizits im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspaktes müssen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Ergebnisse der nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ab April 1999 nach den Definitionen des revidierten ESVG 1995 ermitteln. Mit dem Übergang auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen musste das eigenständige deutsche System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen aufgegeben werden.

Der Öffentlichkeit war Frau Dr. Bartels auch als Bundeswahlleiterin bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 und bei den Europawahlen 1979 bekannt. In der Deutschen Statistischen Gesellschaft war Frau Dr. Bartels viele Jahre lang Vorstandsmitglied und führte von 1976 bis 1980 den Vorsitz. Zahlreiche weitere deutsche und internationale wissenschaftliche Vereine und Institute haben stets ihre Mitarbeit gesucht.

Trotz ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen hat Frau Dr. Bartels nach ihrer Pensionierung die Geschicke der amtlichen Statistik und des Statistischen Bundesamtes noch mit Interesse verfolgt; auch dieser Zeitschrift ist sie als Leserin treu geblieben.

In den Herzen aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Statistischen Bundesamtes, die Frau Dr. Bartels ein Stück auf ihrem Lebens- und Berufsweg begleiten durften, werden ihre Persönlichkeit und ihr Wirken in Erinnerung bleiben. Wir haben ein großes Vorbild verloren.

## In eigener Sache

### Bürokratieabbau: Bürgerbefragung beginnt

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Regierungsprogramm verpflichtet, die Bürokratiekosten für Unternehmen,

Bürger und Verwaltung messbar zu senken und neue unnötige Pflichten zu vermeiden. Bis Ende 2011 soll die gegenwärtige Bürokratiebelastung um 25 % reduziert werden. Die Messung des Bereichs Wirtschaft steht kurz vor dem Abschluss, zahlreiche Vereinfachungen wurden bereits initiiert. Nun beginnt das mit der Umsetzung der Messung und der Beratung der staatlichen Stellen betraute Statistische Bundesamt mit Interviews von befragungsbereiten Bürgerinnen und Bürgern.

Welchen Aufwand haben Bürgerinnen und Bürger bei Behördengängen? Wie lange dauert das Ausfüllen eines Antrags? Was empfinden sie als besonders belastend an der Bürokratie? Hierzu wird das Statistische Bundesamt in den nächsten Monaten Bürgerinnen und Bürger befragen.

Staatsministerin Hildegard Müller, die Koordinatorin des Programms „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“, hat sich als erste Teilnehmerin den Fragen gestellt. Dabei ging es um ein Thema, das wohl jeder kennt: die Beantragung eines Reisepasses. Mit der Befragung beginnt eine weitere Phase des Programms, mit dem die Bundesregierung die bürokratischen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger ermittelt, um zielgerichtet vereinfachen und die Gesetzgebung bürgerfreundlich verbessern zu können.

Politik braucht verlässliche Zahlen. Dafür leistet das Statistische Bundesamt als kompetenter und unabhängiger Partner Unterstützung. Die Interviews mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sind telefonisch, online, schriftlich oder auch persönlich möglich; für eine Teilnahme an den Befragungen können sich Interessierte über den kostenlosen Telefondienst des Statistischen Bundesamtes anmelden (08 00/66 48 04 99) oder sich online auf der Internetseite ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)) unter dem Stichwort „Bürokratie abbauen – Machen Sie mit!“ registrieren.

## Aus aller Welt

### Deutsch-chinesisches Projekt „Statistische Gesetzgebung“ erfolgreich abgeschlossen

Das zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Nationalen Statistikamt der Volksrepublik China von 2006 bis 2008 durchgeführte Projekt zum Thema „Statistische Gesetzgebung“ wurde mit der letzten Konsultation deutscher Experten in der Volksrepublik China vom 16. bis 23. August 2008 erfolgreich abgeschlossen.

Ziel des Projekts war es, mit deutscher Unterstützung das chinesische Statistikgesetz von 1995 zu novellieren, um den Anforderungen an ein modernes Statistikgesetz gerecht zu werden.

Während der Projektlaufzeit fanden drei Studienaufenthalte chinesischer Rechtsexperten in Deutschland und drei Beratungseinsätze deutscher Fachleute in der Volksrepublik China statt.

Schwerpunkte der beiderseitigen Konsultationen waren u. a. das Gesetzgebungsverfahren in Deutschland, die Grundprinzipien der amtlichen Statistik sowie die Regelungen des Bundesstatistikgesetzes, insbesondere die Bestimmungen über die statistische Geheimhaltung, die Auskunftspflicht und die Durchführung von Ordnungswidrigkeitenverfahren.

Darüber hinaus wurden den chinesischen Kolleginnen und Kollegen der Inhalt und die Anwendung weiterer statistischer Rechtsvorschriften vorgestellt. Die Experten des Statistischen Bundesamtes referierten dabei u. a. über das Mikrozensusgesetz, das Unternehmensregister sowie das Verwaltungsdatenverwendungsgesetz. Als weitere Themen wurden das Europäische Statistische System und die Verordnung über die Gemeinschaftsstatistik behandelt.

Kollegen des Hessischen Statistischen Landesamtes erläuterten den chinesischen Experten die Durchführung eines Statistikgesetzes auf Landesebene am Beispiel des Mikrozensus.

Während des abschließenden Besuchs deutscher Experten in der Volksrepublik China wurden zum einen Fragen der statistischen Geheimhaltung behandelt, die sich insbesondere auf die Art und Weise der Zugangsmöglichkeiten der Wissenschaft zu statistischen Einzelangaben bezogen.

Zum anderen wurde der Entwurf des chinesischen Statistikgesetzes diskutiert. Der Gesetzentwurf liegt zurzeit dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses zur Prüfung vor.

Der hohe Stellenwert, den die statistische Geheimhaltung in Deutschland genießt, hat die chinesische Seite letztlich dazu veranlasst, im Entwurf des neuen chinesischen Statistikgesetzes eine entsprechende Regelung aufzunehmen.

Am Ende der Konsultation erörterten die deutschen und chinesischen Rechtsexperten den gemeinsamen Abschlussbericht über das Kooperationsprojekt, der Ende 2008 in der Volksrepublik China veröffentlicht werden soll.

Aufgrund des erfolgreichen Projektverlaufs ist die chinesische Seite an einer Fortsetzung des Projekts zum Thema „Statistische Gesetzgebung“ interessiert, wobei der Schwerpunkt der künftigen Zusammenarbeit auf der praktischen Umsetzung der gesetzlichen Regelungen liegen soll.

Das Bundesministerium der Justiz ist vom Statistischen Bundesamt über das Projekt und über die Zusammenarbeit mit dem Nationalen Statistikamt der Volksrepublik China informiert worden und hat Interesse gezeigt, das Thema „Statistische Gesetzgebung“ in den deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialog aufzunehmen (weitere Informationen unter [www.bmj.de](http://www.bmj.de)).

Am 11. November 2008 findet in Berlin auf Einladung der Bundesministerin der Justiz, Frau Brigitte Zypries, eine Konferenz statt, bei der die deutschen Institutionen ihre Rechtsprojekte mit der Volksrepublik China vorstellen werden. Zweck der Veranstaltung ist ein gegenseitiger Informations- und Meinungsaustausch über Ziele, Inhalte, Ergebnisse und aufgetretene Probleme bei der Durchführung der



Projekte sowie zu den geplanten Vorhaben im Rechtsbereich. Für das Statistische Bundesamt werden die Gruppenleiterin Rechtsangelegenheiten und der Projektkoordinator China an der Konferenz teilnehmen und über das Projekt „Statistische Gesetzgebung“ berichten.

Weitere Auskünfte erteilen  
zu den Ergebnissen des Projekts  
Marion Engelter, Telefon 06 11/75 29 08, sowie  
Kay Sommer, Telefon 06 11/75 22 97,  
E-Mail: [gruppe-zd@destatis.de](mailto:gruppe-zd@destatis.de),  
zu Organisation und Ablauf des Projekts  
Günter Moser, Telefon 06 11/75 89 34,  
E-Mail: [statistik-kooperation@destatis.de](mailto:statistik-kooperation@destatis.de).

## Aus Europa

### Qualität im Fokus der Schweizer Statistiktage

Der Bericht zur Umsetzung des Verhaltenskodex Europäische Statistiken, der im November 2008 dem Rat und dem Europäischen Parlament vorgelegt wird, erachtet die systematische Beschäftigung mit Qualität als wichtigstes Verbesserungspotenzial. Auch die Schweiz hat diese Empfehlung aufgegriffen und hat das Thema Qualität in den Mittelpunkt der Schweizer Tage der öffentlichen Statistik vom 8. bis 10. September 2008 in Davos gestellt.

Statistiker und Statistikerinnen des Bundes, der Kantone und Kommunen der Schweiz präsentierten interessante Ansätze und diskutierten, wie ein systematisches Qualitätsmanagement ausgestaltet werden könnte. Bereichert wurde die Tagung durch Beiträge von Kollegen und Kolleginnen aus Frankreich, Österreich, Italien und des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), die zeigten, dass die statistischen Ämter Europas derzeit aktiv die Empfehlungen der Peers (Begutachter) umsetzen.

Auch das Statistische Bundesamt richtet zurzeit ein hausweites „Netzwerk Datenqualität“ ein, das alle Abteilungen umfasst. Gemeinsam mit den Statistischen Ämtern der Länder wird ein Konzept zum künftigen Qualitätsmanagement in der Bundesstatistik erarbeitet. Ziel ist es, die bereits sowohl in den Fachstatistiken als auch im statistischen Verbund bestehenden Ansätze zu systematisieren und weiterzuentwickeln. Wie erfolgreiches Qualitätsmanagement bei Telefonerhebungen durchgeführt werden kann, wurde im Rahmen der Tagung am Beispiel der ILO-Arbeitsmarktstatistik gezeigt (siehe auch Rengers, M./Körner, T./Klass, J.: „Telefonerhebung ‚Arbeitsmarkt in Deutschland‘ 2005 bis 2007“ in WiSta 7/2008, S. 553 ff.).

Ein wichtiges Element des Verhaltenskodex ist die Transparenz. Diesem Grundsatz folgend fand erstmals während der Schweizer Statistiktage eine öffentliche Podiumsdiskussion statt. Weitere Informationen zu den Schweizer Tagen der öffentlichen Statistik sowie die Präsentationen stehen unter [www.statoo.ch/sst08/de/](http://www.statoo.ch/sst08/de/) zur Verfügung.

## Aus dem Inland

### Hebesätze der Realsteuern 2007

Unter Realsteuern werden die Grundsteuer und die Gewerbesteuer als wichtigste originäre Einnahmequellen der Kommunen verstanden. Die Grundsteuer wird auf den im Inland liegenden Grundbesitz erhoben und fließt in vollem Umfang den Gemeinden zu, denen die Liegenschaften zuzuordnen sind. Bei der Grundsteuer wird zwischen der Grundsteuer A, die von Betrieben der Land- und Forstwirtschaft erhoben wird, und der Grundsteuer B, welche für alle übrigen Grundstücke anfällt, unterschieden. Das Aufkommen der Grundsteuer A betrug 2007 insgesamt 353,9 Mill. Euro (+0,5% gegenüber 2006). Durch die Grundsteuer B nahmen die Gemeinden im Jahr 2007 insgesamt 10,4 Mrd. Euro ein, 3,2% mehr als im Vorjahr.

Steuergegenstand bei der Gewerbesteuer ist der Gewerbebetrieb und seine Ertragskraft. Mit der Gewerbesteuer sollen die Aufwendungen der Gemeinde für die Ansiedlung der Betriebe kompensiert werden. Das Aufkommen 2007 betrug 40,1 Mrd. Euro (+4,6% gegenüber 2006). Der Bund und die Länder werden durch eine Umlage am Gewerbesteueraufkommen beteiligt (Gewerbesteuerumlage 2007 insgesamt 7,1 Mrd. Euro). Die Gewerbesteuer wird von der heberechtigten Gemeinde aufgrund des Steuermessbetrages bzw. des Zerlegungsanteils mit einem Hundertsatz (Hebesatz) festgesetzt und erhoben.

Durch die individuell zu bestimmenden Hebesätze auf die Realsteuern haben die Gemeinden die Möglichkeit, auf ihr Steueraufkommen Einfluss zu nehmen. Für das Jahr 2007 lag der bundesweite durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz mit 389% um 2 Prozentpunkte unter dem Vorjahr. Für die Grundsteuer A stieg der durchschnittliche Hebesatz gegenüber dem Jahr 2006 leicht auf 295% (+1 Prozentpunkt), bei der bedeutenderen Grundsteuer B um 6 Prozentpunkte auf 400%.

Bei der Gewerbesteuer wurde im Jahr 2007 von 87 Gemeinden und acht Gemeindeteilen der Mindesthebesatz von 200% erhoben, die Bandbreite reichte bis zum Spitzenhebesatz mit 900% (1 Gemeinde).

Bei den 20 einwohnerstärksten Städten lag der Hebesatz für die Gewerbesteuer zwischen 410% (Berlin) und 490% (München). 6288 Gemeinden oder 51,3% haben einen Hebesatz zwischen 301% und 350% gewählt. Von 3016 Gemeinden (24,6%) wurde im Jahr 2007 ein Hebesatz bis 300% erhoben und 2936 Gemeinden oder 23,7% hatten den Gewerbesteuerhebesatz auf mindestens 351% festgelegt.

Der durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz für die Bundesländer hat sich im Vorjahresvergleich unterschiedlich entwickelt. In neun Ländern wurde der Vorjahreswert unterschritten und in vier Bundesländern ergab sich ein Anstieg gegenüber 2006. In Hessen lag der durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz 2007 bei 389% und damit um 13 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Für Baden-Württem-

berg (358%), Berlin (410%) und Hamburg (470%) wurde der gleiche Durchschnittswert wie 2006 ermittelt. In Sachsen-Anhalt ergab sich eine Zunahme um 8 Prozentpunkte auf einen Durchschnittswert von 323% im Jahr 2007.

Ein Blick auf die Durchschnittshebesätze aller Gemeinden in Deutschland nach Gemeindegrößenklassen im Zeitverlauf zeigt sehr unterschiedliche Entwicklungen. Bei den kreisfreien Städten mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern wurde der Gewerbesteuerhebesatz im Vergleich der Jahre 2000 (368%) und 2007 (355%) um 13 Prozentpunkte gesenkt. Übertroffen wurde dies noch von den kleinen kreisangehörigen Gemeinden mit unter 1 000 Einwohnern, bei denen ein Rückgang um 18 Prozentpunkte beim Durchschnittshebesatz (von 311% für das Jahr 2000 auf 293% für das Jahr 2007) zu verzeichnen war. Umgekehrt ist bei den großen Gemeinden in den Landkreisen mit 100 000 und mehr Einwohnern der durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz um 19 Prozentpunkte gestiegen (von 422% auf 441%).

Detaillierte Ergebnisse enthält die Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 10.1 „Realsteuervergleich 2007“, die im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)) zum kostenlosen Download zur Verfügung steht (Suchwort „Realsteuervergleich“). Die Hebesätze der Realsteuern 2007 für sämtliche Gemeinden Deutschlands werden ebenfalls über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes im Excel-Format angeboten (Herausgeber: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Artikel-Nr. 8148001077005, Einzelplatzlizenz: 20,00 Euro, Erscheinungsweise: jährlich).

Weitere Auskünfte erteilt  
Klaus Jürgen Hammer, Telefon 06 11/75 23 80,  
E-Mail: [steuern@destatis.de](mailto:steuern@destatis.de).

## Forschungsdatenzentren

### Projekt „Kombinierte Firmendaten für Deutschland“

Von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit sowie von der Deutschen Bundesbank werden eine Reihe von Unternehmensdaten erhoben und aufbereitet, von denen viele über die institutionseigenen Forschungsdatenzentren für Wissenschaftler/-innen zugänglich sind. Bislang hat es jedoch nie eine Verknüpfung dieser Datenbestände über die Grenzen der einzelnen Institutionen hinweg gegeben. Das Projekt „Kombinierte Firmendaten für Deutschland“ (KombiFiD) setzt genau hier an. Ziel des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierten Projekts ist es, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zu prüfen, inwiefern sich Unternehmensdaten der statistischen Ämter mit Unternehmensdaten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und der Deutschen Bundesbank verknüpfen lassen und welche zusätzlichen Analyse- und Informationspotenziale hierdurch entstehen.

Untersucht wird im Projekt ferner, inwiefern Institutionen übergreifende Datenverknüpfungen Möglichkeiten für eine weitere Entlastung der Wirtschaft von Auskunftspflichten eröffnen.

Um die Daten der genannten Datenproduzenten zusammenführen zu können, muss die Zustimmung der Unternehmen für diese Verknüpfung vorliegen. Zu diesem Zweck wird zurzeit eine Befragung vorbereitet, bei der eine auf Basis des Unternehmensregisters gezogene Stichprobe von Unternehmen angeschrieben wird.

Das Projekt KombiFiD wird gemeinsam vom Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes, vom Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im IAB, von der Deutschen Bundesbank, vom Institut für Volkswirtschaftslehre der Leuphana Universität Lüneburg und von der Fachhochschule Mainz in Kooperation mit dem Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter durchgeführt. Ausführliche Informationen zum Projekt finden sich unter [www.kombifid.de](http://www.kombifid.de).

Weitere Auskünfte erteilen  
Michael Konold, Telefon 06 11/75 43 57,  
E-Mail: [michael.konold@destatis.de](mailto:michael.konold@destatis.de), sowie  
Sandro L'Assainato, Telefon 06 11/75 26 36,  
E-Mail: [sandro.lassainato@destatis.de](mailto:sandro.lassainato@destatis.de).

## Neue Daten zur beruflichen Weiterbildung für die Wissenschaft

Ab sofort können Wissenschaftler aktuelle Einzeldaten der amtlichen Statistik zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen für eigene Analysen nutzen. Die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben dazu die Einzeldaten der Dritten Europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS 3, „Third Continuing Vocational Training Survey“) aus dem Jahr 2006 anonymisiert. Die Daten genügen damit einerseits den strengen Anforderungen des gesetzlichen Datenschutzes und bieten andererseits ausreichend Potenzial für wissenschaftliche Analysen.

Der als Scientific-Use-File bezeichnete Datensatz enthält Angaben von 2 857 deutschen Unternehmen. Mit den Daten zur beruflichen Weiterbildung aus dem Jahr 2000 (CVTS2) und aus dem Jahr 2006 (CVTS3) sind somit erste Vergleiche des Weiterbildungsverhaltens in Deutschland im Zeitverlauf möglich.

Die Daten enthalten Informationen zum Angebot der verschiedenen Formen beruflicher Weiterbildung, zu Teilnehmenden, Teilnahmezeiten und Kosten, qualitative Angaben zur Weiterbildungskonzeption und zum Stellenwert der Weiterbildung im Unternehmen sowie Informationen zur betrieblichen Erstausbildung. Das Scientific-Use-File ermöglicht zudem eine Auswertung von wissenschaftlichen Fragestellungen nach Wirtschaftsbereichen und Beschäftigtengrößenklassen.



Anträge zur Nutzung des Scientific-Use-Files zur Dritten Europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung können bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gestellt werden. Antragsformulare stehen im Internet als Download bereit. Die Daten werden zum Preis von 95 Euro zur Verfügung gestellt.

Weitere Auskünfte erteilen die Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder:  
im Hessischen Statistischen Landesamt  
Dr. Hans-Peter Hafner, Telefon 06 11/3 80 28 15,  
E-Mail: [forschungsdatenzentrum@statistik-hessen.de](mailto:forschungsdatenzentrum@statistik-hessen.de),  
im Statistischen Bundesamt  
Maurice Brandt, Telefon 06 11/75 43 49,  
Daniel Schmidt, Telefon 06 11/75 43 75,  
E-Mail: [forschungsdatenzentrum@destatis.de](mailto:forschungsdatenzentrum@destatis.de).

## Neuerscheinungen

### Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Ausgabe 2008

Die neu erschienene Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ enthält ausgewählte OECD-Indikatoren für Deutschland in einer Gliederung nach Bundesländern. Die Indikatoren stammen aus den Themenbereichen Bildungszugang, Bildungsbeteiligung und Bildungsverlauf, in Bildung investierte Finanz- und Humanressourcen, Lernumfeld und Organisation von Schulen sowie Bildungsergebnisse und Bildungserträge. Die Publikation ergänzt die jährlich im September erscheinende Veröffentlichung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) „Bildung auf einen Blick“ (siehe auch den Beitrag in der Rubrik „Veröffentlichungen anderer“ auf S. 728 f.).

So informiert die Veröffentlichung beispielsweise darüber, dass in Deutschland im Jahr 2006 rund 21 % der alterstypischen Bevölkerung einen Erstabschluss an Hochschulen erreichten; im OECD-Durchschnitt waren es 37%. Im Ländervergleich waren die Abschlussquoten in den Stadtstaaten Bremen (35%), Berlin (31%) und Hamburg (26%) am höchsten. Bei den Promotionen erzielte Deutschland mit 2,3 % der alterstypischen Bevölkerung eine im internationalen Vergleich hohe Abschlussquote (OECD-Durchschnitt: 1,4 %). Fast jede achte Promotion und jeder 16. Erstabschluss wurde von einem internationalen Studierenden abgelegt, der seine Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben hatte. Bremen, das Saarland, Brandenburg und Hamburg verzeichneten die höchsten Anteile internationaler Hochschulabsolventen.

Der Absolventinnenanteil im Hochschulbereich (Tertiärbereich A) in der Fächergruppe Mathematik/Informatik übertraf mit 35 % deutlich den OECD-Durchschnitt (27%). Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen erzielten im Ländervergleich mit 46 bzw. 45 % die höchsten Absolventinnenanteile.

Die durchschnittliche Klassengröße im Primarbereich (Klassen 1 bis 4) betrug im Jahr 2006 in Deutschland genau wie im OECD-Durchschnitt jeweils 22 Schülerinnen und Schüler. Im Ländervergleich wies Hamburg mit 25 Schülerinnen und Schülern je Klasse die höchste Klassengröße und Sachsen-Anhalt mit 18 die niedrigste auf.

Für das Alter 15 bis 19 Jahre lag die Bildungsbeteiligung im Sekundarbereich in Deutschland im Jahr 2006 über den entsprechenden Durchschnittswerten für die OECD. Dieses Ergebnis ist vor allem bedingt durch das duale Berufsausbildungssystem. Im Ländervergleich streuten die Anteile der Bildungsbeteiligung mit zunehmendem Alter. Während bei den 15-Jährigen kaum Schwankungen zu verzeichnen waren, reichte die Spannweite der Bildungsbeteiligung der 18-Jährigen im Sekundarbereich von 73 % in Rheinland-Pfalz bis zu 93 % in Bremen.

Deutschland gab im Jahr 2005 11 400 Euro je Schülerin und Schüler in beruflichen Bildungsgängen des Sekundarbereichs aus. Damit lagen die deutschen Ausgaben deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 7 900 Euro. Die hohen Pro-Kopf-Ausgaben in beruflichen Bildungsgängen sind vor allem auf die duale Ausbildung in Deutschland zurückzuführen.

Die Veröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ umfasst 132 Seiten und ist über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)) oder das gemeinsame Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ([www.statistik-portal.de](http://www.statistik-portal.de)) sowohl als PDF-Datei zum kostenlosen Download als auch in gedruckter Fassung zum Preis von 18,- Euro zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Die Print-Ausgabe kann ebenfalls über den Buchhandel oder direkt über den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes (nähere Angaben siehe Impressum) unter der ISBN 978-3-8246-0829-4 bestellt werden.

## Deutsche Studierende im Ausland

Etwa 83 000 deutsche Studierende waren im Jahr 2006 an ausländischen Hochschulen eingeschrieben, 7 % oder 5 700 Studierende mehr als im Vorjahr. Dies ist unter anderem auf einen starken Anstieg der Zahl der deutschen Studierenden in den Niederlanden, Österreich und der Schweiz zurückzuführen.

Die Bereitschaft der deutschen Studierenden zu Studienaufhalten im Ausland ist in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich gestiegen. Während 1996 auf 1 000 deutsche Studierende an inländischen Hochschulen noch 26 deutsche Studierende an Hochschulen im Ausland kamen, waren es 2006 bereits 48.

Die drei beliebtesten Zielländer waren 2006 die Niederlande mit 16,8 % aller deutschen Studierenden im Ausland, das Vereinigte Königreich mit 14,6 % und Österreich mit 14,4 %. Es folgten die Schweiz (10,7 %), die Vereinigten Staaten (10,4 %) und Frankreich (8,4 %). Diese sechs Län-

der zusammen nahmen damit drei Viertel der im Ausland studierenden Deutschen auf.

Die Verteilung der deutschen Studierenden im Ausland nach Fächergruppen unterscheidet sich in den Zielländern erheblich. Zum Beispiel sind in den Niederlanden 47% und im Vereinigten Königreich 46% aller deutschen Studierenden in der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ eingeschrieben, während in Frankreich rund 45% aller deutschen Studierenden in der Fächergruppe „Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport“ studieren. In Ungarn sind 73% der deutschen Studierenden im Studienbereich „Humanmedizin“ immatrikuliert.

Aber auch die deutschen Hochschulen sind attraktiv für ausländische Studierende. Während im Wintersemester 1996/97 an deutschen Hochschulen 100 033 ausländische Studierende eingeschrieben waren, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben hatten, waren es im Wintersemester 2006/2007 bereits 188 436.

Weitere Ergebnisse zu deutschen Studierenden an ausländischen Hochschulen enthält die neue Broschüre „Deutsche Studierende im Ausland – Statistischer Überblick 1996 – 2006“. Hierfür hat das Statistische Bundesamt Zahlen über Art und Umfang von Studienaufenthalten deutscher Studierender an Hochschulen im Ausland zusammengestellt. Die Daten stammen aus einer Umfrage des Statistischen Bundesamtes bei den für Bildungsstatistik zuständigen Institutionen der Zielländer sowie vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat, und der UNESCO, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur.

Die Broschüre „Deutsche Studierende im Ausland“ ist über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)) als PDF-Datei zum kostenlosen Download zu beziehen.

Weitere Auskünfte erteilt  
Udo Kleinegees, Telefon 06 11/75 28 57,  
E-Mail: [bildungsstatistik@destatis.de](mailto:bildungsstatistik@destatis.de).

## Kulturfinanzbericht 2008

Der Kulturfinanzbericht 2008 ist zum vierten Mal seit dem Jahr 2000 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder als Gemeinschaftsveröffentlichung herausgegeben worden. Er ist in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz, dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Deutschen Städtetag entstanden.

Inhaltlich werden Höhe, Entwicklung und Struktur der öffentlichen Ausgaben für Kultur und kulturnahe Bereiche nachgewiesen (1995 bis 2007). Um vergleichende Analysen zu erleichtern, enthält der Kulturfinanzbericht auch finanzstatistische Kennzahlen: Ausgaben je Einwohner, Anteil am Bruttoinlandsprodukt sowie am Gesamtetat der öffentlichen Hand. Die Kulturausgaben werden nach Körperschaftsgruppen (Bund, Länder, Gemeinden und Zweckverbände) sowie nach Kultursparten (Theater, Bibliotheken, Museen, Denkmalschutz, Kunsthochschulen, Kultur im Ausland und Ver-

waltung) gegliedert. Weiterhin bietet der Bericht auch einen Überblick über die Kulturausgaben der privaten Haushalte.

Datenbasis des Berichtes sind die Finanzstatistiken von Bund, Ländern und Gemeinden, die im Jahr 2007 gut 8,1 Mrd. Euro für Kultur ausgaben. Insgesamt stellten die öffentlichen Haushalte für den Kulturbereich 1,62% ihres Gesamtetats zur Verfügung. Die öffentlichen Kulturausgaben entsprachen 2007 somit einem Anteil von 0,34% am Bruttoinlandsprodukt; 2005 waren es noch 0,36% des Bruttoinlandsprodukts gewesen. Der Bericht enthält zusätzlich kulturell relevante Ergebnisse aus der amtlichen und nicht-amtlichen Statistik.

Detaillierte und endgültige Ergebnisse liegen aktuell auf Basis der Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte für das Jahr 2005 vor. Danach beteiligten sich die Gemeinden einschließlich der Zweckverbände an den Kulturausgaben mit 45% oder rund 3,64 Mrd. Euro, die Länder mit 42% oder rund 3,34 Mrd. Euro. Der Bund hatte einen Anteil von 13% bzw. rund 1,02 Mrd. Euro an den öffentlichen Kulturausgaben.

Wird die Verteilung der öffentlichen Kulturausgaben nach Kulturbereichen betrachtet, so erreichten 2005 die Sparten Theater und Musik (37%), die Museen, Sammlungen, Ausstellungen (19%) und die Bibliotheken (14%) die höchsten Anteile an den öffentlichen Kulturausgaben. Die Aufgabenschwerpunkte der einzelnen Gebietskörperschaften unterscheiden sich jedoch. So trugen 2005 von allen Gebietskörperschaften die Kommunen den größten Anteil an den Ausgaben für Theater und Musik sowie für Bibliotheken (mit einem Anteil von jeweils 55% an den gesamten öffentlichen Kulturausgaben). Die Länder hatten im Bereich der Kunsthochschulen (96%) und im Bereich Denkmalschutz und -pflege (62%) den größten Ausgabenanteil. Der Bund übernahm 2005 mit 97% den größten Anteil an den Ausgaben für kulturelle Angelegenheiten im Ausland.

Der Kulturfinanzbericht 2008 steht in gedruckter und in elektronischer Form zur Verfügung. Der Bericht, die Daten zu den Kulturausgaben der deutschen kreisfreien Städte und aller Städte über 100 000 Einwohner sowie das Datenmaterial zur Entwicklung der Kulturausgaben sind kostenlos zum Download auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de), Stichwort: Kulturfinanzbericht, erhältlich. In gedruckter Form kann der Kulturfinanzbericht 2008 über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter [www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen) oder über den Buchhandel für EUR 16,- [D] bezogen werden. Der Kulturfinanzbericht 2008 steht auch unter dem gemeinsamen Statistik-Portal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder den Nutzern zur Verfügung ([www.statistik-portal.de](http://www.statistik-portal.de)).

## Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2006

Der Bericht über die Mindestsicherung in Deutschland ist Teil des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“, das von den Statistischen Ämtern des Bundes und

der Länder durchgeführt wird. Der Bericht liefert als erste Bestandsaufnahme einen groben Überblick über Fallzahlen, Strukturen und Ausgaben der sozialen Mindestsicherungssysteme.

Die Sozialberichterstattung wird seit Kurzem im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes als eigener Bereich unter dem Thema Sozialleistungen geführt. Aktuelle Zahlen und Hintergrundinformationen sowie weitere statistische Berichte und Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf Ebene von Bund und Ländern werden in diesem Themenbereich zusammengestellt ([www.destatis.de](http://www.destatis.de), Pfad: Weitere Themen → Sozialberichterstattung).

Am Jahresende 2006 erhielten in Deutschland 8,3 Mill. Menschen Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme. Damit waren 10,1% der in Deutschland lebenden Menschen auf existenzsichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Verlauf des Jahres 2006 sind für diese Leistungen Ausgaben in Höhe von insgesamt 45,6 Mrd. Euro entstanden.

Die Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme sind finanzielle Hilfen des Staates, die zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts dienen. Dazu zählen folgende Leistungen:

- Arbeitslosengeld II/Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“)
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe“
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz

Im regionalen Vergleich zeigt sich, dass vor allem die Menschen in den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern 2006 verstärkt auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen waren. Mit der im Ländervergleich höchsten Bezugsquote von 20,1% erhielt jeder fünfte Berliner Bürger Leistungen zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts. Die niedrigsten Bezugsquoten waren in den südlichen Bundesländern festzustellen. So erhielten am Jahresende 2006 in Bayern 5,3% und in Baden-Württemberg 5,7% der Einwohner/-innen Leistungen der Mindestsicherungssysteme.

Der mit Abstand größte Teil der Empfänger/-innen und damit auch der Ausgaben für Mindestsicherungsleistungen entfiel den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zufolge auf das Arbeitslosengeld II und das Sozialgeld (Hartz IV). Arbeitslosengeld II erhalten erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (vor allem Kinder) bekommen Sozialgeld. Insgesamt rund 7,3 Mill.

Personen waren am Jahresende 2006 auf diese umgangssprachlich mit „Hartz IV“ bezeichneten Leistungen angewiesen. 5,3 Mill. oder 73% von ihnen waren erwerbsfähig und bezogen Arbeitslosengeld II. Weitere knapp zwei Mill. Personen oder 27% waren nicht erwerbsfähig und erhielten Sozialgeld. Die Ausgaben für Leistungen, die unmittelbar für die Kosten des Lebensunterhalts gezahlt wurden, beliefen sich im Verlauf des Jahres 2006 zusammen auf rund 40,5 Mrd. Euro.

Daneben erhielten etwa 764 000 Personen am Jahresende 2006 laufende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII. Die Sozialhilfe bildet das soziale Auffangnetz für bedürftige ältere Menschen sowie für Personen, die aufgrund von Krankheit oder einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung nicht mehr ins reguläre Erwerbsleben integriert werden können, sowie für deren im Haushalt lebende Kinder unter 15 Jahren. Die Bruttoausgaben für diese Leistungen betragen insgesamt rund 3,7 Mrd. Euro.

In Deutschland lebende Asylbewerber/-innen erhalten seit November 1993 anstelle von Sozialhilfe sogenannte „Asylbewerberleistungen“, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Am Jahresende 2006 bekamen rund 194 000 Personen laufende Asylbewerberleistungen (Regelleistungen), die Bruttoausgaben im Laufe des Jahres 2006 lagen hierfür bei etwa 0,9 Mrd. Euro.

Die Kriegsopferfürsorge ist eine Mindestsicherungsleistung, die neben Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen bei Bedürftigkeit zum Beispiel auch Soldaten, Zivildienstleistende, Opfer von Gewalttaten und Impfgeschädigte versorgt. Die Zahlen der Leistungsempfänger/-innen und der Ausgaben sind seit Mitte der 1990er-Jahre stark rückläufig. Am Jahresende 2006 erhielten rund 60 000 Personen Kriegsopferfürsorge. Die Ausgaben summierten sich im Laufe des Jahres 2006 auf 0,5 Mrd. Euro.

Die Gemeinschaftsveröffentlichung „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2006“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, aus der diese Ergebnisse stammen, steht im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)) unter dem Stichwort Mindestsicherung zum kostenlosen Download bereit.

## Veröffentlichungen anderer

### Bildung auf einen Blick 2008: OECD-Indikatoren

Bildung auf einen Blick ist das jährlich erscheinende Kompendium der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit international vergleichbaren Bildungsstatistiken.

In der Ausgabe 2008 wird die kontinuierliche Ausweitung des Bildungssektors untersucht, die dazu führte, dass heute 57% aller jungen Menschen ein Studium aufnehmen.

Welche Bildungssysteme sind effizient? Was kann man von der Bildungspolitik anderer Länder lernen? Die Ausgabe des Jahres 2008 von „Bildung auf einen Blick: OECD-Indikatoren“ ermöglicht jedem Land, sein eigenes Bildungssystem im Verhältnis zu anderen Ländern zu betrachten: OECD-Indikatoren vergleichen die Bildungsniveaus und Bedingungen für Bildung der OECD-Länder untereinander. Sie erfassen, wer sich am Bildungswesen beteiligt, was dafür aufgewendet wird, wie Bildungssysteme operieren und welche Ergebnisse sie so erzielen. Die Bandbreite der Indikatoren reicht vom Vergleich von Schülerleistungen in Schlüsselfächern über den Zusammenhang zwischen Abschlüssen und Einkommen bis hin zu den Aufwendungen für Bildung und den Arbeitsbedingungen für Pädagogen.

Die englische Ausgabe „Education at a Glance 2008: OECD Indicators“ steht kostenlos im Internetangebot der OECD ([www.oecd.org/de/bildung](http://www.oecd.org/de/bildung)) zum Download zur Verfügung; dort befinden sich auch weitere Informationen, Pressematerial und Bezugsquellen für die Printausgabe in deutscher Sprache.

## Kompakt

### Niedrige Bildung schmälert Arbeitsmarktchancen erheblich

Im Durchschnitt des Jahres 2007 waren in Deutschland 17,7% der 25- bis 64-jährigen Erwerbspersonen mit einfachem Bildungsniveau (höchstens Realschulabschluss ohne Berufsausbildung) erwerbslos, aber nur 3,7% derer, die einen Hochschul-, Fachhochschulabschluss oder eine höhere berufsfachliche Ausbildung vorweisen konnten. Die Erwerbslosenquote betrug bei mittlerem Bildungsabschluss (einer Berufsausbildung oder dem Abitur ohne Studium) 8,2%.

Die Abhängigkeit des Erwerbslosigkeitsrisikos vom erreichten Bildungsniveau zeigt sich durchgängig in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Im EU-Durchschnitt waren 2007 9,2% der niedrig gebildeten, aber nur 3,6% der höher gebildeten 25- bis 64-jährigen Erwerbspersonen erwerbslos. Dabei war der Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Erwerbslosigkeit sehr unterschiedlich ausgeprägt: In Griechenland, Luxemburg und Portugal betrug der Abstand bei der Erwerbslosenquote zwischen den Gruppen mit der niedrigsten und der höchsten Bildung nur rund einen Prozentpunkt. In der Slowakei sowie in der Tschechischen Republik war hingegen das Risiko einer Erwerbslosigkeit bei einfacher Bildung jeweils mehr als zwölf Mal so hoch wie mit einer höheren Bildung. Generell waren es vor allem die osteuropäischen Staaten, in denen die Arbeitsmarktchancen nach Bildungsniveau besonders ungleich verteilt waren.

Auch Deutschland zählt zu den Ländern, in denen Personen mit einfachem Bildungsgrad besonders von Erwerbslosigkeit betroffen sind. Mehr als jede sechste dieser Personen in der betrachteten Altersgruppe war 2007 erwerbslos. Nur

in der Slowakei und der Tschechischen Republik lag die Erwerbslosenquote für diesen Personenkreis noch höher.

Die hier vorgestellten Daten sind Ergebnisse der europäischen Arbeitskräfteerhebung, die regelmäßig Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) misst. Das ILO-Konzept ist aufgrund seiner großen Verbreitung und seiner Unabhängigkeit von nationalen sozialrechtlichen Regelungen für internationale Vergleiche der Erwerbsbeteiligung geeignet. Erwerbslos im Sinne des ILO-Konzeptes sind Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 74 Jahren, die derzeit keiner bezahlten oder selbstständigen Tätigkeit nachgehen, obwohl sie aktiv nach einer solchen Tätigkeit suchen und bereit wären, sie im Erfolgsfall innerhalb der nächsten zwei Wochen aufzunehmen. Die vorliegende Betrachtung beschränkt sich auf die Altersgruppe von 25 bis 64 Jahren als Kern der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbslosenquote errechnet sich als Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Summe von Erwerbslosen und Erwerbstätigen) der jeweiligen Altersgruppe.

Weitere Auskünfte erteilt  
Thomas Körner, Telefon 06 11/75 44 13,  
E-Mail: [arbeitsmarkt@destatis.de](mailto:arbeitsmarkt@destatis.de).

### Aktuelle Daten zum Welttourismustag 2008

#### Inländertourismus 2007

Der Welttourismustag am 27. September 2008 stand unter dem Motto „Der Klimawandel als Herausforderung für den Tourismus“. Zu diesem Anlass wurden die Ergebnisse einer telefonischen Umfrage zum Reiseverhalten der Bevölkerung in Deutschland, die das Statistische Bundesamt in Auftrag gegeben hatte, veröffentlicht. Die als umweltfreundlich geltenden Verkehrsmittel Bus und Bahn wurden im Jahr 2007 lediglich für 19% aller Reisen mit Übernachtung gewählt. Bei etwa 64% der Reisen wurde das Auto und bei 17% das Flugzeug genutzt, also Verkehrsmittel, die laut Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als weniger umweltfreundlich eingestuft werden.

Von den Freizeitreisen im Inland wurden mehr als drei Viertel mit dem Auto durchgeführt. Für Freizeitreisen in das Ausland war 2007 jedoch auch das Flugzeug mit einem Anteil von 41% sehr beliebt und lag mit dem Auto nahezu gleichauf (45%). Gleichzeitig erreichte bei diesen Reisen der Bus mit einem Anteil von etwa 9% seine größte Bedeutung.

Etwa jede fünfte Reise mit mindestens einer Übernachtung wurde aus beruflichen Gründen unternommen. Bei Geschäftsreisen im Inland dominierte als Verkehrsmittel dabei ebenfalls das Auto (68%). Ungefähr jede zehnte Geschäftsreise in Deutschland wurde mit dem Flugzeug absolviert. Für Geschäftsreisen in das Ausland war das Flugzeug mit einem Anteil von rund 63% mit Abstand das wichtigste Verkehrsmittel.



Weitere Auskünfte erteilt

Christine Graffy, Telefon 06 11/75 48 51,

E-Mail: [tourismus@destatis.de](mailto:tourismus@destatis.de).

### Ausgaben für Pauschalreisen 2006

Die privaten Haushalte in Deutschland (ohne Haushalte von Selbstständigen und Landwirten) gaben im Jahr 2006 insgesamt rund 25 Mrd. Euro für Pauschalreisen aus. Das war fast ein Viertel der gesamten Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur, wie anlässlich des Welttourismustages am 27. September 2008 veröffentlichte Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen belegen.

Darüber hinaus gaben die privaten Haushalte noch rund 14 Mrd. Euro für nicht im Rahmen von Pauschalreisen gebuchten Beherbergungsdienstleistungen aus.

Weitere aktuelle Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen enthält die Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Reihe 1 „Laufende Wirtschaftsrechnungen – Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2006“, die im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)) kostenlos erhältlich ist.

Weitere Auskünfte erteilt der

Auskunftsdienst Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets,

Telefon 02 28/9 96 43 88 80,

E-Mail: [private-haushalte@destatis.de](mailto:private-haushalte@destatis.de).

### Studienanfängerinnen und -anfänger im Wintersemester 2007/2008

Im Wintersemester 2007/2008 haben insgesamt 313 500 Personen ein Studium an deutschen Hochschulen begonnen. Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger stieg damit um 6% im Vergleich zum Vorjahr. In demselben Zeitraum sank die Gesamtzahl der Studierenden um 2% auf 1,94 Mill.

Mehr Studienanfängerinnen und -anfänger entschieden sich im Wintersemester 2007/2008 nicht nur für die Ingenieurwissenschaften, sondern auch für die Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften und die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Beide Fächergruppen erreichten einen Zuwachs von jeweils 8% gegenüber dem Vorjahr. Dagegen stieg die Zahl der Erstsemester in Mathematik/Naturwissenschaften lediglich um 3% und in Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften nur um 2%.

Im Wintersemester 2007/2008 haben sich im Studienbereich Maschinenbau 27 700 Studienanfängerinnen und -anfänger eingeschrieben, 11% mehr als im Vorjahr. Die Ingenieurwissenschaften insgesamt verzeichneten in Deutschland eine Zunahme um 9% auf 61 600 Erstsemester. Zweistellige Zuwachsraten erreichten in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften neben Maschinenbau auch die Studienbereiche Raumplanung (+ 11%) und Bauingenieurwesen (+ 16%). Dagegen lag im Studienbereich Elektrotechnik die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger nur um 4% über dem Stand vom Vorjahr.

Detaillierte Ergebnisse bietet die Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 4.1 „Studierende an Hochschulen Wintersemester 2007/2008“, die im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)) kostenlos abrufbar ist.

Weitere Auskünfte erteilt

Thomas Feuerstein, Telefon 06 11/75 41 40,

E-Mail: [hochschulstatistik@destatis.de](mailto:hochschulstatistik@destatis.de).

### Hochschulausgaben 2006

Die deutschen Hochschulen gaben im Jahr 2006 32,2 Mrd. Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus, das waren 3,8% mehr als 2005. Ein Teil dieser Steigerung ist allein buchungsbedingt und auf die Neuordnung der Hochschulmedizin in Hessen zurückzuführen. Im Bundesgebiet (ohne Hessen) lagen die Hochschulausgaben 2006 um 2,6% über denen des Vorjahres.

Mit 18,9 Mrd. Euro waren die Personalaufwendungen, wie in den Jahren zuvor, der größte Ausgabeposten der öffentlichen und privaten Hochschulen. Das entspricht 58,8% der gesamten Hochschulausgaben. Die übrigen laufenden Ausgaben betrugen 10,6 Mrd. Euro. 2,6 Mrd. Euro wurden für Investitionen ausgegeben.

Auf die Universitäten (ohne Medizinische Einrichtungen) entfiel 2006 ein Ausgabevolumen von 13,2 Mrd. Euro, das sind 2,3% mehr als 2005. Die Medizinischen Einrichtungen der Universitäten wendeten für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung 15,2 Mrd. Euro (+ 5,8%) auf. Die Ausgaben der Fach- und Verwaltungsfachhochschulen beliefen sich auf 3,2 Mrd. Euro (+ 1,8%).

Für die Fächergruppe Mathematik und Naturwissenschaften gaben die Hochschulen 3,5 Mrd. Euro aus, für die Ingenieurwissenschaften 2,7 Mrd. Euro und für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 1,8 Mrd. Euro.

Die Hochschulen erzielten im Jahr 2006 Drittmittel in Höhe von 3,9 Mrd. Euro (+ 5,3%). Wichtigste Drittmittelgeber der Hochschulen waren dabei die Deutsche Forschungsgemeinschaft (1,1 Mrd. Euro), die gewerbliche Wirtschaft (1,0 Mrd. Euro) sowie der Bund (0,7 Mrd. Euro).

Die Verwaltungseinnahmen der Hochschulen stiegen 2006 auf 11,2 Mrd. Euro (+ 10,4%). Zu 92% wurden diese Einnahmen von den Medizinischen Einrichtungen, überwiegend als Entgelte für Krankenbehandlungen, erzielt.

Das Ausgabevolumen der privaten Hochschulen lag 2006 bei rund 486 Mill. Euro (+ 13,5%). Damit betrug der Anteil der Ausgaben privater Hochschulen an allen Hochschulausgaben 1,5%.

Ausführliche Ergebnisse zu den Finanzen der Hochschulen bietet die Fachserie 11 „Bildung und Kultur“, Reihe 4.5 „Finanzen der Hochschulen 2006“, die im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)) kostenlos erhältlich ist.

Weitere Auskünfte erteilt  
Wolfgang Göbel, Telefon 06 11/75 41 48,  
E-Mail: [bildungsausgaben@destatis.de](mailto:bildungsausgaben@destatis.de).

## Elterngeld: Einkommensersatz und Mindestbetrag fast gleichauf

Zwischen Januar 2007 und Juni 2008 haben bundesweit rund 752 000 Mütter und Väter für ihr 2007 geborenes Kind Elterngeld erhalten. Davon bezogen 399 000 Mütter und Väter (53 %) das Elterngeld auf Basis des Einkommensersatzes, 353 000 Mütter und Väter (47 %) auf Basis des Mindestbetrags.

Von den 399 000 Müttern und Vätern, die Elterngeld auf Basis des Einkommensersatzes erhielten, bezogen 50 000 Elterngeldempfänger (6,5 % aller Elterngeldempfänger) zu sätzlich einen Geschwisterbonus und/oder einen Mehrlingszuschlag. Der Geschwisterbonus beträgt 10 % des Elterngeldbetrages, mindestens 75 Euro; der Mehrlingszuschlag beläuft sich auf je 300 Euro für das zweite und jedes weitere Kind.

Von den 353 000 Elterngeldbeziehern auf Basis des Mindestbetrags erhielten rund 230 000 Mütter und Väter (31 % aller Elterngeldbezieher) ausschließlich den Mindestbetrag in Höhe von 300 Euro. Zusätzlich zum Mindestbetrag bezogen weitere rund 123 000 Mütter und Väter (16 %) einen Geschwisterbonus und/oder einen Mehrlingszuschlag.

Einkommensersatz erhalten Mütter und Väter, die vor der Geburt des Kindes erwerbstätig waren. Dazu werden auch Leistungen gerechnet, die bei Reduzierung des Einkommens zum Beispiel durch Teilzeitarbeit oder als Geringverdienstzuschlag gezahlt werden. Liegt der Elterngeldanspruch unter 300 Euro, wird er auf den Mindestbetrag aufgestockt. Der Mindestbetrag wird in der Regel an Mütter und Väter gezahlt, die vor der Geburt des Kindes nicht erwerbstätig waren. Dies traf auf 93 % der Mütter und Väter zu, die Elterngeld auf Basis des Mindestbetrags erhielten. Die übrigen 7 % waren vor der Geburt erwerbstätig; bei ihnen wurde das Elterngeld auf den Mindestbetrag aufgestockt, da der Elterngeldanspruch weniger als 300 Euro betrug.

In Bayern (60 %), Brandenburg und Sachsen (je 59 %) war der Anteil der Väter und Mütter, die Elterngeld auf Basis des Einkommensersatzes bezogen, am größten, in Bremen (42 %), Nordrhein-Westfalen (48 %) und Niedersachsen (49 %) am niedrigsten.

In Bremen (58 %), Nordrhein-Westfalen (52 %) und Niedersachsen (51 %) erhielt dementsprechend mehr als jeder Zweite Elterngeld auf Basis des Mindestbetrags. In Bayern (40 %) sowie Brandenburg und Sachsen (jeweils 41 %) war dieser Anteil am niedrigsten.

Differenzierte Ergebnisse der Elterngeldstatistik für im Jahr 2007 geborene Kinder – unter anderem zur Erwerbstätigkeit der Eltern und zur Höhe des gezahlten Betrags – sind im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)) abrufbar.

Weitere Auskünfte erteilt  
Annica Böttcher, Telefon 06 11/75 81 67,  
E-Mail: [jugendhilfe@destatis.de](mailto:jugendhilfe@destatis.de).

## Asylbewerberleistungen 2007

Zum 31. Dezember 2007 erhielten in Deutschland rund 154 000 Personen Leistungen zur Deckung des täglichen Bedarfs (sogenannte Regelleistungen) nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Die Zahl der Leistungsempfänger ist gegenüber 2006 um 20,7 % zurückgegangen. Seit Bestehen der Asylbewerberleistungsstatistik (1994) ist damit die höchste Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahreswert und insgesamt der niedrigste Empfängerstand festzustellen. Der bisherige Höchststand wurde Ende 1996 mit 490 000 Personen verzeichnet; seitdem ist die Zahl der Leistungsbezieher rückläufig.

Neben den vorgenannten Regelleistungen erhielten zum Jahresende 2007 rund 52 000 Menschen besondere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (– 20,9 % gegenüber 2006). Bei den besonderen Leistungen, die die Empfänger zumeist neben den Regelleistungen erhalten, handelt es sich nahezu ausschließlich um Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft oder Geburt.

Die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz lagen im Jahr 2007 bei insgesamt 1,03 Mrd. Euro, dies entspricht einem Rückgang um 11,4 % gegenüber dem Vorjahreswert. Der größte Teil der Bruttoausgaben wurde mit 0,75 Mrd. Euro für Regelleistungen aufgewandt. Für besondere Leistungen wurden im Jahr 2007 rund 0,28 Mrd. Euro ausgegeben. Nach Abzug der Einnahmen – größtenteils Erstattungen anderer Sozialleistungsträger – in Höhe von 24,9 Mill. Euro betragen die Nettoausgaben rund 1,01 Mrd. Euro; dies sind 11,9 % weniger als 2006. Entsprechend der Entwicklung der Empfängerzahl lagen im Jahr 2007 auch die Ausgaben auf dem niedrigsten Stand seit Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik. Ihren Höchststand hatten sie 1996 mit 2,88 Mrd. Euro brutto.

Weitere Auskünfte erteilt  
Anna Katharina Winkeler, Telefon 06 11/75 81 44,  
E-Mail: [sozialhilfe@destatis.de](mailto:sozialhilfe@destatis.de).

## Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 2007

Die zuständigen Behörden registrierten im Jahr 2007 in Deutschland 2 211 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen. Insgesamt wurden dabei 6,9 Mill. Liter wassergefährdende Substanzen freigesetzt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang um 2,6 Mill. Liter (27,4 %) – das entspricht etwa 200 gefüllten Tanklastern. Gleichzeitig stieg die Zahl der Unfälle im Vergleich zum Vorjahr leicht an (1,7 %). Zu berücksichtigen ist jedoch dabei die Zufälligkeit des Unfallgeschehens und die damit freigesetzte Stoffmenge, die in den einzelnen Berichtsjahren stark schwankt.



Durch Maßnahmen wie Abdichten schadhafter Behälter, Aufbringen von Bindemitteln, Einbringen von Sperren in Gewässern oder Löschen etwaiger Brände konnten im Berichtsjahr 2,7 Mill. Liter wassergefährdende Stoffe wiedergewonnen werden. Dies ergab eine Wiedergewinnungsrate von 39,2% (2006: 41,4%). Rund 4,2 Mill. Liter der wassergefährdenden Substanzen – dies entspricht 60,8% der insgesamt freigesetzten Mengen – belasten dauerhaft den Wasserhaushalt, weil sie weder wiedergewonnen noch einer geordneten Entsorgung zugeführt werden konnten. Sie führten hauptsächlich zu Verunreinigungen des Bodens und teilweise zu Mehrfachbelastungen des Wasserhaushaltes, aber auch zu Verschmutzungen von Kanalnetzen und Oberflächengewässern.

Knapp 65% der Unfälle (1428) ereigneten sich bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe. Die meisten dieser Schadensfälle (1 313) traten beim Transport mit Straßenfahrzeugen auf, dabei wurden rund 458 000 Liter wassergefährdende Substanzen freigesetzt. Überwiegend handelte es sich um Mineralölprodukte (63,8%). Rund 37,0% dieser Unfälle wurden durch menschliches Fehlverhalten verursacht, weitere 31,5% sind auf Materialfehler, zum Beispiel Mängel an Behältern und Verpackungen, zurückzuführen. 2007 ereigneten sich 65 Schiffsunfälle mit wassergefährdender Ladung, dabei gelangten 237 500 Liter dieser Schadstoffe in Oberflächengewässer, insbesondere in Rhein und Ems. Im Vorjahr wurde eine vergleichsweise niedrige Menge (77 700 Liter) bei dieser Beförderungsart erfasst.

Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen ereigneten sich 783 Unfälle in gewerblichen und privaten Anlagen, davon 602 in sogenannten LAU-Anlagen (Lagern, Abfüllen und Umschlagen). Hierbei gelangten 4,9 Mill. Liter Schadstoffe in die Umwelt. Es handelt sich dabei überwiegend um Jauche-, Gülle- und Silagesickersaft-Unfälle (4,6 Mill. Liter). Diese Stoffe sind nicht in Wassergefährdungsklassen eingestuft, bringen jedoch wegen ihrer großen Mengen ein beträchtliches Gefährdungspotenzial mit sich.

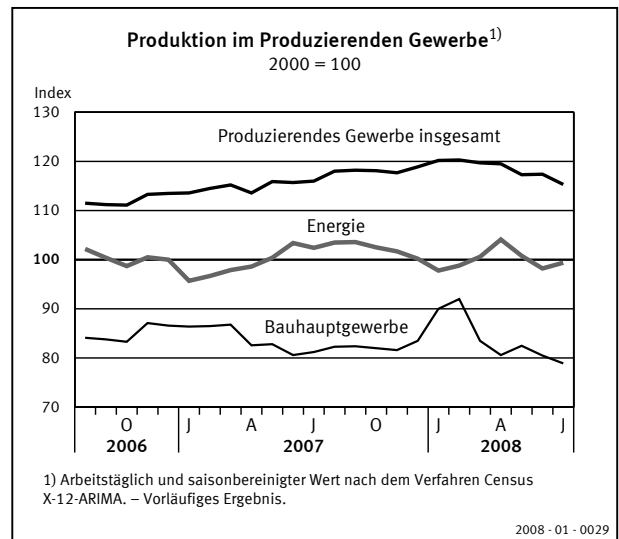
Weitere Auskünfte erteilt  
 Hannelore Scherff, Telefon 06 11/75 82 11,  
 E-Mail: [unfaelle-umwelt@destatis.de](mailto:unfaelle-umwelt@destatis.de).

## Weitere wichtige Monatszahlen

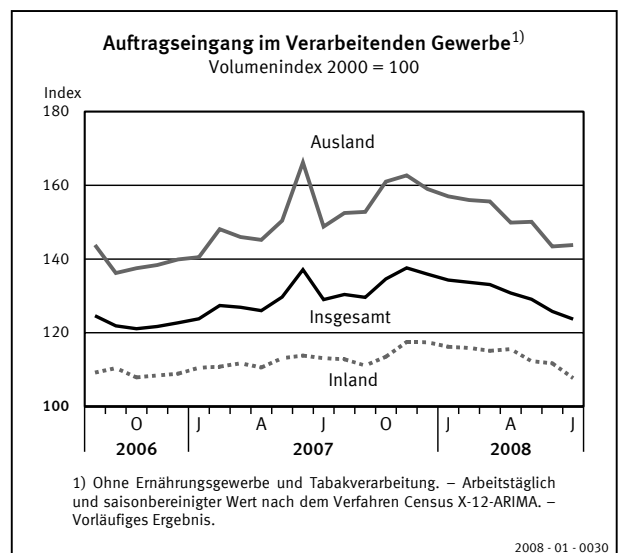
### Produzierendes Gewerbe

Die *Erzeugung* im Produzierenden Gewerbe ist vorläufigen Angaben zufolge im Juli 2008 preis- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) um 1,8% zurückgegangen. Im Vormonat war sie leicht abwärts revidiert um 0,1% gestiegen. Sowohl die Industrie als auch das Bauhauptgewerbe hatten im Juli einen deutlichen Rückgang der Erzeugung um 2,0% zu verzeichnen. Die Produktion wurde in allen drei industriellen Hauptgruppen eingeschränkt. Am stärksten war der Rückgang mit –3,7% bei den Herstellern von Investitionsgütern. Die Produzenten von Konsumgütern

und Vorleistungen reduzierten die Erzeugung um –1,7 bzw. –0,6%.



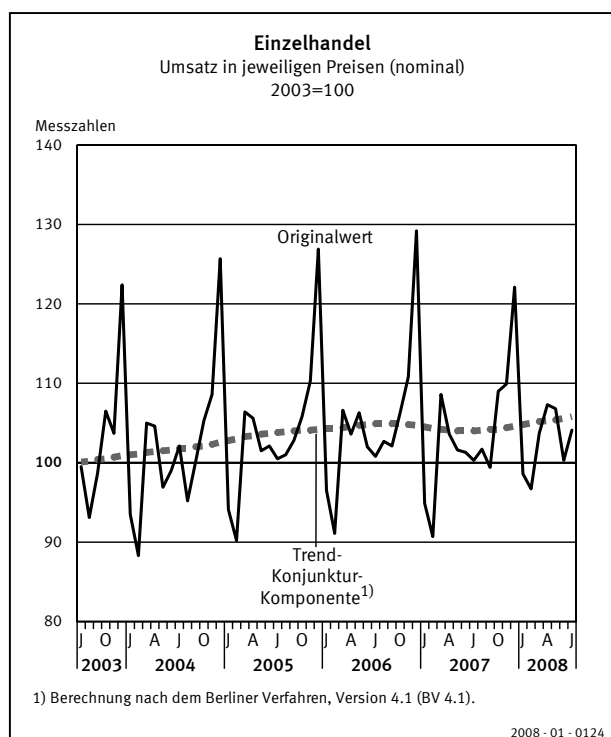
Die *Auftragseingänge in der Industrie* sind vorläufigen Angaben zufolge im Juli 2008 preis- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) um 1,7% zurückgegangen. Im Vormonat hatten sie leicht aufwärts revidiert um 2,6% abgenommen. Der Umfang an Großaufträgen war für einen Juli überdurchschnittlich. Während die Auslandsnachfrage im aktuellen Berichtsmonat mit einem Zuwachs von 0,3% leicht stützend wirkte, gaben die Inlandsbestellungen deutlich um 3,6% nach. Bei den Auslandsorders erhöhte sich die Nachfrage aus der Eurozone kräftig um 8,1%, während sich die Bestellungen aus der Nicht-Eurozone um 5,7% abschwächten. Ein Rückgang der Bestelltätigkeit war im Juli über alle industriellen Hauptgruppen hinweg festzustellen. Während die Vorleistungsgüterproduzenten nur leichte Einbußen hinnehmen mussten (–0,2%), ging das Ordervolumen bei den Investitions- und Konsumgüterproduzenten deutlicher um 2,4 bzw. 3,1% zurück.



## Einzelhandel

Der Einzelhandel in Deutschland setzte im *Juli 2008* nominal 3,8% und real 0,6% mehr um als im vergleichbaren Vorjahresmonat. Allerdings hatte der Juli 2008 mit 27 Verkaufstagen einen Verkaufstag mehr als der Juli 2007.

Im Vergleich zum Juni 2008 war der Umsatz des Einzelhandels im Juli 2008 unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten nominal um 0,8% und real um 1,0% niedriger.



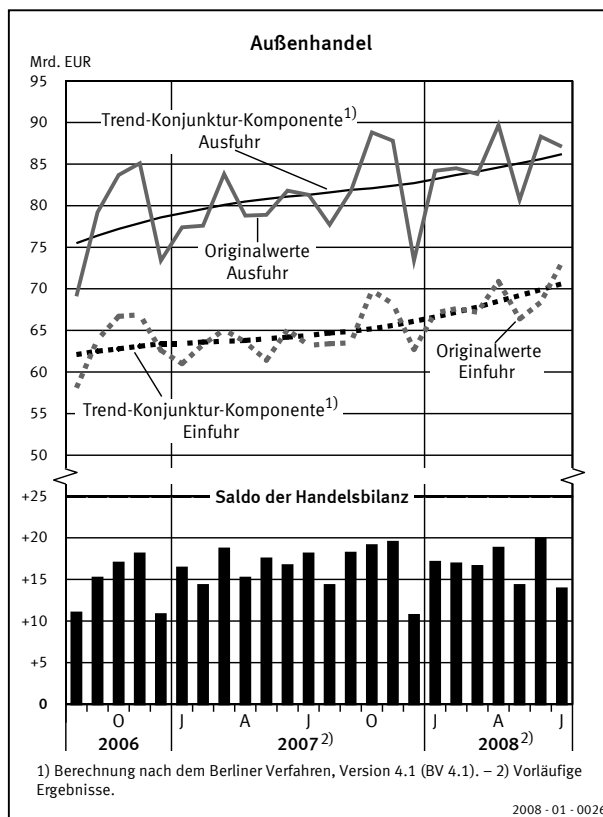
Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im Juli 2008 nominal 2,3% mehr und real 2,8% weniger um als im Juli 2007. Bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten wurde nominal 2,6% mehr und real 2,7% weniger umgesetzt, beim Facheinzelhandel mit Lebensmitteln lagen die Umsätze dagegen nominal und real unter den Werten des Vorjahresmonats (nominal -0,4%, real -3,8%). Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln wurde in allen Branchen nominal und real mehr als im Juli 2007 abgesetzt (Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln insgesamt: nominal +4,9%, real +2,8%).

In den ersten sieben Monaten des Jahres 2008 setzte der Einzelhandel nominal 2,4% mehr und real 0,3% weniger um als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

## Außenhandel

Die deutschen Ausfuhren erhöhten sich im *Juli 2008* im Vorjahresvergleich um 7,0% auf 87,1 Mrd. Euro. Ein Plus von 15,7% wiesen die deutschen Einfuhren auf. Sie betragen

73,2 Mrd. Euro. Die Außenhandelspreise sind im gleichen Zeitraum ebenfalls gestiegen. Die Einfuhren verteuerten sich im Juli 2008 um 9,3% gegenüber dem Vorjahresniveau. Der Preisanstieg lag ohne Berücksichtigung von Erdöl und Mineralölzeugnissen bei 3,5%. Auch die ausgeführten Waren verteuerten sich gegenüber Juli 2007, und zwar um 3,3%.



Der Überschuss der Außenhandelsbilanz war leicht rückläufig. Er sank auf 13,9 Mrd. Euro gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat mit 18,1 Mrd. Euro und lag auch unter dem Vormonatssaldo (19,9 Mrd. Euro). Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank ergibt sich aus dem Außenhandelsüberschuss zusammen mit dem positiven Saldo der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+4,0 Mrd. Euro) und den negativen Salden der Dienstleistungsbilanz (-2,6 Mrd. Euro), der Bilanz der laufenden Übertragungen (-2,7 Mrd. Euro) und der Bilanz der Ergänzungen zum Außenhandel (-0,8 Mrd. Euro) im Juli 2008 ein Leistungsbilanzsaldo von +11,8 Mrd. Euro. Der Überschuss der Leistungsbilanz betrug im gleichen Vorjahresmonat +15,2 Mrd. Euro.

Nominal sanken die Ausfuhren aus Deutschland gegenüber Juni 2008 um 1,4% und die Einfuhren erhöhten sich um 7,0%. Saisonbereinigt verzeichneten die Exporte im Juli gegenüber Juni 2008 ein stärkeres Minus von 1,7%; die Importe sind saisonbereinigt auch stärker – um 7,4% – gestiegen als die unbereinigten Werte. [u](#)



Dr. Norbert R ath, Dipl.- konom Albert Braakmann sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

# Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2008

## Vorläufige Ergebnisse

Wie immer zu diesem Zeitpunkt gibt das Statistische Bundesamt einen umfassenden Überblick über die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die erste Hälfte des laufenden Jahres. Die Wirtschaftsleistung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt in preis-, saison- und kalenderbereinigter Betrachtung, hat sich nach aktueller Datenlage in der Verlaufsbeobachtung (gegenüber dem jeweiligen Vorquartal) im ersten Vierteljahr 2008 um 1,3 % erhöht und im zweiten Quartal um 0,5 % vermindert. Damit ist die deutsche Wirtschaft zum ersten Mal seit knapp vier Jahren wieder geschrumpft. Allerdings ist das aktuelle Ergebnis teilweise auch als „technische“ Gegenreaktion zum – auch witterungsbedingt –  berzeichneten guten ersten Quartal zu interpretieren. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Halbjahr 2008 um 2,4 %, im ersten Vierteljahr 2008 um 1,8 % und im zweiten Vierteljahr um 3,1 %. Nach rechnerischer Ausschaltung von Kalendereinfl ssen (im ersten Quartal standen zwei Arbeitstage weniger und im zweiten Quartal standen drei Arbeitstage mehr zur Verfügung als in den entsprechenden Vorjahreszeitrumen) kehrt sich diese Abstufung um, sodass sich das kalenderbereinigte Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Vorjahresvergleich auf 2,6 % (im ersten Quartal) und 1,7 % (im zweiten Quartal) beläuft. Insgesamt ist also festzustellen, dass die anhaltenden wirtschaftlichen Belastungen durch die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten, den Ölpreisanstieg und die Aufwertung des Euro mittlerweile auch negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft zeigen.

Die Wirtschaftsleistung im zweiten Vierteljahr 2008 wurde von rund 40,2 Mill. Erwerbstätigen erbracht, das waren 566 000 Personen oder 1,4 % mehr als ein Jahr zuvor. Damit

hat sich die erfreuliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in der ersten Jahreshälfte 2008 fortgesetzt. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, war um 1,6 % höher als im zweiten Quartal des Vorjahres. Je Erwerbstätigenstunde gerechnet blieb die Arbeitsproduktivität allerdings unverändert, weil die Zahl der Arbeitsstunden mit einem Plus von 3,1 % erheblich stärker zugenommen hat als die Zahl der Erwerbstätigen.

Das Volkseinkommen, das die Summe der von den inländischen Wirtschaftseinheiten empfangenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen angibt, war im zweiten Quartal 2008 um 5,0 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen legten um 8,0 % zu, das Arbeitnehmerentgelt um 3,5 %. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm mit 2,6 % etwas stärker zu als die nominalen Konsumausgaben (+ 2,3 %). Die Sparquote der privaten Haushalte erhöhte sich von 10,3 % im zweiten Vierteljahr 2007 auf 10,8 % im Berichtsquartal.

### Vorbemerkung

In diesem Aufsatz gibt das Statistische Bundesamt einen ersten umfassenden Überblick über die vorläufigen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die erste Jahreshälfte 2008. Die hier vorgelegten Berechnungen beruhen auf den bis Mitte August 2008 verfügbaren Daten aus kurzfristigen Wirtschaftsstatistiken. Wie jedes Jahr zu diesem Zeitpunkt wurden die Berechnungen für die zurückliegenden vier Jahre (jetzt ab 2004)  berpr ft und anhand des neu angefallenen statistischen Ausgangsmaterials überarbeitet. Deshalb ergaben sich Änderungen gegenüber dem

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt

Jahr Vierteljahr	In jeweiligen Preisen				Preisbereinigt			
	neues Ergebnis	bisheriges Ergebnis	Differenz		neues Ergebnis	bisheriges Ergebnis	neues Ergebnis	bisheriges Ergebnis
			(Sp. 1 – 2)	(Sp. 3 : 2)				
	1	2	3	4	5	6	7	8
Mrd. EUR				%	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %			
2005 .....	2243,2	2244,6	- 1,4	- 0,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,8
2006 .....	2321,5	2322,2	- 0,7	- 0,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,9
2007 .....	2422,9	2423,8	- 0,9	- 0,0	+ 4,4	+ 4,4	+ 2,5	+ 2,5
2007 1. Vj ..	588,2	586,9	+ 1,3	+ 0,2	+ 5,2	+ 5,0	+ 3,4	+ 3,4
2. Vj ..	596,8	597,4	- 0,6	- 0,1	+ 4,4	+ 4,6	+ 2,5	+ 2,5
3. Vj ..	615,1	616,8	- 1,7	- 0,3	+ 4,4	+ 4,5	+ 2,4	+ 2,4
4. Vj ..	622,8	622,7	+ 0,1	+ 0,0	+ 3,5	+ 3,5	+ 1,6	+ 1,6
2008 1. Vj ..	606,2	605,4	+ 0,8	+ 0,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 1,8	+ 1,8
2. Vj ..	622,9	X	X	X	+ 4,4	X	+ 3,1	X

letzten Veröffentlichungsstand vom Mai 2008 (siehe Reihe 1.4 „Detaillierte Jahresergebnisse“ der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“). Tabelle 1 zeigt eine Gegenüberstellung der neuen und der bisherigen Ergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt.

Änderungen ergaben sich insbesondere durch die Einbeziehung der Ergebnisse der jährlichen Umsatzsteuerstatistik für 2006, der jährlichen Unternehmens- und Kostenstrukturerhebungen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau, Baugewerbe sowie in der Energiewirtschaft für 2006, durch die Jahreserhebungen im Handel und Gastgewerbe 2005, ferner durch die jährliche Dienstleistungsstatistik für 2006 sowie die Statistik der Jahresabschlüsse öffentlicher Unternehmen für 2005. Weiterhin wurden bei den Neuberechnungen aktuellere Jahresabschlüsse der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen sowie von Großunternehmen in anderen Wirtschaftsbereichen (z. B. Eisenbahn, Nachrichtenübermittlung, Rundfunk- und Fernsehanstalten) eingearbeitet. Ferner wurden die verbesserten Informationen über den Staatssektor aus der Finanz- und Steuerstatistik und die von der Deutschen Bundesbank vorgenommenen Korrekturen der Zahlungsbilanz berücksichtigt. Änderungen bei den Vierteljahreswerten resultierten außerdem aus der Einbeziehung neuer oder überarbeiteter unterjähriger Datenquellen. Für die hier vorgelegten Ergebnisse ist weiterhin von Bedeutung, dass auch die Deflationierung zur Berechnung der preisbereinigten Aggregate turnusmäßig überprüft wurde. Hierfür stand überarbeitetes Zahlenmaterial auf der Basis revidierter Ergebnisse der Input-Output-Rechnung zur Verfügung. Für den Bereich der Krankenhäuser wurde eine neue Deflationierungsmethode eingeführt.<sup>1)</sup> Darüber hinaus wurden neue Preisangaben aus der Preisstatistik in die Rechenwerke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingearbeitet.

Die Neuberechnungen ergaben beim preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (Ursprungswerte) eine leichte Anhebung der Wachstumsraten für die Jahre 2004 (von + 1,1 % auf + 1,2 %) und 2006 (von + 2,9 % auf + 3,0 %), die Wachstumsraten für 2005 und 2007 blieben mit + 0,8 % und + 2,5 % unverändert. In jeweiligen Preisen bestätigten sich die Jahresergebnisse für die Jahre 2004, 2005, 2006 und 2007, die

weiterhin bei 2,2 %, 1,5 %, 3,5 % und 4,4 % liegen. Darüber hinaus wurden die Quartalergebnisse des realen Bruttoinlandsprodukts ab 2004 um maximal 0,2 Prozentpunkte revidiert. Die Korrekturen am aktuellen Rand der Zeitreihe ergaben sich vor allem aufgrund von Korrekturen von vorläufigen kurzfristigen Statistiken (Monatserhebungen) oder durch nachlaufende kurzfristige Indikatoren, die bei den ersten aktuellen BIP-Berechnungen noch nicht zur Verfügung standen. Weitere Änderungen bei den saison- und kalenderbereinigten Veränderungsdaten erfolgten durch Anpassungen der Saisonfaktoren an die überarbeiteten Zeitreihen. Diese Adjustierungen werden in der Regel einmal jährlich zu diesem Hauptberechnungstermin in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbank vorgenommen. Bei diesem Rechentermin werden zudem turnusmäßig die auf monatlichen Indikatorreihen basierenden Kalenderfaktoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgrund neuer Erkenntnisse überarbeitet.

Diese regelmäßigen Korrekturen der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen liegen in der Natur der Berechnungen: Um möglichst frühzeitig aktuelle Zahlen veröffentlichen zu können, werden die Ergebnisse auf unvollständiger Datengrundlage berechnet und zum Teil geschätzt. Erst nach rund vier Jahren, wenn nahezu alle notwendigen Basisstatistiken vollständig vorliegen, gelten die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, vorbehaltlich sogenannter großer konzeptbedingter Revisionen, als „endgültig“ (zum jetzigen Termin also die Daten für 2004). Die regulären Revisionen des Bruttoinlandsprodukts liegen in einem der hohen Aktualität angemessenen und vertretbaren Rahmen und brauchen auch einen internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Im Übrigen sind diese Revisionen letztlich auch ein Ausdruck der Solidität der Berechnungen, weil Korrekturen nicht etwa im Hinblick auf möglicherweise zu erwartende Kritik in der Öffentlichkeit zurückgehalten werden. Weitere Angaben zur Datenqualität enthält der Qualitätsbericht für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der kostenfrei im Internet zu finden ist ([www.destatis.de](http://www.destatis.de), Pfad: Publikationen → Qualitätsberichte → Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen). Internationale Vergleiche können einer Datenquelle der Organisa-

1) Zu diesem Thema wird in der Oktoberausgabe 2008 dieser Zeitschrift ausführlich berichtet werden.

tion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entnommen werden.<sup>2)</sup>

Auch die bisher veröffentlichten Erwerbstätigenzahlen für die letzten vier Jahre wurden im Rahmen der turnusmäßigen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen überarbeitet. Dabei konnten zusätzliche erwerbsstatistische Informationen berücksichtigt werden. Am aktuellen Rand verbesserte sich die Datenbasis insbesondere durch die aktualisierten Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit über sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie über die Zahl der Zusatzjobs (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung). Für die Neuberechnung der Zahlen der Beamten und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst konnten die nun vorliegenden endgültigen Ergebnisse der Personalstandstatistik 2006 und 2007 herangezogen werden. Weiterhin wurden zusätzliche Angaben über Beschäftigte aus den jährlichen Unternehmens- und Kostenstrukturerhebungen verschiedener Wirtschaftsbereiche einbezogen sowie ergänzend für die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen Auswertungen aus dem kontinuierlichen Mikrozensus. Aus der Überarbeitung der bisher veröffentlichten Quartalergebnisse resultierte auf gesamtwirtschaftlicher Ebene für die Zahl der Erwerbstätigen ein Änderungsbedarf von maximal -0,2 % gegenüber dem bisherigen Rechenstand.

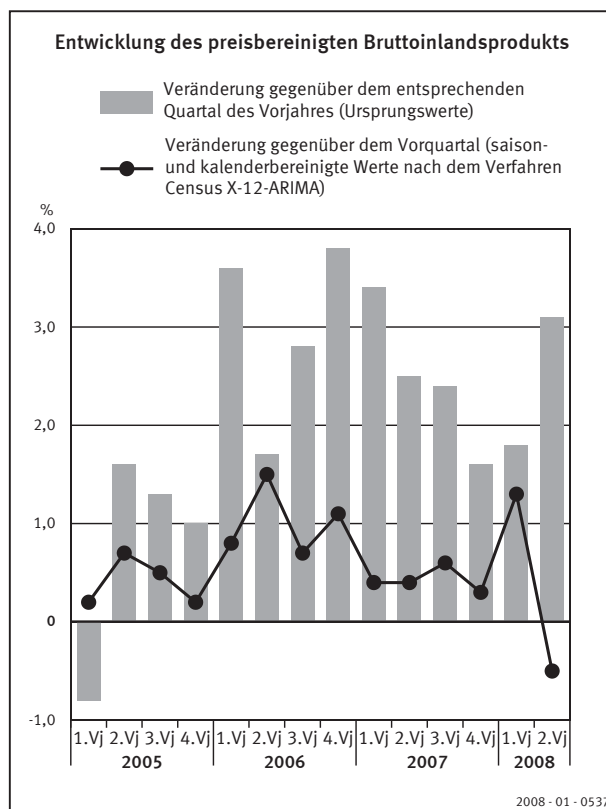
Tabelle 2: Erwerbstätige

Jahr Vierteljahr	Neues Ergebnis	Bis- heriges Ergebnis	Differenz		Neues Ergebnis	Bis- heriges Ergebnis
			(Sp. 1 - 2)	(Sp. 3 : 2)		
	1	2	3	4	5	6
	1 000		%		Veränderung <sup>1)</sup> in %	
2005 .....	38 851	38 846	+5	+0,0	-0,1	-0,1
2006 .....	39 097	39 088	+9	+0,0	+0,6	+0,6
2007 .....	39 768	39 765	+3	+0,0	+1,7	+1,7
2007 1. Vj .	39 161	39 137	+24	+0,1	+1,9	+1,9
2. Vj .	39 637	39 617	+20	+0,1	+1,7	+1,7
3. Vj .	39 926	39 919	+7	+0,0	+1,6	+1,6
4. Vj .	40 346	40 381	-35	-0,1	+1,7	+1,8
2008 1. Vj .	39 773	39 823	-50	-0,1	+1,6	+1,8
2. Vj .	40 203	X	X	X	+1,4	X

1) Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

## 1 Entstehung des Inlandsprodukts

Das *Bruttoinlandsprodukt*, der Wert der in Deutschland erwirtschafteten Leistung, hat sich nach aktueller Datenlage preis-, saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem jeweiligen Vorquartal im ersten Quartal 2008 um 1,3 % erhöht und im zweiten Quartal um 0,5 % verringert. Damit hat sich die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung aus den vorherigen Quartalen im zweiten Quartal 2008 zunächst nicht fortgesetzt. Das negative Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal ist allerdings auch vor dem Hintergrund der zu Jahresbeginn vom milden Winterwetter begünstigten Bautätigkeit zu sehen, die unter anderem dazu führte, dass die übliche Frühjahrsbelebung (im zweiten Quartal) im Baugewerbe in



diesem Jahr nicht stattfand. Für das erste Halbjahr 2008 ergibt sich ein preis-, saison- und kalenderbereinigtes Wirtschaftswachstum von 1,2 % gegenüber dem zweiten Halbjahr 2007. Aus Halbjahressicht hat somit die deutsche Wirtschaft – trotz des rückläufigen zweiten Quartals – keinen deutlichen Einbruch gezeigt. Gleichwohl zeigt sich, dass insbesondere die anhaltenden Turbulenzen auf den Finanzmärkten, der Ölpreisanstieg und die Aufwertung des Euros mittlerweile auch negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft haben.

Bei der Interpretation der saison- und kalenderbereinigten Ergebnisse ist zu beachten, dass diese auch abhängig vom gewählten Saisonbereinigungsverfahren sind. Für die deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Ergebnisse nach dem auch international verwandten Verfahren Census X-12-ARIMA bei der Kommentierung in den Vordergrund gestellt. Allerdings werden daneben auch Ergebnisse nach dem Standardverfahren des Statistischen Bundesamtes [Berliner Verfahren, Version 4.1 (BV4.1)] zur Verfügung gestellt und in einer gesonderten Fachserie veröffentlicht (Fachserie 18, Reihe 1.3).

Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt (saison- und kalenderbereinigte Werte) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %					
2007				2008	
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
+0,4	+0,4	+0,6	+0,3	+1,3	-0,5

2) Siehe [www.oecd.org](http://www.oecd.org), Pfad: statistics → National Accounts → Quarterly National Accounts → "OECD Quarterly National Accounts (QNA) – Main Economic Indicators (MEI) Revisions Database, August 2008".



Im Vorjahresvergleich erhöhte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2008 gegenüber dem entsprechenden Halbjahr des Vorjahres um 2,4 %. In der Quartalsbetrachtung und im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal ist das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Vierteljahr 2008 um 1,8 % und im zweiten Vierteljahr um 3,1 % gestiegen. Die positiven Kalendereinflüsse haben im zweiten Quartal eine wesentliche Rolle gespielt, da drei Arbeitstage mehr zur Verfügung standen als ein Jahr zuvor. Im ersten Quartal 2008 gab es dagegen zwei Arbeitstage weniger als im Vorjahresquartal.

Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt (Kettenindex)  
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal in %

2007				2008	
1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj
+3,4	+2,5	+2,4	+1,6	+1,8	+3,1

Die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2008 wurde von 40,2 Mill. Erwerbstätigen im Inland erbracht, 566 000 Personen oder 1,4 % mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Erwerbstätigen überschritt damit – nach dem vierten Quartal 2007 – zum zweiten Mal nach der deutschen Vereinigung in einem Vierteljahr die Zahl von 40 Millionen. Dabei fiel der Anstieg der Erwerbstätigkeit im zweiten Quartal 2008 allerdings etwas schwächer aus als im ersten Quartal 2008, in dem die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr um 612 000 Personen oder 1,6 % zugenommen hatte. Die auf Basis monatlicher Auswertungen der Arbeitskräfteerhebung nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ermittelte Zahl der Erwerbslosen lag im zweiten Quartal 2008 bei 3,22 Mill. Im Vergleich zum Vorjahr waren 336 000 Personen oder 9,4 % weniger erwerbslos. Die Erwerbslosenquote, die den Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose) misst, lag dementsprechend im zweiten Quartal 2008

mit 7,4 % weit unter dem Ergebnis des Vorjahres von 8,2 %. Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung stieg im Vergleich zum zweiten Quartal des Vorjahres um 0,4 Prozentpunkte auf 52,8 %.

In den folgenden Abschnitten wird der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die *Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche*, die nach den international harmonisierten Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist. Das bedeutet, dass die Bruttowertschöpfung (und der Produktionswert) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt werden. Gütersteuern und -subventionen sind solche monetären Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind (z. B. Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) werden zum Ausgleich der unterschiedlichen Bewertungskonzepte zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (Saldo von Gütersteuern und Gütersubventionen) global hinzugefügt.

Die Ergebnisse der Entstehungsrechnung zeigen, dass sich in der ersten Jahreshälfte 2008 das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Deutschland im Vorjahresvergleich weiter positiv entwickelte. Nach einem Anstieg von +2,0 % im ersten Quartal 2008 hat die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal 2008 im Vorjahresvergleich um 3,4 % zugelegt (siehe Tabelle 4). Dabei standen 2008 im ersten Quartal zwei Arbeitstage weniger und im zweiten Quartal drei Arbeitstage mehr zur Verfügung als ein Jahr zuvor. Gemessen an der preisbereinigten Bruttowertschöpfung stieg die wirtschaftliche Leistung im Produzie-

Tabelle 3: Erwerbstätige, Erwerbslose und Produktivität<sup>1)</sup>

Jahr Vierteljahr	Erwerbstätige im Inland		Erwerbslose <sup>2)</sup>	Geleistete Arbeitsstunden	Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt		
	insgesamt	dar.: Arbeitnehmer			insgesamt, Kettenindex	je Erwerbstätigen	je geleistete Arbeitsstunde
	1 000						
2005 .....	38851	34491	4573	55712	103,03	103,81	106,63
2006 .....	39097	34703	4250	55975	106,08	106,21	109,27
2007 .....	39768	35317	3602	57003	108,69	106,99	109,94
2007 1. Vj .....	39161	34736	3909	14458	106,56	106,52	106,24
2. Vj .....	39637	35161	3557	13508	107,84	106,50	115,08
3. Vj .....	39926	35464	3524	14481	110,06	107,90	109,56
4. Vj .....	40346	35905	3418	14557	110,31	107,02	109,23
2008 1. Vj .....	39773	35332	3409	14537	108,46	106,74	107,55
2. Vj .....	40203	35724	3221	13922	111,18	108,25	115,12
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
2005 .....	- 0,1	- 0,5	+ 9,9	- 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,4
2006 .....	+ 0,6	+ 0,6	- 7,1	+ 0,5	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,5
2007 .....	+ 1,7	+ 1,8	- 15,2	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,6
2007 1. Vj .....	+ 1,9	+ 2,0	.	+ 2,4	+ 3,4	+ 1,5	+ 1,1
2. Vj .....	+ 1,7	+ 1,7	.	+ 2,0	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,5
3. Vj .....	+ 1,6	+ 1,6	.	+ 1,6	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,8
4. Vj .....	+ 1,7	+ 1,8	.	+ 1,4	+ 1,6	- 0,1	+ 0,2
2008 1. Vj .....	+ 1,6	+ 1,7	- 12,8	+ 0,5	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,2
2. Vj .....	+ 1,4	+ 1,6	- 9,4	+ 3,1	+ 3,1	+ 1,6	+ 0,0

1) Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100) je durchschnittlich Erwerbstätigen. – 2) Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr Vierteljahr	Brutto- inlands- produkt	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche			
		Güter- steuern abzüglich Gütersub- ventionen	Brutto- wert- schöpfung		zu- sam- men	darunter:		zu- sam- men	Handel, Gast- gewerbe und Verkehr	Finan- zierung, Vermietung und Unter- nehmens- dienst- leister	Öffent- liche und private Dienst- leister
						Verar- beitendes Gewerbe	Bau- gewerbe				
in jeweiligen Preisen											
Mrd. EUR											
2005 .....	2243,2	218,3	2024,9	17,3	590,7	459,3	80,2	1416,9	357,9	596,1	463,0
2006 .....	2321,5	228,2	2093,3	17,9	619,2	485,0	80,4	1456,3	374,6	616,4	465,2
2007 .....	2422,9	251,7	2171,2	20,0	659,3	519,6	87,2	1491,9	382,4	634,8	474,7
2007 1. Vj ...	588,2	64,0	524,2	4,3	157,5	125,3	20,1	362,4	90,0	157,5	114,9
2. Vj ...	596,8	61,1	535,7	4,8	163,3	128,9	21,7	367,5	95,1	157,6	114,9
3. Vj ...	615,1	62,5	552,6	5,5	167,6	131,0	24,0	379,5	99,2	161,8	118,5
4. Vj ...	622,8	64,0	558,8	5,3	170,9	134,4	21,4	382,6	98,2	158,0	126,4
2008 1. Vj ...	606,2	65,1	541,1	5,1	163,3	128,7	21,6	372,7	94,4	161,4	116,9
2. Vj ...	622,9	62,6	560,4	5,7	175,5	137,6	24,2	379,2	99,8	162,0	117,4
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %											
2005 .....	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,3	- 21,1	+ 1,0	+ 1,6	- 3,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,3
2006 .....	+ 3,5	+ 4,5	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,8	+ 5,6	+ 0,2	+ 2,8	+ 4,7	+ 3,4	+ 0,5
2007 .....	+ 4,4	+ 10,3	+ 3,7	+ 12,1	+ 6,5	+ 7,1	+ 8,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 3,0	+ 2,0
2007 1. Vj ...	+ 5,2	+ 13,2	+ 4,3	+ 6,4	+ 7,2	+ 7,6	+ 21,1	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,1
2. Vj ...	+ 4,4	+ 9,5	+ 3,9	+ 6,8	+ 6,8	+ 7,8	+ 6,7	+ 2,6	+ 2,1	+ 3,3	+ 2,0
3. Vj ...	+ 4,4	+ 11,0	+ 3,7	+ 19,4	+ 6,4	+ 7,3	+ 4,8	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,2
4. Vj ...	+ 3,5	+ 7,6	+ 3,0	+ 14,9	+ 5,5	+ 5,9	+ 4,0	+ 1,8	+ 0,9	+ 2,4	+ 1,8
2008 1. Vj ...	+ 3,1	+ 1,7	+ 3,2	+ 18,1	+ 3,7	+ 2,8	+ 7,6	+ 2,8	+ 5,0	+ 2,5	+ 1,7
2. Vj ...	+ 4,4	+ 2,3	+ 4,6	+ 17,4	+ 7,4	+ 6,7	+ 11,6	+ 3,2	+ 4,9	+ 2,8	+ 2,2
preisbereinigt											
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %											
2005 .....	+ 0,8	- 1,0	+ 1,0	- 16,1	+ 1,6	+ 3,3	- 4,9	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,6
2006 .....	+ 3,0	+ 3,4	+ 2,9	- 3,2	+ 4,8	+ 7,3	- 2,3	+ 2,2	+ 4,2	+ 2,1	+ 0,7
2007 .....	+ 2,5	- 1,7	+ 2,9	+ 4,1	+ 4,8	+ 6,1	+ 2,6	+ 2,1	+ 0,5	+ 3,6	+ 1,3
2007 1. Vj ...	+ 3,4	+ 0,9	+ 3,7	+ 5,4	+ 6,5	+ 7,3	+ 16,3	+ 2,5	+ 1,8	+ 4,2	+ 0,9
2. Vj ...	+ 2,5	- 2,6	+ 3,1	+ 3,7	+ 4,7	+ 6,2	+ 0,2	+ 2,3	+ 0,8	+ 4,1	+ 1,3
3. Vj ...	+ 2,4	- 0,5	+ 2,7	+ 4,6	+ 4,4	+ 6,0	- 1,4	+ 1,9	+ 0,6	+ 3,2	+ 1,3
4. Vj ...	+ 1,6	- 4,6	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,9	+ 5,0	- 1,7	+ 1,5	- 1,1	+ 3,0	+ 1,7
2008 1. Vj ...	+ 1,8	- 0,0	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,6
2. Vj ...	+ 3,1	+ 0,3	+ 3,4	+ 1,6	+ 6,0	+ 6,2	+ 7,3	+ 2,3	+ 3,4	+ 2,5	+ 1,2

renden Gewerbe, zu dem das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, die Energie- und Wasserversorgung sowie der Bergbau zählen, im zweiten Quartal 2008 um 6,0% gegenüber dem zweiten Quartal 2007 an. Im ersten Quartal 2008 wurde ein Anstieg um 2,6% verzeichnet. Zu dem Ergebnis im zweiten Quartal 2008 trug entscheidend das Verarbeitende Gewerbe bei, dessen Bruttowertschöpfung um 6,2% über der zwischen April und Juni des vergangenen Jahres lag, nach + 2,7% im ersten Quartal 2008. Für das erste Halbjahr 2008, bei dem sich die Arbeitstageeffekte durch die unterschiedliche Lage von Ostern prinzipiell ausgleichen, lag der Anstieg im Verarbeitenden Gewerbe bei 4,4%; das war das schwächste Halbjahresergebnis seit dem zweiten Halbjahr 2005. Dabei hat sich das Auslandsgeschäft bei einer Exportquote (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz) von über 45% als noch etwas dynamischer erwiesen. Gemessen am Volumenindex des Umsatzes der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe stieg der Auslandsumsatz im ersten Halbjahr 2008 um 4,9%. Der Inlandsabsatz legte um 3,9% zu, sodass insgesamt ein „reales“ Umsatzplus von 4,3% gegenüber dem ersten Halbjahr 2007 zu verzeichnen war. Bei den Auftragseingängen zogen die Inlands- und die Auslandsaufträge um 2,9 bzw. 2,2% an (Volumenindex). Während die Industrieproduktion im ersten Vierteljahr um

3,0% stieg, nahm sie im zweiten Vierteljahr 2008 um 6,6% zu (gemessen am Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe, gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum). Die stärkere Zunahme im zweiten Vierteljahr resultierte aus einer besonders positiven Arbeitstagekonstellation. Bei der Betrachtung ausgewählter Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes zeigt sich, dass der Produktionsindex der Investitionsgüterproduzenten im ersten Halbjahr 2008 mit 7,3% deutlich anstieg, während bei den Konsumgüterproduzenten keine Veränderung zu verzeichnen war. Dieses Bild passt gut zu den Ergebnissen der Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts (siehe Kapitel 2). Die Wirtschaftsleistung des Baugewerbes zeigt für die erste Jahreshälfte 2008 im Vorjahresvergleich ein recht günstiges Bild. Allerdings sind die Quartalsergebnisse mit einem Anstieg von + 2,5% im ersten Vierteljahr und von + 7,3% im zweiten Vierteljahr stark von den bereits erwähnten Kalendereinflüssen geprägt.

Im zusammengefassten Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr stieg die Bruttowertschöpfung preisbereinigt im zweiten Quartal 2008 mit 3,4% etwa so stark wie in der Gesamtwirtschaft. Die Handelsbereiche (Kraftfahrzeughandel, Großhandel, Einzelhandel) schrumpften um 1,8%. Das Gastgewerbe legte – nach + 0,2% im ersten Quartal 2008 –

auch im zweiten Quartal mit +0,3% leicht zu. Die Bruttowertschöpfung im Verkehr und der Nachrichtenübermittlung stieg deutlich an (+5,0%). Hier zeigt sich der recht enge Zusammenhang zwischen der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe auf der einen und dem Transport von Gütern im Verkehrsbereich auf der anderen Seite.

Der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister wies sowohl von Januar bis März (+2,1%) als auch von April bis Juni 2008 (+2,5%) einen moderaten Anstieg der Bruttowertschöpfung aus. Während die positive Entwicklung im Produzierenden Gewerbe offenkundig auch auf die unternehmensnahen Dienstleister ausstrahlte, deren reale Bruttowertschöpfung in den beiden ersten Quartalen 2008 überdurchschnittlich zunahm, war die Veränderung der Bruttowertschöpfung im Kredit- und Versicherungsgewerbe recht schwach. Als relativ konjunkturunabhängig erwies sich wie üblich der Teilbereich Wohnungsvermietung, der den Wert für die Nutzung des gesamten Wohnungsbestands (einschließlich der Eigentümerwohnungen) umfasst.

Für die öffentlichen und privaten Dienstleister ergaben sich in der ersten Jahreshälfte 2008 in beiden Quartalen im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung unterdurchschnittliche Entwicklungen (erstes Quartal: +0,6%, zweites Quartal: +1,2%). Dieses Ergebnis wurde durch die Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung des Staates im (Kern-)Bereich „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ positiv beeinflusst. Im Wirtschaftsbereich „Erziehung und Unterricht“ waren dagegen – wie im Vorjahr – preisbereinigte Rückgänge der Bruttowertschöpfung in den beiden ersten Quartalen 2008 zu beobachten. Bei den aktuellen Berechnungen in vielen Dienstleistungsbereichen wird mangels direkter Outputangaben ersatzweise auf Erwerbstätigendaten und geleistete Arbeitsstunden zurückgegriffen. Mit diesen Informationen werden unter Berücksichtigung einer aus der Zeitreihe geschätzten Produktivitätsentwicklung die Wertschöpfungsgrößen der betreffenden Dienstleistungsbereiche berechnet. In die jetzigen aktuellen Berechnungen sind die Erkenntnisse aus der Auswertung der Umsatzsteuerstatistik für das Jahr 2006 eingeflossen; daraus ergab sich diesmal allerdings beim Vergleich mit den fortgeschriebenen Ergebnissen nur wenig Bedarf für eine Anpassung der in der Fortschreibung zugrunde gelegten Produktivitätsansätze.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen (siehe Tabelle 4) erhöhte sich im zweiten Quartal 2008 die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche insgesamt um 4,6% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum; im ersten Quartal lag der Anstieg bei 3,2%. In den nominalen Ergebnissen spiegeln sich neben der bereits beschriebenen realen Wirtschaftsentwicklung die Preisbewegungen in den verschiedenen Branchen und Produktionsstufen wider.

## 2 Verwendung des Inlandsprodukts

Die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war in der ersten Jahreshälfte 2008 vor allem geprägt durch die

anhaltende Konsumschwäche, das ausgesprochen milde Winterwetter und eine nach wie vor günstige Entwicklung im Außenhandel und bei der Investitionstätigkeit. Positive Wachstumsimpulse kamen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland, wenn man auf den Vorjahresvergleich abstellt und die Wachstumsbeiträge zum Bruttoinlandsprodukt betrachtet (siehe Tabelle 5). Charakteristisch war eine weiterhin starke Investitionsdynamik, die allerdings durch die witterungsbedingten Schwankungen der Bauinvestitionen überlagert wurde. Der Außenhandel präsentierte sich abermals expansiv; der Exportüberschuss trug in den beiden ersten Quartalen 2008 mit 0,9 bzw. 1,1 Prozentpunkten zum realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei. Die privaten Konsumausgaben wirkten demgegenüber – vor allem auch wegen der starken Preissteigerungen bei Energie und Nahrungsmitteln – in realer Rechnung in der ersten Jahreshälfte 2008 eher restriktiv. Diese Darstellung anhand der Ursprungswerte (im Vorjahresvergleich) ist allerdings zu ergänzen um eine saison- und kalenderbereinigte Verlaufsbeobachtung (im Vorquartalsvergleich), auf die im Folgenden bei den einzelnen Aggregaten ebenfalls eingegangen wird.

Der Wert der *privaten Konsumausgaben* betrug im ersten Quartal 2008 in Deutschland 335 Mrd. Euro und im zweiten Quartal 347 Mrd. Euro; das entsprach einer Erhöhung um 2,2 bzw. 2,3% gegenüber den entsprechenden Quartalen des Vorjahres (gemessen in jeweiligen Preisen). Da der implizite Preisanstieg der privaten Konsumausgaben in beiden Quartalen jeweils 2,3% betrug, ging der private Konsum preisbereinigt im ersten Vierteljahr um 0,1% zurück und stagnierte im zweiten Vierteljahr auf dem Niveau des Vorjahres (siehe Tabelle 5). Preis-, saison- und kalenderbereinigt verringerte sich das Ausgabevolumen für den privaten Konsum im ersten Quartal 2008 gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres um 0,4% und im zweiten Quartal 2008 um 0,7% gegenüber dem Wert des ersten Quartals.

Die Preisentwicklung in der ersten Jahreshälfte 2008 war charakterisiert durch weiterhin überdurchschnittlich steigende Verbraucherpreise für Haushaltsenergie (Strom, Gas, Heizöl insgesamt +7,7% im ersten und +12,5% im zweiten Vierteljahr, jeweils gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal) sowie für Kraftstoffe (+12,2 bzw. +11,9%). Inflationäre Wirkungen gingen im ersten Halbjahr 2008 auch von den Preisen für Nahrungsmittel aus, die im ersten Quartal um 8,0% und im zweiten Quartal um 7,6% stiegen. Dagegen gingen die Preise für Telekommunikationsgeräte (–18,9 bzw. –16,4%) und audiovisuelle, fotografische und Informationsverarbeitungsgeräte (–9,6 bzw. –9,2%) wie in den Vorjahren zurück, was hier aber maßgeblich auf eine höhere Qualität der Produkte zurückzuführen ist.

Die Ergebnisse nach wichtigen Verwendungszwecken untergliedert (siehe Tabelle 6 auf S. 742) zeigen, dass die Ausgaben der privaten Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren trotz der Preissteigerungen nur moderat gestiegen sind (+1,3% im 1. Vj 2008, +2,6% im 2. Vj 2008). Preisbereinigt ergab sich ein Rückgang dieser Ausgaben im ersten Vierteljahr um 4,7% und im zweiten Vierteljahr um

Tabelle 5: Verwendung des Inlandsprodukts

Jahr Vierteljahr	Brutto- inlands- produkt	Inländische Verwendung										Außen- beitrag	Nachrichtlich:	
		ins- gesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen					Vorrats- verände- rungen und Netto- zugang an Wert- sachen		Experte	Importe
			zu- sammen	private Konsum- aus- gaben <sup>1)</sup>	Staat	zu- sammen	Bruttoanlageinvestitionen		Bauten	sonstige An- lagen <sup>2)</sup>				
in jeweiligen Preisen														
Mrd. EUR														
2005 .....	2 243,2	2 123,7	1 744,6	1 324,7	420,0	379,0	390,9	162,1	203,4	25,4	-11,9	119,6	921,4	801,9
2006 .....	2 321,5	2 190,0	1 780,6	1 355,1	425,4	409,4	423,1	178,1	218,6	26,4	-13,7	131,5	1 052,7	921,2
2007 .....	2 422,9	2 251,9	1 809,4	1 373,7	435,6	442,6	453,5	189,4	236,4	27,7	-10,9	171,0	1 137,2	966,2
2007 1. Vj	588,2	544,0	432,0	327,5	104,5	111,9	100,6	42,3	51,9	6,4	+11,3	44,2	277,8	233,6
2. Vj	596,8	552,3	444,9	339,7	105,2	107,4	114,9	47,2	60,9	6,8	-7,5	44,5	280,4	235,8
3. Vj	615,1	577,5	453,2	346,6	106,6	124,3	116,8	45,3	64,5	7,0	+7,5	37,6	283,9	246,3
4. Vj	622,8	578,2	479,2	359,9	119,3	99,0	121,3	54,6	59,1	7,6	-22,3	44,6	295,2	250,6
2008 1. Vj	606,2	559,2	442,4	334,7	107,8	116,8	105,6	44,4	54,6	6,6	+11,2	47,0	294,5	247,5
2. Vj	622,9	576,3	456,1	347,4	108,8	120,2	125,3	51,5	66,8	7,0	-5,1	46,6	302,2	255,6
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum														
in %														
2005 .....	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,0	+ 1,0	+ 4,9	- 2,1	+ 2,5	- 3,9	+ 6,6	+ 8,4	+ 8,8
2006 .....	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,3	+ 8,0	+ 8,2	+ 9,8	+ 7,5	+ 3,9	- 1,8	+ 12,0	+ 14,3	+ 14,9
2007 .....	+ 4,4	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,4	+ 8,1	+ 7,2	+ 6,3	+ 8,1	+ 5,1	+ 2,8	+ 39,5	+ 8,0	+ 4,9
2007 1. Vj	+ 5,2	+ 3,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,3	+ 11,2	+ 14,4	+ 7,9	+ 21,9	+ 4,2	- 1,4	+ 12,4	+ 11,4	+ 7,4
2. Vj	+ 4,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,6	+ 4,1	+ 6,0	+ 4,9	+ 7,0	+ 5,3	- 2,3	+ 13,8	+ 9,9	+ 5,1
3. Vj	+ 4,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,6	+ 4,8	+ 5,4	+ 5,9	+ 4,9	+ 5,4	- 0,2	+ 11,2	+ 8,5	+ 4,8
4. Vj	+ 3,5	+ 3,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,2	+ 13,7	+ 4,5	+ 6,7	+ 2,5	+ 5,3	+ 6,7	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,6
2008 1. Vj	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,1	+ 4,4	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,1	+ 3,0	- 0,2	+ 2,8	+ 6,0	+ 6,0
2. Vj	+ 4,4	+ 4,4	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,4	+ 12,0	+ 9,1	+ 9,2	+ 9,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,1	+ 7,8	+ 8,4
preisbereinigt														
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum														
in %														
2005 .....	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 1,0	+ 1,1	+ 6,0	- 3,0	+ 4,9	- 0,4	+ 0,7	+ 7,7	+ 6,5
2006 .....	+ 3,0	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,6	+ 7,5	+ 7,7	+ 11,1	+ 5,0	+ 8,0	+ 0,0	+ 1,0	+ 12,7	+ 11,9
2007 .....	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,2	- 0,4	+ 2,2	+ 5,0	+ 4,3	+ 6,9	+ 1,8	+ 8,0	+ 0,1	+ 1,4	+ 7,5	+ 5,0
2007 1. Vj	+ 3,4	+ 2,0	+ 0,3	- 0,2	+ 2,1	+ 8,9	+ 10,9	+ 8,6	+ 14,1	+ 4,3	- 0,1	+ 1,6	+ 10,1	+ 7,5
2. Vj	+ 2,5	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 2,5	+ 0,3	+ 2,7	+ 5,3	- 0,0	+ 8,9	- 0,5	+ 2,1	+ 9,3	+ 5,2
3. Vj	+ 2,4	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,7	+ 6,5	- 1,0	+ 9,6	+ 0,0	+ 1,5	+ 8,3	+ 5,5
4. Vj	+ 1,6	+ 1,2	- 0,3	- 1,0	+ 1,8	+ 9,4	+ 2,4	+ 7,5	- 2,8	+ 8,8	+ 0,9	+ 0,5	+ 2,8	+ 2,2
2008 1. Vj	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	+ 1,7	+ 3,4	+ 4,1	+ 6,2	+ 2,0	+ 8,9	- 0,1	+ 0,9	+ 5,5	+ 4,2
2. Vj	+ 3,1	+ 2,2	+ 0,5	- 0,0	+ 2,0	+ 9,7	+ 7,9	+ 10,1	+ 6,2	+ 6,2	+ 0,2	+ 1,1	+ 7,0	+ 5,7

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden. – 3) Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

3,5%. Das war der stärkste Rückgang in den letzten zwei Jahrzehnten. Infolge der kräftigen Preissteigerungen für die Haushaltsenergie sind auch die Ausgaben für das Wohnen mit +3,5% und +4,0% in den ersten beiden Vierteljahren 2008 wieder schneller gestiegen als die Konsumausgaben insgesamt. Ähnlich verhält es sich mit der Ausgabensteigerung für den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung als Folge der relativ hohen Preisanstiege für Kraftstoffe. Diese Ausgaben erhöhten sich im ersten Quartal 2008 um 4,5% und im zweiten Quartal um 2,0%.

Die *Konsumausgaben des Staates* nahmen im ersten Halbjahr 2008 in jeweiligen Preisen um 3,2% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zu (siehe die Tabellen 5 und 7). Dabei stiegen die Konsumausgaben der Sozialversicherung mit 4,6% mehr als doppelt so stark wie die der Gebietskörperschaften (+2,2%). Auf Vierteljahre aufgeteilt verzeichneten die Konsumausgaben folgende Entwicklung:

	Konsumausgaben in jeweiligen Preisen							
	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
	2007				2008			
	1. Vj	2. Vj	3. Vj	4. Vj	1. Vj	2. Vj		
Konsumausgaben .....	+2,3	+2,6	+2,6	+2,2	+3,1	+3,4		
Gebietskörperschaften .	+1,6	+1,8	+1,5	+1,3	+2,3	+2,2		
Ziviler Bereich .....	+1,7	+1,2	+1,0	+1,5	+1,1	+2,3		
Verteidigung .....	+0,0	+7,9	+5,6	±0,0	+13,8	+1,2		
Sozialversicherung .....	+3,2	+3,8	+4,2	+3,4	+4,3	+4,9		

Bei den preisbereinigten Konsumausgaben des Staates setzte sich der im Jahr 2007 eingeschlagene Weg fort, sie sind im ersten und zweiten Quartal 2008 um 1,7 bzw. 2,0% gestiegen (siehe Tabelle 5).

Die Konsumausgaben des Staates in jeweiligen Preisen errechnen sich als Summe der Aufwendungen für die Produktion staatlicher Leistungen (insbesondere Arbeitnehmerentgelt und Vorleistungen) im Rahmen der Nichtmarktproduktion des Staates sowie für soziale Sachleistungen,

Tabelle 6: Private Konsumausgaben

Jahr Vierteljahr	Insgesamt	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Konsumausgaben je Einwohner
		zusammen	nachrichtlich: Käufe nach Verwendungszwecken <sup>1)</sup>						
			Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	übrige Verwendungszwecke <sup>2)</sup>		
Mrd. EUR									
2005 .....	1 324,7	1 288,3	182,5	301,2	214,7	117,8	440,2	36,4	16 063
2006 .....	1 355,1	1 319,1	185,2	309,7	223,6	120,1	450,3	36,0	16 453
2007 .....	1 373,7	1 337,4	187,7	315,4	220,1	123,1	458,5	36,3	16 699
2007 1. Vj .	327,5	318,2	45,3	80,0	50,1	29,2	108,4	9,4	3 980
2. Vj .	339,7	331,3	47,3	74,0	57,9	30,2	114,1	8,4	4 129
3. Vj .	346,6	337,3	46,1	75,5	56,6	30,2	114,6	9,3	4 214
4. Vj .	359,9	350,7	48,9	85,8	55,5	33,6	121,3	9,2	4 376
2008 1. Vj .	334,7	325,3	45,9	82,8	52,3	29,6	109,2	9,4	4 073
2. Vj .	347,4	338,7	48,5	77,0	59,1	30,6	115,6	8,7	4 229
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %									
2005 .....	+ 1,7	+ 1,8	+ 0,8	+ 3,0	+ 2,2	+ 0,8	+ 1,4	- 3,7	+ 1,7
2006 .....	+ 2,3	+ 2,4	+ 1,4	+ 2,8	+ 4,2	+ 2,0	+ 2,3	- 1,1	+ 2,4
2007 .....	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,8	- 1,6	+ 2,5	+ 1,8	+ 0,7	+ 1,5
2007 1. Vj .	+ 1,0	+ 1,0	+ 3,1	- 0,3	- 2,0	+ 3,0	+ 2,6	+ 2,5	+ 1,1
2. Vj .	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,5	- 0,3	+ 2,7	+ 1,9	- 0,2	+ 1,5
3. Vj .	+ 1,9	+ 1,8	+ 0,0	+ 1,8	- 0,1	+ 3,2	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,0
4. Vj .	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,1	+ 4,2	- 3,9	+ 1,2	+ 0,6	- 2,0	+ 1,3
2008 1. Vj .	+ 2,2	+ 2,2	+ 1,3	+ 3,5	+ 4,5	+ 1,3	+ 0,7	- 0,1	+ 2,3
2. Vj .	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,6	+ 4,0	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,3	+ 3,2	+ 2,4

1) Käufe der privaten Haushalte im Inland. – 2) Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände für den Haushalt, persönliche Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen.

abzüglich der Einnahmen aus Verkäufen dieser Leistungen und abzüglich der Produktion für die Eigenverwendung. Im Berichtshalbjahr stellte der Staat den privaten Haushalten 4,3 % mehr soziale Sachleistungen zur Verfügung. Hierbei handelt es sich insbesondere um die sozialen Sachtransfers der Sozialversicherungen, zu denen deren Ausgaben für Arztleistungen, Krankenhausleistungen, Medikamente, Zahnersatz, Kuren, Unterbringung in Pflegeheimen usw. zählen. Als Entgelt für die in der Nichtmarktproduktion des Staates eingesetzten Beschäftigten zahlte der Staat im Berichtszeitraum 2,2 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dazu trugen unter anderem die Ergebnisse der Tarifverhandlungen beim Bund und den Kommunen

vom 31. März 2008 bei, nach denen die Tabellenentgelte zum 1. Januar 2008 zunächst um 50 Euro angehoben und anschließend um 3,1% erhöht wurden. Für das Tarifgebiet Ost wurde zudem die Erhöhung des Bemessungssatzes (Ost-West-Anpassung) entsprechend der Tarifvereinbarung berücksichtigt. Die länderspezifischen Regelungen wurden analog zu den jeweiligen Tarifvereinbarungen umgesetzt. Deutlich gestiegen sind die Käufe des Staates an Vorleistungsgütern für die Nichtmarktproduktion. Hier wurden vom Staat 2,9 % mehr ausgegeben als im ersten Halbjahr 2007, wobei die Aufwendungen für Verteidigungsgüter deutlich um 11,5 % zunahm, während diejenigen für zivile Zwecke mit 1,9 % wesentlich moderater angestiegen sind. Die Ver-

Tabelle 7: Konsumausgaben des Staates in jeweiligen Preisen

Jahr <sup>1)</sup> Halbjahr	Insgesamt	Vorleistungen			Bruttowertschöpfung <sup>2)</sup>		Verkäufe von Waren und Dienstleistungen <sup>3)</sup>	Soziale Sachleistungen	Nachrichtlich: Konsumausgaben des Staates für zivile Zwecke
		zusammen	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen	dar.: Arbeitnehmerentgelt			
Mrd. EUR									
2005 .....	420,0	87,7	79,8	7,9	197,2	167,2	32,5	167,5	394,6
2006 .....	425,4	90,0	82,3	7,6	196,6	165,9	32,9	171,8	400,3
2007 .....	435,6	93,4	85,3	8,1	198,7	166,5	34,8	178,3	409,7
2007 1. Hj ..	209,7	42,7	38,9	3,7	95,7	79,5	16,3	87,7	197,9
2. Hj ..	225,9	50,7	46,4	4,4	103,0	86,9	18,5	90,7	211,8
2008 1. Hj ..	216,5	43,9	40,1	3,8	97,8	81,2	16,7	91,4	203,8
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %									
2005 .....	+ 1,0	+ 5,2	+ 5,0	+ 7,0	- 0,3	- 0,4	+ 12,8	+ 2,5	+ 1,1
2006 .....	+ 1,3	+ 2,6	+ 3,2	- 3,5	- 0,3	- 0,7	+ 1,1	+ 2,5	+ 1,4
2007 .....	+ 2,4	+ 3,8	+ 3,6	+ 5,9	+ 1,1	+ 0,3	+ 5,7	+ 3,8	+ 2,4
2007 1. Hj ..	+ 2,4	+ 3,5	+ 3,3	+ 5,4	+ 1,2	+ 0,3	+ 4,4	+ 3,7	+ 2,4
2. Hj ..	+ 2,4	+ 4,1	+ 3,9	+ 6,4	+ 0,9	+ 0,3	+ 6,9	+ 3,9	+ 2,4
2008 1. Hj ..	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,4	+ 4,3	+ 3,0

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Geleistetes Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen. – 3) Einschl. Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.



käufe des Staates aus Nichtmarktproduktion (einschließlich der Produktion für die Eigenverwendung) waren im Berichtshalbjahr um 2,4 % höher als vor Jahresfrist.

Die *Bruttoanlageinvestitionen*, die sich aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie sonstigen, überwiegend immateriellen Anlagen zusammensetzen, sind in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2008 im Vorjahresvergleich erneut stark angestiegen: Sie nahmen in jeweiligen Preisen im ersten Quartal 2008 um 5,0% und im zweiten Quartal um 9,1% zu; preisbereinigt stiegen sie um 4,1 bzw. 7,9% im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Zuwachs betraf alle Anlage-

arten: Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen preisbereinigt um 6,2% im ersten und um 10,1% im zweiten Quartal zu, die Bauinvestitionen stiegen um 2,0 bzw. 6,2%, die sonstigen Anlagen um 8,9 bzw. 6,2% an.

Die Ausgaben für *Ausrüstungsinvestitionen* in jeweiligen Preisen zeigten in den beiden ersten Quartalen des Jahres 2008 mit Wachstumsraten von 5,1 und 9,2% die seit Jahren gewohnte positive Entwicklung. Die preisbereinigten Daten bestätigen dieses Bild, denn trotz der gestiegenen Energiepreise setzte sich der Preiserückgang für Ausrüstungen mit -1,0% im ersten und -0,8% im zweiten Quartal 2008 nunmehr im fünften Jahr fort. Daher betragen die Quartalszuwächse preisbereinigt sogar 6,2 und 10,1%. Mit hin hat nach dieser Rechnung der stetige Wachstumstrend der Ausrüstungsinvestitionen bereits seit mehr als drei Jahren Bestand. Die saison- und kalenderbereinigten realen Wachstumsraten der Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen haben sich hingegen abgeschwächt: Lagen sie mit +1,6% im ersten Quartal noch im positiven Bereich, so signalisieren -0,5% im zweiten Quartal einen leichten Rückgang. Diese Ergebnisse könnten allerdings auch dadurch beeinflusst sein, dass die Ausrüstungsinvestitionen zum Jahresanfang etwas überzeichnet ausgefallen sind, weil wegen der zum Jahresende 2007 auslaufenden Abschreibungsbegünstigung noch Aufträge im ersten Quartal 2008 abgewickelt worden sein könnten. Es bleibt aber zunächst

Bruttoanlageinvestitionen  
Veränderungen in %

	Ursprungswerte <sup>1)</sup>			Saison- und kalenderbereinigte Werte <sup>2)</sup>
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt	Preis-komponente	
2007 1. Vj .....	+14,4	+10,9	+3,2	+0,3
2. Vj .....	+6,0	+2,7	+3,2	-0,8
3. Vj .....	+5,4	+2,7	+2,6	+1,1
4. Vj .....	+4,5	+2,7	+2,0	+2,0
2008 1. Vj .....	+5,0	+4,1	+0,8	+3,4
2. Vj .....	+9,1	+7,9	+1,2	-1,9

1) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. -  
2) Nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Tabelle 8: Bruttoanlageinvestitionen

Jahr Vierteljahr	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen <sup>1)</sup>		
	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht-staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht-staatliche Sektoren	Staat	zusammen	nicht-staatliche Sektoren	Staat
in jeweiligen Preisen												
Mrd. EUR												
2005 .....	390,9	360,0	30,9	162,1	157,7	4,4	203,4	178,7	24,7	25,4	23,6	1,8
2006 .....	423,1	390,5	32,6	178,1	173,7	4,4	218,6	192,3	26,4	26,4	24,6	1,8
2007 .....	453,5	417,9	35,6	189,4	185,1	4,3	236,4	207,1	29,3	27,7	25,8	2,0
2007 1. Vj .....	100,6	93,7	6,9	42,3	41,6	0,7	51,9	46,0	5,9	6,4	6,1	0,3
2. Vj .....	114,9	106,0	8,8	47,2	46,4	0,8	60,9	53,2	7,7	6,8	6,4	0,4
3. Vj .....	116,8	106,9	9,9	45,3	44,3	1,0	64,5	56,0	8,5	7,0	6,6	0,4
4. Vj .....	121,3	111,3	10,0	54,6	52,8	1,9	59,1	51,8	7,2	7,6	6,7	0,9
2008 1. Vj .....	105,6	98,5	7,2	44,4	43,6	0,8	54,6	48,6	6,0	6,6	6,3	0,3
2. Vj .....	125,3	115,9	9,4	51,5	50,7	0,8	66,8	58,6	8,2	7,0	6,6	0,3
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %												
2005 .....	+ 1,0	+ 1,3	- 2,3	+ 4,9	+ 5,0	+ 1,4	- 2,1	- 1,9	- 3,2	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,3
2006 .....	+ 8,2	+ 8,5	+ 5,4	+ 9,8	+ 10,1	+ 0,0	+ 7,5	+ 7,6	+ 6,7	+ 3,9	+ 4,1	+ 0,6
2007 .....	+ 7,2	+ 7,0	+ 9,2	+ 6,3	+ 6,6	- 2,7	+ 8,1	+ 7,7	+ 11,2	+ 5,1	+ 4,8	+ 9,4
2007 1. Vj .....	+ 14,4	+ 12,9	+ 39,8	+ 7,9	+ 8,0	+ 1,5	+ 21,9	+ 19,2	+ 48,6	+ 4,2	+ 3,9	+ 10,0
2. Vj .....	+ 6,0	+ 6,2	+ 4,0	+ 4,9	+ 5,0	+ 1,3	+ 7,0	+ 7,5	+ 3,8	+ 5,3	+ 4,7	+ 16,1
3. Vj .....	+ 5,4	+ 5,6	+ 3,0	+ 5,9	+ 6,2	- 3,0	+ 4,9	+ 5,2	+ 3,3	+ 5,4	+ 5,0	+ 13,5
4. Vj .....	+ 4,5	+ 4,6	+ 4,3	+ 6,7	+ 7,2	- 5,6	+ 2,5	+ 1,9	+ 7,1	+ 5,3	+ 5,3	+ 4,9
2008 1. Vj .....	+ 5,0	+ 5,1	+ 4,2	+ 5,1	+ 4,9	+ 20,6	+ 5,1	+ 5,5	+ 2,4	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,0
2. Vj .....	+ 9,1	+ 9,4	+ 6,1	+ 9,2	+ 9,3	+ 3,9	+ 9,7	+ 10,1	+ 6,9	+ 3,1	+ 3,6	- 5,6
preisbereinigt												
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %												
2005 .....	+ 1,1	+ 1,4	- 2,2	+ 6,0	+ 6,1	+ 4,4	- 3,0	- 2,9	- 4,0	+ 4,9	+ 4,8	+ 6,3
2006 .....	+ 7,7	+ 8,1	+ 3,8	+ 11,1	+ 11,3	+ 3,9	+ 5,0	+ 5,2	+ 3,6	+ 8,0	+ 8,2	+ 5,6
2007 .....	+ 4,3	+ 4,3	+ 4,4	+ 6,9	+ 7,1	- 0,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 4,6	+ 8,0	+ 7,6	+ 13,9
2007 1. Vj .....	+ 10,9	+ 9,6	+ 32,6	+ 8,6	+ 8,7	+ 2,3	+ 14,1	+ 11,5	+ 39,2	+ 4,3	+ 4,0	+ 11,8
2. Vj .....	+ 2,7	+ 3,1	- 1,0	+ 5,3	+ 5,3	+ 2,5	- 0,0	+ 0,4	- 2,8	+ 8,9	+ 8,2	+ 21,4
3. Vj .....	+ 2,7	+ 3,0	- 1,0	+ 6,5	+ 6,7	- 0,2	- 1,0	- 0,8	- 2,4	+ 9,6	+ 9,1	+ 18,5
4. Vj .....	+ 2,4	+ 2,7	- 0,1	+ 7,5	+ 8,0	- 3,1	- 2,8	- 3,3	+ 0,7	+ 8,8	+ 8,8	+ 9,8
2008 1. Vj .....	+ 4,1	+ 4,1	+ 5,3	+ 6,2	+ 5,9	+ 24,9	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,5	+ 8,9	+ 8,8	+ 10,4
2. Vj .....	+ 7,9	+ 8,0	+ 6,4	+ 10,1	+ 10,1	+ 7,5	+ 6,2	+ 6,2	+ 6,1	+ 6,2	+ 6,6	- 1,6

1) Software (erworbene und selbsterstellte), Urheberrechte, andere immaterielle Anlagegüter, Nutztiere und Nutzpflanzungen.



offen, ob damit bereits ein Ende des positiven Investitionszyklus erreicht ist, der seit etwa 2003 andauert.

	Ausrüstungsinvestitionen Veränderungen in %			
	Ursprungswerte <sup>1)</sup>			Saison- und kalender- bereinigte Werte <sup>2)</sup>
	in jeweiligen Preisen	preis- bereinigt	Preis- komponente	preis- bereinigt
2007 1. Vj .....	+7,9	+8,6	-0,7	+1,2
2. Vj .....	+4,9	+5,3	-0,3	+1,6
3. Vj .....	+5,9	+6,5	-0,5	+1,5
4. Vj .....	+6,7	+7,5	-0,7	+3,8
2008 1. Vj .....	+5,1	+6,2	-1,0	+1,6
2. Vj .....	+9,2	+10,1	-0,8	-0,5

1) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. -  
2) Nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Trotz des hohen Niveaus der *Bauinvestitionen* im ersten Quartal des Jahres 2007 nahmen diese im ersten Quartal 2008 erneut um 5,1% in jeweiligen Preisen und um 2,0% preisbereinigt (Vorjahresvergleich) zu. Im zweiten Quartal 2008 stiegen die Bauinvestitionen um 9,7% in jeweiligen Preisen und um 6,2% preisbereinigt an. Diese Ergebnisse sind aber durch starke Kalendereffekte beeinflusst:

Durch die wechselnde Lage der Feiertage standen im ersten Quartal 2008 zwei Arbeitstage weniger und im zweiten Quartal drei Arbeitstage mehr zur Verfügung als in den entsprechenden Vorjahresquartalen. Die Zunahme der Baupreise hat im Jahr 2008 etwas nachgelassen: Nach einem jahresdurchschnittlichen Preisanstieg im Jahr 2007 von 6,3% haben die Baupreise im ersten Quartal 2008 um 3,1% und im zweiten Quartal um 3,3% im Vergleich zum Vorjahr zugelegt.

Die Bauinvestitionen nach Bauarten (jeweils Vorjahresvergleich, preisbereinigt) ergeben folgendes Bild: Überdurchschnittliche Zuwächse weisen der gewerbliche und der öffentliche Hochbau aus: Der gewerbliche Hochbau nahm um 5,9% im ersten Quartal und um 12,7% im zweiten Quartal 2008 zu, der öffentliche Hochbau um 3,1 und 7,8%. Der Wohnungsbau stieg um 0,9 und 4,4%. Die Investitionen in Tiefbauten nahmen im ersten Vierteljahr 2008 leicht um 0,2% ab, sie hatten zum Jahresbeginn 2007 allerdings auch einen enormen Zuwachs von 26,7% verzeichnet. Im zweiten Vierteljahr 2008 legten die Investitionen in Tiefbauten dagegen um 4,5% zu.

In der Verlaufsbeurteilung im Vorquartalsvergleich nahmen die Bauinvestitionen preis-, saison- und kalenderbereinigt im ersten Quartal um 5,7% zu, im zweiten Quartal hingegen um 3,5% ab. Dabei ist das Ergebnis für das zweite Quartal

Tabelle 9: Exporte und Importe

Jahr Vierteljahr	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR							
2005 .....	921,4	795,6	125,9	801,9	635,3	166,6	119,6
2006 .....	1052,7	908,8	143,9	921,2	743,7	177,5	131,5
2007 .....	1137,2	983,1	154,1	966,2	778,7	187,5	171,0
2007 1. Vj .....	277,8	241,9	35,9	233,6	191,3	42,3	44,2
2. Vj .....	280,4	242,3	38,1	235,8	191,7	44,2	44,5
3. Vj .....	283,9	244,4	39,5	246,3	192,5	53,8	37,6
4. Vj .....	295,2	254,5	40,7	250,6	203,3	47,2	44,6
2008 1. Vj .....	294,5	256,8	37,7	247,5	204,9	42,7	47,0
2. Vj .....	302,2	263,5	38,7	255,6	209,6	46,0	46,6
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
2005 .....	+ 8,4	+ 8,3	+ 9,3	+ 8,8	+ 9,4	+ 6,6	+ 6,6
2006 .....	+ 14,3	+ 14,2	+ 14,4	+ 14,9	+ 17,1	+ 6,6	+ 12,0
2007 .....	+ 8,0	+ 8,2	+ 7,1	+ 4,9	+ 4,7	+ 5,6	+ 39,5
2007 1. Vj .....	+ 11,4	+ 10,9	+ 15,3	+ 7,4	+ 7,6	+ 6,4	+ 12,4
2. Vj .....	+ 9,9	+ 10,8	+ 4,0	+ 5,1	+ 5,3	+ 3,8	+ 13,8
3. Vj .....	+ 8,5	+ 8,3	+ 10,0	+ 4,8	+ 4,1	+ 7,3	+ 11,2
4. Vj .....	+ 2,9	+ 3,3	+ 0,9	+ 2,6	+ 2,1	+ 4,9	+ 2,1
2008 1. Vj .....	+ 6,0	+ 6,2	+ 5,0	+ 6,0	+ 7,1	+ 0,9	+ 2,8
2. Vj .....	+ 7,8	+ 8,7	+ 1,6	+ 8,4	+ 9,3	+ 4,2	+ 2,1
preisbereinigt Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
2005 .....	+ 7,7	+ 7,6	+ 7,9	+ 6,5	+ 6,8	+ 5,5	+ 0,7
2006 .....	+ 12,7	+ 12,7	+ 12,5	+ 11,9	+ 13,5	+ 5,7	+ 1,0
2007 .....	+ 7,5	+ 7,7	+ 6,3	+ 5,0	+ 5,1	+ 4,8	+ 1,4
2007 1. Vj .....	+ 10,1	+ 9,4	+ 14,4	+ 7,5	+ 7,9	+ 5,6	+ 1,6
2. Vj .....	+ 9,3	+ 10,0	+ 5,6	+ 5,2	+ 5,8	+ 2,8	+ 2,1
3. Vj .....	+ 8,3	+ 8,0	+ 9,6	+ 5,5	+ 5,3	+ 6,6	+ 1,5
4. Vj .....	+ 2,8	+ 3,7	- 2,3	+ 2,2	+ 1,8	+ 4,0	+ 0,5
2008 1. Vj .....	+ 5,5	+ 6,1	+ 1,0	+ 4,2	+ 5,3	- 0,7	+ 0,9
2. Vj .....	+ 7,0	+ 8,4	- 1,5	+ 5,7	+ 6,4	+ 2,7	+ 1,1

1) Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt in Prozentpunkten.

auch als Reflex auf das durch die milde Witterung außergewöhnlich begünstigte erste Quartal 2008 zu sehen.

		Bauinvestitionen Veränderungen in %			
		Ursprungswerte <sup>1)</sup>			
		in jeweiligen Preisen	preis- bereinigt	Preis- komponente	
				preis- bereinigt	
				Saison- und kalender- bereinigte Werte <sup>2)</sup>	
2007	1. Vj . . . . .	+21,9	+14,1	+6,9	-0,2
	2. Vj . . . . .	+7,0	±0,0	+7,0	-3,5
	3. Vj . . . . .	+4,9	-1,0	+6,1	+0,6
	4. Vj . . . . .	+2,5	-2,8	+5,5	+0,4
2008	1. Vj . . . . .	+5,1	+2,0	+3,1	+5,7
	2. Vj . . . . .	+9,7	+6,2	+3,3	-3,5

1) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal. –  
2) Nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Die *Sonstigen Anlagen* in jeweiligen Preisen setzten sich nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2007 zu mehr als drei Vierteln aus Softwareinvestitionen und zu einem Sechstel aus Investitionen in Urheberrechte zusammen; die Anteile der weiteren Positionen (Nutztiere und Nutzpflanzungen, Suchbohrungen, Grundstücksübertragungskosten) betragen gemeinsam weniger als ein Zehntel. Über die unterjährige Entwicklung der Sonstigen Anlagen liegen keine statistisch abgesicherten Informationen vor; eine Interpretation der Berechnungsergebnisse sollte sich daher auf längere Zeiträume beziehen: Die zweite Hälfte der 1990er-Jahre hatte bis zum Jahr 2001 starke, wenn auch abnehmende Zuwächse der Investitionen in Sonstige Anlagen erbracht, geprägt durch die stürmische Entwicklung der Softwareinvestitionen. Daran hatten auch Sonderfaktoren wie das sogenannte Jahr-2000-Problem oder der Bedarf an Informationstechnik für die Währungsumstellung auf das Euro-Bargeld ihren Anteil. Danach folgte eine zweijährige Kontraktionsphase, die auch mit dem Auslaufen des New-Economy-Booms zusammenhängt. Seither sind bei den Sonstigen Anlagen Konsolidierungstendenzen mit positiven, gleichwohl verhalteneren Wachstumsraten zu beobachten, die sich auch in der ersten Jahreshälfte 2008 bestätigten: Im ersten und zweiten Quartal betragen die geschätzten nominalen Zuwachsraten 3,0 bzw. 3,1%. Bedingt durch die für IT-Produkte charakteristischen permanenten Preisrückgänge liegen die preisbereinigten Wachstumsraten erheblich höher, und zwar bei 8,9% für das erste und bei 6,2% für das zweite Quartal 2008.

Der *Außenbeitrag* (Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) nahm im ersten Quartal 2008 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum in jeweiligen Preisen um 2,8 Mrd. auf 47,0 Mrd. Euro zu, wie Tabelle 9 zeigt. Im zweiten Quartal lag der nominale Anstieg des Außenbeitrags im Vorjahresvergleich mit 2,1 Mrd. Euro etwas niedriger. Insgesamt wurden im zweiten Quartal Güter im Wert von 46,6 Mrd. Euro mehr aus- als eingeführt. Die Veränderungsrate der Exporte (nominal +6,0% im ersten, +7,8% im zweiten Quartal, preisbereinigt +5,5% im ersten, +7,0% im zweiten Quartal 2008) erhöhte sich während des ersten Halbjahres leicht, doch fiel der ent-

sprechende Anstieg bei der Zuwachsrate der Importe etwas stärker aus (nominal +6,0% im ersten, +8,4% im zweiten Quartal, preisbereinigt +4,2% im ersten, +5,7% im zweiten Quartal). Da die Importpreise sowohl im ersten als auch im zweiten Quartal 2008 (+1,7% im ersten, +2,5% im zweiten Quartal) deutlich stärker stiegen als die Exportpreise (+0,5% im ersten, +0,7% im zweiten Quartal), verschlechterten sich die Terms of Trade, das heißt das Verhältnis der Entwicklung von Export- zu Importpreisen, im ersten Quartal um 1,2% und im zweiten Quartal um 1,8%. Bei den Preisangaben ist zu beachten, dass es sich hier um konzeptionell modifizierte Ergebnisse im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen handelt und nicht um die originären Ergebnisse der Preisstatistiken (sogenannte Verpaaschung von Laspeyres-Indizes).

Der im grenzüberschreitenden Warenverkehr erwirtschaftete nominale Außenbeitrag stieg im ersten Quartal 2008 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 1,3 Mrd. auf 51,9 Mrd. Euro, im zweiten Quartal erhöhte er sich sogar noch etwas stärker, nämlich um 3,3 Mrd. auf 53,9 Mrd. Euro. In den Vierteljahren unterschiedlich entwickelte sich das traditionelle Defizit im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. Während es sich im ersten Vierteljahr nominal um 1,4 Mrd. Euro (im Vorjahresvergleich) auf -5,0 Mrd. Euro verbesserte, verschlechterte es sich im zweiten Vierteljahr 2008 um 1,2 Mrd. auf -7,3 Mrd. Euro. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass der Nachweis der grenzüberschreitenden Dienstleistungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – ergänzend zu den in der Leistungsbilanzstatistik erfassten Transaktionen – Schätzungen für den Wert grenzüberschreitender Bankdienstleistungen einschließt. Diese werden in der Leistungsbilanzstatistik nicht von den grenzüberschreitenden Zinsströmen (Einkommensströmen) zu den Dienstleistungsströmen umgesetzt. Nach den bisher vorliegenden Informationen und unter Beachtung der von der Europäischen Union (EU) rechtsverbindlich vorgeschriebenen Berechnungsregeln ergaben sich für beide Quartale, zumindest in nominaler Betrachtung, im Vorjahresvergleich deutlich höhere rechnerische Werte für den Export von Bankdienstleistungen. Durch die Einbeziehung der grenzüberschreitenden Bankdienstleistungen in den Dienstleistungsverkehr laut Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde das hier nachgewiesene Defizit in beiden Quartalen verringert.

Exporte abzüglich Importe von Waren und Dienstleistungen  
in jeweiligen Preisen  
Mrd. EUR

	Waren	Dienst- leistungen	Zusammen	Veränderung gegenüber dem ent- sprechenden Vorjahres- quartal
2007 1. Vj . . . . .	+50,6	-6,4	+44,2	+12,4
2. Vj . . . . .	+50,6	-6,1	+44,5	+13,8
3. Vj . . . . .	+51,9	-14,3	+37,6	+11,2
4. Vj . . . . .	+51,2	-6,6	+44,6	+2,1
2008 1. Vj . . . . .	+51,9	-5,0	+47,0	+2,8
2. Vj . . . . .	+53,9	-7,3	+46,6	+2,1

Die Zunahme der preisbereinigten Exporte insgesamt im ersten Quartal 2008 um 5,5% beruhte auf einer deutlichen Zunahme der Warenexporte um 6,1% und einer leicht-

Tabelle 10: Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt

Jahr Halbjahr	Brutto- inlands- produkt	Primär- einkom- men von der übrigen Welt (Saldo)	Brutto- national- einkom- men	Abschrei- bungen	Netto- national- einkom- men	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfü- gbares Einkom- men	Konsum- ausgaben	Sparen	Ver- mögens- transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Netto- investi- tionen	Finanzie- rungs- saldo	Nach- richtlich: Außen- beitrag
Mrd. EUR													
2005 .....	2243,2	+ 27,6	2270,8	335,9	1935,0	- 28,1	1906,9	1744,6	162,2	+ 0,1	43,2	119,1	119,6
2006 .....	2321,5	+ 40,9	2362,4	343,1	2019,3	- 27,3	1992,1	1780,6	211,5	+ 0,4	66,3	145,6	131,5
2007 .....	2422,9	+ 41,3	2464,2	358,8	2105,4	- 28,3	2077,1	1809,4	267,8	+ 0,6	83,8	184,5	171,0
2007 1. Hj .....	1185,0	+ 11,9	1196,9	181,1	1015,9	- 12,6	1003,3	876,9	126,4	+ 0,6	38,3	88,7	88,8
2. Hj .....	1237,9	+ 29,4	1267,3	177,7	1089,6	- 15,7	1073,9	932,4	141,4	- 0,0	45,6	95,9	82,2
2008 1. Hj .....	1229,1	+ 8,2	1237,3	182,3	1055,0	- 12,1	1042,9	898,5	144,4	+ 0,9	54,8	90,4	93,6
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %													
2005 .....	+ 1,5	X	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,6	X	+ 1,6	+ 1,5	+ 3,1	X	- 14,9	X	X
2006 .....	+ 3,5	X	+ 4,0	+ 2,2	+ 4,4	X	+ 4,5	+ 2,1	+ 30,4	X	+ 53,5	X	X
2007 .....	+ 4,4	X	+ 4,3	+ 4,6	+ 4,3	X	+ 4,3	+ 1,6	+ 26,6	X	+ 26,5	X	X
2007 1. Hj .....	+ 4,8	X	+ 4,6	+ 5,6	+ 4,5	X	+ 4,5	+ 1,5	+ 31,8	X	+ 18,1	X	X
2. Hj .....	+ 3,9	X	+ 4,0	+ 3,5	+ 4,1	X	+ 4,0	+ 1,7	+ 22,3	X	+ 34,5	X	X
2008 1. Hj .....	+ 3,7	X	+ 3,4	+ 0,7	+ 3,9	X	+ 3,9	+ 2,5	+ 14,2	X	+ 43,1	X	X

ten Zunahme der Dienstleistungsexporte um 1,0%. Auch im zweiten Quartal divergierten beide Entwicklungen. Während die Warenexporte im Vorjahresvergleich um 8,4% stiegen, sanken die Dienstleistungsexporte um 1,5%. Waren und Dienstleistungsexporte insgesamt nahmen im zweiten Quartal um 7,0% zu. Die preisbereinigten Importe insgesamt stiegen im ersten Quartal um 4,2% und im zweiten Quartal um 5,7% (jeweils gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal). Die Warenimporte nahmen dabei im ersten Quartal um 5,3% und im zweiten Quartal um 6,4% zu. Für die Dienstleistungsimporte ergeben sich mit -0,7% für das erste und +2,7% für das zweite Quartal gegenläufige Veränderungsdaten.

Eine regionale Untergliederung der Warenexporte und -importe liefern die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik (Spezialhandelsstatistik) für das erste Halbjahr 2008 (in jeweiligen Preisen). Die Ausfuhren von Waren in die anderen 26 EU-Länder, die rund zwei Drittel der deutschen Warenausfuhr beziehen, stiegen mit 5,0% (Eurozone: +3,9%) deutlich schwächer als die Warenausfuhren in Drittländer (+10,4%). Diese Entwicklung ist – vor dem Hintergrund des hohen Wechselkurses des Euro zum US-Dollar gesehen – überraschend. Die Importe aus den Ländern der Europäischen Union, die gleichfalls mehr als 60% der gesamten deutschen Einfuhren ausmachen, nahmen mit +6,8% (Eurozone: +5,8%) ebenfalls weniger zu als die Importe aus Drittländern (+8,6%).

### 3 Gesamtwirtschaftliche Einkommen und Vermögensbildung, Verteilung des Volkseinkommens

Das *Bruttonationaleinkommen* als umfassende gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße stieg im ersten Halbjahr

2008 um 3,4% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (siehe Tabelle 10). Damit lag der Zuwachs leicht unter dem des Bruttoinlandsproduktes in jeweiligen Preisen (+3,7%). Ursache hierfür war, dass sich der per saldo erzielte Überschuss aus den grenzüberschreitenden *Primäreinkommen* im ersten Halbjahr 2008 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum (+11,9 Mrd. Euro) auf +8,2 Mrd. Euro verringerte.

Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, werden Entwicklung und Niveau der grenzüberschreitenden Primäreinkommen von den *Vermögenseinkommen* geprägt. Im ersten Halbjahr 2008 erhöhten sich die aus dem Ausland empfangenen Vermögenseinkommen um 9,1% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die an das Ausland geleisteten Vermögenseinkommen stiegen mit 13,8% stärker an. Die grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen werden vor allem durch Zinsen bestimmt, die zurzeit rund zwei Drittel der grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen ausmachen. Die vom Ausland empfangenen Zinsen erhöhten sich im ersten Halbjahr 2008 um 8,3% gegenüber dem ersten Halbjahr 2007, die an das Ausland geleisteten Zinsen stiegen um 14,2%. Bei den Zinsströmen ist zu beachten, dass in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die auf Kredite und Einlagen von Nichtbanken bei Banken gezahlten bzw. empfangenen Zinsen um Finanzserviceleistungen der Banken bereinigt sind und somit nicht den tatsächlichen Zinsen aus bzw. an die übrige Welt – wie sie in der Zahlungsbilanzstatistik ausgewiesen sind – entsprechen.<sup>3)</sup> Neben den Zinsen bestimmten die Ausschüttungen von Unternehmen im Besitz von Gebietsfremden an ihre Eigner und in geringerem Ausmaß die reinvestierten Gewinne Niveau und Entwicklung der grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen. Die an das Ausland geleisteten Ausschüttungen haben sich im ersten Halbjahr 2008 im Vergleich zur ersten Jahreshälfte des Vorjahres um 9% verringert, die aus dem Ausland empfangenen Ausschüttungen legten leicht

3) Ausführliche Erläuterungen hierzu siehe Eichmann, W.: „Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)“ in WiSta 7/2005, S. 710 ff.

um 2,2% zu. Bei den grenzüberschreitenden Arbeitseinkommen der Ein- und Auspendler sowie den geleisteten Produktionsabgaben an und den empfangenen Subventionen von der Europäischen Union – diese Positionen fallen gegenüber den grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen quantitativ kaum ins Gewicht – kam es nur zu kleineren absoluten Änderungen im Vorjahresvergleich.

Grenzüberschreitende Primäreinkommen

	1. Hj 2008 Mrd. EUR	Veränderung
		gegenüber 1. Hj 2007 %
Primäreinkommen aus der übrigen Welt .....	125,37	+8,9
Arbeitnehmerentgelt .....	3,35	+2,8
Vermögenseinkommen .....	121,77	+9,1
Subventionen .....	0,25	-3,8
Primäreinkommen an die übrige Welt .....	117,22	+13,5
Arbeitnehmerentgelt .....	2,76	+0,7
Vermögenseinkommen .....	110,25	+13,8
Produktions- und Importabgaben .....	4,21	+14,7

Das *Nettonationaleinkommen*, das dem Bruttonationaleinkommen minus der Abschreibungen entspricht, stieg im ersten Halbjahr 2008 um 3,9% (siehe Tabelle 10). Da der üblicherweise negative Saldo der laufenden Transfers von und an die übrige Welt im ersten Halbjahr 2008 mit -12,1 Mrd. Euro in etwa auf dem Vorjahresniveau lag, erhöhte sich das *verfügbare Einkommen* der gesamten Volkswirtschaft gleichfalls um 3,9%. Ursachen für die per saldo an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers sind vor allem die an die Europäische Union gezahlten BNE-Eigenmittel (8,3 Mrd. Euro). Hinzu kommen Heimatüberweisungen und Unterstützungszahlungen privater Haushalte an das Ausland sowie per saldo geleistete monetäre Sozialleistungen an im Ausland lebende Deutsche und ehemals in Deutschland beschäftigte Personen.

Mit einem Anstieg von 2,5% haben sich die gesamten *Konsumausgaben* im ersten Halbjahr 2008 schwächer entwickelt als das verfügbare Einkommen der gesamten Volkswirtschaft. Dabei erhöhten sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen

ohne Erwerbszweck um 2,2%, während die des Staates um 3,2% zunahmen. In der Folge stieg das gesamtwirtschaftliche Sparen im ersten Halbjahr 2008 um gut 14% gegenüber der Vorjahresperiode auf jetzt 144,4 Mrd. Euro.

Ein deutliches Plus (+43,1%) wiesen die *Nettoinvestitionen* im ersten Halbjahr 2008 auf, die sich aus den Bruttoinvestitionen minus der Abschreibungen errechnen. Die gesamtwirtschaftlichen Nettoinvestitionen beliefen sich damit allerdings nur auf 38% des gesamtwirtschaftlichen Sparens. Der *gesamtwirtschaftliche Finanzierungssaldo* hat sich im ersten Halbjahr 2008 nochmals leicht gegenüber dem Vorjahreszeitraum (88,7 Mrd. Euro) auf 90,4 Mrd. Euro erhöht. Ursache hierfür ist der weitere Anstieg beim Überschuss im grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr (Außenbeitrag) auf jetzt 93,6 Mrd. Euro. Die anderen grenzüberschreitenden Transaktionen führten in der Summe zu finanziellen Abflüssen an die übrige Welt. Zwar lagen die per saldo empfangenen Primäreinkommen in der ersten Jahreshälfte 2008 bei 8,2 Mrd. Euro und auch die per saldo empfangenen Vermögenstransfers wiesen einen leichten Überschuss von 0,9 Mrd. Euro auf, dagegen wurden per saldo laufende Transfers in Höhe von 12,1 Mrd. Euro an die übrige Welt gezahlt.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöhte sich das *Volkseinkommen*, das heißt die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der inländischen Wirtschaftseinheiten, im ersten Halbjahr 2008 um 4,3% auf 913,9 Mrd. Euro (siehe Tabelle 11). Bedingt durch den vergleichsweise geringen Anstieg des Saldos aus den vom Staat empfangenen Produktions- und Importabgaben – hierin enthalten ist auch die Mehrwertsteuer – minus der vom Staat geleisteten Subventionen fiel der Anstieg des Volkseinkommens höher aus als der des Nettonationaleinkommens (+3,9%). Der Saldo aus Produktions- und Importabgaben minus Subventionen wird zur Berechnung des Volkseinkommens vom Nettonationaleinkommen abgezogen.

Das *Arbeitnehmerentgelt* stieg während der ersten sechs Monate des Jahres 2008 um 3,5% auf 582,5 Mrd. Euro. Die

Tabelle 11: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr Halbjahr	Nettonational- einkommen	Produktions- und Importabgaben abzüglich Subven- tionen <sup>1)</sup>	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	
	1	2	3	4	5	6
			Mrd. EUR			%
2005 .....	1935,0	238,2	1696,7	1130,1	566,7	66,6
2006 .....	2019,3	253,8	1765,6	1149,5	616,1	65,1
2007 .....	2105,4	278,4	1827,1	1183,6	643,5	64,8
2007 1. Hj .....	1015,9	139,3	876,6	562,8	313,8	64,2
2. Hj .....	1089,6	139,1	950,5	620,8	329,8	65,3
2008 1. Hj .....	1055,0	141,1	913,9	582,5	331,4	63,7
			Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %			
2005 .....	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,5	- 0,6	+ 5,9	X
2006 .....	+ 4,4	+ 6,5	+ 4,1	+ 1,7	+ 8,7	X
2007 .....	+ 4,3	+ 9,7	+ 3,5	+ 3,0	+ 4,5	X
2007 1. Hj .....	+ 4,5	+ 11,2	+ 3,5	+ 3,2	+ 4,0	X
2. Hj .....	+ 4,1	+ 8,2	+ 3,5	+ 2,8	+ 4,9	X
2008 1. Hj .....	+ 3,9	+ 1,3	+ 4,3	+ 3,5	+ 5,6	X

1) Vom Staat empfangene Abgaben bzw. vom Staat gezahlte Subventionen.

weiterhin positive Arbeitsmarktentwicklung sowie die höheren Tarifabschlüsse trugen zu der deutlichen Steigerung der Arbeitnehmerentgelte bei. Der Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen – die Lohnquote – lag in der ersten Jahreshälfte 2008 mit 63,7% knapp unter der des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (64,2%).

Die *Unternehmens- und Vermögenseinkommen* – als zweite Säule des Volkseinkommens – legten im ersten Halbjahr 2008 um 5,6% zu und erreichten einen Wert von 331,4 Mrd. Euro. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen werden nicht originär, sondern als Saldo zwischen dem Volkseinkommen und dem Arbeitnehmerentgelt berechnet. Eine solche Restgröße unterliegt naturgemäß vielen unterschiedlichen Einflüssen und ist entsprechend vorsichtig zu interpretieren.

Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammen. Tabelle 12 zeigt die Komponenten des Arbeitnehmerentgeltes. Die *Bruttolöhne und -gehälter* sind gegenüber dem ersten Halbjahr 2007 spürbar gestiegen (+4,0%). Der Anstieg des Arbeitnehmerentgeltes blieb mit 3,5% aufgrund der Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung hinter dem Wachstum der Bruttolöhne und -gehälter zurück. Der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter setzt sich aus einem Anstieg der Arbeitnehmerzahl um 1,7% und einem Zuwachs der Durchschnittsverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) um 2,3% zusammen. Die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter zeigt damit wieder deutlicher nach oben. Neben der verbesserten Arbeitsmarktlage wirkten sich vor allem die Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst sowie in der Chemie- und in der Stahlbranche positiv auf die Lohnsumme aus. Vor dem Hintergrund der Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist auch die gleichgerichtete Entwicklung von Tarif- und Effektivverdiensten zu sehen. Beide Größen legten um gut 2% zu. Bei einer wieder verbesserten Arbeitsmarktlage werden vermehrt Überstunden erbracht, über- und außertarifliche Leistungen gezahlt und verstärkt ergebnisabhängige Sonderzahlungen geleistet. Hinzu kommt, dass die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten, den sogenannten „Ein-Euro-Jobs“, leicht zurückging.

Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind im ersten Halbjahr 2008 um 1,6% gestiegen, während die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer um 5,1% zulegten. Letztere haben sich damit deutlich stärker als die Arbeitgebersozialbeiträge entwickelt. Die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmersozialbeiträge ist vor allem auf die verstärkte zusätzliche private Altersvorsorge der Arbeitnehmer zurückzuführen. Auch im ersten Halbjahr 2008 wurden wieder viele sogenannte Riester-Verträge neu abgeschlossen. Maßgebend für den starken Anstieg der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer war jedoch die Erhöhung des Eigenbeitrags zur zusätzlichen staatlich geförderten Altersvorsorge von 3% auf 4%. Diese verstärkten Altersvorsorgeaufwendungen trugen zur deutlichen Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche der Arbeitnehmer (+19,6%) bei.

Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die Lohnsteuer ab, so errechnen sich die *Nettolöhne und -gehälter*. Die Nettolöhne und -gehälter stiegen im ersten Halbjahr 2008 gegenüber dem ersten Halbjahr 2007 um 9,2 Mrd. Euro (+3,1%) an. Zusammen mit der beschriebenen Entwicklung bei den Arbeitnehmersozialbeiträgen hat sich auch das steigende Lohnsteueraufkommen dämpfend auf die Entwicklung der Nettolöhne ausgewirkt. Der Anstieg des Lohnsteueraufkommens fiel mit 5,8% deutlich höher aus als der Zuwachs der Bruttolöhne und -gehälter (+4,0%). Hierzu haben neben den Auswirkungen der Steuerprogression auch strukturelle Veränderungen beigetragen. Insbesondere die weiter steigende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung führt zu entsprechend höheren Lohnsteuerzahlungen.

#### 4 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Das *verfügbare Einkommen der privaten Haushalte* lag im ersten Halbjahr 2008 um 2,6% höher als vor Jahresfrist (siehe Tabelle 13). Hierzu trugen vor allem die *Nettolöhne und -gehälter* mit einem Plus von 3,1% gegenüber dem

Tabelle 12: Arbeitnehmerentgelt (Inländer)

Jahr Halbjahr	Arbeitnehmer- entgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber <sup>1)</sup>	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer			Nettolöhne und -gehälter
				insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer <sup>2)</sup>	
Mrd. EUR							
2005 .....	1 130,1	217,8	912,3	309,7	152,3	157,3	602,7
2006 .....	1 149,5	222,7	926,7	321,5	159,1	162,4	605,2
2007 .....	1 183,6	225,3	958,2	334,8	163,4	171,4	623,4
2007 1. Hj .....	562,8	109,0	453,8	161,3	78,5	82,8	292,4
2. Hj .....	620,8	116,3	504,4	173,4	84,9	88,6	331,0
2008 1. Hj .....	582,5	110,8	471,7	170,1	82,5	87,6	301,6
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
2005 .....	- 0,6	- 2,2	- 0,2	- 0,5	+ 1,0	- 1,9	- 0,1
2006 .....	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,6	+ 3,8	+ 4,5	+ 3,2	+ 0,4
2007 .....	+ 3,0	+ 1,2	+ 3,4	+ 4,1	+ 2,7	+ 5,5	+ 3,0
2007 1. Hj .....	+ 3,2	+ 1,7	+ 3,5	+ 4,6	+ 3,1	+ 6,1	+ 3,0
2. Hj .....	+ 2,8	+ 0,7	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,3	+ 5,0	+ 3,0
2008 1. Hj .....	+ 3,5	+ 1,6	+ 4,0	+ 5,4	+ 5,1	+ 5,8	+ 3,1

1) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere Beiträge für die Altersversorgung der Beamten u. Ä. –  
2) Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.



Tabelle 13: Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte<sup>1)</sup>

Jahr Halbjahr	Nettolöhne und -gehälter	Betriebs- überschuss/ Selbst- ständigeneinkommen und Saldo der Vermögens- einkommen	Monetäre Sozial- leistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	Zunahme betrieblicher Versorgungs- ansprüche	Private Konsum- ausgaben	Sparen (Sp. 6 + 7 - 8)	Nachrichtlich: Sparquote (Sp. 9 in % von Sp. 6 + 7)
				Abgaben auf Sozial- leistungen <sup>2)</sup>	Saldo der geleisteten und empfan- genen sonstigen laufenden Transfers <sup>3)</sup>					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Mrd. EUR										%
2005 .....	602,7	523,2	459,3	73,4	47,8	1 464,0	17,4	1 324,7	156,7	10,6
2006 .....	605,2	558,5	457,3	72,2	57,6	1 491,2	22,9	1 355,1	159,0	10,5
2007 .....	623,4	577,7	449,3	69,2	66,7	1 514,5	26,3	1 373,7	167,1	10,8
2007 1. Hj .....	292,4	298,1	226,2	34,8	33,5	748,5	12,6	667,2	93,9	12,3
2. Hj .....	331,0	279,5	223,1	34,4	33,3	766,0	13,8	706,5	73,2	9,4
2008 1. Hj .....	301,6	310,6	226,8	35,1	36,3	767,6	15,1	682,0	100,7	12,9
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum										
	in %			in Mrd. EUR			in %			
2005 .....	- 0,1	+ 6,6	+ 0,4	+ 0,7	+ 4,6	+ 2,0	- 8,0	+ 1,7	+ 3,5	X
2006 .....	+ 0,4	+ 6,7	- 0,4	- 1,6	+ 9,7	+ 1,9	+ 31,9	+ 2,3	+ 1,5	X
2007 .....	+ 3,0	+ 3,4	- 1,7	- 4,1	+ 9,2	+ 1,6	+ 15,0	+ 1,4	+ 5,1	X
2007 1. Hj .....	+ 3,0	+ 3,7	- 2,3	- 5,1	+ 5,8	+ 1,4	+ 16,5	+ 1,2	+ 4,3	X
2. Hj .....	+ 3,0	+ 3,1	- 1,2	- 3,2	+ 3,3	+ 1,8	+ 13,6	+ 1,5	+ 6,2	X
2008 1. Hj .....	+ 3,1	+ 4,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,8	+ 2,6	+ 19,6	+ 2,2	+ 7,2	X

1) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Dazu zählen vor allem Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, Lohnsteuer auf Pensionen. – 3) Dazu zählen vor allem die veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, geleistete Nettoprämien für Schadensversicherungen, Transfers an die übrige Welt; empfangene Schadensversicherungsleistungen.

Vorjahreszeitraum bei und noch mehr die *Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit einschließlich der per saldo empfangenen Vermögenseinkommen* privater Haushalte, die vor Abzug von Steuern mit + 4,2% stärker stiegen als die Arbeitnehmereinkommen.

Nahezu stagniert haben dagegen die an die Haushalte gegangenen Sozialleistungen. Die *empfangenen monetären Sozialleistungen* vor Abzug der Abgaben auf Sozialleistungen lagen im ersten Halbjahr 2008 nur 0,2% über dem Vorjahreswert. Mit einem Anteil von rund 61% an den monetären Sozialleistungen sind die Geldleistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen die größte Position. Insgesamt sind die monetären Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen an private Haushalte im ersten Halbjahr 2008 auf dem Niveau des Vorjahres geblieben. Während die Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung – mit einem Anteil von knapp 85% die weitaus größte Ausgabenposition der gesetzlichen Sozialversicherungen – leicht zunahmen (+ 0,9%), haben die rückläufigen Arbeitslosenzahlen zu geringeren Auszahlungen der Arbeitslosenversicherung (- 14%) geführt. Die monetären Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, die quantitativ weniger ins Gewicht fallen, waren in der ersten Hälfte 2008 leicht höher als im gleichen Vorjahreszeitraum (+ 3%).

Die anderen Sozialleistungen, die zusammen 39% der monetären Sozialleistungen ausmachten, haben sich im ersten Halbjahr 2008 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,3% erhöht. Hierzu gehören sowohl Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung (+ 1,1%), öffentliche Pensionen und Beihilfen (+ 2,5%) als auch andere staatliche Sozialleistungen (+ 0,7%) wie Sozialhilfe, Grundversicherung für Arbeitsuchende, Kindergeld und Wohngeld.

Da im ersten Halbjahr 2008 die *Abgaben auf Sozialleistungen* mit 0,7% nur wenig mehr anstiegen als die vor Steuern und Abgaben empfangenen Sozialleistungen, erhöhten sich per saldo die monetären Sozialleistungen (netto) gleichfalls um 0,2% gegenüber dem Vorjahr. Zu den Abgaben auf Sozialleistungen zählen die Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen – von besonderer Bedeutung sind hier die Beiträge der Rentner zur Kranken- und zur Pflegeversicherung – sowie die Lohnsteuer auf Pensionen. Die Abgaben auf Sozialleistungen umfassen ferner die Sozialbeiträge, die vom Staat für Empfänger sozialer Leistungen abgeführt werden. Dazu gehören Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose und Beiträge der Rentenversicherung für Rentner an die gesetzliche Krankenversicherung.

Ebenfalls einkommensmindernd ist der *Saldo der geleisteten minus der empfangenen sonstigen laufenden Transfers*. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum (33,5 Mrd. Euro) waren diese per saldo geleisteten Zahlungen privater Haushalte im ersten Halbjahr 2008 mit 36,3 Mrd. Euro um knapp 3 Mrd. Euro höher. Hinter dieser Größe verbergen sich vor allem die veranlagte Einkommensteuer, die Zinsabschlag- und Kapitalertragsteuer, die Nettoprämien für Schadensversicherungen abzüglich empfangener Schadensversicherungsleistungen sowie Übertragungen privater Haushalte an das bzw. aus dem Ausland.

Die *Konsumausgaben* der privaten Haushalte stiegen mit 2,2% schwächer an als das verfügbare Einkommen (+ 2,6%). Die Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche der privaten Haushalte fiel im ersten Halbjahr 2008 im Vorjahresvergleich um 19,6% höher aus, was unter anderem auf die Erhöhung des förderfähigen Eigenbetrags bei der staatlich geförderten Altersversorgung (Riester-Rente) zurückzuführen ist. In das Sparen privater Haushalte geht

neben der Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche (15,1 Mrd. Euro) die Differenz zwischen verfügbarem Einkommen und Konsum (85,6 Mrd. Euro) ein. Daraus ergab sich in den ersten sechs Monaten ein Sparen privater Haushalte in Höhe von 100,7 Mrd. Euro. Die Sparquote der privaten Haushalte erreichte damit in der ersten Hälfte dieses Jahres 12,9% nach 12,3% im ersten Halbjahr 2007. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass die Sparquote privater Haushalte in der ersten Jahreshälfte im Allgemeinen deutlich über der in der zweiten Jahreshälfte liegt, sodass aus den Halbjahreswerten nicht auf das jahresdurchschnittliche Ergebnis geschlossen werden kann.

### 5 Einnahmen und Ausgaben des Staates

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die *Einnahmen* des Staates definiert als Summe der Verkäufe sowie der vom Staat empfangenen Subventionen, Vermögenseinkommen, Steuern, Sozialbeiträge, sonstigen laufenden Transfers und Vermögenstransfers. Die *Ausgaben* des Staates setzen sich zusammen aus Vorleistungen, Arbeitnehmerentgelt, vom Staat geleisteten Produktionsabgaben, Vermögenseinkommen, Subventionen, sozialen Sachleistungen, monetären Sozialleistungen, sonstigen laufenden Transfers und Vermögenstransfers sowie aus Bruttoinvestitionen und dem Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern. Die Eigenmittel der Europäischen Union (ohne die auf dem Bruttonationaleinkommen basierende vierte Eigenmittelquelle) sowie die Direktsubventionen der EU zählen nicht zu den Einnahmen und Ausgaben des Staates, sondern werden unmittelbar als Transfers zwischen der übrigen Welt und den jeweils leistenden/empfangenden inländischen Sektoren dargestellt. Als Saldo aus den Einnahmen

und den Ausgaben errechnet sich der Finanzierungssaldo des Staates.

Die *Einnahmen* des Staates waren im ersten Halbjahr 2008 um 3,0% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (siehe Tabelle 14). Die Haupteinnahmequelle des Staates, die Steuern, wiesen dabei sogar einen Zuwachs von 3,7% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auf. Die hohen Wachstumsraten der Jahre 2006 und 2007 wurden allerdings im ersten Halbjahr 2008 nicht mehr realisiert, was angesichts des erreichten Niveaus auch erwartet werden konnte. Deutliche Zuwächse waren auch bei den Vermögenseinkommen (+4,6%), den sonstigen laufenden Transfers (+5,5%) und den Vermögenstransfers (+16,0%) zu verzeichnen. Auch bei den Sozialbeiträgen, die neben den Steuern zum Kernbestandteil der staatlichen Einnahmen zählen, konnte aufgrund der guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ein ansehnlicher Einnahmezuwachs von 1,6% erzielt werden – und dies, obwohl der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung Anfang 2008 erneut gesenkt wurde. Die Einnahmen aus Verkäufen konnte der Staat leicht um 0,7% steigern. Damit konnten im ersten Halbjahr 2008 bei allen wichtigen Einnahmearten des Staates Zuwächse realisiert werden.

Die Steuern einschließlich des EU-Anteils beliefen sich im ersten Halbjahr 2008 auf 300,5 Mrd. Euro und haben damit gegenüber dem ersten Halbjahr 2007 um 3,9% zugenommen. 296,2 Mrd. Euro (+3,7%) entfielen auf Steuern an den Staat (ohne vermögenswirksame Steuern). Daneben wurden 4,2 Mrd. Euro (+14,7%) Steuern als Eigenmittel der EU vereinnahmt, die – wie bereits erwähnt – in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen direkt an die übrige Welt fließen und nicht in die Einnahmen des Staates eingerechnet werden.

Tabelle 14: Einnahmen und Ausgaben des Staates

Gegenstand der Nachweisung	1. Hj 2007	2. Hj 2007	1. Hj 2008	Veränderung 1. Hj 2008 gegenüber 1. Hj 2007
	Mrd. EUR			in %
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschl. Produktion für die Eigenverwendung) .....	22,0	24,6	22,2	+0,7
+ sonstige Subventionen .....	0,2	0,2	0,2	-11,8
+ Vermögenseinkommen .....	10,8	7,2	11,3	+4,6
+ Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern) .....	285,6	290,8	296,2	+3,7
+ Sozialbeiträge .....	194,4	205,5	197,5	+1,6
+ sonstige laufende Transfers .....	6,6	7,3	7,0	+5,5
+ Vermögenstransfers .....	4,7	5,0	5,5	+16,0
= Einnahmen .....	524,2	540,5	539,7	+3,0
Vorleistungen .....	46,7	55,3	48,0	+2,9
+ Arbeitnehmerentgelt .....	80,2	87,7	81,9	+2,1
+ sonstige Produktionsabgaben .....	0,0	0,0	0,0	±0,0
+ Vermögenseinkommen .....	33,2	34,1	35,0	+5,2
+ Subventionen .....	12,7	14,4	12,6	-0,9
+ soziale Sachleistungen .....	87,7	90,7	91,4	+4,3
+ monetäre Sozialleistungen .....	210,7	207,6	211,1	+0,2
+ sonstige laufende Transfers .....	18,0	18,4	20,3	+12,7
+ Vermögenstransfers .....	15,7	14,3	17,0	+8,2
+ Bruttoinvestitionen .....	15,7	19,9	16,6	+5,3
+ Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern .....	-0,6	-0,8	-0,7	X
= Ausgaben .....	520,0	541,6	533,1	+2,5
				in Mrd. EUR
Finanzierungssaldo .....	+4,2	-1,1	+6,7	+2,5

Wie aus der nachstehenden Übersicht hervorgeht, veränderten sich die Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern) nach Steuerarten unterschiedlich:

Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern)		Veränderung gegenüber 1. Hj 2007	
	1. Hj 2008	Mrd. EUR	%
Steuern (ohne vermögenswirksame Steuern) ..	300,5		+3,9
Steuern an den Staat .....	296,2		+3,7
Einkommensteuern .....	142,6		+6,7
Lohnsteuer .....	89,9		+5,7
Veranlagte Einkommensteuer .....	21,5		+21,6
Körperschaftsteuer .....	10,6		-16,6
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag .....	16,5		+16,7
Sonstige direkte Steuern .....	4,1		±0,0
Produktions- und Importabgaben .....	153,7		+1,1
Umsatzsteuer (ohne EU-Anteil) .....	84,4		+2,9
Gewerbsteuer .....	20,3		+1,6
Verbrauchssteuern .....	30,5		-1,9
darunter:			
Mineralölsteuer .....	18,9		+1,9
Stromsteuer .....	3,0		-9,8
Tabaksteuer .....	6,7		-8,1
Versicherungsteuer .....	6,5		±0,0
Übrige Produktions- und Importabgaben .....	12,0		-2,7
Steuern an die übrige Welt (EU) .....	4,2		+14,7
dar.: Umsatzsteuer (EU-Anteil) .....	2,0		+17,4

Im ersten Halbjahr 2008 waren die *Steuereinnahmen des Staates*, das heißt das Steueraufkommen ohne den EU-Anteil, um 3,7% höher als vor Jahresfrist, nach +10,5% im ersten und +6,9% im zweiten Halbjahr des Vorjahres. Die Einkommensteuern nahmen mit 6,7% deutlich stärker zu als die Produktions- und Importabgaben, die mit 1,1% vergleichsweise moderat gestiegen sind. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Jahr 2007 die Entwicklung der Produktions- und Importabgaben erheblich von der Mehrwertsteuererhöhung beeinflusst war. Bei den Einkommensteuern verzeichneten vor allem die veranlagte Einkommensteuer (+21,6%) und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (+16,7%) kräftige Zuwächse. Bei der Lohnsteuer wurde im ersten Halbjahr 2008 wegen der guten Beschäftigungslage und der höheren Tarifabschlüsse erneut ein deutliches Einnahmeplus von 5,7% verzeichnet. Es schloss damit nahtlos an die Entwicklung im Jahr 2007 an, in dem bei der Lohnsteuer ein Aufkommenszuwachs von 5,4% realisiert wurde. Nach der zum Jahresbeginn 2008 in Kraft getretenen Unternehmenssteuerreform – insbesondere durch die Absenkung des Körperschaftsteuertarifs von 25% auf 15% – kam es bei der Körperschaftsteuer zu einem kräftigen Einbruch. Das Aufkommen an Körperschaftsteuer ging im ersten Halbjahr 2008 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 16,6% zurück.

Der Zuwachs bei den Produktions- und Importabgaben hat sich nach dem erwähnten Sondereffekt infolge der Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des Jahres 2007 und dem Auslaufen der außerordentlich kräftigen Entwicklung bei der Gewerbesteuer im ersten Halbjahr 2008 auf +1,1% abgeflacht. Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer (ohne EU-Anteil), die mit einem Anteil von 50% den größten Teil des Aufkommens bei den Produktions- und Importabgaben stellt, sind im ersten Halbjahr 2008 um 2,9% gewachsen. Der Zuwachs wurde allerdings fast ausschließlich von der

Einfuhrumsatzsteuer getragen, die im ersten Halbjahr 2008 um 9,4% gestiegen ist, während die Steuern vom Umsatz lediglich um 0,7% zulegten. Hier ist allerdings zu beachten, dass die höhere Einfuhrumsatzsteuer über den Vorsteuerabzug die Entwicklung bei der Umsatzsteuer dämpft. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind im ersten Halbjahr 2008 trotz des sehr hohen Niveaus noch um 1,6% gestiegen.

Die Einnahmen aus den Verbrauchsteuern verzeichneten einen Rückgang um 2,0%. Während sie bei der Mineralölsteuer um 1,9% gestiegen sind, waren bei der Stromsteuer (-9,8%) und der Tabaksteuer (-8,1%) erhebliche Rückgänge festzustellen. Die Einnahmen aus der Versicherungssteuer bewegten sich auf dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraumes.

Die *Sozialbeiträge*, mit einem Anteil von knapp 40% die zweite große Einnahmekategorie des Staates, lagen im ersten Halbjahr 2008 um 1,6% über dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Die einzelnen Beitragsarten wiesen im Berichtshalbjahr die folgenden Veränderungsraten auf:

Sozialbeiträge an den Staat		Veränderung gegenüber 1. Hj 2007	
	1. Hj 2008	Mrd. EUR	%
Sozialbeiträge an den Staat .....	197,5		+1,6
Tatsächliche Sozialbeiträge .....	185,4		+1,7
Arbeitgeberbeiträge .....	77,9		+1,9
Arbeitnehmerbeiträge .....	73,0		+2,1
Sonstige tatsächliche Sozialbeiträge .....	34,5		+0,3
Unterstellte Sozialbeiträge .....	12,1		+0,4

Die tatsächlichen Sozialbeiträge sind um 1,7% gestiegen, wobei sich die Beiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer nahezu parallel entwickelten. Die Arbeitnehmerbeiträge stiegen um 2,1%, die Arbeitgeberbeiträge um 1,9%. Der leicht höhere Anstieg bei den Arbeitnehmerbeiträgen ist u. a. im Zusammenhang mit der vierten Stufe der Riester-Rente zu sehen, die zum 1. Januar 2008 wirksam geworden ist. Ab diesem Zeitpunkt haben sich die als Sonderausgaben ansetzbaren Höchstförderbeiträge von 1575 Euro auf 2100 Euro erhöht. Die im Rahmen von Altersvorsorgeverträgen (Riester-Förderung) getätigten Vorsorgeaufwendungen zählen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu den Arbeitnehmerbeiträgen. Die sonstigen tatsächlichen Sozialbeiträge (+0,3%), zu denen vor allem die Beiträge des Staates für die Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen und Sozialbeiträge von Selbstständigen, Hausfrauen/-männern usw. zählen, sind in etwa stabil geblieben.

Die *Ausgaben* des Staates sind nach vier Jahren mit sehr moderaten Zuwächsen, die sich unterhalb von einem Prozent bewegten, im ersten Halbjahr 2008 mit einem Plus von 2,5% wieder stärker gestiegen. Dabei waren mit Ausnahme der Subventionen bei allen Ausgabenpositionen teilweise deutliche Zuwächse festzustellen. Die Ausgaben für das Arbeitnehmerentgelt sind um 2,1%, für Vorleistungskäufe um 2,9% und für Vermögenseinkommen (Zinszahlungen)

um 5,2% gestiegen. Die sonstigen laufenden Transfers stiegen wegen höherer Zahlungen im Rahmen der auf dem Bruttonationaleinkommen basierenden vierten Eigenmittelquelle kräftig um 12,7%. Die Aufwendungen für Vermögenstransfers (+ 8,2%) und soziale Sachleistungen (+ 4,3%) waren ebenfalls deutlich höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Für monetäre Sozialleistungen (+ 0,2%) musste der Staat aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung nur geringfügig mehr aufwenden.

Die Transfers des Staates an andere Sektoren nahmen im Berichtszeitraum um 1,5% gegenüber dem ersten Halbjahr 2007 zu. Zu beachten ist, dass die vom Staat an alle Marktproduzenten geleisteten Gütersubventionen (2,2 Mrd. Euro, - 17,7%) – ebenso wie die von der EU gezahlten Gütersubventionen (0,1 Mrd. Euro, - 36,4%) – im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht auf die einzelnen empfangenden Sektoren aufgeteilt werden. Die übrigen vom Staat geleisteten Transfers werden dagegen nach empfangenden Sektoren dargestellt, wie die nachstehende Übersicht zeigt:

An andere Sektoren geleistete Transfers des Staates

	1. Hj 2008	Veränderung gegenüber 1. Hj 2007
	Mrd. EUR	%
<b>An andere Sektoren geleistete Transfers des Staates</b>	<b>260,7</b>	<b>+ 1,5</b>
Gütersubventionen	2,2	- 17,7
an Kapitalgesellschaften	18,3	+ 20,0
Sonstige Subventionen	9,4	+ 4,2
Sonstige laufende Transfers	0,9	+ 2,3
Vermögenstransfers	8,0	+ 49,3
an private Haushalte und private Organisationen	226,5	- 0,3
Sonstige Subventionen	0,8	+ 1,2
Monetäre Sozialleistungen	208,5	+ 0,2
Sonstige laufende Transfers	8,9	+ 3,9
Vermögenstransfers	8,3	- 14,1
an die übrige Welt	13,7	+ 16,5
Monetäre Sozialleistungen	2,6	- 0,4
Sonstige laufende Transfers	10,5	+ 22,6
Vermögenstransfers	0,6	+ 1,6
<b>Nachrichtlich:</b>		
Subventionen der EU	0,3	- 3,8
Gütersubventionen der EU	0,1	- 36,4
Sonstige Subventionen der EU	0,2	+ 20,0

Die *Kapitalgesellschaften* empfangen vom Staat im ersten Halbjahr 2008 (ohne die nicht zurechenbaren Gütersubventionen) um 20,0% höhere Transfers als im ersten Halbjahr 2007. Ursache für den deutlichen Anstieg sind vor allem die im ersten Halbjahr 2008 auf 8,0 Mrd. Euro (+ 49,3%) gestiegenen Vermögenstransfers. Die sonstigen Subventionen (+ 4,2%) und die sonstigen laufenden Transfers (+ 2,3%) sind ebenfalls höher ausgefallen.

Ohne die nicht zurechenbaren Gütersubventionen sind die Transfers an *private Haushalte* (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) im ersten Halbjahr 2008 um 0,3% zurückgegangen. Verantwortlich hierfür waren die um 14,1% geringeren Vermögenstransfers – insbesondere die Eigenheimzulage. Die von den privaten Haushalten empfangenen sonstigen Subventionen für die Produktion der privaten Haushalte (Einzelunternehmen aller Wirtschaftszweige von den Landwirten über Handwerker

und Einzelhändler bis hin zu den Selbstständigen der Freien Berufe) waren im ersten Halbjahr 2008 um 1,2%, die monetären Sozialleistungen um 0,2% und die sonstigen laufenden Transfers an private Haushalte um 3,9% höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Transfers des Staates an die *übrige Welt* nahmen um 16,5% zu.

Innerhalb der Übertragungen des Staates an private Haushalte nehmen die *monetären Sozialleistungen* (+ 0,2%) den größten Anteil ein. Sie werden im Folgenden brutto nachgewiesen, enthalten also noch die Lohnsteuer auf Pensionen, die Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen sowie die Eigenbeiträge dieser Personengruppen zur Sozialversicherung. Die von der Deutschen Rentenversicherung gezahlten Renten, die zusammen etwas mehr als die Hälfte der sozialen Leistungen an inländische private Haushalte ausmachen, sind im Berichtshalbjahr um 0,8% gestiegen – etwas stärker als im ersten Halbjahr 2007 (+ 0,5%). Die Ausgaben für Pensionen stiegen um 2,4%.

Die Geldleistungen der *Arbeitslosenversicherung* waren im Berichtshalbjahr um 13,9% niedriger als im ersten Halbjahr 2007. Ausschlaggebend dafür war der weitere Rückgang der Zahl der Arbeitslosen, der beim Arbeitslosengeld zu erheblichen Einsparungen führte. Hier sind die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung um 18,9% auf 8,1 Mrd. Euro gesunken. Im ersten Halbjahr 2007 hatte die Arbeitslosenversicherung noch 10,0 Mrd. Euro und im ersten Halbjahr 2006 sogar 13,6 Mrd. Euro für Arbeitslosengeld aufgewendet. Auch beim Konkursausfallgeld fielen die Zahlungen (- 23,8%) deutlich niedriger aus, sie fallen jedoch betragsmäßig kaum ins Gewicht. Die Zuschüsse an Arbeitnehmer für Berufsförderung sind hingegen um 2,7% auf 3,0 Mrd. Euro gestiegen.

Monetäre Sozialleistungen der Bundesagentur für Arbeit

	1. Hj 2008	Veränderung gegenüber 1. Hj 2007
	Mrd. EUR	%
<b>Geldleistungen der Bundesagentur für Arbeit</b>	<b>11,8</b>	<b>- 13,9</b>
Arbeitslosengeld	8,1	- 18,9
Konkursausfallgeld	0,3	- 23,8
Kurzarbeitergeld	0,3	± 0,0
Zuschüsse an Arbeitnehmer für Berufsförderung	3,0	+ 2,7

Die sonstigen sozialen Geldleistungen des Staates sind im ersten Halbjahr 2008 wieder leicht gestiegen, nachdem sie in den drei vorangegangenen Halbjahren teilweise spürbar zurückgegangen waren. Entscheidend war dabei der starke Anstieg beim Erziehungsgeld, das um 67,5% auf 2,5 Mrd. Euro zugenommen hat. Deutlich höher sind auch die Zahlungen für Ausbildungsbeihilfen (+ 15,9%) und für Wohngeld (+ 13,0%) ausgefallen. Weniger wurde hingegen für die Versorgung von Kriegsopfern (- 8,6%), Arbeitslosengeld II und weitere Leistungen nach dem SGB II (- 4,5%) und für Geldleistungen der Sozialhilfe (- 1,5%) ausgegeben. Die Aufwendungen für Kindergeld waren um 1,2% niedriger.

Als Saldo aus Einnahmen und Ausgaben ergab sich für den Staat im ersten Halbjahr 2008 ein *Finanzierungsüberschuss* in Höhe von 6,7 Mrd. Euro. Das waren 2,5 Mrd. Euro mehr als im ersten Halbjahr des Vorjahres.



Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (1 229,1 Mrd. Euro) errechnet sich aus dem positiven Finanzierungssaldo im Berichtshalbjahr eine (Überschuss-)Quote von 0,5 %. Im ersten Halbjahr 2007 belief sich die entsprechende Quote auf 0,4 %. Die hier definierte Quote unterscheidet sich nur um die Einnahmen/Ausgaben aus Swap-Geschäften von der Quote, die für das europäische Verfahren bei einem übermäßigen staatlichen Defizit (Maastricht-Vertrag) maßgeblich ist. Wegen des unterschiedlichen Verlaufs können allerdings keine Rückschlüsse von der unterjährigen Quote für das erste Halbjahr auf die zu erwartende Defizitquote des Staates im Kalenderjahr 2008 und damit auf das Defizitverfahren gezogen werden.

Aufgegliedert nach staatlichen Ebenen verringerte sich das Defizit des Bundes um 1,3 Mrd. auf 8,9 Mrd. Euro. Für die Länder ergab sich für das erste Halbjahr 2008 ein positiver Finanzierungssaldo in Höhe von 3,5 Mrd. Euro. Der Finanzierungssaldo der Gemeinden betrug +6,8 Mrd. Euro und derjenige der Sozialversicherung +5,3 Mrd. Euro. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum konnten die Gemeinden ihren Finanzierungssaldo um 2,9 Mrd. Euro verbessern. Bei den Ländern (-0,3 Mrd. Euro) und der Sozialversicherung (-1,4 Mrd. Euro) fiel der Finanzierungsüberschuss im ersten Halbjahr 2008 etwas niedriger aus als im ersten Halbjahr 2007.

Finanzierungssaldo des Staates  
Mrd. EUR

	1. Hj 2007	1. Hj 2008	Veränderung 1. Hj 2008 gegenüber 1. Hj 2007
Staat .....	+4,2	+6,7	+2,5
Gebietskörperschaften .....	-2,5	+1,4	+3,9
Bund .....	-10,2	-8,9	+1,3
Länder .....	+3,7	+3,5	-0,3
Gemeinden .....	+4,0	+6,8	+2,9
Sozialversicherung .....	+6,7	+5,3	-1,4

## 6 Nationales Veröffentlichungsprogramm

Die Ergebnisse der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in einem regelmäßigen, sich von Jahr zu Jahr wiederholenden Turnus – abhängig unter anderem von den Lieferverpflichtungen an Eurostat – in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt und veröffentlicht (z. B. in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, in der Auskunftsdatenbank GENESIS-Online sowie in ausgewählten Tabellen im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes). Außerdem werden die wichtigsten Ergebnisse zu den jeweiligen Veröffentlichungsterminen in Pressemitteilungen, das Jahresergebnis zusätzlich in einer Pressekonferenz, bekanntgegeben und kommentiert. Das erste vorläufige Jahresergebnis für das abgelaufene Jahr wird bereits Mitte Januar veröffentlicht. Die Vierteljahresergebnisse für das Bruttoinlandsprodukt werden jeweils – auf europäischer Ebene weitestgehend harmonisiert – etwa 45 Tage, die ausführlichen Ergebnisse rund 55 Tage nach Ende des Berichtsquartals veröffentlicht, also jeweils Mitte Mai (1. Quartal), Mitte August (2. Quartal), Mitte November (3. Quartal) und Mitte Februar (4. Quartal). Zu diesen Terminen erfolgt bei

Bedarf auch eine Überarbeitung der Ergebnisse vorangegangener Quartale, zum Sommertermin der maximal vier zurückliegenden Jahre und entsprechenden Quartale (sog. laufende Revisionen).

Die Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ enthält das gewohnte Tabellenprogramm der Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die in diesem Aufsatz dargestellten sowie tiefer untergliederten Ergebnisse finden sich in:

- Reihe 1.2 „Vierteljahresergebnisse“ (nur elektronisch; Artikelnummer 2180120)
- Reihe 1.3 „Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1“ (nur elektronisch; Artikelnummer 2180130)
- Reihe 1.4 „Detaillierte Jahresergebnisse, Stand: August 2005“ (gedruckt und elektronisch; Artikelnummer 2180140)

Alle elektronischen Ausgaben der Fachserie sowie der überwiegende Teil aller Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes über den Publikationsservice bzw. über die Themenseite der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes kostenlos erhältlich ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)). Ergänzend sei auch auf die im Anhang zu diesem Aufsatz dargestellten Tabellen verwiesen. [↗](#)



# VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN

Anhangtabelle 1: Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen (Pro-Kopf-Angaben)

Jahr, Vierteljahr <sup>1)</sup>	Bruttoinlandsprodukt						Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen	
	in jeweiligen Preisen			preisbereinigt			in jeweiligen Preisen			
	insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Einwohner	insgesamt, Kettenindex	je Erwerbs- tätigen	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner
	Mrd. EUR	EUR		Index (2000 = 100)			Mrd. EUR	EUR	Mrd. EUR	EUR
1991 .....	1 534,60	39 735	19 186	85,36	86,52	87,71	1 541,55	19 273	1 192,57	14 910
1992 .....	1 646,62	43 265	20 431	87,26	89,75	88,99	1 652,70	20 506	1 269,78	15 755
1993 .....	1 694,37	45 117	20 872	86,56	90,22	87,64	1 696,96	20 904	1 287,66	15 862
1994 .....	1 780,78	47 467	21 871	88,86	92,72	89,69	1 771,21	21 753	1 341,00	16 470
1995 .....	1 848,45	49 160	22 636	90,54	94,25	91,12	1 834,76	22 468	1 397,22	17 110
1996 .....	1 876,18	50 034	22 909	91,44	95,45	91,77	1 866,29	22 789	1 417,73	17 311
1997 .....	1 915,58	51 133	23 346	93,09	97,26	93,25	1 901,71	23 177	1 438,62	17 533
1998 .....	1 965,38	51 842	23 960	94,98	98,07	95,16	1 945,02	23 711	1 466,09	17 873
1999 .....	2 012,00	52 363	24 511	96,89	98,71	97,01	1 990,47	24 248	1 487,26	18 118
2000 .....	2 062,50	52 690	25 095	100	100	100	2 043,16	24 860	1 524,43	18 548
2001 .....	2 113,16	53 748	25 664	101,24	100,80	101,06	2 092,15	25 409	1 560,85	18 956
2002 .....	2 143,18	54 818	25 984	101,24	101,36	100,88	2 116,64	25 662	1 576,12	19 109
2003 .....	2 163,80	55 875	26 222	101,02	102,11	100,62	2 148,67	26 038	1 599,61	19 385
2004 .....	2 210,90	56 865	26 798	102,24	102,93	101,85	2 232,08	27 055	1 672,30	20 270
2005 .....	2 243,20	57 739	27 202	103,03	103,81	102,68	2 270,82	27 537	1 696,73	20 575
2006 .....	2 321,50	59 378	28 185	106,08	106,21	105,85	2 362,44	28 682	1 765,56	21 436
2007 .....	2 422,90	60 926	29 453	108,69	106,99	108,59	2 464,19	29 955	1 827,07	22 210
2006 1. Vj .	559,00	14 547	6 784	103,02	104,94	102,75	567,31	6 885	420,90	5 108
2. Vj .	571,40	14 660	6 937	105,22	105,66	104,99	576,52	6 999	426,26	5 175
3. Vj .	589,20	14 991	7 155	107,49	107,05	107,28	599,73	7 282	448,75	5 449
4. Vj .	601,90	15 169	7 310	108,60	107,13	108,40	618,88	7 516	469,65	5 704
2007 1. Vj .	588,20	15 020	7 148	106,56	106,52	106,43	599,63	7 287	440,75	5 356
2. Vj .	596,80	15 057	7 255	107,84	106,50	107,74	597,27	7 261	435,81	5 298
3. Vj .	615,10	15 406	7 478	110,06	107,90	109,97	626,76	7 620	467,17	5 680
4. Vj .	622,80	15 436	7 572	110,31	107,02	110,23	640,53	7 788	483,34	5 877
2008 1. Vj .	606,20	15 241	7 377	108,46	106,74	108,47	616,78	7 505	456,17	5 551
2. Vj .	622,90	15 494	7 583	111,18	108,25	111,25	620,47	7 554	457,68	5 572

1) Rechenstand 8/2008.

Anhangtabelle 2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Bevölkerung (Einwohner)	Erwerbspersonen	Erwerbslose <sup>2)</sup>	Erwerbstätige Inländer			Nachrichtlich	
				insgesamt	Arbeitnehmer	Selbstständige <sup>3)</sup>	Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung	Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen
				Durchschnitt in 1 000			%	
1991 .....	79 984	40 823	2 159	38 664	35 144	3 520	51,0	5,3
1992 .....	80 594	40 600	2 534	38 066	34 489	3 577	50,4	6,2
1993 .....	81 179	40 598	3 057	37 541	33 916	3 625	50,0	7,5
1994 .....	81 422	40 811	3 323	37 488	33 763	3 725	50,1	8,1
1995 .....	81 661	40 774	3 228	37 546	33 797	3 749	49,9	7,9
1996 .....	81 896	40 939	3 505	37 434	33 692	3 742	50,0	8,6
1997 .....	82 052	41 198	3 808	37 390	33 574	3 816	50,2	9,2
1998 .....	82 029	41 566	3 732	37 834	33 969	3 865	50,7	9,0
1999 .....	82 087	41 742	3 403	38 339	34 482	3 857	50,9	8,2
2000 .....	82 188	42 175	3 137	39 038	35 123	3 915	51,3	7,4
2001 .....	82 340	42 402	3 193	39 209	35 226	3 983	51,5	7,5
2002 .....	82 482	42 517	3 523	38 994	34 991	4 003	51,5	8,3
2003 .....	82 520	42 551	3 918	38 633	34 560	4 073	51,6	9,2
2004 .....	82 501	42 956	4 160	38 796	34 574	4 222	52,1	9,7
2005 .....	82 464	43 330	4 573	38 757	34 397	4 360	52,5	10,6
2006 .....	82 366	43 274	4 250	39 024	34 630	4 394	52,5	9,8
2007 .....	82 262	43 296	3 602	39 694	35 243	4 451	52,6	8,3
2006 1. Vj ....	82 400	.	.	38 420	34 064	4 356	.	.
2. Vj ....	82 370	.	.	38 900	34 490	4 410	.	.
3. Vj ....	82 353	.	.	39 168	34 760	4 408	.	.
4. Vj ....	82 340	.	.	39 604	35 202	4 402	.	.
2007 1. Vj ....	82 288	43 063	3 909	39 154	34 729	4 425	52,3	9,1
2. Vj ....	82 261	43 119	3 557	39 562	35 086	4 476	52,4	8,2
3. Vj ....	82 252	43 311	3 524	39 787	35 325	4 462	52,7	8,1
4. Vj ....	82 248	43 688	3 418	40 270	35 829	4 441	53,1	7,8
2008 1. Vj ....	82 178	43 178	3 409	39 769	35 328	4 441	52,5	7,9
2. Vj ....	82 139	43 353	3 221	40 132	35 653	4 479	52,8	7,4

1) Rechenstand 8/2008. – 2) Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren. – 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger.

Anhangtabelle 3: Bruttoinlandsprodukt und Nationaleinkommen  
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Bruttoinlands- produkt	Primäreinkommen			Bruttonational- einkommen (Sp. 1 + 2)	Abschreibungen	Nettonational- einkommen (Sp. 5 – 6)
		Saldo (Sp. 3 – 4)	aus der übrigen Welt	an die übrige Welt			
		1	2	3			
1991 .....	1 534,60	6,95	68,89	61,94	1 541,55	214,43	1 327,12
1992 .....	1 646,62	6,08	70,98	64,90	1 652,70	234,47	1 418,23
1993 .....	1 694,37	2,59	70,95	68,36	1 696,96	250,09	1 446,87
1994 .....	1 780,78	-9,57	65,12	74,69	1 771,21	260,77	1 510,44
1995 .....	1 848,45	-13,69	67,07	80,76	1 834,76	270,48	1 564,28
1996 .....	1 876,18	-9,89	70,63	80,52	1 866,29	276,10	1 590,19
1997 .....	1 915,58	-13,87	77,99	91,86	1 901,71	283,16	1 618,55
1998 .....	1 965,38	-20,36	80,48	100,84	1 945,02	290,22	1 654,80
1999 .....	2 012,00	-21,53	90,92	112,45	1 990,47	297,05	1 693,42
2000 .....	2 062,50	-19,34	118,28	137,62	2 043,16	308,48	1 734,68
2001 .....	2 113,16	-21,01	104,36	125,37	2 092,15	316,41	1 775,74
2002 .....	2 143,18	-26,54	106,53	133,07	2 116,64	321,88	1 794,76
2003 .....	2 163,80	-15,13	113,19	128,32	2 148,67	323,03	1 825,64
2004 .....	2 210,90	21,18	144,08	122,90	2 232,08	328,25	1 903,83
2005 .....	2 243,20	27,62	170,53	142,91	2 270,82	335,86	1 934,96
2006 .....	2 321,50	40,94	207,47	166,53	2 362,44	343,13	2 019,31
2007 .....	2 422,90	41,29	239,29	198,00	2 464,19	358,75	2 105,44
2006 1. Vj .....	559,00	8,31	46,74	38,43	567,31	84,93	482,38
2. Vj .....	571,40	5,12	51,88	46,76	576,52	86,48	490,04
3. Vj .....	589,20	10,53	50,55	40,02	599,73	86,88	512,85
4. Vj .....	601,90	16,98	58,30	41,32	618,88	84,84	534,04
2007 1. Vj .....	588,20	11,43	55,46	44,03	599,63	89,60	510,03
2. Vj .....	596,80	0,47	59,69	59,22	597,27	91,45	505,82
3. Vj .....	615,10	11,66	58,47	46,81	626,76	89,76	537,00
4. Vj .....	622,80	17,73	65,67	47,94	640,53	87,94	552,59
2008 1. Vj .....	606,20	10,58	61,38	50,80	616,78	89,93	526,85
2. Vj .....	622,90	-2,43	63,99	66,42	620,47	92,33	528,14

1) Rechenstand 8/2008.

Anhangtabelle 4: Volkseinkommen und verfügbares Einkommen der Volkswirtschaft  
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Volkseinkommen			Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen <sup>2)</sup>	Nettonational- einkommen (Sp. 1 + 4)	Laufende Transfers		Verfügbares Einkommen (Sp. 5 + 6 – 7)		
	insgesamt	Arbeitnehmer- entgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögens- einkommen (Sp. 1 – 2)			aus der	an die			
									übrige(n) Welt	
									1	2
1991 .....	1 192,57	847,01	345,56	134,55	1 327,12	4,95	26,58	1 305,49		
1992 .....	1 269,78	917,17	352,61	148,45	1 418,23	5,61	21,84	1 402,00		
1993 .....	1 287,66	938,77	348,89	159,21	1 446,87	5,61	24,61	1 427,87		
1994 .....	1 341,00	961,86	379,14	169,44	1 510,44	5,88	26,04	1 490,28		
1995 .....	1 397,22	997,02	400,20	167,06	1 564,28	6,40	23,41	1 547,27		
1996 .....	1 417,73	1 006,62	411,11	172,46	1 590,19	6,80	24,39	1 572,60		
1997 .....	1 438,62	1 010,69	427,93	179,93	1 618,55	7,68	26,42	1 599,81		
1998 .....	1 466,09	1 032,25	433,84	188,71	1 654,80	8,07	28,66	1 634,21		
1999 .....	1 487,26	1 059,51	427,75	206,16	1 693,42	9,26	29,00	1 673,68		
2000 .....	1 524,43	1 100,06	424,37	210,25	1 734,68	9,27	30,75	1 713,20		
2001 .....	1 560,85	1 120,61	440,24	214,89	1 775,74	9,53	31,62	1 753,65		
2002 .....	1 576,12	1 128,32	447,80	218,64	1 794,76	9,59	34,67	1 769,68		
2003 .....	1 599,61	1 132,08	467,53	226,03	1 825,64	9,05	35,40	1 799,29		
2004 .....	1 672,30	1 137,13	535,17	231,53	1 903,83	8,70	36,29	1 876,24		
2005 .....	1 696,73	1 130,07	566,66	238,23	1 934,96	10,37	38,48	1 906,85		
2006 .....	1 765,56	1 149,46	616,10	253,75	2 019,31	11,38	38,64	1 992,05		
2007 .....	1 827,07	1 183,55	643,52	278,37	2 105,44	13,05	41,35	2 077,14		
2006 1. Vj ....	420,90	267,15	153,75	61,48	482,38	2,28	10,91	473,75		
2. Vj ....	426,26	278,31	147,95	63,78	490,04	4,61	8,55	486,10		
3. Vj ....	448,75	285,87	162,88	64,10	512,85	2,27	9,65	505,47		
4. Vj ....	469,65	318,13	151,52	64,39	534,04	2,22	9,53	526,73		
2007 1. Vj ....	440,75	275,43	165,32	69,28	510,03	1,99	11,16	500,86		
2. Vj ....	435,81	287,37	148,44	70,01	505,82	6,60	10,00	502,42		
3. Vj ....	467,17	293,24	173,93	69,83	537,00	2,44	9,78	529,66		
4. Vj ....	483,34	327,51	155,83	69,25	552,59	2,02	10,41	544,20		
2008 1. Vj ....	456,17	285,09	171,08	70,68	526,85	2,73	12,14	517,44		
2. Vj ....	457,68	297,41	160,27	70,46	528,14	6,63	9,34	525,43		

1) Rechenstand 8/2008. – 2) Vom Staat empfangene Abgaben bzw. vom Staat gezahlte Subventionen.

Anhangtabelle 5: Bruttowertschöpfung

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR								
1991 .....	1392,68	19,16	426,53	383,45	83,51	249,37	324,54	289,57
1992 .....	1493,13	19,20	430,67	387,04	99,19	263,55	359,11	321,41
1993 .....	1533,23	18,77	405,56	361,60	103,54	272,43	394,89	338,04
1994 .....	1604,23	19,98	414,82	370,93	112,32	287,49	416,70	352,92
1995 .....	1671,71	21,27	424,46	378,47	112,97	300,30	441,46	371,25
1996 .....	1697,89	22,34	423,31	376,57	107,18	299,65	461,32	384,09
1997 .....	1734,86	22,67	434,76	389,06	103,25	308,50	474,33	391,35
1998 .....	1778,06	22,04	450,72	404,16	99,21	322,45	481,98	401,66
1999 .....	1810,27	22,23	448,63	404,74	99,23	321,55	507,03	411,60
2000 .....	1856,20	23,46	465,34	425,99	96,21	337,27	510,94	422,98
2001 .....	1904,49	25,94	473,68	434,60	91,50	347,10	533,83	432,44
2002 .....	1933,19	22,16	474,71	433,00	88,79	347,59	553,43	446,51
2003 .....	1949,41	19,08	477,09	436,08	85,53	346,12	570,22	451,37
2004 .....	1998,36	21,90	501,55	452,14	83,26	353,41	581,02	457,22
2005 .....	2024,89	17,29	510,51	459,31	80,16	357,86	596,12	462,95
2006 .....	2093,30	17,86	538,84	484,96	80,35	374,60	616,41	465,24
2007 .....	2171,21	20,02	572,12	519,55	87,15	382,41	634,82	474,69
2006 1. Vj ....	502,46	4,05	130,29	116,41	16,57	87,11	151,91	112,53
2. Vj ....	515,56	4,53	132,60	119,61	20,30	93,07	152,46	112,60
3. Vj ....	532,91	4,64	134,61	122,02	22,90	97,10	157,67	115,99
4. Vj ....	542,37	4,64	141,34	126,92	20,58	97,32	154,37	124,12
2007 1. Vj ....	524,18	4,31	137,40	125,27	20,06	89,98	157,49	114,94
2. Vj ....	535,66	4,84	141,67	128,88	21,67	95,06	157,55	114,87
3. Vj ....	552,60	5,54	143,60	130,96	24,01	99,20	161,75	118,50
4. Vj ....	558,77	5,33	149,45	134,44	21,41	98,17	158,03	126,38
2008 1. Vj ....	541,09	5,09	141,70	128,74	21,59	94,44	161,41	116,86
2. Vj ....	560,35	5,68	151,32	137,55	24,18	99,76	162,02	117,39
preisbereinigt Kettenindex 2000 = 100								
1991 .....	84,82	97,11	97,12	97,66	108,46	82,10	71,81	82,57
1992 .....	86,70	94,02	95,05	95,41	115,98	84,44	74,89	86,49
1993 .....	85,83	92,50	88,12	87,73	113,92	83,57	78,34	87,74
1994 .....	87,87	83,78	90,40	90,51	120,37	85,33	80,25	89,45
1995 .....	89,81	88,10	90,14	89,70	115,89	87,03	85,32	91,40
1996 .....	91,00	91,66	88,95	87,82	108,18	87,48	89,73	93,84
1997 .....	92,73	94,74	92,16	91,67	105,59	89,57	91,49	94,48
1998 .....	94,65	89,06	93,33	92,78	102,63	92,78	94,54	96,34
1999 .....	96,45	100,41	94,10	93,65	103,42	95,57	96,46	98,03
2000 .....	100	100	100	100	100	100	100	100
2001 .....	101,48	103,79	101,09	101,68	94,35	102,88	103,08	100,37
2002 .....	101,75	96,55	99,67	99,61	90,95	102,64	104,87	102,32
2003 .....	101,60	91,23	100,09	100,32	86,46	102,41	105,24	102,24
2004 .....	103,22	118,01	104,76	103,92	83,31	105,29	104,48	102,41
2005 .....	104,21	98,99	107,58	107,39	79,25	106,02	105,94	102,99
2006 .....	107,25	95,84	113,95	115,18	77,39	110,48	108,21	103,74
2007 .....	110,38	99,81	119,86	122,25	79,37	111,02	112,15	105,10
2006 1. Vj ....	103,91	91,60	111,87	112,03	63,31	103,95	105,88	102,65
2. Vj ....	106,48	99,16	112,24	113,75	79,25	110,55	106,67	103,55
3. Vj ....	108,99	96,87	113,33	115,37	87,20	113,49	110,57	104,49
4. Vj ....	109,61	95,73	118,34	119,58	79,80	113,94	109,73	104,28
2007 1. Vj ....	107,77	96,59	117,81	120,25	73,62	105,80	110,37	103,58
2. Vj ....	109,73	102,82	118,28	120,80	79,44	111,42	111,06	104,86
3. Vj ....	111,94	101,31	119,40	122,32	85,99	114,14	114,16	105,88
4. Vj ....	112,08	98,52	123,95	125,60	78,44	112,71	113,03	106,08
2008 1. Vj ....	109,88	97,92	120,87	123,44	75,44	108,43	112,70	104,17
2. Vj ....	113,49	104,50	125,16	128,28	85,24	115,26	113,82	106,11

1) Rechenstand 8/2008.

Anhangtabelle 6: Arbeitnehmerentgelt  
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
1991 .....	844,99	10,29	302,40	278,32	57,73	170,09	87,51	216,97
1992 .....	916,07	8,69	317,27	291,66	65,58	187,39	98,72	238,42
1993 .....	938,19	8,65	305,69	280,37	70,53	195,03	106,55	251,74
1994 .....	961,70	8,97	305,12	280,55	76,52	197,48	112,56	261,05
1995 .....	997,80	9,23	312,67	288,33	77,86	202,87	119,86	275,31
1996 .....	1007,60	8,93	311,03	286,94	75,26	203,10	125,36	283,92
1997 .....	1011,97	8,94	310,63	287,32	71,99	202,95	129,29	288,17
1998 .....	1033,56	9,01	317,64	294,70	68,73	205,69	138,12	294,37
1999 .....	1060,87	9,25	319,65	297,75	67,49	211,83	148,93	303,72
2000 .....	1101,66	9,27	334,48	312,42	65,66	218,28	163,34	310,63
2001 .....	1122,22	9,02	341,14	319,33	61,57	223,12	171,35	316,02
2002 .....	1129,61	8,54	338,32	317,38	58,15	224,48	175,15	324,97
2003 .....	1133,17	8,46	336,50	315,31	55,75	224,82	178,41	329,23
2004 .....	1137,79	8,42	337,57	316,12	53,80	224,39	181,49	332,12
2005 .....	1131,06	8,15	333,15	311,81	50,52	224,17	185,25	329,82
2006 .....	1149,70	8,17	342,41	320,71	50,54	226,86	190,01	331,71
2007 .....	1183,47	8,50	352,46	330,97	52,37	233,29	201,47	335,38
2006 1. Vj ....	266,72	1,74	80,61	75,60	10,84	52,04	43,69	77,80
2. Vj ....	278,38	2,03	87,37	81,84	12,89	53,31	44,71	78,07
3. Vj ....	286,41	2,18	82,75	77,61	13,21	58,83	47,79	81,65
4. Vj ....	318,19	2,22	91,68	85,66	13,60	62,68	53,82	94,19
2007 1. Vj ....	274,92	1,82	82,27	77,21	11,81	53,47	46,47	79,08
2. Vj ....	287,36	2,14	90,74	85,20	13,22	54,66	47,79	78,81
3. Vj ....	293,71	2,24	84,45	79,49	13,48	60,50	50,14	82,90
4. Vj ....	327,48	2,30	95,00	89,07	13,86	64,66	57,07	94,59
2008 1. Vj ....	284,53	1,91	85,77	80,62	12,03	54,96	49,03	80,83
2. Vj ....	297,38	2,24	94,33	88,74	13,32	55,89	50,31	81,29

1) Rechenstand 8/2008.

Anhangtabelle 7: Bruttolöhne und -gehälter  
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
1991 .....	691,18	8,65	246,05	227,97	47,32	140,95	72,26	175,95
1992 .....	748,83	7,26	257,64	238,56	53,91	155,03	81,42	193,57
1993 .....	768,51	7,21	249,84	230,69	57,98	161,18	87,87	204,43
1994 .....	779,99	7,42	246,27	227,74	62,58	161,72	92,33	209,67
1995 .....	805,90	7,61	251,44	232,84	63,56	164,09	98,29	220,91
1996 .....	814,95	7,36	251,05	232,73	60,91	166,03	102,05	227,55
1997 .....	813,74	7,33	249,29	231,71	58,05	164,91	104,71	229,45
1998 .....	830,75	7,39	254,70	237,48	55,65	167,16	111,69	234,16
1999 .....	855,53	7,60	256,78	240,28	55,34	172,55	121,15	242,11
2000 .....	884,52	7,62	263,99	248,29	53,98	179,34	131,34	248,25
2001 .....	903,20	7,43	270,17	254,82	50,70	183,48	138,49	252,93
2002 .....	909,05	7,07	268,66	253,22	47,90	185,28	140,89	259,25
2003 .....	908,99	7,01	267,67	252,26	45,68	184,37	142,49	261,77
2004 .....	914,93	6,97	269,39	253,67	44,18	184,42	145,63	264,34
2005 .....	912,95	6,75	268,26	252,52	41,69	184,75	148,41	263,09
2006 .....	926,75	6,77	272,21	256,51	41,60	186,83	154,57	264,77
2007 .....	957,97	7,07	282,87	267,14	43,35	192,52	163,73	268,43
2006 1. Vj ....	214,13	1,44	63,73	60,15	8,83	42,79	35,39	61,95
2. Vj ....	223,71	1,68	69,26	65,21	10,54	43,76	36,16	62,31
3. Vj ....	231,42	1,81	65,76	62,03	10,87	48,68	38,97	65,33
4. Vj ....	257,49	1,84	73,46	69,12	11,36	51,60	44,05	75,18
2007 1. Vj ....	221,56	1,51	65,67	62,01	9,68	44,00	37,54	63,16
2. Vj ....	231,70	1,77	72,60	68,51	10,86	44,89	38,57	63,01
3. Vj ....	238,29	1,87	67,70	64,07	11,16	50,18	40,85	66,53
4. Vj ....	266,42	1,92	76,90	72,55	11,65	53,45	46,77	75,73
2008 1. Vj ....	230,46	1,59	68,89	65,12	9,90	45,51	39,87	64,70
2. Vj ....	240,71	1,86	75,84	71,70	10,98	46,12	40,81	65,10

1) Rechenstand 8/2008.

Anhangtabelle 8: Erwerbstätige  
Durchschnitt in 1 000

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
1991 .....	38 621	1 515	11 331	10 591	2 805	9 318	3 736	9 916
1992 .....	38 059	1 299	10 467	9 801	2 920	9 345	3 937	10 091
1993 .....	37 555	1 192	9 738	9 118	3 032	9 332	4 086	10 175
1994 .....	37 516	1 143	9 242	8 653	3 172	9 306	4 280	10 373
1995 .....	37 601	1 079	9 005	8 443	3 236	9 297	4 445	10 539
1996 .....	37 498	971	8 751	8 216	3 135	9 300	4 610	10 731
1997 .....	37 463	952	8 596	8 096	3 009	9 307	4 793	10 806
1998 .....	37 911	958	8 602	8 123	2 912	9 432	5 076	10 931
1999 .....	38 424	946	8 491	8 039	2 859	9 589	5 429	11 110
2000 .....	39 144	936	8 534	8 109	2 769	9 824	5 802	11 279
2001 .....	39 316	925	8 544	8 140	2 598	9 885	5 985	11 379
2002 .....	39 096	904	8 355	7 958	2 439	9 836	6 060	11 502
2003 .....	38 726	880	8 140	7 750	2 322	9 718	6 127	11 539
2004 .....	38 880	873	8 020	7 633	2 254	9 801	6 298	11 634
2005 .....	38 851	853	7 890	7 512	2 185	9 780	6 370	11 773
2006 .....	39 097	826	7 822	7 450	2 177	9 807	6 596	11 869
2007 .....	39 768	845	7 910	7 542	2 212	9 966	6 828	12 007
2006 1. Vj ....	38 426	766	7 772	7 399	2 045	9 641	6 418	11 784
2. Vj ....	38 978	846	7 789	7 417	2 162	9 785	6 532	11 864
3. Vj ....	39 303	861	7 834	7 463	2 239	9 857	6 679	11 833
4. Vj ....	39 679	828	7 895	7 522	2 261	9 937	6 758	12 000
2007 1. Vj ....	39 161	782	7 833	7 465	2 152	9 789	6 688	11 917
2. Vj ....	39 637	867	7 864	7 496	2 206	9 942	6 770	11 988
3. Vj ....	39 926	882	7 934	7 566	2 243	10 024	6 880	11 963
4. Vj ....	40 346	849	8 010	7 641	2 245	10 111	6 979	12 152
2008 1. Vj ....	39 773	797	7 968	7 604	2 133	9 918	6 922	12 035
2. Vj ....	40 203	880	7 991	7 628	2 188	10 048	7 002	12 094

1) Rechenstand 8/2008.

Anhangtabelle 9: Arbeitnehmer  
Durchschnitt in 1 000

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
			zusammen	dar.: Verarbeitendes Gewerbe				
1991 .....	35 101	756	11 000	10 263	2 545	8 145	3 263	9 392
1992 .....	34 482	571	10 133	9 471	2 637	8 156	3 435	9 550
1993 .....	33 930	509	9 398	8 782	2 737	8 127	3 555	9 604
1994 .....	33 791	501	8 893	8 308	2 860	8 063	3 708	9 766
1995 .....	33 852	496	8 667	8 108	2 899	8 038	3 853	9 899
1996 .....	33 756	473	8 422	7 890	2 772	8 043	3 985	10 061
1997 .....	33 647	474	8 256	7 758	2 647	8 043	4 115	10 112
1998 .....	34 046	480	8 276	7 799	2 538	8 168	4 371	10 213
1999 .....	34 567	483	8 184	7 734	2 468	8 345	4 714	10 373
2000 .....	35 229	472	8 223	7 800	2 368	8 584	5 067	10 515
2001 .....	35 333	460	8 231	7 828	2 186	8 640	5 237	10 579
2002 .....	35 093	454	8 047	7 651	2 028	8 610	5 271	10 683
2003 .....	34 653	449	7 831	7 442	1 908	8 496	5 288	10 681
2004 .....	34 658	457	7 704	7 318	1 838	8 566	5 385	10 708
2005 .....	34 491	441	7 561	7 184	1 738	8 522	5 433	10 796
2006 .....	34 703	436	7 490	7 119	1 722	8 565	5 614	10 876
2007 .....	35 317	445	7 592	7 225	1 751	8 712	5 840	10 977
2006 1. Vj ....	34 070	382	7 439	7 067	1 600	8 400	5 447	10 802
2. Vj ....	34 568	453	7 454	7 083	1 707	8 534	5 548	10 872
3. Vj ....	34 895	469	7 502	7 132	1 780	8 613	5 692	10 839
4. Vj ....	35 277	439	7 567	7 195	1 800	8 702	5 775	10 994
2007 1. Vj ....	34 736	395	7 509	7 142	1 693	8 542	5 696	10 901
2. Vj ....	35 161	465	7 542	7 175	1 743	8 678	5 776	10 957
3. Vj ....	35 464	477	7 618	7 251	1 780	8 766	5 891	10 932
4. Vj ....	35 905	446	7 700	7 332	1 785	8 862	5 999	11 113
2008 1. Vj ....	35 332	402	7 653	7 290	1 681	8 676	5 928	10 992
2. Vj ....	35 724	473	7 674	7 312	1 730	8 796	6 002	11 049

1) Rechenstand 8/2008.



Anhangtabelle 10: Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Brutto- inlands- produkt	Inländische Verwendung						Außen- beitrag (Exporte minus Importe)	Exporte <sup>3)</sup>	Importe	
		insgesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen					
			zusammen	private Konsum- ausgaben	Konsum- ausgaben des Staates	zusammen	Brutto- anlage- investi- tionen				Vorrats- verände- rungen <sup>2)</sup>
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR											
1991 .....	1534,60	1540,69	1172,46	879,86	292,60	368,23	356,75	11,48	-6,09	395,50	401,59
1992 .....	1646,62	1654,10	1268,98	946,60	322,38	385,12	387,81	-2,69	-7,48	396,43	403,91
1993 .....	1694,37	1694,83	1319,21	986,54	332,67	375,62	381,19	-5,57	-0,46	377,56	378,02
1994 .....	1780,78	1778,19	1378,02	1031,10	346,92	400,17	401,83	-1,66	2,59	411,25	408,66
1995 .....	1848,45	1839,78	1429,01	1067,19	361,82	410,77	404,95	5,82	8,67	442,79	434,12
1996 .....	1876,18	1859,31	1463,25	1091,50	371,75	396,06	399,85	-3,79	16,87	467,09	450,22
1997 .....	1915,58	1891,67	1487,25	1115,78	371,47	404,42	402,37	2,05	23,91	526,25	502,34
1998 .....	1965,38	1938,56	1513,87	1137,51	376,36	424,69	414,50	10,19	26,82	563,24	536,42
1999 .....	2012,00	1994,56	1562,25	1175,01	387,24	432,31	428,42	3,89	17,44	591,49	574,05
2000 .....	2062,50	2055,25	1606,07	1214,16	391,91	449,18	442,43	6,75	7,25	688,39	681,14
2001 .....	2113,16	2070,65	1658,80	1258,57	400,23	411,85	422,88	-11,03	42,51	735,60	693,09
2002 .....	2143,18	2045,46	1675,26	1263,46	411,80	370,20	392,97	-22,77	97,72	765,70	667,98
2003 .....	2163,80	2077,87	1701,45	1284,60	416,85	376,42	386,72	-10,30	85,93	771,31	685,38
2004 .....	2210,90	2097,97	1718,95	1303,09	415,86	379,02	387,02	-8,00	112,93	849,92	736,99
2005 .....	2243,20	2123,65	1744,61	1324,65	419,96	379,04	390,89	-11,85	119,55	921,40	801,85
2006 .....	2321,50	2189,98	1780,57	1355,14	425,43	409,41	423,09	-13,68	131,52	1052,74	921,22
2007 .....	2422,90	2251,93	1809,36	1373,72	435,64	442,57	453,50	-10,93	170,97	1137,19	966,22
2006 1. Vj ..	559,00	527,12	426,45	324,25	102,20	100,67	87,93	12,74	31,88	249,30	217,42
2006 2. Vj ..	571,40	540,68	437,54	335,02	102,52	103,14	108,31	-5,17	30,72	255,21	224,49
2006 3. Vj ..	589,20	562,74	444,20	340,31	103,89	118,54	110,83	7,71	26,46	261,53	235,07
2006 4. Vj ..	601,90	559,44	472,38	355,56	116,82	87,06	116,02	-28,96	42,46	286,70	244,24
2007 1. Vj ..	588,20	543,96	432,04	327,54	104,50	111,92	100,59	11,33	44,24	277,80	233,56
2007 2. Vj ..	596,80	552,28	444,89	339,67	105,22	107,39	114,85	-7,46	44,52	280,35	235,83
2007 3. Vj ..	615,10	577,49	453,21	346,63	106,58	124,28	116,77	7,51	37,61	283,89	246,28
2007 4. Vj ..	622,80	578,20	479,22	359,88	119,34	98,98	121,29	-22,31	44,60	295,15	250,55
2008 1. Vj ..	606,20	559,21	442,42	334,67	107,75	116,79	105,62	11,17	46,99	294,52	247,53
2008 2. Vj ..	622,90	576,33	456,10	347,35	108,75	120,23	125,32	-5,09	46,57	302,17	255,60
preisbereinigt Kettenindex 2000 = 100											
1991 .....	85,36	85,87	84,41	84,34	84,65	90,88	85,14	X	X	59,95	60,37
1992 .....	87,26	88,56	87,62	87,13	89,16	91,78	89,09	X	X	59,50	62,05
1993 .....	86,56	87,88	88,17	87,83	89,25	86,85	85,24	X	X	56,59	59,14
1994 .....	88,86	90,26	90,08	89,57	91,68	90,86	88,90	X	X	61,13	64,02
1995 .....	90,54	92,00	91,97	91,52	93,39	92,07	88,72	X	X	65,01	68,19
1996 .....	91,44	92,34	93,36	92,72	95,33	88,78	88,26	X	X	68,94	70,60
1997 .....	93,09	93,14	94,06	93,50	95,81	89,92	89,14	X	X	77,01	76,40
1998 .....	94,98	95,33	95,51	94,86	97,53	94,70	92,68	X	X	83,14	83,62
1999 .....	96,89	97,89	97,92	97,68	98,65	97,79	97,08	X	X	88,08	90,77
2000 .....	100	100	100	100	100	100	100	X	X	100	100
2001 .....	101,24	99,49	101,54	101,87	100,53	92,16	96,35	X	X	106,44	101,23
2002 .....	101,24	97,49	101,30	101,07	102,01	83,74	90,50	X	X	111,01	99,77
2003 .....	101,02	98,07	101,50	101,20	102,40	85,78	90,23	X	X	113,74	105,12
2004 .....	102,24	97,93	101,39	101,29	101,67	85,51	89,96	X	X	125,40	112,77
2005 .....	103,03	97,93	101,61	101,45	102,09	84,66	90,94	X	X	135,02	120,13
2006 .....	106,08	99,99	102,55	102,49	102,72	91,01	97,98	X	X	152,15	134,37
2007 .....	108,69	101,12	102,80	102,11	104,97	95,57	102,22	X	X	163,52	141,13
2006 1. Vj ..	103,02	96,91	99,05	98,36	101,21	89,54	81,81	X	X	145,42	127,49
2006 2. Vj ..	105,22	99,48	101,30	101,57	100,43	93,34	100,39	X	X	146,96	130,21
2006 3. Vj ..	107,49	102,47	102,68	102,86	102,06	102,58	102,25	X	X	150,65	136,33
2006 4. Vj ..	108,60	101,08	107,18	107,17	107,20	78,57	107,45	X	X	165,59	143,46
2007 1. Vj ..	106,56	98,80	99,37	98,12	103,32	97,53	90,69	X	X	160,04	137,01
2007 2. Vj ..	107,84	99,88	101,74	101,37	102,93	93,59	103,15	X	X	160,69	137,00
2007 3. Vj ..	110,06	103,47	103,26	102,89	104,43	105,19	104,97	X	X	163,08	143,81
2007 4. Vj ..	110,31	102,34	106,82	106,07	109,18	85,98	110,08	X	X	170,27	146,68
2008 1. Vj ..	108,46	99,75	99,68	98,00	105,07	100,82	94,45	X	X	168,80	142,77
2008 2. Vj ..	111,18	102,11	102,20	101,32	104,96	102,65	111,27	X	X	171,98	144,85

1) Rechenstand 8/2008. – 2) Einschl. Nettozugang an Wertsachen; im 4. Vierteljahr 2006 negativ beeinflusst durch Gegenbuchung zum Außenbeitrag. – 3) Im 4. Vierteljahr 2006 durch Nachmeldungen positiv beeinflusst.

Anhangtabelle 11: Konsum

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Insgesamt (Sp. 2 + 4 oder 6 + 7)	Konsumausgaben (Ausgabenkonzept)				Konsum (Verbrauchskonzept)		Nachrichtlich:
		Private Konsumausgaben		Konsumausgaben des Staates		Individual- konsum (Sp. 2 + 5)	Kollektiv- konsum (Sp. 4 – 5)	Private Konsum- ausgaben je Einwohner
		zusammen	dar.: private Haushalte	zusammen	dar.: Individual- konsum			
1	2	3	4	5	6	7	8	
in jeweiligen Preisen								
Mrd. EUR								
1991 .....	1 172,46	879,86	859,35	292,60	158,08	1 037,94	134,52	11 000
1992 .....	1 268,98	946,60	923,62	322,38	177,92	1 124,52	144,46	11 745
1993 .....	1 319,21	986,54	961,48	332,67	182,83	1 169,37	149,84	12 153
1994 .....	1 378,02	1 031,10	1 003,63	346,92	194,59	1 225,69	152,33	12 664
1995 .....	1 429,01	1 067,19	1 037,62	361,82	205,64	1 272,83	156,18	13 069
1996 .....	1 463,25	1 091,50	1 064,05	371,75	211,97	1 303,47	159,78	13 328
1997 .....	1 487,25	1 115,78	1 087,33	371,47	212,26	1 328,04	159,21	13 598
1998 .....	1 513,87	1 137,51	1 107,67	376,36	215,34	1 352,85	161,02	13 867
1999 .....	1 562,25	1 175,01	1 142,65	387,24	219,83	1 394,84	167,41	14 314
2000 .....	1 606,07	1 214,16	1 180,33	391,91	224,84	1 439,00	167,07	14 773
2001 .....	1 658,80	1 258,57	1 224,28	400,23	231,86	1 490,43	168,37	15 285
2002 .....	1 675,26	1 263,46	1 227,78	411,80	238,26	1 501,72	173,54	15 318
2003 .....	1 701,45	1 284,60	1 247,23	416,85	242,36	1 526,96	174,49	15 567
2004 .....	1 718,95	1 303,09	1 265,29	415,86	239,84	1 542,93	176,02	15 795
2005 .....	1 744,61	1 324,65	1 288,25	419,96	247,00	1 571,65	172,96	16 063
2006 .....	1 780,57	1 355,14	1 319,13	425,43	252,59	1 607,73	172,84	16 453
2007 .....	1 809,36	1 373,72	1 337,44	435,64	258,74	1 632,46	176,90	16 699
2006 1. Vj ....	426,45	324,25	315,12	102,20	62,75	387,00	39,45	3 935
2. Vj ....	437,54	335,02	326,59	102,52	61,73	396,75	40,79	4 067
3. Vj ....	444,20	340,31	331,26	103,89	62,24	402,55	41,65	4 132
4. Vj ....	472,38	355,56	346,16	116,82	65,87	421,43	50,95	4 318
2007 1. Vj ....	432,04	327,54	318,18	104,50	64,28	391,82	40,22	3 980
2. Vj ....	444,89	339,67	331,26	105,22	62,91	402,58	42,31	4 129
3. Vj ....	453,21	346,63	337,33	106,58	64,17	410,80	42,41	4 214
4. Vj ....	479,22	359,88	350,67	119,34	67,38	427,26	51,96	4 376
2008 1. Vj ....	442,42	334,67	325,32	107,75	66,35	401,02	41,40	4 073
2. Vj ....	456,10	347,35	338,67	108,75	65,60	412,95	43,15	4 229
preisbereinigt								
Kettenindex 2000 = 100								
1991 .....	84,41	84,34	84,72	84,65	77,17	83,15	95,33	X
1992 .....	87,62	87,13	87,44	89,16	82,87	86,41	98,10	X
1993 .....	88,17	87,83	88,01	89,25	83,68	87,13	97,14	X
1994 .....	90,08	89,57	89,64	91,68	87,32	89,18	97,84	X
1995 .....	91,97	91,52	91,50	93,39	90,25	91,29	97,81	X
1996 .....	93,36	92,72	92,93	95,33	93,08	92,76	98,47	X
1997 .....	94,06	93,50	93,68	95,81	95,13	93,74	96,75	X
1998 .....	95,51	94,86	94,96	97,53	97,47	95,26	97,61	X
1999 .....	97,92	97,68	97,72	98,65	98,21	97,76	99,23	X
2000 .....	100	100	100	100	100	100	100	X
2001 .....	101,54	101,87	101,96	100,53	101,36	101,79	99,41	X
2002 .....	101,30	101,07	101,10	102,01	102,96	101,37	100,73	X
2003 .....	101,50	101,20	101,20	102,40	104,17	101,67	100,02	X
2004 .....	101,39	101,29	101,28	101,67	102,96	101,56	99,93	X
2005 .....	101,61	101,45	101,52	102,09	105,38	102,06	97,70	X
2006 .....	102,55	102,49	102,64	102,72	106,78	103,15	97,33	X
2007 .....	102,80	102,11	102,23	104,97	109,34	103,22	99,16	X
2006 1. Vj ....	99,05	98,36	98,43	101,21	108,86	99,97	91,03	X
2. Vj ....	101,30	101,57	101,69	100,43	104,70	102,05	94,74	X
3. Vj ....	102,68	102,86	103,03	102,06	106,59	103,44	96,03	X
4. Vj ....	107,18	107,17	107,41	107,20	106,95	107,15	107,51	X
2007 1. Vj ....	99,37	98,12	98,17	103,32	111,98	100,23	91,81	X
2. Vj ....	101,74	101,37	101,47	102,93	106,83	102,20	97,74	X
3. Vj ....	103,26	102,89	103,03	104,43	109,54	103,91	97,65	X
4. Vj ....	106,82	106,07	106,26	109,18	109,00	106,53	109,45	X
2008 1. Vj ....	99,68	98,00	98,01	105,07	113,84	100,40	93,41	X
2. Vj ....	102,20	101,32	101,39	104,96	110,94	102,79	97,02	X

1) Rechenstand 8/2008.

Anhangtabelle 12: Bruttoanlageinvestitionen

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Insgesamt	Ausstattungsinvestitionen			Bauinvestitionen					Sonstige Anlagen <sup>3)</sup>
		zusammen	Maschinen und Geräte <sup>2)</sup>	Fahrzeuge	zusammen	Wohnbauten	Nichtwohnbauten			
							zusammen	Hochbau	Tiefbau	
in jeweiligen Preisen										
Mrd. EUR										
1991 .....	356,75	153,71	116,83	36,88	190,68	94,64	96,04	61,13	34,91	12,36
1992 .....	387,81	150,72	116,52	34,20	223,34	110,76	112,58	71,00	41,58	13,75
1993 .....	381,19	130,28	103,21	27,07	236,59	121,10	115,49	73,41	42,08	14,32
1994 .....	401,83	128,27	100,74	27,53	258,28	138,31	119,97	75,52	44,45	15,28
1995 .....	404,95	129,82	101,17	28,65	259,07	142,18	116,89	75,07	41,82	16,06
1996 .....	399,85	131,87	101,66	30,21	250,79	141,71	109,08	70,61	38,47	17,19
1997 .....	402,37	137,22	103,16	34,06	246,87	142,13	104,74	67,43	37,31	18,28
1998 .....	414,50	150,06	112,96	37,10	244,13	142,36	101,77	66,16	35,61	20,31
1999 .....	428,42	159,59	121,33	38,26	246,31	144,19	102,12	65,02	37,10	22,52
2000 .....	442,43	176,66	132,49	44,17	241,85	140,92	100,93	64,18	36,75	23,92
2001 .....	422,88	167,36	129,31	38,05	230,61	132,21	98,40	62,71	35,69	24,91
2002 .....	392,97	151,85	116,44	35,41	216,59	124,39	92,20	58,10	34,10	24,53
2003 .....	386,72	149,25	107,95	41,30	213,13	123,19	89,94	55,69	34,25	24,34
2004 .....	387,02	154,51	108,83	45,68	207,73	121,01	86,72	53,73	32,99	24,78
2005 .....	390,89	162,11	112,99	49,12	203,38	117,45	85,93	53,30	32,63	25,40
2006 .....	423,09	178,07	122,12	55,95	218,64	127,08	91,56	56,80	34,76	26,38
2007 .....	453,50	189,35	132,96	56,39	236,43	135,69	100,74	63,76	36,98	27,72
2006 1. Vj .	87,93	39,18	27,33	11,85	42,59	25,17	17,42	12,02	5,40	6,16
2. Vj .	108,31	44,95	29,19	15,76	56,94	33,04	23,90	14,45	9,45	6,42
3. Vj .	110,83	42,74	29,34	13,40	61,48	35,62	25,86	15,60	10,26	6,61
4. Vj .	116,02	51,20	36,26	14,94	57,63	33,25	24,38	14,73	9,65	7,19
2007 1. Vj .	100,59	42,26	29,40	12,86	51,91	29,99	21,92	14,67	7,25	6,42
2. Vj .	114,85	47,17	31,53	15,64	60,92	34,99	25,93	16,13	9,80	6,76
3. Vj .	116,77	45,28	32,51	12,77	64,52	37,05	27,47	17,13	10,34	6,97
4. Vj .	121,29	54,64	39,52	15,12	59,08	33,66	25,42	15,83	9,59	7,57
2008 1. Vj .	105,62	44,43	...	...	54,58	31,14	23,44	15,93	7,51	6,61
2. Vj .	125,32	51,51	...	...	66,84	37,67	29,17	18,59	10,58	6,97
preisbereinigt										
Kettenindex 2000 = 100										
1991 .....	85,14	82,43	79,16	94,76	89,77	77,67	106,50	111,13	98,82	46,35
1992 .....	89,09	79,87	78,56	84,74	99,12	85,48	117,97	121,82	111,44	51,86
1993 .....	85,24	68,33	69,21	65,14	101,01	89,30	117,24	121,01	110,82	54,84
1994 .....	88,90	67,56	68,04	65,81	108,16	99,79	119,81	121,62	116,51	58,94
1995 .....	88,72	69,08	69,46	67,67	106,25	100,16	114,75	118,14	108,88	62,33
1996 .....	88,26	70,98	70,99	70,83	103,35	100,01	108,03	111,29	102,37	67,65
1997 .....	89,14	74,51	73,04	79,34	101,84	100,41	103,85	105,47	100,96	71,86
1998 .....	92,68	83,11	82,40	85,42	100,95	100,76	101,22	103,23	97,66	81,02
1999 .....	97,08	90,36	91,20	87,79	102,46	102,54	102,36	102,22	102,60	92,67
2000 .....	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
2001 .....	96,35	96,33	100,06	85,15	95,40	93,93	97,45	97,66	97,09	106,19
2002 .....	90,50	89,09	92,66	78,41	89,84	88,45	91,79	90,73	93,64	107,55
2003 .....	90,23	90,12	89,40	91,36	88,37	87,60	89,46	86,62	94,44	110,18
2004 .....	89,96	94,18	91,63	100,27	84,96	85,03	84,87	81,92	90,06	111,67
2005 .....	90,94	99,84	97,08	106,44	82,40	81,80	83,24	80,27	88,45	117,17
2006 .....	97,98	110,95	107,27	119,83	86,52	86,41	86,67	83,91	91,49	126,58
2007 .....	102,22	118,66	119,24	117,13	88,04	86,67	89,94	88,49	92,41	136,70
2006 1. Vj .	81,81	96,74	94,51	102,02	68,50	69,48	67,15	72,17	58,01	117,54
2. Vj .	100,39	111,15	101,35	135,48	90,96	90,68	91,37	86,20	100,51	122,34
3. Vj .	102,25	106,60	103,10	115,02	96,82	96,42	97,37	91,75	107,34	126,77
4. Vj .	107,45	129,31	130,12	126,81	89,78	89,06	90,79	85,54	100,08	139,68
2007 1. Vj .	90,69	105,05	103,86	107,86	78,13	77,35	79,21	82,37	73,49	122,65
2. Vj .	103,15	117,01	111,59	130,13	90,95	89,59	92,84	89,76	98,23	133,20
3. Vj .	104,97	113,52	116,72	105,63	95,81	94,38	97,80	94,78	103,07	138,96
4. Vj .	110,08	139,04	144,80	124,91	87,25	85,35	89,89	87,04	94,86	152,01
2008 1. Vj .	94,45	111,57	...	...	79,66	78,03	81,92	86,60	73,37	133,54
2. Vj .	111,27	128,82	...	...	96,59	93,49	100,92	99,87	102,66	141,43

1) Rechenstand 8/2008. – 2) Einschl. Textilien, Bekleidung, Leder-, Holz-, Kunststoff-, Glas-, Keramik- und Eisenwaren, Verlagserzeugnissen. – 3) Nutztiere und Nutzpflanzungen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für un bebauten Grund und Boden.

Anhangtabelle 13: Exporte und Importe

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Sp. 1 – 4)
	insgesamt	Waren <sup>2)</sup>	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
	1	2	3	4	5	6	
in jeweiligen Preisen							
Mrd. EUR							
1991 .....	395,50	343,11	52,39	401,59	326,55	75,04	-6,09
1992 .....	396,43	344,43	52,00	403,91	322,00	81,91	-7,48
1993 .....	377,56	325,31	52,25	378,02	292,91	85,11	-0,46
1994 .....	411,25	357,07	54,18	408,66	317,68	90,98	2,59
1995 .....	442,79	383,99	58,80	434,12	337,99	96,13	8,67
1996 .....	467,09	402,13	64,96	450,22	347,74	102,48	16,87
1997 .....	526,25	452,32	73,93	502,34	388,92	113,42	23,91
1998 .....	563,24	486,36	76,88	536,42	417,11	119,31	26,82
1999 .....	591,49	508,92	82,57	574,05	442,74	131,31	17,44
2000 .....	688,39	596,11	92,28	681,14	533,47	147,67	7,25
2001 .....	735,60	636,36	99,24	693,09	535,70	157,39	42,51
2002 .....	765,70	652,57	113,13	667,98	516,02	151,96	97,72
2003 .....	771,31	665,83	105,48	685,38	533,88	151,50	85,93
2004 .....	849,92	734,82	115,10	736,99	580,79	156,20	112,93
2005 .....	921,40	795,55	125,85	801,85	635,30	166,55	119,55
2006 .....	1052,74	908,80	143,94	921,22	743,73	177,49	131,52
2007 .....	1137,19	983,08	154,11	966,22	778,73	187,49	170,97
2006 1. Vj .....	249,30	218,14	31,16	217,42	177,67	39,75	31,88
2. Vj .....	255,21	218,60	36,61	224,49	181,93	42,56	30,72
3. Vj .....	261,53	225,65	35,88	235,07	184,93	50,14	26,46
4. Vj .....	286,70	246,41	40,29	244,24	199,20	45,04	42,46
2007 1. Vj .....	277,80	241,88	35,92	233,56	191,26	42,30	44,24
2. Vj .....	280,35	242,29	38,06	235,83	191,66	44,17	44,52
3. Vj .....	283,89	244,43	39,46	246,28	192,49	53,79	37,61
4. Vj .....	295,15	254,48	40,67	250,55	203,32	47,23	44,60
2008 1. Vj .....	294,52	256,79	37,73	247,53	204,85	42,68	46,99
2. Vj .....	302,17	263,49	38,68	255,60	209,58	46,02	46,57
preisbereinigt							
Kettenindex 2000 = 100							
1991 .....	59,95	60,00	59,68	60,37	61,17	57,01	X
1992 .....	59,50	59,75	57,91	62,05	62,34	60,73	X
1993 .....	56,59	56,49	57,23	59,14	57,96	63,45	X
1994 .....	61,13	61,59	58,23	64,02	62,91	68,06	X
1995 .....	65,01	65,38	62,67	68,19	66,90	72,91	X
1996 .....	68,94	68,91	69,12	70,60	69,07	76,23	X
1997 .....	77,01	76,71	78,84	76,40	75,15	80,99	X
1998 .....	83,14	83,10	83,39	83,62	83,45	84,20	X
1999 .....	88,08	87,98	88,68	90,77	90,45	91,88	X
2000 .....	100	100	100	100	100	100	X
2001 .....	106,44	106,27	107,57	101,23	100,26	104,73	X
2002 .....	111,01	109,99	117,66	99,77	99,94	99,23	X
2003 .....	113,74	113,40	116,20	105,12	106,60	100,13	X
2004 .....	125,40	125,43	125,45	112,77	115,78	102,73	X
2005 .....	135,02	135,01	135,32	120,13	123,65	108,39	X
2006 .....	152,15	152,19	152,21	134,37	140,30	114,61	X
2007 .....	163,52	163,84	161,82	141,13	147,43	120,10	X
2006 1. Vj .....	145,42	147,20	134,45	127,49	134,81	103,03	X
2. Vj .....	146,96	146,08	152,81	130,21	136,38	109,62	X
3. Vj .....	150,65	150,85	149,63	136,33	138,50	129,12	X
4. Vj .....	165,59	164,63	171,95	143,46	151,49	116,65	X
2007 1. Vj .....	160,04	161,08	153,84	137,01	145,41	108,82	X
2. Vj .....	160,69	160,62	161,41	137,00	144,26	112,72	X
3. Vj .....	163,08	162,99	163,99	143,81	145,80	137,59	X
4. Vj .....	170,27	170,67	168,05	146,68	154,27	121,27	X
2008 1. Vj .....	168,80	170,98	155,36	142,77	153,11	108,08	X
2. Vj .....	171,98	174,08	159,06	144,85	153,55	115,74	X

1) Rechenstand 8/2008. – 2) Im 4. Vierteljahr 2006 durch Nachmeldungen positiv beeinflusst.

Anhangtabelle 14: Verfügbares Einkommen, Sparen und Finanzierungssaldo der Volkswirtschaft  
Mrd. EUR

Jahr Vierteljahr <sup>1)</sup>	Verfügbares Einkommen	Konsum	Sparen (Sp. 1 – 2)	Vermögens- transfers aus der übrigen Welt	Vermögens- transfers an die übrige Welt	Brutto- investitionen	Abschreibungen	Finanzierungs- saldo (Sp. 3 + 4 – 5 – 6 + 7)
	1	2	3	4	5	6	7	8
1991 .....	1 305,49	1 172,46	133,03	0,68	2,99	368,23	214,43	-23,08
1992 .....	1 402,00	1 268,98	133,02	0,90	1,89	385,12	234,47	-18,62
1993 .....	1 427,87	1 319,21	108,66	1,17	2,12	375,62	250,09	-17,82
1994 .....	1 490,28	1 378,02	112,26	1,31	2,61	400,17	260,77	-28,44
1995 .....	1 547,27	1 429,01	118,26	1,24	3,17	410,77	270,48	-23,96
1996 .....	1 572,60	1 463,25	109,35	2,11	3,76	396,06	276,10	-12,26
1997 .....	1 599,81	1 487,25	112,56	2,53	2,44	404,42	283,16	-8,61
1998 .....	1 634,21	1 513,87	120,34	2,98	2,28	424,69	290,22	-13,43
1999 .....	1 673,68	1 562,25	111,43	2,82	2,95	432,31	297,05	-23,96
2000 .....	1 713,20	1 606,07	107,13	10,33	3,46	449,18	308,48	-26,70
2001 .....	1 753,65	1 658,80	94,85	2,06	2,37	411,85	316,41	-0,90
2002 .....	1 769,68	1 675,26	94,42	2,23	2,44	370,20	321,88	45,89
2003 .....	1 799,29	1 701,45	97,84	2,86	2,55	376,42	323,03	44,76
2004 .....	1 876,24	1 718,95	157,29	2,67	2,70	379,02	328,25	106,49
2005 .....	1 906,85	1 744,61	162,24	3,47	3,40	379,04	335,86	119,13
2006 .....	1 992,05	1 780,57	211,48	3,17	2,79	409,41	343,13	145,58
2007 .....	2 077,14	1 809,36	267,78	3,47	2,91	442,57	358,75	184,52
2006 1. Vj ....	473,75	426,45	47,30	0,84	0,68	100,67	84,93	31,72
2. Vj ....	486,10	437,54	48,56	1,01	0,63	103,14	86,48	32,28
3. Vj ....	505,47	444,20	61,27	0,46	0,60	118,54	86,88	29,47
4. Vj ....	526,73	472,38	54,35	0,86	0,88	87,06	84,84	52,11
2007 1. Vj ....	500,86	432,04	68,82	0,72	0,56	111,92	89,60	46,66
2. Vj ....	502,42	444,89	57,53	1,03	0,61	107,39	91,45	42,01
3. Vj ....	529,66	453,21	76,45	0,93	0,62	124,28	89,76	42,24
4. Vj ....	544,20	479,22	64,98	0,79	1,12	98,98	87,94	53,61
2008 1. Vj ....	517,44	442,42	75,02	1,40	0,89	116,79	89,93	48,67
2. Vj ....	525,43	456,10	69,33	0,97	0,63	120,23	92,33	41,77

1) Rechenstand 8/2008.



Dipl.-Handelslehrer Sebastian Czajka, Dr. Sabine Mohr

# Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten

## Ergebnisse der Erhebung 2007

Die deutsche amtliche Statistik beteiligt sich seit dem Jahr 2002 an der europäischen Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen und in privaten Haushalten. Die Erhebungen werden in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) als methodisch harmonisierte Befragungen durchgeführt.

Somit stehen EU-weit amtliche Zahlen zur Verfügung, um Entwicklungen bei der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen und in privaten Haushalten aufzuzeigen. Die Ergebnisse der IKT-Erhebungen dienen insbesondere der Beobachtung und der Evaluation der Ziele, die in die Initiative „i2010 – Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung 2010“ der Europäischen Kommission Eingang gefunden haben.

Der vorliegende Beitrag stellt ausgewählte Ergebnisse aus der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten im Jahr 2007 in Deutschland dar. Neben den Unterschieden in der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen werden hier die Entwicklungstendenzen der letzten Jahre aufgezeigt und die Situation Deutschlands im europäischen Vergleich dargestellt. Einführend skizziert der Beitrag das methodische Konzept der Erhebung und informiert über die Rechtsgrundlagen auf nationaler und europäischer Ebene.

## Rechtsgrundlagen und methodische Vorbemerkungen

In einer ersten Phase (von 2002 bis 2005) ist die Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten als Pilotstudie durchgeführt worden. Im Jahr 2004 wurde eine europäische Rahmenverordnung über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft verabschiedet und damit die Rechtsgrundlage für die EU-weit durchgeführte jährliche Erhebung zur Nutzung von IKT in privaten Haushalten geschaffen.<sup>1)</sup> Diese EG-Verordnung ist mit dem Erhebungsjahr 2006 in Kraft getreten und wird jedes Jahr durch eine Durchführungsverordnung der Europäischen Kommission ergänzt, in der die Erhebungsmerkmale des betreffenden Berichtsjahres festgelegt werden. In Deutschland wird die europäische Rechtsgrundlage durch das Informationsgesellschaftsstatistikgesetz<sup>2)</sup> ergänzt.<sup>3)</sup> Die IKT-Befragung in Deutschland wird somit seit dem Jahr 2006 auf der Grundlage des Informationsgesellschaftsstatistikgesetzes durchgeführt.

Die Erhebung umfasst einen Katalog an Standardmerkmalen sowie ein jährlich wechselndes Schwerpunktmodul, mit dem einzelne Aspekte der Internetnutzung, wie zum Beispiel E-Government oder E-Commerce, vertieft werden. Mit den jährlich erlassenen Durchführungsverordnungen ist es zudem möglich, den Katalog der Erhebungsmerkmale an

1) Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (Amtsbl. der EU Nr. L 143, S. 49). Die Verordnung regelt zusätzlich die Erhebung über die Nutzung von IKT in Unternehmen.

2) Gesetz über die Statistik zur Informationsgesellschaft (Informationsgesellschaftsstatistikgesetz – InfoGesStatG) vom 22. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3685).

3) Der europäische Rechtsrahmen bildet den vom Bundesstatistikgesetz geforderten Regelungsinhalt nicht vollständig ab. Daher war eine zusätzliche nationale Rechtsgrundlage erforderlich.

neue Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien anzupassen.

Die Erhebung wird in Deutschland vom Statistischen Bundesamt in Kooperation mit den Statistischen Ämtern der Länder sowie mit Unterstützung des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) durchgeführt. Die Ergebnisse liefern einen Überblick über die Ausstattung privater Haushalte mit IKT sowie über die Verbreitung der Computer- und Internetnutzung. Darüber hinaus werden Informationen zu den Fähigkeiten und Kenntnissen im Umgang mit Computern und Internet ermittelt.

Der Bruttostichprobenumfang der Erhebung beträgt 12 000 Haushalte. Grundgesamtheit der Erhebung sind alle privaten Haushalte in Deutschland (am Hauptwohnsitz) sowie die darin lebenden Personen im Alter ab zehn Jahren. Personen in Anstaltshaushalten sowie Personen ohne festen Wohnsitz bleiben unberücksichtigt. Die Stichprobenhaushalte werden nach einem Quotenverfahren ausgewählt. Im Jahr 2007 wurden als Quotierungsmerkmale für die Aufteilung des Stichprobenumfangs die Merkmale Bundesland, Haushaltstyp, soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Haupteinkommensbezieherin und Haushaltsnettoeinkommen herangezogen.

Die Erhebung wird als schriftliche Befragung durchgeführt und besteht aus zwei Teilen. Über einen Haushaltfragebogen werden Informationen zur Ausstattung der Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologien erhoben. Um ein genaues Bild über die Nutzungsgewohnheiten der Einzelpersonen in den Haushalten ermitteln zu können, erhält jede im Haushalt lebende Person ab zehn Jahren einen Personenfragebogen mit Fragen zu ihrer Computer- und Internetnutzung. Die Teilnahme an der Befragung ist freiwillig. Im Jahr 2007 nahmen insgesamt 11 024 Haushalte und 22 656 Personen an der Erhebung teil.

Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von IKT in privaten Haushalten 2007 in Deutschland präsentiert.<sup>4)</sup> Dies sind die hochgerechneten Ergebnisse von rund 39 Mill. Haushalten und etwa 74 Mill. Personen im Alter von zehn Jahren und älter. Die Ergebnisse beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf die Nutzung von IKT im ersten Quartal 2007. Zusätzlich werden für zentrale Indikatoren die europäischen Vergleichszahlen präsentiert, anhand derer sich die Position Deutschlands im europäischen Vergleich darstellen lässt.

## Ausstattung privater Haushalte mit modernen IKT

Bei der Ausstattung privater Haushalte mit modernen IKT hat sich im Jahr 2007 der Trend der vergangenen Jahre fort-

gesetzt: Wie in den Vorjahren stieg der Anteil der Haushalte, die mit einem Computer ausgestattet sind, erneut leicht an. In Deutschland hatten im Jahr 2007 etwa 28 Mill. Haushalte einen Computer [stationärer Computer, Laptop, Notebook, Palmtop oder PDA<sup>5)</sup>]. Dies entspricht einem Anteil von knapp drei Vierteln (73 %) aller privaten Haushalte in Deutschland. Im Vergleich zum Vorjahr hat der Anteil der Haushalte mit einem Computer somit um zwei Prozentpunkte zugenommen.

Auch der Anteil der Haushalte mit Internetzugang (Online-Haushalte) ist im Jahr 2007 weiter leicht angestiegen. Fast zwei Drittel (65 %) aller privaten Haushalte und damit etwa 25 Mill. Haushalte in Deutschland verfügten im Jahr 2007 über einen Zugang zum Internet; im Jahr 2006 waren es erst 61 % der privaten Haushalte. Damit hat im Verlauf der Jahre 2002 bis 2007 der Anteil der Online-Haushalte in Deutschland kontinuierlich um insgesamt 22 Prozentpunkte zugenommen.

Tabelle 1: Ausstattung privater Haushalte mit Computer, Internetzugang und Breitbandanschluss  
Prozent

Jahr	Computer <sup>1)</sup>	Internetzugang	Breitbandanschluss
2002	57	43	–
2003	62	51	9
2004	66	57	17
2005	67	58	22
2006	71	61	31
2007	73	65	46

1) Stationärer Computer, Laptop, Notebook, Palmtop und PDA.

Der Anteil privater Haushalte mit einem Internetzugang ist ein wichtiger Indikator für die Bewertung der politischen Ziele, die in den europäischen und nationalen Strategiepapieren festgelegt worden sind. In diesem Zusammenhang ist jedoch auch die Frage nach der Verbreitung der Breitbandtechnologie als Zugangsart zum Internet von hohem Interesse. Nach den Ergebnissen der Erhebung 2007 nutzte fast die Hälfte (46 %) aller privaten Haushalte in Deutschland eine Breitbandverbindung, zum Beispiel eine DSL- oder eine UMTS-Verbindung, für den Zugang zum Internet. Betrachtet man nur die Online-Haushalte, so entspricht dies knapp drei Vierteln (71 %) dieser Haushalte. Beim Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre ist bei der Nutzung von Breitbandanschlüssen eine deutliche Zunahme erkennbar. Im Jahr 2006 gelangten erst 31 % aller Haushalte (bzw. 50 % der Online-Haushalte) mit der Breitbandtechnologie von zu Hause aus ins Internet. Im Jahr 2005 hatten 22 % aller Haushalte bzw. 38 % der Haushalte mit Internetzugang einen Breitbandanschluss. Für den starken Anstieg der Zahl der Breitbandanschlüsse in privaten Haushalten gibt es vor

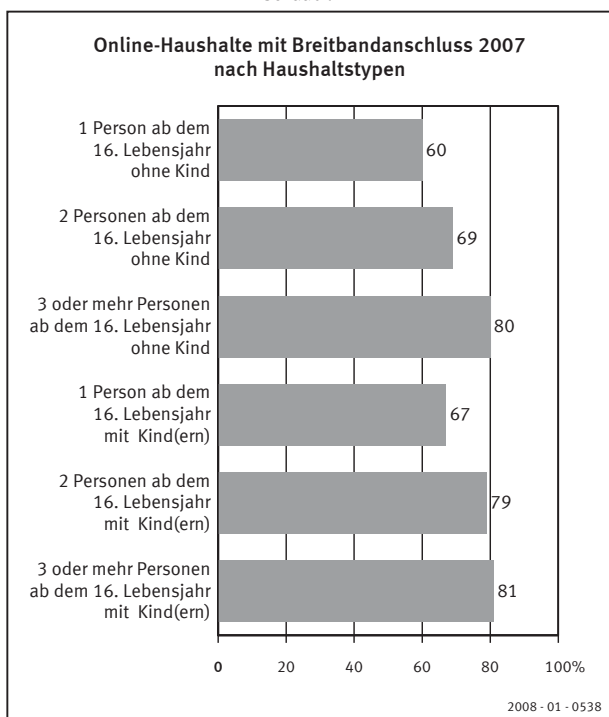
4) Weitere Ergebnisse der Erhebung 2007 enthält die Fachserie 15 „Wirtschaftsrechnungen“, Reihe 4 „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“. Diese kann zusammen mit dem Qualitätsbericht und den Erhebungsunterlagen auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de](http://www.destatis.de); Thema: Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets) abgerufen werden. Ergebnisse und Erhebungsunterlagen der Erhebungen 2003 bis 2005 sind ebenfalls über diese Seite verfügbar. Ferner sind bereits mehrere Aufsätze zum Thema in dieser Zeitschrift erschienen: Zum Ausstattungsbestand siehe Deckl, S.: „Zur Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologie“ in WiSta 4/2003, S. 354 ff. Zu den Ergebnissen der IKT-Erhebung 2002 siehe Pötzsch, O./Decker, J./Kühnen, C.: „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“ in WiSta 2/2003, S. 94 ff. Zu den Ergebnissen der IKT-Erhebung 2003 siehe Kahle, I./Timm, U./Schäfer, D.: „Internetnutzung in privaten Haushalten“ in WiSta 10/2004, S. 1110 ff. Zu den Ergebnissen der Erhebung 2004 siehe Timm, U./Kahle, I.: „E-Government und andere Zwecke der Internetnutzung“ in WiSta 7/2005, S. 717 ff. Zu den Ergebnissen der Erhebung 2005 siehe Kahle, I./Timm, U.: „Internetnutzung und die Aneignung von E-Skills“ in WiSta 7/2006, S. 722 ff. Zu den Ergebnissen der Erhebung 2006 siehe Mohr, S.: „Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten“ in WiSta 6/2007, S. 545 ff.

5) Personal Digital Assistant (persönlicher digitaler Assistent) – ein kompakter tragbarer Computer ohne Tastatur; zitiert nach Wikipedia.

allem zwei Gründe: Zum einen sind die Kosten für Breitbandanschlüsse gesunken. Hinzu kommt, dass die Breitbandtechnologie in Deutschland inzwischen fast flächendeckend verfügbar ist.<sup>6)</sup>

Ob private Haushalte über eine Breitbandverbindung ins Internet gelangen, wird durch bestimmte Haushaltsmerkmale beeinflusst. Wie Schaubild 1 zeigt, hatten 60% der Einpersonenhaushalte mit Internetzugang im Jahr 2007 einen Breitbandanschluss. Demgegenüber nutzten über drei Viertel (81%) der Online-Haushalte, in denen drei oder mehr Erwachsene (ab 16 Jahren) sowie mindestens ein Kind lebten, eine Breitbandverbindung ins Internet.

Schaubild 1



Haushalte mit Internetzugang verfügen somit eher über einen Breitbandanschluss, wenn in ihnen Kinder unter 16 Jahren leben oder ein Haushalt aus mehr als zwei Erwachsenen besteht. Ferner steht die Nutzung eines Breitbandanschlusses in Zusammenhang mit dem Nettoeinkommen eines Haushaltes. Während 79% der Online-Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 2 600 Euro einen Breitbandanschluss für den Zugang zum Internet nutzten, betrug der Anteil bei den Haushalten der untersten Einkommensgruppe (monatlich unter 1 100 Euro) 60%. In der Einkommensgruppe von 1 100 bis unter 1 700 Euro hatten 65% der Online-Haushalte einen Breitbandanschluss. In der Einkommensgruppe von 1 700 bis unter 2 600 Euro lag der entsprechende Anteil bei 70%.

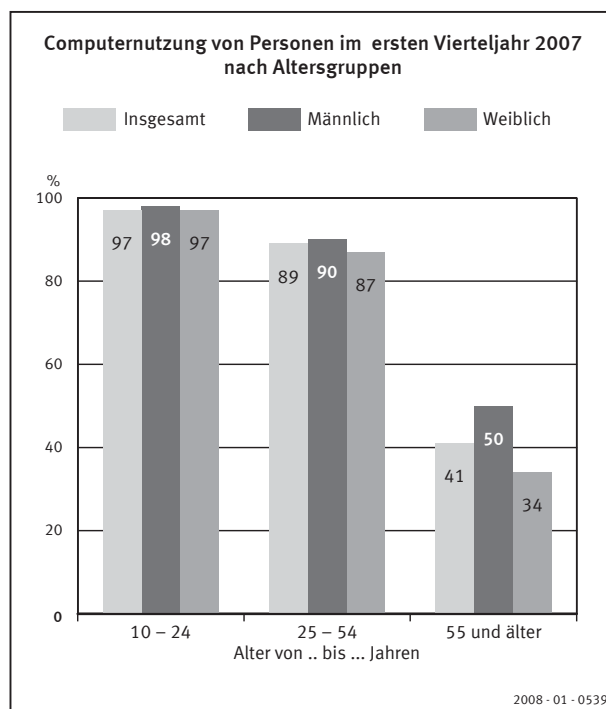
## Computernutzung

Die Ausstattung eines Haushalts mit Informations- und Kommunikationstechnologie allein sagt noch nichts darüber aus, wie verbreitet die Nutzung dieser Technologien innerhalb der Bevölkerung tatsächlich ist. Nicht immer nutzen alle Mitglieder eines Haushaltes die vorhandenen Geräte oder Zugangsmöglichkeiten. Auch können Menschen, die zu Hause auf Computer oder Internetzugang verzichten, an anderen Orten Zugriff auf diese Technologien haben. Daher wird im Folgenden der Blick auf den persönlichen Umgang mit Computer und Internet gerichtet.

Die Nutzung von Computern ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen: Während 2002 rund 61% der Bevölkerung ab einem Alter von zehn Jahren in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum einen PC genutzt hatten, waren es im Jahr 2007 bereits 74%. Das entspricht 55 Mill. Menschen ab zehn Jahren in Deutschland, die mindestens einmal am Computer gesessen haben, sei es privat, beruflich oder im Zusammenhang mit Schule oder Ausbildung.

In Abhängigkeit vom Alter findet der Computer unterschiedlich starke Akzeptanz: Bei den 10- bis 24-Jährigen haben 2007 97% den Computer genutzt, bei den 25- bis 54-Jährigen waren es 89%. Erst in der Altersgruppe der 55-Jährigen und Älteren nahm die Computernutzung relativ deutlich ab. Hier lag der Anteil der Computernutzer/-innen bei 41%.

Schaubild 2



6) Im Juli 2007 war die Breitbandtechnologie in 97% der Haushalte in Deutschland verfügbar. Siehe Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (Hrsg.): „Der Einsatz öffentlicher Finanzmittel zur Schließung von Breitbandlücken in Deutschland“, Berlin 2007, S. 2.

Unterschiede bei der Computernutzung zeigen sich auch zwischen den Geschlechtern: Insgesamt lag der Anteil der Männer, die einen Computer nutzten, an allen Männern 2007 mit 79 % nach wie vor über dem entsprechenden Anteil bei den Frauen (69%). Im Zeitablauf ist der Abstand zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Computernutzung seit 2002 mit etwa zehn Prozentpunkten konstant geblieben. Doch dieser Abstand resultiert – wie auch die Ergebnisse der letzten Jahre zeigen – vor allem aus dem unterschiedlichen Nutzungsverhalten der älteren Bevölkerung.<sup>7)</sup> Während Männer und Frauen unter 55 Jahren bei der Computernutzung ein gleiches Nutzungsverhalten zeigten und praktisch keine geschlechterspezifischen Unterschiede auszumachen waren, nutzten in der Altersklasse der 55-Jährigen und Älteren deutlich mehr Männer (50 %) als Frauen (34 %) einen Computer.

Tabelle 2: Computernutzung von Personen<sup>1)</sup>  
Prozent

Jahr <sup>2)</sup>	Insgesamt	Männlich	Weiblich
2002	61	66	55
2003	64	68	61
2004	67	72	62
2005	70	76	64
2006	73	77	68
2007	74	79	69

1) Ab einem Alter von zehn Jahren. – 2) Jeweils erstes Vierteljahr.

## Internetnutzung

Neben der ausschließlichen Verwendung eines Computers nimmt auch die Nutzung des Internets kontinuierlich zu und gehört mittlerweile zum Lebensalltag von immer mehr Menschen in Deutschland. Bei der Erhebung im Jahr 2007 gaben 68 % der befragten Personen ab zehn Jahren an, in den letzten drei Monaten vor dem Befragungstermin das Internet genutzt zu haben. Das entspricht knapp 51 Mill. Menschen in Deutschland. Im Jahr 2006 hatte dieser Anteil noch bei 65 % gelegen. Mit 68 % lag der Anteil der Internetnutzer damit nur um sechs Prozentpunkte niedriger als der Anteil der Personen, die im ersten Vierteljahr 2007 überhaupt einen Computer genutzt hatten (74 %). Innerhalb der Gruppe der Internetnutzer waren 61 % jeden Tag oder fast jeden Tag online. Im Vorjahr hatte dieser Anteil 56 % betragen.

Differenziert man die Ergebnisse nach Altersgruppen, zeigen sich jedoch teilweise deutliche Unterschiede: Ähnlich wie bei den Ergebnissen zur Computernutzung ist auch die Nutzung des Internets bei der älteren Bevölkerung viel weniger verbreitet als bei den anderen Altersgruppen. Knapp 33 % (2006: 30 %) der über 54-Jährigen hatten in den drei Monaten vor dem Befragungstermin Kontakt zum Internet, dagegen waren es bei den 10- bis 24-Jährigen 94 % (2006: 92 %). Ähnliche Ergebnisse zeigten sich bei den Personen im Alter zwischen 25 und 54 Jahren. Hier lag der Anteil der Internetnutzer 2007 bei 84 % (2006: 80 %). Noch deutlicher wird die Diskrepanz zwischen den Generationen, wenn eine andere Altersgruppeneinteilung zur Analyse herangezogen wird. Danach gab es bei den 10- bis 15-Jährigen mit 91 %,

bei den 16- bis 24-Jährigen mit 95 % und bei den 25- bis 44-Jährigen mit 89 % jeweils sehr hohe Anteile der Internetnutzung in den letzten drei Monaten vor der Befragung. Bei den Personen im Alter zwischen 45 und 64 Jahren betrug der Anteil immerhin noch 66 %. Bei der Altersgruppe ab 65 Jahren waren dagegen nur knapp 19 % online gewesen.

Tabelle 3: Häufigkeit der Internetnutzung 2007  
nach Altersgruppen  
Prozent<sup>1)</sup>

Häufigkeit der Internetnutzung	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis ... Jahren				
		10 – 15	16 – 24	25 – 44	45 – 64	65 und älter
Internetnutzung .....	68	91	95	89	66	19
darunter:						
jeden Tag oder fast jeden Tag .....	61	47	73	64	59	46
mindestens einmal in der Woche .....	26	34	21	24	28	35
mindestens einmal im Monat oder seltener .	13	19	7	11	14	19

1) Anteil von Personen ab 10 Jahren, die das Internet im ersten Vierteljahr 2007 nutzten.

Hinsichtlich der Nutzungsintensität sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen geringer. Die 16- bis 24-Jährigen nutzten das Medium Internet am häufigsten: 73 % gaben als durchschnittliche Nutzung jeden Tag oder fast jeden Tag an. Auch bei den 65-Jährigen und Älteren war mit 46 % ein großer Anteil jeden Tag oder fast jeden Tag im Internet. Innerhalb der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen nutzten 64 % das Internet intensiv, ein ähnliches Nutzungsverhalten konnte bei den Personen zwischen 45 und 64 Jahren (59 %) beobachtet werden.

Den geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Computernutzung vergleichbar gab es im Jahr 2007 nach wie vor auch bei der Internetnutzung Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Sie waren hauptsächlich auf die Unterschiede bei der Internetnutzung in der Altersgruppe der über 54-Jährigen zurückzuführen. Insgesamt waren 73 % der Männer in Deutschland in den letzten drei Monaten vor der Befragung online, der Anteil der Frauen lag bei 63 %. Bei den Altersgruppen 10 bis 24 Jahre (Internetnutzer männlich: 93 %, weiblich: 94 %) und 25 bis 54 Jahre (Anteil bei Männern: 86 %, bei Frauen: 82 %) gab es keine oder nur geringe geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Internetnutzung. Dagegen nutzten in der Altersgruppe 55 Jahre und älter lediglich 25 % der Frauen die Möglichkeiten des Internets, während der Anteil bei Männern im gleichen Alter 42 % betrug.

## Kenntnisse und Fähigkeiten im Umgang mit Computer und Internet

Ein Teil der IKT-Erhebung 2007 beschäftigte sich mit der Frage, wie die Kenntnisse und Fähigkeiten für den Umgang mit dem Computer und dem Internet angeeignet bzw. diese

7) Siehe auch die Ergebnisse der Erhebung 2006 in Mohr, S.: „Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten“ in WiSta 6/2007, S. 545 ff., hier: S. 548.

Tabelle 4: Aneignung von Computerkenntnissen 2007  
Prozent<sup>1)</sup>

Art der Aneignung	Insgesamt <sup>2)</sup>	Davon im Alter von ... bis ... Jahren				
		10 – 15	16 – 24	25 – 44	45 – 64	65 und älter
Kurse in Schule, Universität, Berufsschule .....	36	64	69	40	14	(8)
Kurse im Rahmen der beruflichen Weiterbildung .....	38	/	13	45	53	30
Kurse in Weiterbildungseinrichtungen (z. B. Volkshochschule) aus privatem Interesse .....	17	5	7	16	24	31
Selbststudium mit Literatur, Lernprogrammen usw. ....	40	16	33	45	44	38
Selbst angeeignet durch Learning by Doing .....	77	71	85	85	71	50
Hilfe durch andere Personen .....	85	88	89	87	82	72

1) Anteil an den Personen, die Tätigkeiten am Computer (z. B. Dateien kopiert, Dateien komprimiert, Geräte angeschlossen oder Computerprogramme geschrieben) durchgeführt haben. – 2) Personen ab 10 Jahren, die mindestens einmal einen Computer genutzt haben.

erlernt wurden. Allgemein kann dazu festgehalten werden, dass sich die Personen die notwendigen Fertigkeiten hierfür zum größten Teil selbst angeeignet haben, hauptsächlich durch Ausprobieren (Learning by Doing) oder mithilfe anderer Personen, wie Kollegen, Freunden oder Verwandten.

### Computerkenntnisse

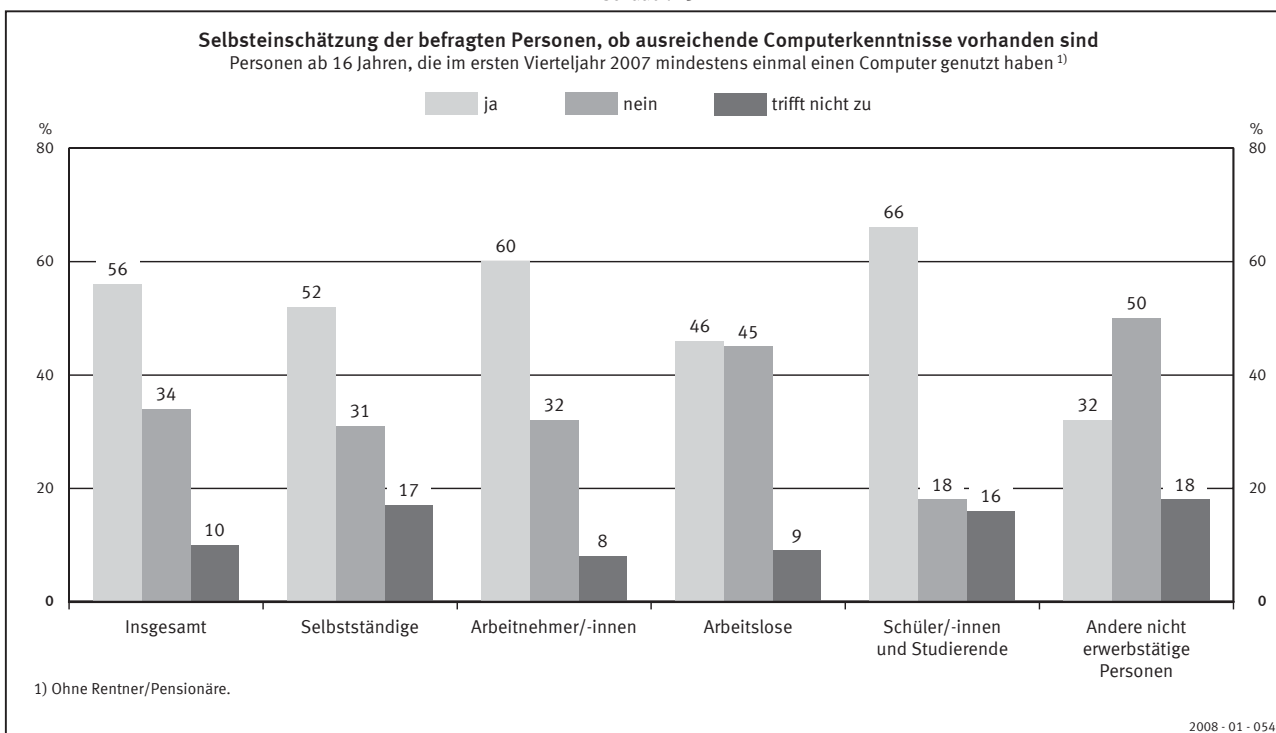
Für das Aneignen von Computerkenntnissen für bestimmte Tätigkeiten, wie zum Beispiel Dateien kopieren, Arbeiten mit einem Tabellenkalkulationsprogramm und Geräte installieren, gaben insgesamt 77 % der Personen, die den Computer mindestens einmal in solcher Weise genutzt haben, Learning by Doing an. Auf die Hilfe anderer Personen wurde von 85 % zurückgegriffen, knapp 40 % eigneten sich das notwendige Wissen durch Selbststudium mit Literatur oder Lernprogrammen an.

Das Aneignen des Computerwissens durch den Besuch entsprechender Kurse war im Gegensatz zum Selbststudium

seltener. Am häufigsten wurden dabei die Kenntnisse noch in Kursen im Rahmen der beruflichen Weiterbildung (38 %) und in Kursen in (Berufs-)Schulen und Universitäten (36 %) vermittelt. 17 % der Personen gaben an, Kurse in Weiterbildungseinrichtungen (z. B. Volkshochschulen) aus privatem Interesse besucht zu haben. Diese Form des Wissenserwerbs wurde am meisten von den Personen im Alter von 65 Jahren und älter genutzt (31 %). Personen der jüngeren Altersgruppen (10 bis 15 Jahre sowie 16 bis 24 Jahre) konnten auf Angebote in Schulen und Universitäten zurückgreifen, während Personen zwischen 25 und 64 Jahren hauptsächlich die berufliche Weiterbildung nutzten.

Die Frage, ob ausreichende Computerkenntnisse vorhanden sind, falls innerhalb des nächsten Jahres eine neue Arbeitsstelle gesucht oder angetreten würde, bejahten insgesamt 56 % der Personen ab 16 Jahren (Rentner und Pensionäre sind bei dieser Auswertung nicht berücksichtigt). Ein gutes Drittel (34 %) dieser Personengruppe schätzte seine Computerkenntnisse als nicht ausreichend für eine neue

Schaubild 3





Arbeitsstelle ein. Nach Altersgruppen betrachtet beurteilten die Personen ihre eigenen Computerkenntnisse umso schlechter, je älter sie waren. So hielten in der Altersklasse der 16- bis 24-Jährigen knapp 20% ihre Computerkenntnisse für einen Jobwechsel für nicht ausreichend. Bei den 25- bis 44-Jährigen waren es bereits 33% und bei Personen zwischen 45 und 64 Jahren sogar 42%, die ihre Computerfähigkeiten für eine neue Arbeitsstelle als nicht ausreichend erachteten.

Auch zwischen Männern und Frauen gibt es Unterschiede bei der Einschätzung ihrer Computerkenntnisse. Während 61% der Männer ihre Computerfertigkeiten als ausreichend für eine neue Arbeitsstelle bezeichneten, waren es bei den Frauen nur 51%, die ihre Kenntnisse ebenso einschätzten.

Eine Differenzierung der Ergebnisse nach der sozialen Stellung der Personen macht deutlich, dass Schüler/-innen und Studierende, also Personen, die mit einer gewissen Selbstverständlichkeit bereits mit Computer und Internet aufwachsen, ihre Computerkenntnisse am ehesten als ausreichend einschätzten (66%). In der Gruppe der Arbeitslosen hielten dagegen lediglich 46% ihre Computerkenntnisse für einen neuen Job für ausreichend, während ein gleich hoher Anteil (45%) der arbeitslosen Personen seine Computerkenntnisse als nicht ausreichend einstufte.

### Internetkenntnisse und -tätigkeiten

95% der Personen, die das Internet mindestens einmal genutzt haben, setzten Suchmaschinen ein, um die gewünschten Informationen zu erhalten. Die überwiegende Mehrheit dieser Personen (76%) benutzte das Internet auch, um E-Mails mit Anhängen (z.B. Dokumenten oder Bildern) zu versenden. 56% der Personen waren im Internet aktiv, um ihren Computer vor Viren, Spyware oder Adware zu schützen. Knapp 41% der Personen suchten im Internet nach Software, um diese herunterzuladen und zu installieren. Andere Tätigkeiten beim Umgang mit dem Internet, wie über Internet telefonieren (18%), Webseiten erstellen (13%) oder Peer-to-Peer-Netzwerke (z.B. Tauschbörsen für Musik) nutzen (11%), kamen seltener vor.

Frauen führten die genannten Tätigkeiten beim Umgang mit dem Internet im Gegensatz zu den Männern nicht oft aus. So haben beispielsweise nur 9% der Frauen Webseiten erstellt, dagegen 17% der Männer. 53% der Männer haben

Software gefunden, heruntergeladen und installiert, bei Frauen traf das nur für knapp 27% zu. Auch kümmerten sich eher Männer (mit einem Anteil von 67%) um den Schutz des PC vor Viren und anderen unerwünschten Programmen (Spyware, Adware), während sich lediglich 44% der Frauen diesen Tätigkeiten widmeten.

Die Kenntnisse, um solche Tätigkeiten durchführen zu können, haben sich 79% der Personen, die das Internet mindestens einmal genutzt haben, durch Learning by Doing selbst angeeignet. Der größte Teil der Befragten (86%) griff daneben auf die Hilfe anderer Personen (Freunde, Bekannte, Kollegen) zurück. Ein Selbststudium mit Literatur oder mit Lernprogrammen nutzten 37%.

Neben der Möglichkeit, sich das notwendige Internetwissen durch Selbststudium anzueignen, nutzte ein Teil der Befragten auch Kursangebote. So haben jeweils 24% der in der Erhebung befragten Personen ab zehn Jahren, die mindestens einmal das Internet genutzt haben, Kurse in Schule, Universität und Berufsschule oder Schulungen im Rahmen der beruflichen Weiterbildung besucht. 11% nahmen die Kursangebote in Weiterbildungseinrichtungen aus privatem Interesse wahr. Verglichen mit der Aneignung von Computerkenntnissen erfolgte die Aneignung von Internetkenntnissen insgesamt seltener über Kurse. Trotzdem erlernte etwa die Hälfte der jüngeren Personen ihre Internetkenntnisse auch in Kursen in der Schule, Universität oder Berufsschule (10- bis 15-Jährige: 50%, 16- bis 24-Jährige: 52%). In den Kursen, die aus privatem Interesse besucht werden, gehörten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ebenso wie bei der Aneignung von Computerkenntnissen größtenteils der Altersklasse der über 64-Jährigen an (28%).

### Deutschland im EU-Vergleich

Um die Position Deutschlands mit Blick auf die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufzuzeigen, werden im Folgenden für einige der zentralen Indikatoren die europäischen Vergleichszahlen präsentiert. Anders als bei den meisten bisher dargestellten Ergebnissen für Deutschland, bei denen die Bevölkerung ab zehn Jahren betrachtet wurde, beschränken sich die europäischen Vergleichszahlen auf die Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren und zudem nur auf Haushalte, bei denen mindestens ein Haushaltsmitglied zwischen 16 und 74 Jahre alt ist. Diese Unterschiede in der Grundgesamtheit führen dazu, dass es beim

Tabelle 5: Aneignung von Internetkenntnissen 2007  
Prozent<sup>1)</sup>

Art der Aneignung	Insgesamt <sup>2)</sup>	Davon im Alter von ... bis ... Jahren				
		10 – 15	16 – 24	25 – 44	45 – 64	65 und älter
Kurse in Schule, Universität, Berufsschule .....	24	50	52	22	8	(6)
Kurse im Rahmen der beruflichen Weiterbildung .....	24	/	10	27	35	17
Kurse in Weiterbildungseinrichtungen (z. B. Volkshochschule) aus privatem Interesse .....	11	(3)	5	10	16	28
Selbststudium mit Literatur, Lernprogrammen usw. ....	37	13	32	41	40	41
Selbst angeeignet durch Learning by Doing .....	79	70	87	86	72	61
Hilfe durch andere Personen .....	86	88	88	87	85	82

1) Anteil an den Personen, die Tätigkeiten (wie z. B. Suchmaschine genutzt, E-Mails mit Anhang versendet oder Webseite erstellt) beim Umgang mit dem Internet durchgeführt haben. – 2) Personen ab 10 Jahren, die mindestens einmal das Internet genutzt haben.

Vergleich der europäischen mit den nationalen Ergebnissen zu Abweichungen kommen kann.

Im europäischen Vergleich zählt Deutschland zu den Ländern mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Online-Haushalten.<sup>8)</sup> Mit 71 % lag Deutschland sowohl über dem Durchschnitt der EU-15-Länder (59 %) als auch über dem Durchschnitt aller 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (54 %).<sup>9)</sup> Noch höher waren die Anteile von Online-Haushalten allerdings u. a. in den Niederlanden (83 %), Dänemark (78 %) und Schweden (79 %).

Das Schaubild 4 präsentiert für ausgewählte EU-Mitgliedstaaten den Anteil der privaten Haushalte, die im Jahr 2007 das Internet über einen Breitbandanschluss nutzten. Mit einem Anteil privater Haushalte mit Breitbandanschluss von 50 % lag Deutschland auch hier über den EU-Durchschnittswerten, die 46 % (EU-15) bzw. 42 % (EU-27) betragen. Vor

allem in den skandinavischen Ländern sowie in den Benelux-Staaten ist die Nutzung der Breitbandtechnologie allerdings noch stärker verbreitet als in Deutschland.

Betrachtet man die Position Deutschlands im EU-Vergleich im Hinblick auf die Internetnutzung durch Personen, so zeichnet sich ein sehr ähnliches Ergebnis ab. Schaubild 5 gibt den Anteil der regelmäßigen Internetnutzer im ersten Vierteljahr 2007 für ausgewählte EU-Staaten an. Regelmäßige Internetnutzer sind hier als Personen definiert, die das Internet in diesem Zeitraum mindestens einmal in der Woche nutzten. In Deutschland lag der Anteil der regelmäßigen Nutzer bei 64 % und somit über dem EU-Durchschnitt (55 % für die EU-15 bzw. 53 % für die EU-27). Die Darstellung zeigt ferner, dass der Anteil der regelmäßigen Internetnutzer insbesondere in den Benelux-Staaten und den skandinavischen Ländern sehr hoch ausfällt. Dagegen nutzte in den südlichen Ländern Europas (Griechenland, Italien, Portugal) und in

Schaubild 4

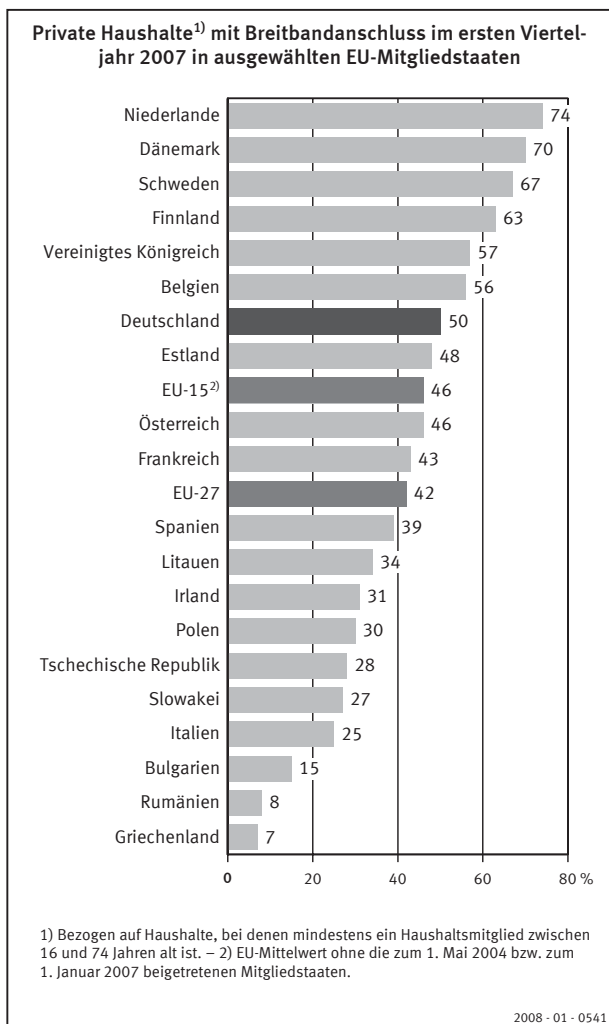
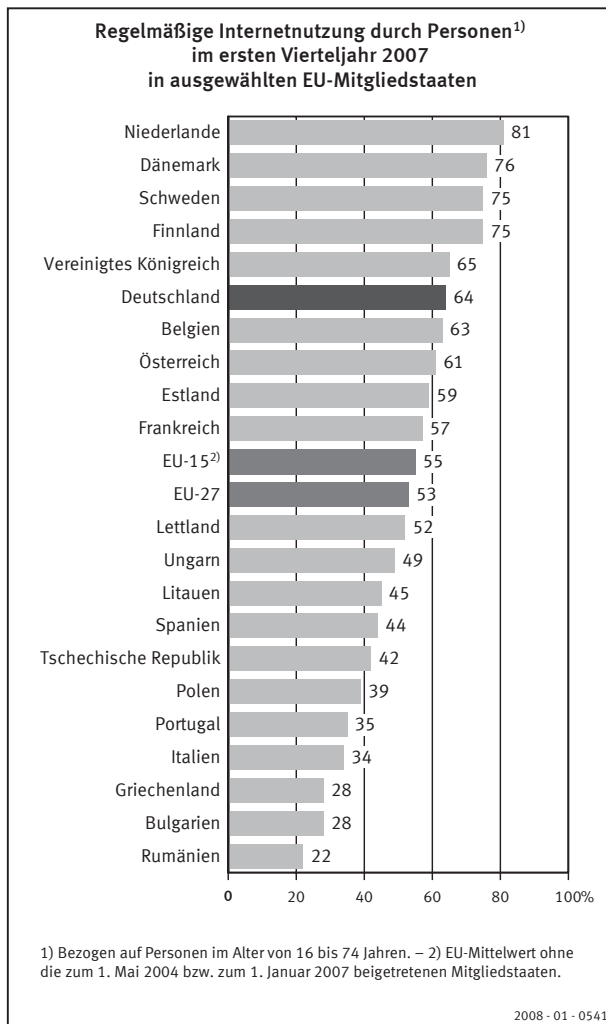


Schaubild 5



8) Die Ergebnisse für die anderen Länder und für die Europäische Union (die aggregierten EU-15- sowie EU-27-Ergebnisse) wurden der Eurostat Online Datenbank über den EDS Europäischer Datenservice ([www.eds-destatis.de](http://www.eds-destatis.de)) entnommen. Bei den aggregierten Ergebnissen für die EU-15 bzw. die EU-27 sind in der Regel nicht von allen Mitgliedstaaten Daten verfügbar. Vom EDS werden Werte für die EU-15 bzw. EU-27 nur dann ausgewiesen, wenn die Länder, von denen Daten vorliegen, mindestens 60 % der Bevölkerung der EU und 55 % der Mitgliedstaaten abdecken. Da bei den einzelnen Indikatoren und Berichtsjahren jeweils für unterschiedliche Länder keine Angaben vorliegen, wird an dieser Stelle auf eine exakte Dokumentation der jeweils einbezogenen Länder verzichtet. Die Angaben für die EU-15 bzw. EU-27 sind daher als Größenordnungen für Niveau und Entwicklung der einzelnen Indikatoren zu verstehen.

9) Beim EU-15-Durchschnitt sind die Mitgliedstaaten, die am 1. Mai 2004 bzw. am 1. Januar 2007 der Europäischen Union beigetreten sind, nicht enthalten.

den der EU neu beigetretenen Staaten (Bulgarien und Rumänien) nur ein sehr geringer Anteil der Personen zwischen 16 und 74 Jahren mindestens einmal in der Woche das Internet.

## Fazit und Ausblick

Für einen Großteil der privaten Haushalte ist die Ausstattung mit Computern und mit Internetanschlüssen sowie deren Gebrauch und Einsatz im täglichen Leben in den letzten Jahren zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Auch die Ausstattung der Privathaushalte mit Breitbandverbindungen für einen schnellen Zugang zum Internet hat in den vergangenen Jahren rasch zugenommen; mittlerweile werden von über 70% der Haushalte mit Internetzugang Breitbandverbindungen genutzt. Gleichwohl gibt es nach wie vor Bevölkerungsgruppen, die eher selten einen Computer besitzen oder keinen Internetzugang haben und diese Informations- und Kommunikationstechniken auch wenig nutzen. Deutlich zu beobachten ist dies bei den älteren Bevölkerungsgruppen und hierbei insbesondere bei den Frauen.

Die Kenntnisse und Fähigkeiten im Umgang mit Computer und Internet eigneten sich die Befragten größtenteils durch Ausprobieren und durch Hilfe von Freunden, Verwandten oder Bekannten an. Kurse in der Ausbildung, im Beruf oder aus privatem Interesse werden ebenfalls zum Erwerb solcher Fähigkeiten genutzt, wenn auch nicht in gleich starkem Maße.

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei der Ausstattung der Haushalte mit Breitbandanschlüssen und beim Anteil der Bevölkerung, die das Internet nutzt, im oberen Bereich und über dem europäischen Durchschnitt. Allerdings weisen die skandinavischen Länder, das Vereinigte Königreich und die Niederlande einen höheren Ausstattungsgrad mit Breitbandanschlüssen und auch einen höheren Anteil von Haushalten mit Internetnutzung auf. Der Abstand Deutschlands zu dieser Spitzengruppe ist teilweise noch recht deutlich.

Die künftigen Erhebungen werden zeigen, wie sich die Nutzungsmöglichkeiten ausweiten werden und ob der Einsatz weiterer Dienstleistungen im Zusammenhang mit Computer, Internet und Handy zunehmen wird. Von Interesse dürfte auch sein, wie sich Deutschland in den nächsten Jahren im europäischen Vergleich positionieren wird. [uu](#)

Dipl.-Volkswirt Stefan P. Rübenach, Soziologin (M. A.) Julia Weinmann

# Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung

## Ergebnisse des Mikrozensus 2007

Im Jahr 2007 gab es in Deutschland 39,7 Mill. Haushalte mit 82,4 Mill. Haushaltsmitgliedern. Damit ist seit April 1991 die Zahl der Privathaushalte um 13 %, die Zahl der Haushaltsmitglieder um 3 % gestiegen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße ging zurück: 2007 lebten durchschnittlich 2,07 Personen in einem Haushalt, im April 1991 waren es noch 2,27 Personen.

In 31 % der Haushalte lebten zwei oder mehr Generationen unter einem Dach. Die Mehrgenerationenhaushalte waren fast ausschließlich Zweigenerationenhaushalte. Zwischen 1991 und 2007 sank der Anteil der Mehrgenerationenhaushalte an allen Haushalten um 8 Prozentpunkte, 1991 betrug er 39 %.

2007 wohnten in 24 % der Haushalte ausschließlich Seniorinnen und Senioren ab 65 Jahren. In 6 % der Haushalte lebten ältere mit jüngeren Menschen unter einem Dach zusammen. Damit war in 30 % der Haushalte mindestens eine Person im Seniorenalter.

In 97 % der Haushalte in Deutschland lebte im Jahr 2007 nur eine Lebensform, beispielsweise ein Ehepaar. In Haushalten mit mehr als zwei Lebensformen wohnten am häufigsten zwei und mehr Alleinstehende (z. B. Wohngemeinschaft) zusammen, also mindestens zwei Personen ohne Ehe- bzw. Lebenspartner/-in und ohne lediges Kind im Haushalt. Während die Zahl der Ehepaare zwischen 1996 und 2007 um 5 % sank, erhöhte sich die Zahl der Lebensge-

meinschaften um 35 %. Die Zahl der Alleinerziehenden stieg um 18 %, die Zahl der Alleinstehenden um 16 %.

Die durchschnittliche Zahl der minderjährigen Kinder je Familie mit Kind(ern) unter 18 Jahren betrug im Jahr 2007 in Deutschland 1,61. Elf Jahre früher hatte sie noch bei 1,65 minderjährigen Kindern gelegen.

### Vorbemerkung

Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Seit 1957<sup>1)</sup> wird jährlich rund 1 % der Bevölkerung Deutschlands zu seiner wirtschaftlichen und sozialen Lage befragt. Damit ist der Mikrozensus die größte jährliche Haushaltsbefragung in Deutschland und Europa. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen.<sup>2)</sup> Er ist damit eine unverzichtbare Informationsquelle für die Politik, die Wissenschaft sowie die breite Öffentlichkeit.

Im vorliegenden Aufsatz werden die aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus 2007 für Haushalte und Lebensformen dargestellt.<sup>3)</sup> Neben den gesamtdeutschen Angaben wird vor allem auf die Entwicklung im früheren Bundesgebiet ohne Berlin(-West) und in den neuen Ländern und Berlin eingegangen.

1) In den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1991.

2) So erfasst der Mikrozensus jährlich u. a. Angaben zur Erwerbstätigkeit, Bildung und Migration. In vierjährigen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zur Wohnsituation oder Krankenversicherung, durchgeführt.

3) Erste Ergebnisse des Mikrozensus 2007 zu Familien mit minderjährigen Kindern wurden im Juli 2008 auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt. Diese Informationen stehen unter [www.destatis.de](http://www.destatis.de), Pfad: Presse → Pressekonferenzen zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Bei einem Zeitvergleich der Mikrozensusergebnisse ist zu beachten, dass mit dem Mikrozensusgesetz 2005<sup>4)</sup> neben inhaltlichen<sup>5)</sup> verschiedene methodische Änderungen vorgenommen wurden.<sup>6)</sup> Zu Letztgenannten gehören insbesondere die Einführung einer unterjährigen (kontinuierlichen) Erhebungsform mit gleitender Berichtswoche und die Neugestaltung der Hochrechnung. Um den veränderten demografischen Entwicklungen Rechnung zu tragen, wurde der Hochrechnungsrahmen ab 2005 durch zusätzliche Hochrechnungsterme erweitert. Im Rahmen der Hochrechnung des Mikrozensus erfolgt in der Regel eine Anpassung der Stichprobenverteilungen ausgewählter Hilfsvariablen (u. a. Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit) an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters.<sup>7)</sup> Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung folgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge von Jahr zu Jahr aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden deshalb ausschließlich Jahresdurchschnittsergebnisse präsentiert.

## Immer mehr Haushalte, in denen immer weniger Personen leben

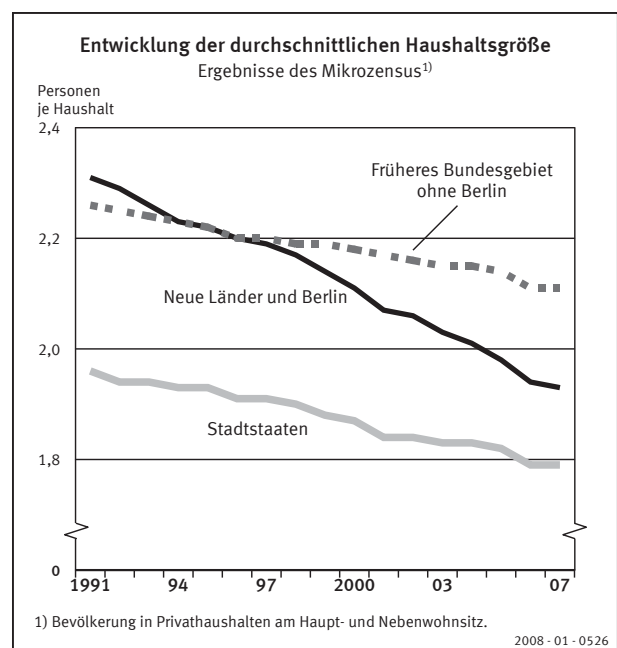
Als (Privat-)Haushalt zählt jede zusammenwohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte, z. B. auch Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z. B. Hauspersonal). Gemeinschaftsunterkünfte (z. B. Pflegeheime) gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. den Haushalt des Anstaltsleiters). Personen mit mehreren Wohnsitzen (Wohnungen am Haupt- und mindestens einem Nebenwohnsitz) werden dabei – da sie an jedem Wohnsitz Ressourcen (z. B. öffentlichen Personennahverkehr) in Anspruch nehmen – in der Regel mehrfach gezählt. Insofern beziehen sich alle im Folgenden präsentierten Ergebnisse zu Haushalten und Haushaltsmitgliedern – sofern nicht anders vermerkt – auf Privathaushalte und Haushalte am Haupt- und Nebenwohnsitz. In einem Haushalt können dabei grundsätzlich mehrere Familien oder Lebensformen ohne Kind leben.

Um Haushalte statistisch auszuwerten und darstellen zu können, wird im Mikrozensus ab 2005 der sogenannte Haupteinkommensbezieher im Haushalt, vor 2005 wurde die Bezugsperson des Haushalts verwendet. Ersterer ist die Person mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen im Haushalt<sup>8)</sup>; letztere ist die erste im Fragebogen eingetragene Person.<sup>9)</sup>

2007 gab es in Deutschland 39,7 Mill. Privathaushalte, 13 % mehr als im April 1991. Ebenfalls angestiegen ist die Zahl der Haushaltsmitglieder: Im April 1991 wohnten 80,2 Mill. Menschen in Privathaushalten. Bis zum Jahr 2007 erhöhte sich die Zahl der Haushaltsmitglieder um 3 % auf 82,4 Mill. Da die Zahl der Haushalte mehr als vier Mal so stark wuchs wie die Zahl der in ihnen lebenden Menschen, wurden die Haushalte immer kleiner: Lebten im April 1991 noch durchschnittlich 2,27 Personen in einem Haushalt, sank diese Zahl bis 2007 auf 2,07 Personen.

Im früheren Bundesgebiet ohne Berlin nahm die Zahl der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung seit 1991 – mit Ausnahme der Jahre 1998, 2005 und 2006 – kontinuierlich zu. Im Jahr 2007 lebten dort 65,8 Mill. Menschen in Privathaushalten, 6 % mehr als im April 1991. Mit der Bevölkerung in Privathaushalten stieg auch die Zahl der Privathaushalte. 2007 gab es in Westdeutschland 31,1 Mill. Privathaushalte (+ 14 % gegenüber 1991). Während im April 1991 noch durchschnittlich 2,26 Personen in einem Haushalt lebten, waren es 15 Jahre später nur noch 2,11 Personen.

Schaubild 1



In den neuen Ländern und Berlin ist seit 1991 ein Rückgang der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung zu beobachten. Mit 16,6 Mill. Personen lebten im Jahr 2007 in den neuen Ländern und Berlin 8 % weniger Personen in Privathaushalten als 16 Jahre zuvor. Zugleich stieg auch dort die Zahl der Privathaushalte zwischen 1991 und 2007 – mit Aus-

4) Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005 – MZG 2005) vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1350).

5) Eine wesentliche inhaltliche Neuerung war beispielsweise die Aufnahme des Themenkomplexes „Migration und Integration“.

6) Zu weiterführenden Informationen über inhaltliche und methodische Änderungen siehe Iversen, K.: „Das Mikrozensusgesetz 2005 und der Übergang zur Unterjährigkeit“ in WiSta 1/2007, S. 38 ff., Lotze, S./Breiholz, H.: „Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus Teil 1“ in WiSta 5/2002, S. 359 ff., sowie Lotze, S./Breiholz, H.: „Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus Teil 2“ in WiSta 6/2002, S. 454 ff.

7) Siehe hierzu Iversen, K.: „Auswirkungen der neuen Hochrechnung für den Mikrozensus ab 2005“ in WiSta 8/2007, S. 739 ff.

8) Sofern mehrere Haushaltsmitglieder über das gleiche monatliche Nettoeinkommen verfügen, entscheidet die Reihenfolge, in der die Personen im Fragebogen eingetragen sind.

9) Personen im Alter unter 15 Jahren sind als Haushaltsbezugs-person ausgeschlossen.



nahme des Jahres 1992 – kontinuierlich an. Im Jahr 2007 gab es in den neuen Ländern 8,6 Mill. Privathaushalte, 10 % mehr als 1991. Diese Entwicklung nahm auch auf den Verlauf der durchschnittlichen Personenzahl je Haushalt Einfluss: Sie sank zwischen 1991 und 2007 von 2,31 Personen auf 1,93 Personen. Seit 1997 leben in einem Haushalt in den neuen Ländern durchschnittlich weniger Personen als in einem Haushalt im früheren Bundesgebiet.

Auf die Stadtstaaten entfielen im Jahr 2007 mit 3,3 Mill. Haushalten 8 % aller Haushalte in Deutschland. Im April 1991 lebten dort durchschnittlich 1,96 Personen in einem Haushalt, bis 2007 sank dieser Wert auf 1,79.

### Anteil der „kleinen“ Haushalte nimmt weiter zu

Mit der Zahl der Haushalte hat sich auch deren Struktur verändert: Der Anteil der „kleinen“ Haushalte<sup>10)</sup> an allen 39,7 Mill. Haushalten in Deutschland stieg in den letzten 16 Jahren um 8 Prozentpunkte auf 73 % im Jahr 2007 (April 1991: 65 %); hier waren es insbesondere die Einpersonenhaushalte, die mit einem Anstieg von 5 Prozentpunkten (April 1991: 34 %) zu dieser Entwicklung beitrugen. Der Anstieg der Zweipersonenhaushalte von 31 % im April 1991 auf 34 % im Jahr 2007 verstärkte diese Tendenz. Im Vergleich zu den Ein- und Zweipersonenhaushalten war die Entwicklung der Haushalte mit drei und mehr Personen entsprechend rückläufig. Ihr Anteil sank von 35 % im April 1991 auf 27 % im Jahr 2007.

In den letzten 16 Jahren haben sich die ehemals deutlich unterschiedlichen Haushaltsstrukturen in West und Ost weitgehend angeglichen. Von den 31,1 Mill. Haushalten im früheren Bundesgebiet ohne Berlin waren 2007 38 % Einpersonenhaushalte, 34 % waren Zweipersonenhaushalte und in 28 % der Haushalte lebten drei und mehr Personen. Gegenüber April 1991 haben die Anteile der Einperson- und Zweipersonenhaushalte um 4 bzw. 3 Prozentpunkte zugenommen; im gleichen Zeitraum sank der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten um 7 Prozentpunkte.

Von den 8,6 Mill. Haushalten in den neuen Ländern und Berlin im Jahr 2007 waren 42 % Einpersonenhaushalte, 35 % Zweipersonenhaushalte und 23 % Haushalte mit drei und mehr Personen. Im Vergleich zum April 1991 stiegen die Anteile der Einperson- und Zweipersonenhaushalte um 11 bzw. 3 Prozentpunkte. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten verringerte sich entsprechend um 14 Prozentpunkte.

Noch ausgeprägter war die Tendenz zu immer kleiner werdenden Haushalten in den Stadtstaaten. Hier waren im Jahr 2007 mehr als die Hälfte (52 %) aller Haushalte Einpersonenhaushalte. Waren es sowohl auf der Bundesebene wie im Westen und Osten speziell die Haushalte mit drei und mehr Personen, die – trotz eines leichten Anstiegs der Zahl der Zweipersonenhaushalte – zu einem Rückgang der Zahl

der Mehrpersonenhaushalte im 16-Jahres-Vergleich führten, war in den Stadtstaaten zusätzlich ein Rückgang der Zweipersonenhaushalte um knapp einen Prozentpunkt festzustellen.

Tabelle 1: Privathaushalte nach Haushaltsgröße  
Ergebnisse des Mikrozensus<sup>1)</sup>

Gebietsstand Erhebungszeitraum	Ins- gesamt	Einper- sonen- haus- halte	Mehrpersonenhaushalte mit ... Personen		
			zu- sammen	2	3 und mehr
1 000					
Deutschland					
Jahr 2007 .....	39 722	15 385	24 337	13 496	10 840
April 1991 .....	35 256	11 858	23 398	10 863	12 535
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin					
Jahr 2007 .....	31 130	11 789	19 341	10 485	8 856
April 1991 .....	27 423	9 446	17 977	8 391	9 586
Neue Länder und Berlin					
Jahr 2007 .....	8 592	3 596	4 996	3 011	1 985
April 1991 .....	7 833	2 412	5 421	2 472	2 949
Nachrichtlich:					
Stadtstaaten					
Jahr 2007 .....	3 254	1 676	1 578	972	606
April 1991 .....	2 962	1 322	1 640	908	732
Flächenländer					
Jahr 2007 .....	36 468	13 709	22 759	12 525	10 234
April 1991 .....	32 294	10 535	21 758	9 955	11 804
%					
Deutschland					
Jahr 2007 .....	100	38,7	61,3	34,0	27,3
April 1991 .....	100	33,6	66,4	30,8	35,4
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin					
Jahr 2007 .....	100	37,9	62,1	33,7	28,4
April 1991 .....	100	34,4	65,6	30,6	35,0
Neue Länder und Berlin					
Jahr 2007 .....	100	41,9	58,1	35,0	23,1
April 1991 .....	100	30,8	69,2	31,6	37,7
Nachrichtlich:					
Stadtstaaten					
Jahr 2007 .....	100	51,5	48,5	29,9	18,6
April 1991 .....	100	44,6	55,4	30,7	24,7
Flächenländer					
Jahr 2007 .....	100	37,6	62,4	34,3	28,1
April 1991 .....	100	32,6	67,4	30,8	36,6

1) Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

### Einpersonenhaushalte am Nebenwohnsitz

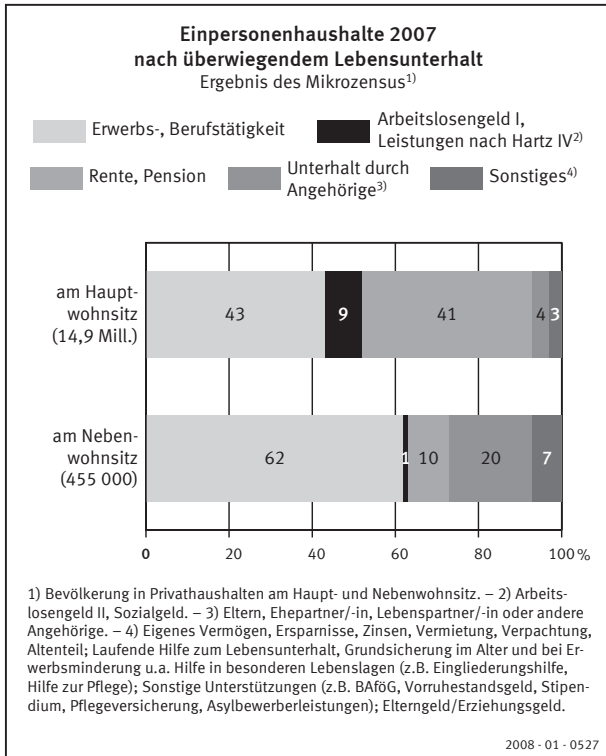
Am Nebenwohnsitz ist der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten deutlich höher als am Hauptwohnsitz. 2007 waren in Deutschland fast drei Viertel (74 %) der 612 000 Haushalte am Nebenwohnsitz Einpersonenhaushalte. Für die 39,1 Mill. Haushalte am Hauptwohnsitz betrug dieser Anteil mit 38 % nur rund die Hälfte.

Die Mehrzahl der 455 000 Einpersonenhaushalte am Nebenwohnsitz bestritt ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbs- und Berufstätigkeit (62 %). Auf den weiteren Plätzen folgten der Unterhalt durch Angehörige (20 %

10) Als „kleine“ Haushalte werden in diesem Zusammenhang Haushalte mit einer oder zwei Person(en) verstanden.

der Haushalte) – beispielsweise durch Eltern oder Ehe- bzw. Lebenspartner/-innen – und der Unterhalt durch Rente oder Pension (10 %).

Schaubild 2



Auch bei den Einpersonehaushalten am Hauptwohnsitz war der Anteil der Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbs- und Berufstätigkeit am größten. Mit 43 % war er jedoch deutlich niedriger als der entsprechende Anteil bei den Einpersonehaushalten am Nebenwohnsitz (62%). Renten oder Pensionen waren für die Einpersonehaushalte am Hauptwohnsitz als Quelle des Lebensunterhalts wesentlich bedeutsamer als für die am Nebenwohnsitz. 2007 finanzierten 41 % aller Einpersonehaushalte am Hauptwohnsitz ihren Lebensunterhalt überwiegend aus dieser Quelle. 9 % der Einpersonehaushalte am Hauptwohnsitz bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend aus dem Bezug von Arbeitslosengeld I oder durch sonstige Leistungen nach Hartz IV.

Die dargestellte Struktur gilt für das frühere Bundesgebiet ohne Berlin wie für die neuen Länder und Berlin gleichermaßen.

## Mehrgenerationenhaushalte

Von grundlegender Bedeutung für das Aufwachsen und die Betreuung von Kindern sowie die Pflege älterer Menschen ist die Generationenstruktur der Haushalte. Im Jahr 2007 waren

31 % der 39,7 Mill. Haushalte in Deutschland Mehrgenerationenhaushalte, das heißt Haushalte, in denen mindestens zwei Generationen lebten.<sup>11)</sup> Die Mehrgenerationenhaushalte waren im Jahr 2007 fast ausschließlich Zweigenerationenhaushalte. Nur in 1 % der Mehrgenerationenhaushalte lebten drei oder mehr Generationen zusammen. 69 % der Haushalte in Deutschland waren Einpersone- oder Mehrpersonehaushalte, in denen keine in gerader Linie miteinander Verwandten wohnten.

Tabelle 2: Privathaushalte nach Zahl der Generationen  
Ergebnisse des Mikrozensus<sup>1)</sup>

Gebietsstand Erhebungszeitraum	Insgesamt	Mehrgenerationenhaushalte mit ... Generationen			Sonstige Haushalte <sup>2)</sup>
		zusammen	2	3 und mehr	
1 000					
Deutschland					
Jahr 2007 .....	39 722	12 301	12 072	229	27 421
April 1991 .....	35 256	13 772	13 343	429	21 484
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin					
Jahr 2007 .....	31 130	9 919	9 729	190	21 212
April 1991 .....	27 423	10 511	10 171	340	16 911
Neue Länder und Berlin					
Jahr 2007 .....	8 592	2 382	2 343	39	6 209
April 1991 .....	7 833	3 261	3 171	89	4 573
Nachrichtlich:					
Stadtstaaten					
Jahr 2007 .....	3 254	742	733	9	2 512
April 1991 .....	2 962	858	843	14	2 105
Flächenländer					
Jahr 2007 .....	36 468	11 559	11 339	220	24 909
April 1991 .....	32 294	12 914	12 500	415	19 379
%					
Deutschland					
Jahr 2007 .....	100	31,0	30,4	0,6	69,0
April 1991 .....	100	39,1	37,8	1,2	60,9
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin					
Jahr 2007 .....	100	31,9	31,3	0,6	68,1
April 1991 .....	100	38,3	37,1	1,2	61,7
Neue Länder und Berlin					
Jahr 2007 .....	100	27,7	27,3	0,5	72,3
April 1991 .....	100	41,6	40,5	1,1	58,4
Nachrichtlich:					
Stadtstaaten					
Jahr 2007 .....	100	22,8	22,5	0,3	77,2
April 1991 .....	100	28,9	28,5	0,5	71,1
Flächenländer					
Jahr 2007 .....	100	31,7	31,1	0,6	68,3
April 1991 .....	100	40,0	38,7	1,3	60,0

1) Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. – 2) Einpersonehaushalte und Mehrpersonehaushalte ohne geradlinig miteinander Verwandte.

Gegenüber April 1991 ist der Anteil der Mehrgenerationenhaushalte an allen Haushalten in Deutschland um 8 Prozentpunkte zurückgegangen: Im April 1991 hatte der Anteil der Haushalte ohne geradlinig miteinander Verwandte 61 % betragen. Auch 1991 waren die Mehrgenerationenhaushalte fast ausschließlich Zweigenerationenhaushalte gewesen. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Generationen

11) Die Zahl der Generationen im Haushalt bezieht sich auf das direkte, geradlinige Abstammungsverhältnis zur Bezugsperson des Haushalts (erste im Fragebogen eingetragene Person). Dreigenerationenhaushalte sind beispielsweise Haushalte, in denen drei in direkter Linie miteinander verwandte Generationen unter einem Dach leben (Eltern und ihre Kinder, deren Großeltern).

an allen Mehrgenerationenhaushalten war 1991 mit 3% allerdings noch um gut einen Prozentpunkt höher als 2007.

In den neuen Ländern und Berlin war die rückläufige Entwicklung der Zahl der Mehrgenerationenhaushalte stärker ausgeprägt als im früheren Bundesgebiet: Der Anteil der Mehrgenerationenhaushalte an allen Haushalten betrug dort im April 1991 42%, im Jahr 2007 lediglich noch 28%. Lag dieser Anteil 1991 noch um 4 Prozentpunkte über dem westdeutschen Wert (38%), liegt er 16 Jahre später um 4 Prozentpunkte darunter (32%). Entsprechend ist in den neuen Ländern und Berlin die Zahl der Haushalte ohne geradlinig Verwandte angestiegen (+14 Prozentpunkte), darunter insbesondere die Zahl der Einpersonenhaushalte.

In den Stadtstaaten ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen, allerdings weniger ausgeprägt: Hier lag der Anteil der Mehrgenerationenhaushalte an allen Haushalten 2007 bei 23% und damit um 6 Prozentpunkte niedriger als im April 1991. Gleiches gilt für die Zweigenerationenhaushalte (Jahr 2007: 23%; April 1991: 29%).

### In fast jedem dritten Haushalt ist mindestens eine Person im Seniorenalter

Neben der steigenden Lebenserwartung spielt auch die Tatsache, dass ambulante Pflegedienste vielen älteren Menschen die Möglichkeit bieten, weitgehend selbstständig im eigenen Haushalt zu leben, eine Rolle für die Zunahme der Zahl kleiner Haushalte.<sup>12)</sup> Im Jahr 2007 wohnte in 30% der Haushalte in Deutschland mindestens eine Seniorin bzw. ein Senior über 65 Jahren. 24% der Haushalte wurden ausschließlich von ihnen bewohnt. In 6% der Haushalte führten Ältere und Jüngere einen gemeinsamen Haushalt. In 70% der 39,7 Mill. Haushalte in Deutschland lebten keine älteren Menschen. Diese Anteile waren für das frühere Bundesgebiet ohne Berlin sowie die neuen Länder und Berlin weitestgehend gleich.

Im Vergleich zu 1991 hat der Anteil der Haushalte in Deutschland, in denen ausschließlich Personen über 65 Jahren lebten, um fast 4 Prozentpunkte zugenommen (April 1991: 20%). Gleichzeitig ging der Anteil der Haushalte ohne ältere Menschen um 4 Prozentpunkte zurück (April 1991: 74%). Der Anteil der Haushalte, in denen Ältere und Jüngere zusammen wohnten, blieb fast unverändert (April 1991: 6%).

Mit 75% lag der Anteil der Haushalte ohne Seniorinnen oder Senioren 2007 in den Stadtstaaten auf dem gleichen Niveau wie vor 16 Jahren. Der Anteil der Haushalte, in denen ausschließlich Seniorinnen oder Senioren lebten, blieb in diesem Zeitraum ebenfalls nahezu unverändert.

Im Jahr 2007 waren in Deutschland Haushalte ohne Personen unter 65 Jahren fast ausschließlich Ein- oder Zweipersonenhaushalte (57 bzw. 43%). Bereits im April 1991 traf

Tabelle 3: Privathaushalte mit und ohne ältere Menschen im Alter von 65 Jahren und älter  
Ergebnisse des Mikrozensus<sup>1)</sup>

Gebietsstand Erhebungszeitraum	Insgesamt	Ohne ältere Menschen	Aus- schließlich mit älteren Menschen	Mit Älteren und Jüngeren
	1 000			
Deutschland				
Jahr 2007 .....	39 722	27 838	9 375	2 509
April 1991 .....	35 256	25 954	7 005	2 297
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin				
Jahr 2007 .....	31 130	21 819	7 298	2 013
April 1991 .....	27 423	20 069	5 481	1 873
Neue Länder und Berlin				
Jahr 2007 .....	8 592	6 019	2 077	496
April 1991 .....	7 833	5 885	1 524	425
Nachrichtlich: Stadtstaaten				
Jahr 2007 .....	3 254	2 431	677	146
April 1991 .....	2 962	2 228	610	124
Flächenländer				
Jahr 2007 .....	36 468	25 407	8 698	2 363
April 1991 .....	32 294	23 726	6 395	2 173
	%			
Deutschland				
Jahr 2007 .....	100	70,1	23,6	6,3
April 1991 .....	100	73,6	19,9	6,5
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin				
Jahr 2007 .....	100	70,1	23,4	6,5
April 1991 .....	100	73,2	20,0	6,8
Neue Länder und Berlin				
Jahr 2007 .....	100	70,1	24,2	5,8
April 1991 .....	100	75,1	19,5	5,4
Nachrichtlich: Stadtstaaten				
Jahr 2007 .....	100	74,7	20,8	4,5
April 1991 .....	100	75,2	20,6	4,2
Flächenländer				
Jahr 2007 .....	100	69,7	23,9	6,5
April 1991 .....	100	73,5	19,8	6,7

1) Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

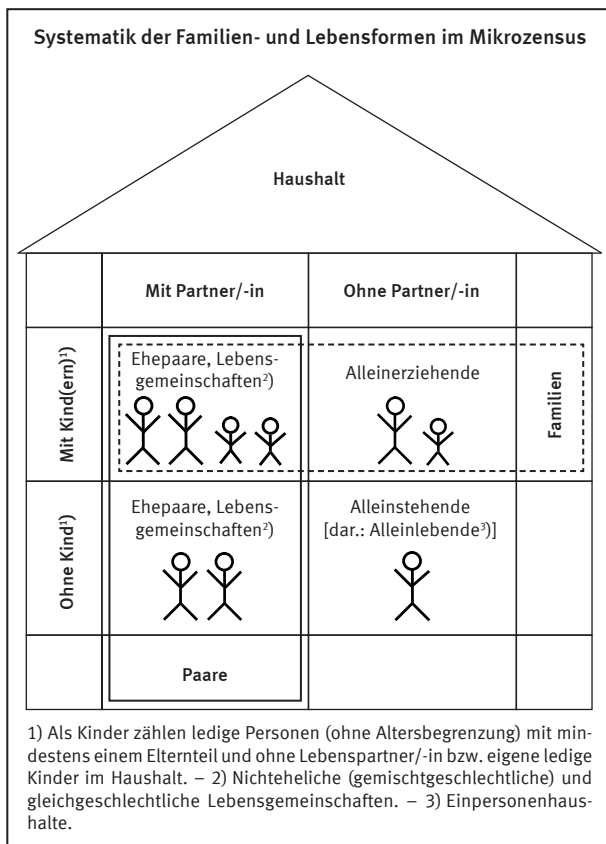
dies zu, allerdings lag der Anteil der Einpersonenhaushalte damals um 12 Prozentpunkte höher (April 1991: 69%), der entsprechende Anteil der Zweipersonenhaushalte um 12 Prozentpunkte niedriger (April 1991: 31%).

### Haushalte werden überwiegend von einer Lebensform bewohnt

Haushalts- und Familiengründungsprozesse tragen u. a. zur Entwicklung der Zahl der Privathaushalte sowie zur Veränderung der Haushaltsgröße bei. Eine entscheidende Rolle spielt dabei das Beziehungsgefüge in einem Haushalt. Schaubild 3 zeigt die Systematik, nach der im Mikrozensus die Lebensformen der Bevölkerung üblicherweise dargestellt werden. Entsprechend dieser Systematik zählen zu den Lebensformen der Bevölkerung Paare (Ehepaare und Lebensgemeinschaften) mit ledigem Kind bzw. mit ledigen Kindern und ohne Kind, alleinerziehende Elternteile [mit Kind(ern)] sowie alleinstehende Personen (ohne Partnerin bzw. Partner und

12) Siehe hierzu auch Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): „Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern“, Ausgabe 2007, S. 26 ff.

Schaubild 3



Als Haushaltsbefragung konzentriert sich der Mikrozensus auf das Beziehungsgefüge der befragten Menschen in den „eigenen vier Wänden“, also auf einen gemeinsamen Haushalt. Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, oder Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung, das sogenannte „Living apart together“, bleiben unberücksichtigt.

2007 wurden 97% der 39,7 Mill. Haushalte am Haupt- und Nebenwohnsitz ausschließlich von einer Lebensform bewohnt. Mehrere Lebensformen, zum Beispiel ein Ehepaar und eine alleinstehende Person, wohnten in rund 3% der Haushalte.

47% der 38,6 Mill. ausschließlich von einer Lebensform bewohnten Haushalte waren Haushalte mit einem Ehepaar, 40% waren Einpersonenhaushalte, 7 bzw. 6% waren von einem alleinerziehenden Elternteil bzw. einer Lebensgemeinschaft geführte Haushalte.

In über der Hälfte (51%) der Haushalte mit mindestens zwei Lebensformen wohnten und wirtschafteten zwei oder mehr Alleinstehende zusammen. Mit 30% am zweithäufigsten war die häusliche Gemeinschaft von einem Ehepaar und mindestens einer oder einem Alleinstehenden. In 11% der Haushalte teilten sich ein alleinerziehender Elternteil und sein(e) Kind(er) den Haushalt mit mindestens einer oder einem Alleinstehenden. 8% der Haushalte setzten sich aus anderen Lebensformen zusammen.

ohne Kind im Haushalt). Alleinstehende in Einpersonenhaushalten werden als Alleinlebende bezeichnet.

Schaubild 4

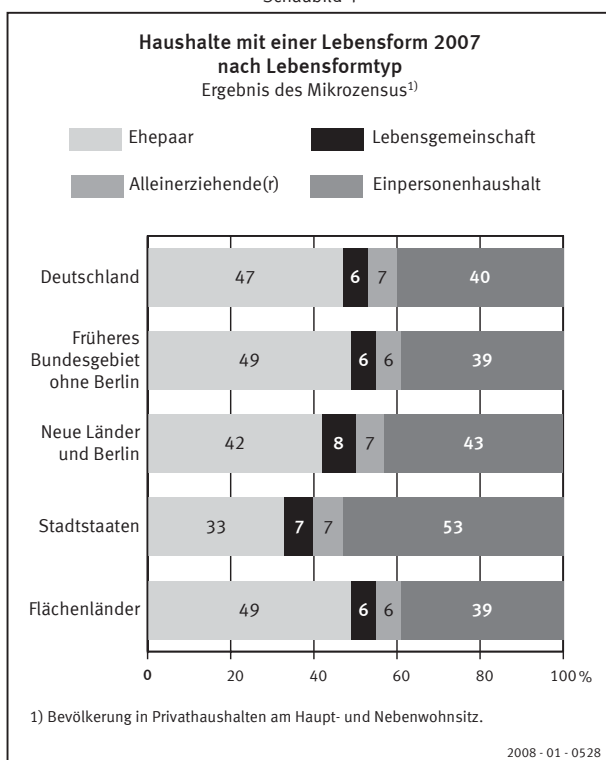
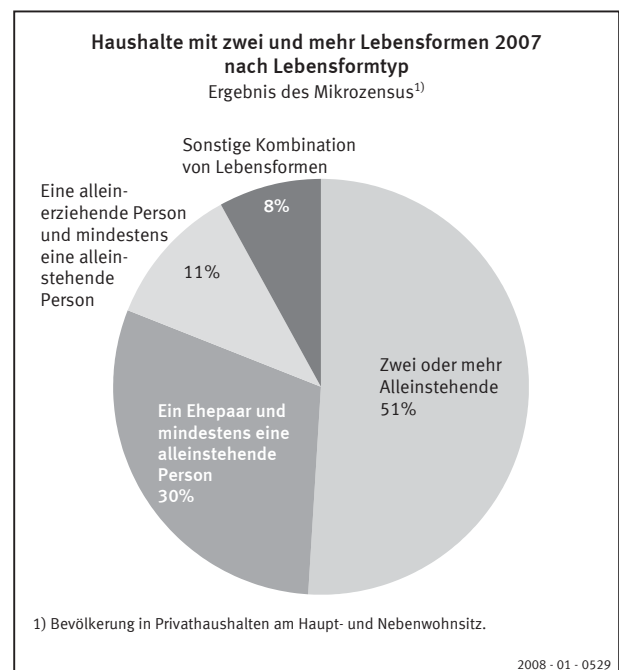


Schaubild 5



## Zahl der Ehepaare fast kontinuierlich auf 18,7 Mill. gesunken

Während in den vorangegangenen Abschnitten die Haushaltsebene im Vordergrund stand, fokussieren die weite-

ren Ergebnisse auf die Familienebene. Hierbei stehen die Entwicklung der Zahl und wesentlicher Strukturmerkmale von Ehepaaren, Lebensgemeinschaften, Alleinerziehenden und Alleinstehenden im Vordergrund – unabhängig davon, ob die genannten die einzige Lebensform in einem Haushalt sind oder nicht. Während auf der Haushaltsebene unter Infrastrukturaspekten Haupt- und Nebenwohnsitz betrachtet wurden, basieren die folgenden Ergebnisse auf der Bevölkerung in Familien bzw. Lebensformen am Hauptwohnsitz. Auf diese Weise werden in der Ergebnisdarstellung Doppelzählungen von Personen mit mehreren Wohnsitzen vermieden.

Im Jahr 2007 lebten in Deutschland insgesamt 18,7 Mill. Ehepaare. Mit 15,1 Mill. Ehepaaren wohnten rund vier von fünf Ehepaaren (81%) im früheren Bundesgebiet ohne Berlin. 3,6 Mill. Ehepaare, also rund jedes fünfte Ehepaar (19%), lebte in den neuen Ländern und Berlin.

Seit 1996<sup>13)</sup> ist die Zahl der Ehepaare deutschlandweit – mit Ausnahme von 1997 und 2007 – um insgesamt 5 % zurückgegangen. Dabei nahm die Zahl der Ehepaare im früheren Bundesgebiet ohne Berlin innerhalb der letzten elf Jahre um 2 % ab. In den neuen Ländern und Berlin war der Rückgang der Zahl der Ehepaare mit 15 % deutlich stärker ausgeprägt.

Im Vergleich zu allen anderen Lebensformen lebten im Jahr 2007 nur 6 % aller Ehepaare in Deutschland in Stadtstaaten (April 1996: 6 %). Die Zahl der Ehepaare sank dort zwischen 1996 und 2007 um 11 %.

Hinweise auf die Integration der ausländischen Bevölkerung in Deutschland liefert u. a. eine Betrachtung der Ehepaare nach der Staatsangehörigkeit der Ehegatten. Unter Staats-

angehörigkeit wird an dieser Stelle die rechtliche Zugehörigkeit einer Person zu einem bestimmten Staat verstanden.<sup>14)</sup>

Bei 87 % der 18,7 Mill. Ehepaare hatten im Jahr 2007 beide Ehepartner die deutsche, bei 7 % besaßen beide Ehegatten eine ausländische Staatsangehörigkeit. Bei 71 % dieser ausländisch-ausländischen Ehepaare kamen beide Ehepartner aus Nicht-EU-Staaten. Bei 6 % der Ehepaare hatte ein Ehegatte einen deutschen, der andere einen ausländischen Pass. Bei über der Hälfte (55 %) dieser deutsch-ausländischen Ehepaare verfügte im Jahr 2007 der Ehemann über den deutschen und die Ehefrau über den ausländischen Pass.

### Zahl der Lebensgemeinschaften auf 2,5 Mill. gestiegen

Die Zahl der Lebensgemeinschaften ist in Deutschland seit 1996 um rund ein Drittel (+ 35 %) auf 2,5 Mill. im Jahr 2007 gestiegen. Im Westen war dieser Anstieg stärker ausgeprägt als im Osten: Im früheren Bundesgebiet ohne Berlin nahm die Zahl der Lebensgemeinschaften seit April 1996 um 38 % auf 1,8 Mill. im Jahr 2007 zu. In den neuen Ländern und Berlin gab es im Jahr 2007 mit 645 000 Lebensgemeinschaften über ein Viertel mehr Lebensgemeinschaften als im April 1996. Deutlich niedriger war der Anstieg der Zahl der Lebensgemeinschaften in den Stadtstaaten (+ 14 %). Hier lebten im Jahr 2007 rund 9 % aller Lebensgemeinschaften in Deutschland. Zu den Lebensgemeinschaften zählen nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

97 % der Lebensgemeinschaften waren im Jahr 2007 nichteheliche Lebensgemeinschaften. Eine nichteheliche Lebensgemeinschaft ist im Mikrozensus ein unverheiratet zusammenlebendes, gemischtgeschlechtliches Paar. In 60 % der 2,4 Mill. nichtehelichen Lebensgemeinschaften lebten zwei ledige Partner zusammen. Danach folgten mit deutlichem Abstand Lebensgemeinschaften zweier geschiedener Partner. Ihr Anteil an allen nichtehelichen Lebensgemeinschaften betrug 11 %. In jeweils 7 % der Lebensgemeinschaften war ein Partner geschieden, der andere ledig. Mit 4 % die

Schaubild 6

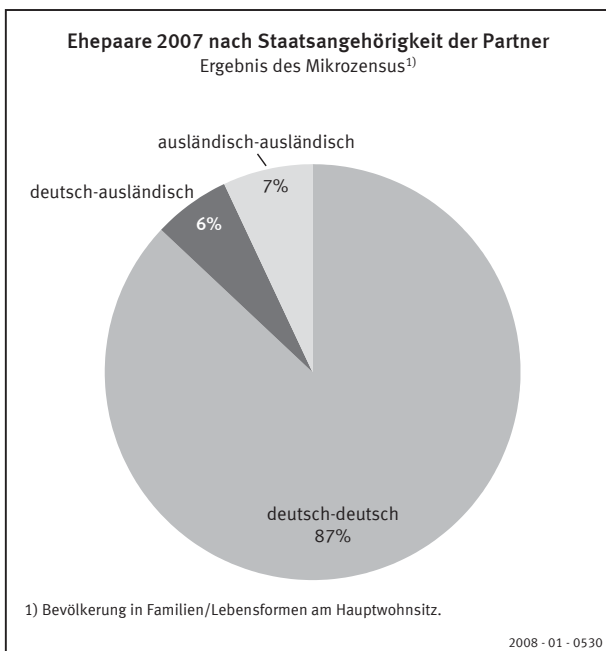


Tabelle 4: Nichteheliche Lebensgemeinschaften im Jahr 2007 nach Familienstand der Partner  
Ergebnis des Mikrozensus<sup>1)</sup>  
1 000

Familienstand des Lebenspartners	Familienstand der Lebenspartnerin				
	insgesamt	ledig	verheiratet getrennt lebend	geschieden	verwitwet
Insgesamt .....	2411	1660	56	490	205
ledig .....	1709	1456	21	181	50
verheiratet getrennt lebend .....	64	22	12	23	7
geschieden .....	541	172	21	262	86
verwitwet .....	98	10	-	24	62

1) Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

13) Aufgrund konzeptioneller Weiterentwicklungen ist ein Zeitvergleich der Lebensformen – im Unterschied zur Entwicklung der Haushalte – erst ab 1996 möglich.

14) Im Folgenden werden Personen, die sowohl die deutsche als auch eine ausländische Staatsangehörigkeit angegeben haben, als Deutsche ausgewiesen.



fünfhäufigste Paarkonstellation bildeten die nichtehelichen Lebensgemeinschaften, in denen die Lebenspartnerin Witwe und ihr Lebenspartner geschieden war. In 3 % der nichtehelichen Lebensgemeinschaften waren beide Partner verwitwet.

2007 überwogen in Deutschland unter den 2,4 Mill. nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit 90% die deutsch-deutschen Paare. Deutsch-ausländische Paare und ausländisch-ausländische Paare machten 7 bzw. 2% aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften aus. Damit waren nichteheliche Lebensgemeinschaften im Vergleich zu Ehepaaren häufiger deutsch-deutsche oder deutsch-ausländische Paare und seltener ausländisch-ausländische Paare.

Unter einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft wird im Mikrozensus eine Lebenspartnerschaft verstanden, bei der zwei Lebenspartner gleichen Geschlechts mit oder ohne Trauschein bzw. mit oder ohne notarielle Beglaubigung in einem Haushalt zusammenleben und gemeinsam wirtschaften.

Über die Frage zur Lebenspartnerschaft – im Folgenden als Fragekonzept bezeichnet – weist der Mikrozensus für das Jahr 2007 rund 68 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften aus. Fast zwei Drittel der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften wurden von Männern geführt. 15 000 aller gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften waren zugleich eingetragene Lebenspartnerschaften. Das entspricht 22% aller Lebensgemeinschaften von Partnern gleichen Geschlechts. Aufgrund der geringen Fallzahlen und der Freiwilligkeit der Auskünfte sind die Ergebnisse des Fragekonzepts mit Vorsicht zu interpretieren. Gleichwohl dürften sie eine untere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland angeben.

Eine obere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Paare kann im Mikrozensus mit einem Schätzverfahren

bestimmt werden. Hierbei werden Haushalte mit möglichen gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ausgezählt. Konkret handelt es sich um Haushalte, in denen (mindestens) zwei nicht miteinander verwandte 16-jährige oder ältere Personen gleichen Geschlechts leben. Bei beiden Personen dürfen zudem keine Ehepartner oder gegengeschlechtlichen Lebenspartner im Haushalt wohnen. Nach diesem Schätzkonzept gab es im Jahr 2007 in Deutschland 176 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, also rund 2,5-Mal so viele gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften wie nach dem Fragekonzept. Auch die Ergebnisse des Schätzkonzepts sind mit Vorsicht zu interpretieren. Sie dürften eine obere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland sein, weil auf diesem Weg beispielsweise auch Wohngemeinschaften von Studierenden ohne partnerschaftlichen Hintergrund in die Gesamtzahl eingehen.

Auch wenn die Ergebnisse des Frage- und des Schätzkonzepts zur Verbreitung gleichgeschlechtlicher Paare mit Vorsicht zu interpretieren sind, zeigt sich nach beiden Konzepten seit 1996 ein Anstieg der Zahl gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften in Deutschland.

### Drei von fünf Alleinerziehenden haben minderjährige Kinder

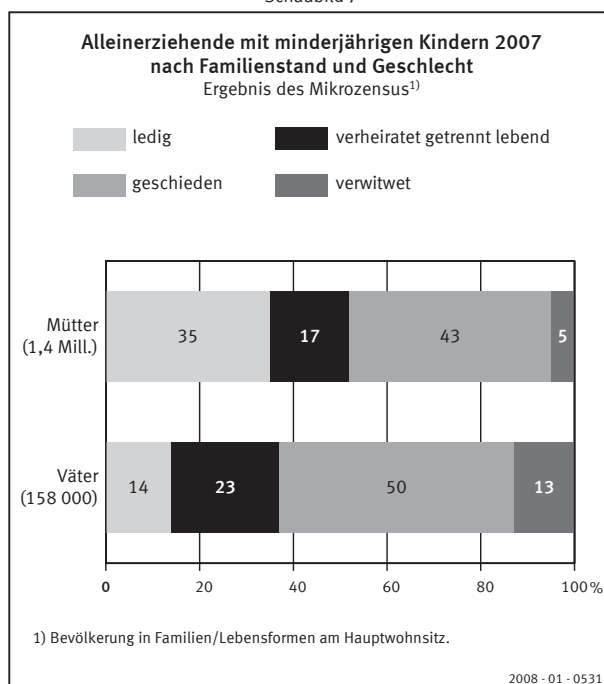
Neben den Lebensgemeinschaften prägen alleinerziehende Mütter und Väter zunehmend das Leben in Deutschland. Im Jahr 2007 gab es insgesamt 2,6 Mill. alleinerziehende Elternteile, davon hatten 60% minderjährige Kinder. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf die 1,6 Mill. alleinerziehenden Mütter und Väter, die mindestens ein im Haushalt lebendes, minderjähriges

Tabelle 5: Entwicklung der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften  
Ergebnisse des Mikrozensus  
1 000

Erhebungszeitraum	Schätzkonzept <sup>1)</sup>	Fragekonzept <sup>2)3)</sup>		
		zusammen	männlich/männlich	weiblich/weiblich
April 1996	124	38	23	15
April 1997	114	39	22	17
April 1998	134	44	25	19
April 1999	128	41	25	16
Mai 2000	142	47	27	20
April 2001	147	50	29	21
April 2002	148	53	31	22
Mai 2003	159	58	32	26
März 2004	160	56	30	26
Jahr 2005	173	60	36	24
Jahr 2006	177	62	39	23
Jahr 2007	176	68	44	24

1) Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. – 2) Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – 3) Seit 1996 wird im Mikrozensus die Frage nach einem Lebenspartner bzw. einer Lebenspartnerin im Haushalt gestellt, deren Beantwortung freiwillig ist. Zwischen 1996 und 2004 richtete sich diese an alle nicht mit der Haushaltsbezugsperson (erste im Fragebogen eingetragene Person) verwandten oder verschwägerten Haushaltsmitglieder. Seit 2005 wird diese Frage allen mindestens 16-jährigen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartner/-in im Haushalt gestellt.

Schaubild 7



Kind betreuten. 1,2 Mill. dieser Alleinerziehenden lebten im früheren Bundesgebiet ohne Berlin und 387 000 in den neuen Ländern und Berlin. Im Vergleich zu 1996 ist die Zahl der Alleinerziehenden in Deutschland um knapp ein Fünftel gestiegen (+ 18 %).

86 % der Alleinerziehenden in Deutschland waren im Jahr 2007 Frauen. Gegenüber 1996 hat sich dieser Anteil um 2 Prozentpunkte erhöht. Im früheren Bundesgebiet ohne Berlin stieg der Frauenanteil an den Alleinerziehenden von 83 % im Jahr 1996 auf 86 % im Jahr 2007. In den neuen Ländern und Berlin gab es anteilig mehr alleinerziehende Mütter als in Deutschland insgesamt: 1996 und 2007 waren jeweils 88 % der Alleinerziehenden Frauen.

Am häufigsten werden Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern in Deutschland infolge einer Scheidung zu Alleinerziehenden: 2007 waren 43 % dieser Frauen und 50 % dieser Männer geschieden. Auf den weiteren Plätzen folgten bei Frauen die Ledigen mit einem Anteil von 35 %, gefolgt von den verheiratet getrennt Lebenden und den Verwitweten mit 17 bzw. 5 %. Anders die Reihenfolge bei den Männern: Hier lagen die verheiratet getrennt Lebenden mit einem Anteil von 23 % auf dem zweiten Platz, gefolgt von den Ledigen und den Verwitweten mit 14 bzw. 13 % aller alleinerziehenden Väter.

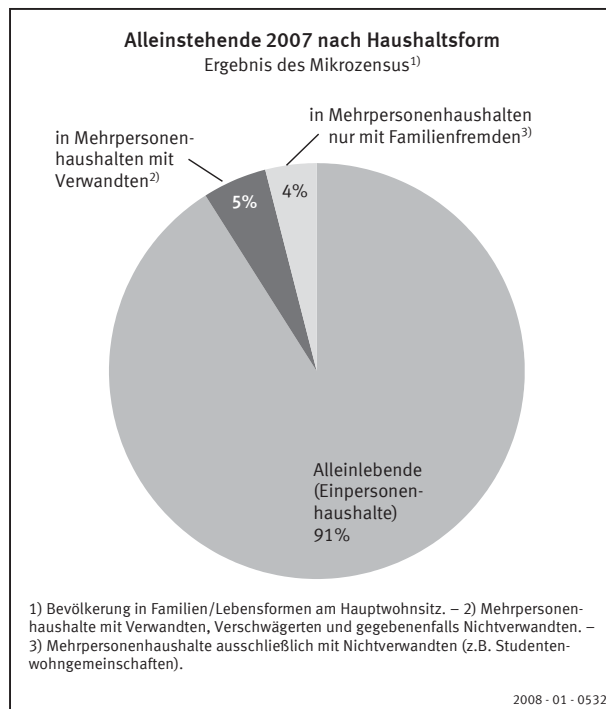
### Fast jede fünfte Person lebt allein in einem Haushalt

Als Alleinstehende werden im Mikrozensus ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Personen bezeichnet, die ohne Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner und ohne Kind in einem Einpersonnen- oder Mehrpersonnenhaushalt leben. Sie können sich den Haushalt mit ausschließlich familienfremden Personen (Nichtverwandten) teilen, beispielsweise in einer Studentenwohnge-meinschaft oder mit einem befreundeten Ehepaar. Ebenso können sie in einem Haushalt mit verwandten Haushaltsmitgliedern leben, beispielsweise einer Tante/einem Onkel, einer Schwester/einem Bruder oder einer Cousine/einem Cousin.

91 % der 16,5 Mill. Alleinstehenden waren im Jahr 2007 Alleinlebende, das heißt sie bewohnten einen Einpersonnenhaushalt. 5 % der Alleinstehenden teilten sich den Haushalt mit Verwandten, beispielsweise einer Tante oder einem Onkel, und gegebenenfalls weiteren nicht verwandten Personen. 4 % der Alleinstehenden wohnten in Haushalten mit ausschließlich nicht miteinander verwandten und verschwägerten Haushaltsmitgliedern, beispielsweise in einer Studentenwohnge-meinschaft. Damit lebten 9 % der Alleinstehenden mit anderen Menschen unter einem Dach zusammen.

Im Jahr 2007 gab es in Deutschland 14,9 Mill. Alleinlebende. Ihre Zahl ist gegenüber April 1996 um 18 % gestiegen. Damit war 2007 fast jede fünfte Person (18 %) alleinlebend. Im früheren Bundesgebiet ohne Berlin war die prozentuale Zunahme der Zahl der Alleinlebenden deutlich

Schaubild 8



geringer als in den neuen Ländern und Berlin: So ist die Zahl der Alleinlebenden im Westen seit 1996 um 13 % auf 11,4 Mill. im Jahr 2007 gestiegen, im Osten um 35 % auf 3,5 Mill. Jede(r) neunte Alleinlebende (11 %) wohnte in den Stadtstaaten (1996 wie 2007). Mit 1,6 Mill. Personen waren das im Jahr 2007 20 % mehr als 1996.<sup>15)</sup>

Von den 14,9 Mill. Alleinlebenden waren 8,1 Mill. Frauen und 6,8 Mill. Männer. Seit 1996 ist die Zahl alleinlebender Frauen vergleichsweise leicht um 6 % gestiegen, während die Zahl alleinlebender Männer sich um mehr als ein Drittel (+ 36 %) erhöht hat. Entsprechend sank der Anteil der Frauen an den Alleinlebenden, der 1996 noch bei 60 % gelegen hatte, im Jahr 2007 auf 54 %.

Unterschiede zwischen alleinlebenden Frauen und Männern zeigen sich im Familienstand. 2007 waren 45 % dieser Frauen verwitwet, 35 % ledig, 16 % geschieden und 4 % verheiratet getrennt lebend. Bei den alleinlebenden Männern war die Reihenfolge eine andere: Hier überwogen mit 63 % die Ledigen, gefolgt von den Geschiedenen mit 19 %, den Verwitweten mit 11 % und den verheiratet getrennt Lebenden mit 7 %. Seit 1996 ist der Anteil der Verwitweten an den alleinlebenden Frauen um 7 Prozentpunkte gesunken (1996: 52 %), während der entsprechende Anteil der Ledigen um 3 Prozentpunkte stieg (1996: 32 %). Bei alleinlebenden Männern war die Veränderung für Verwitwete am höchsten: Deren Anteil an den männlichen Alleinlebenden hatte 1996 noch 15 % betragen, 3 Prozentpunkte mehr als 2007.

Während Frauen jüngeren und mittleren Alters (25 bis 54 Jahre) seltener allein leben als gleichaltrige Männer, leben

15) Die Angaben in diesem Abschnitt beziehen sich auf die Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. Sie sind etwas niedriger als die in der Tabelle 1 aufgeführten Angaben, die auf der Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz basieren.

Tabelle 6: Alleinlebende nach Familienstand und Geschlecht  
Ergebnisse des Mikrozensus<sup>1)</sup>  
1 000

Gebietsstand Erhebungszeitraum	Insgesamt					Dar.: Frauen				
	insgesamt	ledig	verheiratet getrennt lebend	geschieden	verwitwet	zusammen	ledig	verheiratet getrennt lebend	geschieden	verwitwet
Deutschland										
Jahr 2007 .....	14 930	7 140	790	2 610	4 410	8 132	2 878	290	1 342	3 623
April 1996 .....	12 687	5 447	630	1 872	4 737	7 674	2 417	241	1 023	3 994
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin										
Jahr 2007 .....	11 416	5 435	604	1 927	3 450	6 284	2 244	228	984	2 829
April 1996 .....	10 075	4 472	531	1 383	3 689	6 060	2 006	204	741	3 108
Neue Länder und Berlin										
Jahr 2007 .....	3 514	1 706	166	683	960	1 848	634	62	358	794
April 1996 .....	2 612	975	99	490	1 048	1 614	410	37	281	885
Nachrichtlich:										
Stadtstaaten										
Jahr 2007 .....	1 649	952	86	308	301	850	397	33	168	251
April 1996 .....	1 372	697	70	247	357	770	291	31	144	304
Flächenländer										
Jahr 2007 .....	13 281	6 188	684	2 296	4 109	7 282	2 481	257	1 171	3 371
April 1996 .....	11 315	4 750	560	1 625	4 380	6 904	2 126	210	879	3 690

1) Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

ältere Frauen (ab 55 Jahren) häufiger allein als ältere Männer. So lag die durchschnittliche Quote der Alleinlebenden im Jahr 2007 bei Frauen jüngeren und mittleren Alters mit 14 % um 10 Prozentpunkte unter der entsprechenden Quote für Männer (24 %). Ältere Frauen (ab 55 Jahren) lebten zu 36 % allein, ungefähr doppelt so häufig wie ältere Männer, die zu 17 % allein lebten. Bei älteren Frauen steigt der Anteil der Alleinlebenden mit zunehmendem Alter rasch und stark an. Hohe Alleinlebendenquoten verzeichnen Männer insbesondere in jüngeren und älteren Jahren.

Besonders starke geschlechtsspezifische Unterschiede kristallisierten sich im Jahr 2007 ab einem Alter von 70 Jahren heraus. So wiesen beispielsweise die Alleinlebendenquoten von Männern und Frauen bei den 80- bis 84-Jährigen

eine Differenz von 40 Prozentpunkten auf. Hier wirken sich u. a. die deutlich höhere Lebenserwartung von Frauen sowie die große Zahl der im zweiten Weltkrieg verwitweten Frauen aus (siehe Schaubild 9).

### Durchschnittlich immer weniger Kinder

Für die Entwicklung der Haushaltszahlen sowie die Veränderung der Haushaltsgröße spielt die Kinderzahl einer Familie eine wichtige Rolle. Die Ergebnisse in diesem Kapitel beziehen sich auf Familien mit im Haushalt lebenden minderjährigen Kindern. Familien mit ausschließlich volljährigen Kindern bleiben bei der Betrachtung außen vor. Die durch-

Schaubild 9

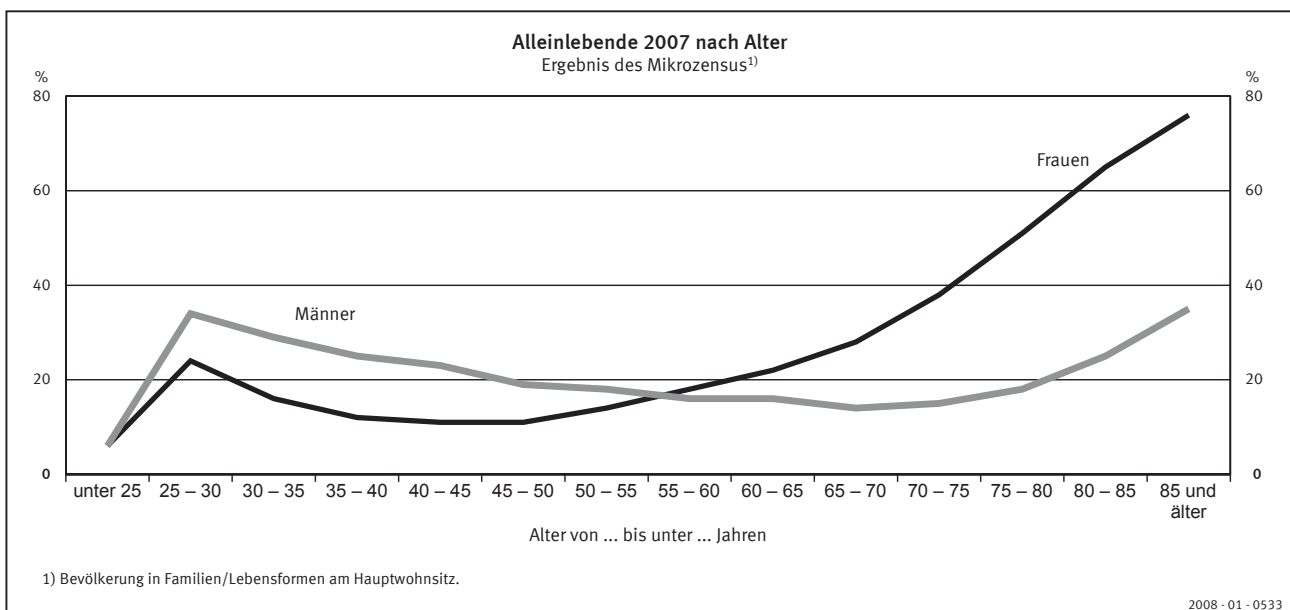
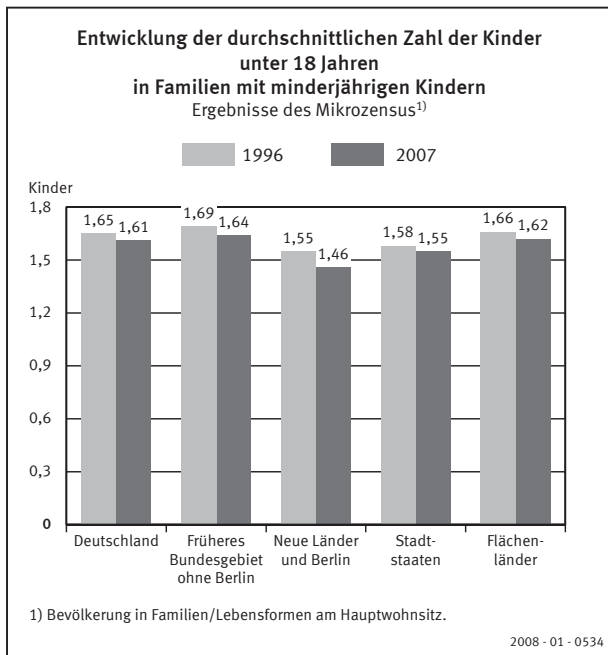


Schaubild 10



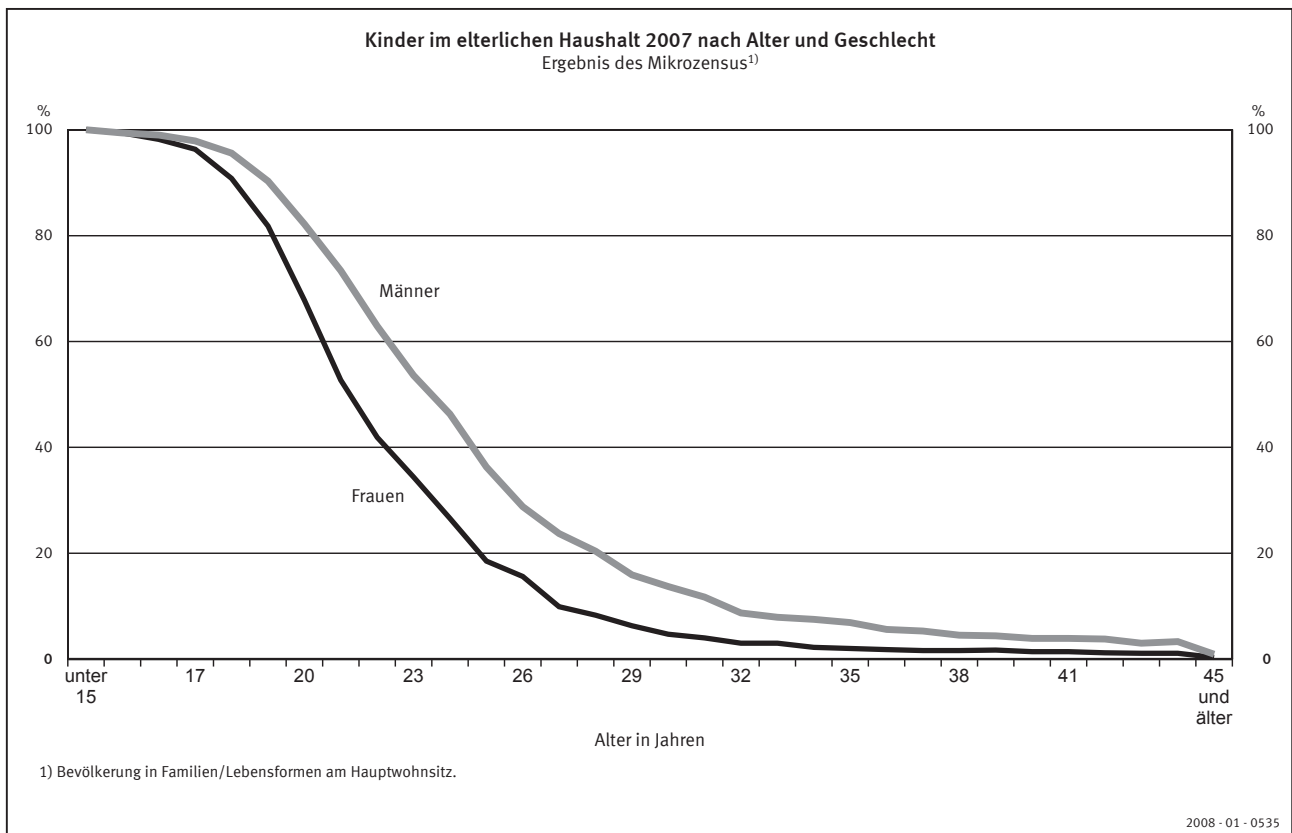
destens einem minderjährigen Kind wieder. Im Jahr 2007 gab es rund 8,6 Mill. Familien mit Kindern unter 18 Jahren in Deutschland. Diese Familien betreuten insgesamt 13,8 Mill. minderjährige Kinder. Durchschnittlich lebten somit in Deutschland 1,61 minderjährige Kinder in Familien mit Kindern unter 18 Jahren.<sup>16)</sup>

Ein regionaler Vergleich zeigt deutliche Unterschiede in der Familiengröße – vor allem zwischen Ost und West. Familien in den neuen Ländern und Berlin versorgten 2007 im Durchschnitt nur 1,46 minderjährige Kinder, in den Familien im früheren Bundesgebiet ohne Berlin wuchsen dagegen durchschnittlich 1,64 Kinder dieses Alters auf. In den Stadtstaaten lebten in Familien mit Kindern unter 18 Jahren durchschnittlich 1,55 minderjährige Kinder.

1996 zogen westdeutsche Familien mit minderjährigen Kindern durchschnittlich 1,69 Kinder unter 18 Jahren groß. In den neuen Ländern und Berlin betreuten Familien mit Kindern unter 18 Jahren damals durchschnittlich 1,55 Kinder dieses Alters. Die durchschnittliche Kinderzahl ist damit in den neuen Ländern und Berlin zum einen niedriger als im früheren Bundesgebiet ohne Berlin. Zum anderen ging sie in den neuen Ländern und Berlin in den letzten zehn Jahren deutlich stärker zurück. Damit gibt es dort seit 1996 immer weniger Familien mit minderjährigen Kindern, gleichzeitig erziehen diese Familien durchschnittlich auch immer

schnittliche Kinderzahl gibt dabei das Verhältnis der Zahl der minderjährigen Kinder zur Zahl der Familien mit min-

Schaubild 11



16) Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass der Mikrozensus keine direkte Aussage zur „endgültigen“ Zahl der Kinder in einer Familie liefert. Kinder, die möglicherweise noch geboren werden, bereits verstorben sind, den elterlichen Haushalt verlassen oder schon eine eigene Familie gegründet haben, bleiben unberücksichtigt. Ab dem Mikrozensus 2008 werden Frauen im Alter von 15 bis 75 Jahren in vierjährlichem Abstand nach der Zahl der von ihnen geborenen Kinder gefragt (ohne Auskunftspflicht).

weniger Minderjährige. Die durchschnittliche Kinderzahl in Deutschland lag im Jahr 1996 bei 1,65 Kindern.

## Töchter ziehen früher aus als Söhne

Die langen Ausbildungszeiten lassen vermuten, dass Kinder in Deutschland das Elternhaus immer später verlassen. Die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen einerseits, dass 2007 drei von zehn Kindern (31%), die noch im Elternhaus lebten, bereits volljährig waren. 1996 betrug dieser Anteil 28%. Andererseits wohnte im Jahr 2007 bereits deutlich weniger als die Hälfte (44%) der 23-Jährigen als lediges Kind im elterlichen Haushalt. Der entsprechende Wert für 1996 lag um 2 Prozentpunkte höher (46%).

Junge Frauen verlassen den elterlichen Haushalt früher als ihre männlichen Altersgenossen. Bereits mit 22 Jahren wohnte im Jahr 2007 deutlich weniger als die Hälfte (42%) der weiblichen Bevölkerung noch als lediges Kind bei den Eltern. Mit 30 Jahren wohnten noch 5% und mit 40 Jahren nur noch etwas über 1% der Töchter im Elternhaus. Männer ziehen durchschnittlich etwas später aus dem elterlichen Haushalt aus. Mit 24 Jahren lebte 2007 weniger als die Hälfte (46%) der männlichen Bevölkerung noch bei den Eltern. Mit 30 Jahren gehörten noch 14% und mit 40 Jahren noch 4% der Söhne als lediges Kind dem Haushalt der Eltern an.

In den neuen Ländern und Berlin zogen Kinder 2007 etwas früher aus dem Elternhaus aus als im früheren Bundesgebiet ohne Berlin. Mit 22 Jahren lebte bereits weniger als die Hälfte (46%) der ostdeutschen Kinder noch bei ihren Eltern. In Westdeutschland betrug der entsprechende Wert 55%. Sowohl in den neuen Ländern und Berlin als auch im früheren Bundesgebiet ohne Berlin verließen junge Frauen den elterlichen Haushalt früher als ihre männlichen Altersgenossen. Während in den neuen Ländern und Berlin mit 46% etwas weniger als die Hälfte der 21-jährigen Frauen noch bei den Eltern wohnte, waren es bei den westdeutschen jungen Frauen gleichen Alters noch 55%. Bei den ostdeutschen Männern lebte im Alter von 23 Jahren noch knapp die Hälfte (45%) als lediges Kind im Elternhaus. Bei den westdeutschen jungen Männern gleichen Alters lag der entsprechende Wert bei 56%. [Ul](#)



Dr. Susanne Meyer

# Entlastungseffekte in der Intrahandelsstatistik durch vereinfachte Mengenangaben

*Mit der Verankerung des Bürokratieabbaus als Handlungsfeld im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vom 11. November 2005 steht auch die amtliche Statistik zunehmend in der öffentlichen Diskussion über die Entlastung der Bürger und der Wirtschaft von Bürokratiekosten. Durch die Verabschiedung dieses Regierungsprogramms hat sich die Bundesregierung verpflichtet, diejenigen Bürokratiekosten messbar zu senken, die den Unternehmen durch rechtlich vorgegebene Informationspflichten entstehen.<sup>1)</sup> Der folgende Beitrag beschreibt eine Untersuchung zur Entlastung von der Auskunftspflicht bei der Intrahandelsstatistik.*

## 1 Ausgangssituation

Während die Warenbewegungen im Außenhandel mit den Staaten, die nicht der Europäischen Union (EU) angehören, (Extrahandel) über die Zollbehörden erfasst werden, erfolgt die Erhebung des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs (Intrahandel) seit der Einführung des EU-Binnenmarktes im Jahr 1993 über Meldungen der Unternehmen an das Statistische Bundesamt. Eine im Jahr 2003 vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in Auftrag gegebene Studie hat gezeigt, dass die Intrahandelsstatistik für mehr als 40 % des Meldeaufwandes für amtliche Wirtschaftsstatistiken verantwortlich ist.<sup>2)</sup>

Vielversprechende Ansatzpunkte zur Entlastung der meldepflichtigen Unternehmen sind die effizientere Ausnutzung

alternativer Datenquellen und die Straffung des Erhebungsprogramms durch den Verzicht auf ausgewählte Merkmale. Eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen mit einem jährlichen Handelsaufkommen unterhalb einer festgesetzten Schwelle ist von der Informationspflicht über ihren grenzüberschreitenden Handel mit ausländischen Geschäftspartnern innerhalb der Europäischen Union bereits generell entbunden. Die in der Diskussion stehenden Denksätze zu einer weitergehenden Entlastung reichen von einem Anheben dieser Meldeschwelle bis hin zum sogenannten „Einstromverfahren“, bei dem nur noch Daten einer Lieferrichtung erhoben werden. Die Ergebnisse der spiegelbildlichen Lieferrichtung würden dann den Intra-stat-Meldungen der entsprechenden EU-Partnerländer entnommen.<sup>3)</sup> Es stehen jedoch auch andere Maßnahmen zur Verfügung, mit denen die Unternehmen im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen entlastet werden können.

Neben firmeninternen Gegebenheiten, wie der Organisation des betrieblichen Rechnungswesens oder der Vertrautheit eines Bearbeiters mit dem Erhebungsverfahren, sind statistikgebundene Faktoren wie die zur Datenübermittlung genutzte Technik und insbesondere der Umfang und Detaillierungsgrad der Erhebung ausschlaggebend für den Meldeaufwand. Besteht die Möglichkeit, ein Merkmal mithilfe anderer Informationen zuverlässig zu ermitteln, ist die Straffung der Erhebung eine vergleichsweise einfach vorzunehmende Entlastungsmaßnahme.

1) Der Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 steht auf den Internetseiten der Bundesregierung zur Verfügung ([www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de), Stand: 9. September 2008).

2) Siehe dazu Stäglin, R./Pfeiffer, I.: „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken – Ergebnisse der DIW-Studie“ in WiSta 11/2006, S. 1193 ff.

3) Eine Übersicht zu den diskutierten Entlastungsmaßnahmen liefert der Beitrag von Krockow, A.: „Vereinfachung der Intrahandelsstatistik“ in WiSta 7/2007, S. 670 ff.

Die Frage, ob bestehende Befreiungen auszudehnen oder neue Entlastungsmöglichkeiten einzuführen sind, wird laufend geprüft, wobei Entlastungseffekte stets vor dem Hintergrund der Qualitätssicherung der Ergebnisse zu diskutieren sind. Der folgende Beitrag beschreibt einen solchen Anpassungsprozess am Beispiel der vereinfachten Mengenangaben in der Intrahandelsstatistik.

## 2 Rechtlicher Rahmen

Rechtliche Grundlage zur Erstellung der Intrahandelsstatistik ist die Verordnung (EG) Nr. 638/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Gemeinschaftsstatistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3330/91 des Rates (Amtsbl. der EU Nr. L 102, S. 1). Mithilfe des Datenerhebungssystems „Intrastat“ wird der physische Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erfasst. Die obligatorischen Angaben zur Intrastat-Erhebung sind in Artikel 9 der genannten Verordnung geregelt. Neben einer Identifikationsnummer – in Deutschland entspricht diese der Steuernummer –, unter der ein Unternehmen seinen Handel im Intrastat-System meldet, sind der Bezugszeitraum, die Lieferrichtung, die achtstellige Warennummer nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, der Partnermitgliedstaat, der Warenwert, die Warenmenge sowie die Art des Geschäfts<sup>4)</sup> anzugeben.

Im Artikel 10 der Verordnung sind die gegenwärtig zulässigen Vereinfachungsmöglichkeiten in der Intrahandelsstatistik festgelegt. Voraussetzung für ihre Anwendung ist, dass mindestens 97 % des gesamten Handelswertes eines Landes in jeder Lieferrichtung durch Unternehmensmeldungen abgedeckt sind. Nach Artikel 10, Absätze 1 und 2, legen die Mitgliedstaaten unter Beachtung dieses Mindestabdeckungsgrades Erfassungsschwellen fest, um Unternehmen mit einem jährlichen Handelsvolumen unterhalb dieser Schwellen teilweise oder komplett von der Informationspflicht zu befreien. In Deutschland liegt die Anmelde-schwelle derzeit bei 300 000 Euro je Lieferrichtung. Nur rund 70 000 der insgesamt rund 531 000 Intrahandel treibenden Unternehmen sind danach noch verpflichtet, monatlich detaillierte Informationen über ihre innergemeinschaftlichen Eingänge und Versendungen zu übermitteln. Durch Anwendung dieser Vereinfachungsmöglichkeit sind derzeit rund 87 % der Unternehmen in der deutschen Intrahandelsstatistik völlig von der Auskunftspflicht befreit.

Darüber hinaus enthält Artikel 10 Absatz 4 weitere Vereinfachungsmöglichkeiten für Unternehmen, deren Anteil am Gesamtwert des Warenverkehrs zusammen höchstens 6 % beträgt. Sie können von Angaben zur Warenmenge (Abs. 4 a) und zur Art des Geschäfts (Abs. 4 b) befreit werden. Außerdem kann ihnen eingeräumt werden, dass sie nur bis zu zehn ihrer wertmäßig bedeutendsten Warennummern anmelden müssen (Abs. 4 c). In Deutschland wurden

diese Befreiungsmöglichkeiten geprüft, auf ihre Anwendung wird jedoch verzichtet. Die zu erwartenden Entlastungseffekte würden die Nachteile der Maßnahmen, wie Qualitätsverluste der Ergebnisse und die vergleichsweise schwierige Umsetzung in der Praxis, nicht kompensieren.

Das EU-Recht bietet noch eine weitere Option zur Entlastung. Standardmäßig wird die Menge der gehandelten Waren in Kilogramm erhoben. Bei einigen Warennummern ist zusätzlich eine handelsübliche „besondere Maßeinheit“ wie zum Beispiel Stückzahl oder Liter anzugeben. Artikel 9 Absatz 1 der EU-Durchführungsverordnung<sup>5)</sup> zur Intrahandelsstatistik erlaubt es, den meldepflichtigen Unternehmen die Angabe des Gewichts bei Warennummern, für die eine besondere Maßeinheit vorgesehen ist, generell zu erlassen.

Bei Handelsgütern, die durch besondere Maßeinheiten vergleichsweise einfach quantifizierbar sind, ist die Bestimmung des Gewichts in Kilogramm oftmals mit einem relativ hohen Aufwand verbunden. Der Verzicht auf die Angabe des Gewichts würde die Belastung der Meldepflichtigen durch die Intrastat-Meldungen reduzieren. In der Außenhandelsstatistik kann allerdings nicht auf die Darstellung der „Eigenmasse“ verzichtet werden, da insbesondere bei der Berechnung von Preis- und Volumenindizes einheitliche Mengenangaben auf Gewichtsbasis erforderlich sind. Werden die Unternehmen von der Auskunftspflicht zu diesem Merkmal befreit, muss das Gewicht geschätzt werden.

Jede Entscheidung über die Einführung oder die Ausweitung einer Entlastungsmaßnahme stellt eine Abwägung zwischen dem Ausmaß des Entlastungseffekts und der Höhe des damit verbundenen Qualitätsverlustes dar. Bei einem Verzicht auf die Mengenangabe wäre der Qualitätsverlust dann von untergeordneter Bedeutung, wenn die Relation aus Eigenmasse und besonderer Maßeinheit für die betroffene Warennummer im Zeitverlauf konstant bliebe. Bei Warennummern mit vergleichsweise homogenen Relationen könnte das Gewicht dann systematisch aus den bisher gemeldeten Informationen ermittelt und daher auf die Angabe der Eigenmasse verzichtet werden.

## 3 Entlastungspotenzial

Am Anfang steht die Frage nach dem Nutzen einer Maßnahme. Der größte Entlastungseffekt würde erreicht, wenn grundsätzlich auf alle Gewichtsangaben verzichtet werden könnte, sobald eine besondere Maßeinheit anzugeben ist. Tabelle 1 zeigt die Anzahl aller gemeldeten Warennummern im Jahr 2006 getrennt nach Lieferrichtung und Art der Meldepflicht zur Warenmenge.

Bei 28 % aller Warennummern wurde 2006 eine handelsübliche Maßeinheit erhoben. Davon sind bereits jetzt 6 % der Meldungen über Einfuhren und 5 % der Meldungen über Versendungen von der Angabe des Gewichts befreit. Eine

4) Arten des Geschäfts sind z. B. Kauf bzw. Verkauf, Ersatzlieferungen oder Lohnveredlung.

5) Verordnung (EG) Nr. 1915/2005 der Kommission vom 24. November 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1982/2004 im Hinblick auf eine vereinfachte Mengenerfassung und Angaben zu besonderen Warenbewegungen (Amtsbl. der EU Nr. L 307, S. 8).

Tabelle 1: Warennummern 2006 nach Art der Meldepflicht zur Warenmenge

Art der Meldepflicht <sup>1)</sup>	Eingang		Versendung	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Besondere Maßeinheit und Eigenmasse .....	2 009	22,1	2 055	22,5
Besondere Maßeinheit ..	498	5,5	481	5,3
Eigenmasse .....	6 598	72,5	6 597	72,2
Insgesamt ...	9 105	100	9 133	100

1) Unter der Eigenmasse wird das Gewicht der Ware ohne Umschließungen in Kilogramm verstanden.

generelle Ausweitung der Befreiungsregel würde sich somit in beiden Lieferrichtungen auf über 2 000 Warennummern auswirken.

Im Jahr 2006 importierten rund 46 700 Unternehmen in Deutschland Waren aus der EU. Rund 19 000 dieser Unternehmen handelten mit Waren, für die jeweils die besondere Maßeinheit und die Eigenmasse anzugeben sind. In der Versendung waren von rund 44 600 Unternehmen etwa 18 400 Unternehmen durch doppelte Mengenangaben belastet. Würde bei Vorliegen einer besonderen Maßeinheit in Zukunft auf die Angabe der Eigenmasse generell verzichtet, würden davon in beiden Lieferrichtungen jeweils 41 % der auskunftspflichtigen Unternehmen profitieren. Die Höhe der individuellen Entlastung ist unterschiedlich; im Durchschnitt haben die Unternehmen im Jahr 2006 in beiden Lieferrichtungen jeweils 8 Warennummern gemeldet, die beide Mengenangaben erforderten.

#### 4 Methodische Vorgehensweise

Der Nutzenseite einer Maßnahme, nämlich dem Ausmaß der Entlastung, steht immer eine Kostenseite gegenüber. Diese umfasst nicht nur die rein betriebswirtschaftlichen Kosten der Umsetzung, sondern im Fall der Statistik insbesondere die Bewertung des entstehenden Qualitätsverlusts der statistischen Ergebnisse.

Nicht erfasste Mengenangaben müssen mithilfe anderer Informationen geschätzt werden. Die Eigenmasse eines Produktes könnte vergleichsweise einfach durch das Produkt aus der Menge der gemeldeten besonderen Maßeinheiten und einem Faktor ermittelt werden, der die Relation von Eigenmasse zur besonderen Maßeinheit widerspiegelt. Dieser Faktor ist warenabhängig und wird zum Beispiel aus jenen Meldungen erstellt, für die zu einem Zeitpunkt vor der Umsetzung der Maßnahme beide Angaben vorgeschrieben waren. Unterliegt eine Warennummer besonderen saisonalen Schwankungen, die Auswirkungen auf das Gewicht eines Produktes haben, so ist die Berechnung – statt durch einen einzigen Faktor – durch monatliche Faktoren durchführbar. Diese Vorgehensweise ist unproblematisch, solange die Relation zwischen Eigenmasse und besonderer Maßeinheit für die einzelnen Warennummern im Zeitverlauf nur wenig schwankt. Bei Warennummern mit heterogenen Strukturen ist die beschriebene Methode eher kritisch zu betrachten.

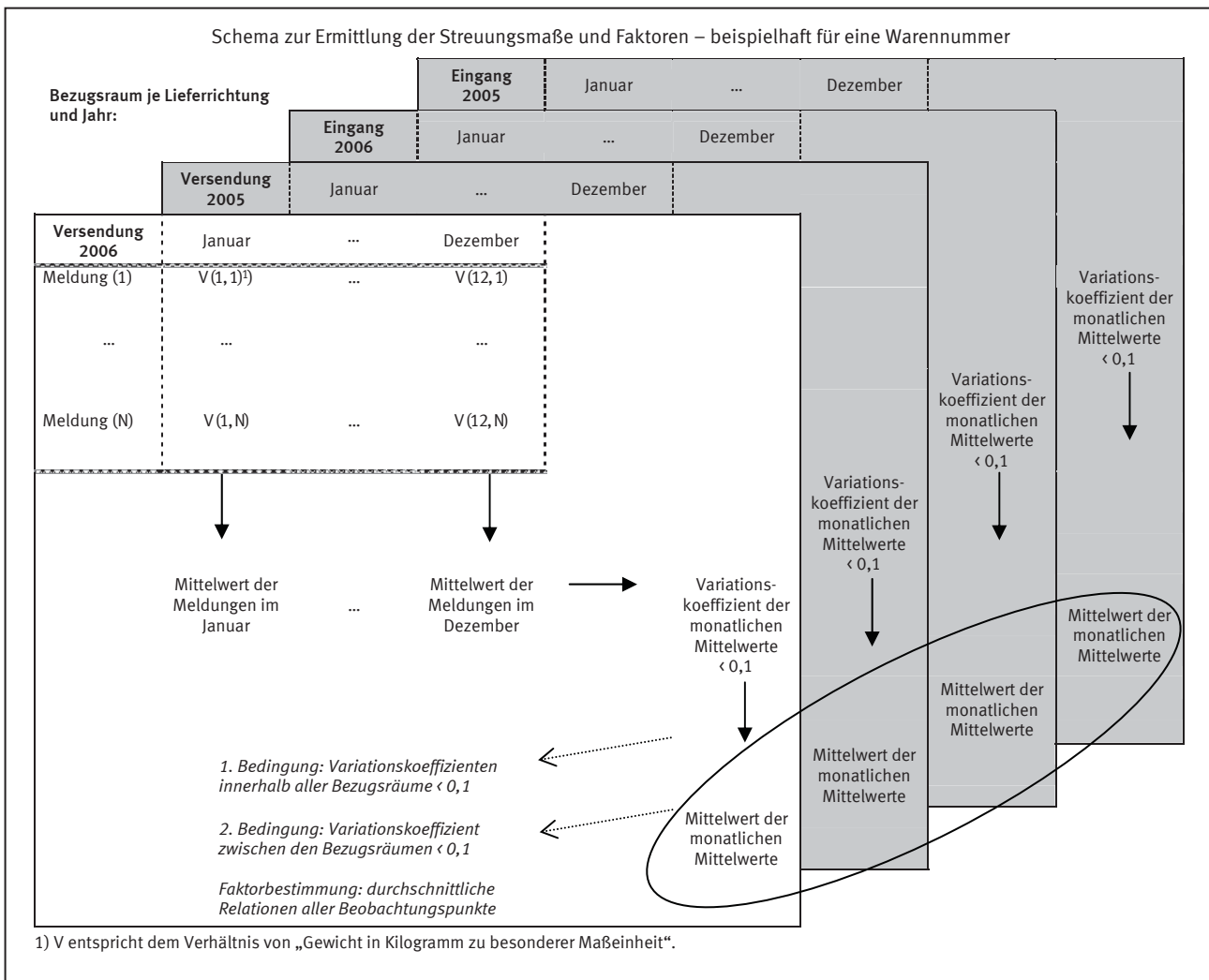
Die Intrastat-Meldungen, die der Auswertung zugrunde liegen, beziehen sich auf vier „Bezugsräume“: Meldungen von Eingängen im Jahr 2005 und im Jahr 2006, Meldungen von Versendungen im Jahr 2005 und im Jahr 2006. Im Rahmen der Qualitätsanalyse wurden zwei Aspekte geprüft: zum einen, ob die bisher gemeldeten Relationen in sich homogen gewesen sind (Homogenität innerhalb eines Bezugsraums), und zum anderen, ob diese Relationen geeignete Faktoren für die Ermittlung der Eigenmasse aus den bisher vorliegenden Angaben darstellen. Der zweite Punkt ist erfüllt, wenn die bisher gemeldeten Relationen über die Bezugsräume hinweg homogen waren (Homogenität zwischen den Bezugsräumen).

Zur Bestimmung der Homogenität der jeweiligen Relation aus Eigenmasse und besonderer Maßeinheit wurden verschiedene Streuungsmaße herangezogen. Das nebenstehende Schema zeigt die Wege ihrer Ermittlung beispielhaft für eine beliebige Warennummer.

Im ersten Schritt wurde für jede Einzelmeldung die Relation zwischen Eigenmasse in Kilogramm und besonderer Maßeinheit berechnet. Im zweiten Schritt wurden die Mittelwerte der Relationen nach Warennummer, Lieferrichtung und Monat ermittelt. Die zwölf Mittelwerte bildeten jeweils die Grundlage für die Berechnung der Variationskoeffizienten – getrennt nach Warennummer, Lieferrichtung und Jahr. Der Variationskoeffizient ist – als Quotient zwischen Streuung und Mittelwert – ein relatives, dimensionsloses Streuungsmaß, das es erlaubt, Mittelwerte unterschiedlichen Niveaus miteinander zu vergleichen. Je größer der Variationskoeffizient ist, desto heterogener ist die Verteilung der betrachteten Merkmale. Bei Werten unter 0,1 geht man in der Regel von einer relativ geringen Streuung aus.

Erfüllen die Relationen einer Warennummer innerhalb ihrer Bezugsräume das Stabilitätskriterium, wird im nächsten Schritt geprüft, ob die Mittelwerte zwischen den vier Bezugsräumen konstant sind. Ist dies der Fall, könnte daraus ein Faktor gebildet werden, mit dem künftig für diese Warennummer das Gewicht ermittelt wird. Schwanken dagegen diese vier Mittelwerte (der jeweils zwölf Mittelwerte) zwischen den Bezugsräumen stark in ihrem Niveau – trotz einer gegebenen Homogenität innerhalb eines Bezugsraumes –, so wird untersucht, ob Faktoren auf andere Art ermittelt werden können. Um festzustellen, ob stattdessen monatliche Faktoren herangezogen werden können, wird die Homogenität nach der beschriebenen Prozedur auf Monatsbasis geprüft. Weitere Hinweise liefert die Extrahandelsstatistik, bei der beide Mengenangaben auch künftig erhoben werden. Entsprechen die Angaben, die aus der Extrahandelsstatistik gewonnen werden, denen des innergemeinschaftlichen Handels, können die Informationen der Extrahandelsstatistik dazu dienen, die ermittelten Faktoren im Zeitverlauf anzupassen.

Mithilfe der beschriebenen Prüfungen wurden jene Warennummern identifiziert, für die eine Befreiung von der Angabe der Eigenmasse auch unter Berücksichtigung des Aspekts der Qualitätssicherung empfohlen werden kann.



## 5 Ergebnisse

Tabelle 2 zeigt die Anzahl der untersuchten Warennummern nach dem Grad ihrer Heterogenität. Als Lesebeispiel: Bezogen auf den jeweiligen Mittelwert lag die Streuung im Jahr 2006 einführseitig bei zehn Warennummern unter 1 %.

23 % der Warennummern in der Versendung (468) und 16 % der Warennummern im Eingang (314) erfüllen das zugrunde

Tabelle 2: Warennummern 2006 nach Höhe der Streuung der für sie ermittelten Verhältnisse von „Gewicht in Kilogramm zu besonderer Maßeinheit“

Variationskoeffizient <sup>1)</sup>	Eingang		Versendung	
	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 0,01	10	0,5	14	0,7
0,01 bis unter 0,05	108	5,6	165	8,2
0,5 bis unter 0,1	196	10,1	289	14,4
0,1 bis unter 0,25	559	28,8	681	34,0
0,25 bis unter 0,5	476	24,5	480	23,9
0,5 bis unter 1	387	19,9	259	12,9
1 und mehr	208	10,7	117	5,8
Insgesamt ...	1944	100	2005	100

1) Variationskoeffizient der monatlichen durchschnittlichen Verhältnisse von „Gewicht in Kilogramm zu besonderer Maßeinheit“.

gelegte Homogenitätskriterium. Es scheint, dass für die absolute Mehrheit aller Warennummern keine Homogenität der Relation „Eigenmasse zu besonderer Maßeinheit“ im Zeitverlauf unterstellt werden darf. Saisonale Effekte oder auch heterogene Produkte innerhalb einer Warennummer könnten dieses Ergebnis verursachen.

Da eine unterschiedliche Befreiungspraxis zwischen Eingang und Versendung bei gleichen Warennummern nicht praktikabel erscheint, muss die maximale Schnittmenge aller geeigneten Warennummern gesucht werden. Bei lediglich 137 Warennummern wurde in beiden Lieferrichtungen sowie in beiden Jahren ein Variationskoeffizient mit einem Wert von unter 0,1 ermittelt. Die scheinbar geringe Zahl von Warennummern geht auch auf Änderungen des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik zurück. So waren rund 217 der gemeldeten Warennummern in den Jahren 2005 und 2006 von einer Änderung in der Klassifikation betroffen. Die durchschnittlichen Relationen jeder dieser Warennummern, die in andere oder neue Nummern überführt wurden, haben einen Variationskoeffizienten von mindestens 0,1. Aus Qualitätsgründen müsste daher in Zukunft bei jeder Änderung des Warenverzeichnisses die Stabilität erneut geprüft werden. Möglicherweise müssten Aus-

kunftspflichtige die Gewichtsangabe für eine gleiche – einst befreite – Ware wegen Änderung der Warennummer doch wieder bereitstellen. In einem solchen Fall wäre der Entlastungseffekt komplett aufgehoben.

Für die Ermittlung der Faktoren zur Bestimmung der Eigenmasse aus der Angabe zur besonderen Maßeinheit sollen zwei Bedingungen erfüllt sein:

1. Die Streuung der monatlich durchschnittlichen Relationen<sup>6)</sup> einer Warennummer beträgt – getrennt nach Lieferichtung – im Jahresverlauf weniger als 10% des Mittelwertes.
2. Die Streuung der jährlichen durchschnittlichen Relationen<sup>7)</sup> einer Warennummer beträgt über alle Bezugsräume weniger als 10% des Mittelwertes.

Durch die zweite Bedingung ging die Zahl der geeigneten Warennummern von 137 auf 117 zurück. Für sechs Warennummern konnte kein Variationskoeffizient berechnet werden, da nur aus einem Bezugsraum Meldungen vorlagen. Die Streuung weiterer 14 Warennummern betrug jeweils über 10% des Mittelwertes zwischen den Bezugsräumen. Davon könnte jedoch bei elf Warennummern auf die Angabe der Eigenmasse verzichtet werden, wenn das Gewicht getrennt nach Lieferichtung ermittelt würde.

Unterscheiden sich die durchschnittlichen Relationen zwar über das Jahr hinweg, fällt ihre Schwankung innerhalb eines jeden Monats jedoch vergleichsweise gering aus, könnte die Eigenmasse unter Anwendung monatlicher Faktoren ermittelt werden. Ist es also möglich, weitere Warennummern zu befreien? Das wäre der Fall, wenn – entsprechend der bisherigen Prozedur – die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. Die Streuung der monatlichen Relationen einer Warennummer beträgt – getrennt nach Lieferichtung – innerhalb eines Monats weniger als 10% des Mittelwertes.
2. Die Streuung der monatlichen durchschnittlichen Relationen einer Warennummer beträgt über alle Bezugsräume weniger als 10% des Mittelwertes.

Neben den ursprünglich gefundenen 137 Warennummern erfüllten lediglich drei weitere Warennummern diese beiden Bedingungen. Allerdings gab es keine einzige zusätzliche Warennummer, die aufgrund von zwölf einzelnen monatlichen Faktoren ermittelt und von der doppelten Mengenangabe befreit werden könnte. Das Problem liegt wiederum in der praktischen Umsetzung: Es gab bei jeder Warennummer mindestens einen Monat, in dem die Auswahlkriterien nicht erfüllt waren, sodass in den betreffenden Monaten das Gewicht weiterhin abgefragt werden müsste. Eine solche Umsetzung dürfte eher Verwirrung stiften als Entlastung bringen.

Die Extrahandelsstatistik könnte neben den Vergangenheitswerten der Intrahandelsstatistik als zusätzliche Infor-

mationsquelle zur Berechnung der Eigenmasse dienen. Die dort erfassten Angaben zur Warenmenge wären dann perfekte Substitute bei den für eine Befreiung von der doppelten Mengenangabe geeigneten 117 Warennummern der Intrahandelsstatistik, wenn sich die Strukturen der Relationen in beiden Statistiken entsprechen. Mithilfe der Extrahandelsstatistik könnte dann die Entwicklung der Relationen abgebildet werden. Jedoch deckten sich lediglich 53 Warennummern des Imports und 55 des Exports aus der Extrahandelsstatistik mit den gefundenen Warennummern des Intrahandels. Die prozentualen Abweichungen der nach obigem Verfahren ermittelten Faktoren zur Bestimmung der Eigenmasse betragen zwischen Importen und Eingängen bei rund 74%, zwischen Exporten und Versendungen bei etwa 91% aller Warennummern weniger als 10%. Für diese geringe Anzahl an gefundenen Warennummern wäre damit eine vergleichsweise zuverlässige Berechnung der Faktoren, mit denen künftig bei diesen Warennummern das Gewicht bestimmt würde, aus den Meldungen der Extrahandelsstatistik möglich.

Von einer Befreiung von der Gewichtsangabe bei den 117 geeigneten Warennummern mit einer besonderen Maßeinheit würden rund 5 700 Unternehmen, die Wareneingänge melden, und rund 5 600 Unternehmen, die Warenausgänge melden, profitieren. Durch diese Maßnahme wären im Jahr 2006 etwa 30% der Unternehmen im Eingang und 31% in der Versendung entlastet worden, bezogen auf alle, die Waren, bei denen eine doppelte Mengenangabe erforderlich ist, handeln und melden. Auf alle Unternehmen und Warennummern der Intrahandelsstatistik bezogen, profitierten von dieser Maßnahme rund 12% der Unternehmen im Eingang und 13% in der Versendung.

Die geeigneten 117 Warennummern sind dabei nicht ausschließlich solchen Kapiteln zugeordnet, die bereits Warennummern enthalten, bei denen auf die Angabe der Eigenmasse verzichtet wird. Eine ganze Reihe von ihnen sind Warennummern der Kapitel 44 (Holz und Holzwaren), 47 (Halbstoffe aus Holz oder andere cellulosehaltigen Faserstoffen), 70 (Glas und Glaswaren), 84 (Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte) und 87 (Zugmaschinen, Kraftwagen und -räder).

## 6 Schlussfolgerung

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Mehrzahl der erhobenen Warennummern im Hinblick auf die Merkmale „Gewicht“ und „besondere Maßeinheit“ eine eher heterogene Zusammensetzung aufweist, wodurch das eine Merkmal oftmals nur unter großen Qualitätseinbußen durch das andere ermittelt werden könnte. Einige wenige Warennummern, lediglich 117, konnten identifiziert werden, die dennoch vergleichsweise homogene Relationen aus „Eigenmasse und besonderer Maßeinheit“ aufweisen. Wären diese Warennummern von der Angabe der Eigenmasse befreit, hätten – zumindest im Jahr 2006 – etwa 13% aller meldenden Unternehmen bei der Versendung und 12% beim Eingang von der Maß-

<sup>6)</sup> Die Variationskoeffizienten der zwölf Mittelwerte im Eingang und in der Versendung sowie in beiden Jahren 2005 und 2006 sind jeweils kleiner als 0,1.

<sup>7)</sup> Der Variationskoeffizient der vier Mittelwerte (der zwölf Mittelwerte) im Eingang und in der Versendung sowie in beiden Jahren 2005 und 2006 ist kleiner als 0,1.



nahme profitiert. Für die Intrahandelsstatistik bedeutet das Ergebnis konkret, dass die Liste der Warennummern, die bereits heute von der Gewichtsangabe befreit sind, ab 2009 entsprechend erweitert wird. Abwägungen zwischen dem zu erwartenden Nutzen einer Entlastungsmöglichkeit und den durch Umsetzung dieser Maßnahme entstehenden Kosten liefern wichtige Anhaltspunkte für einen effizienten Abbau von Bürokratielasten. [U](#)

Dipl.-Volkswirt Stefan Dittrich

# Umsätze und ihre Besteuerung 2006

*Durch die Auswertung der Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen gewinnt die amtliche Statistik Informationen über die Entstehung der Umsatzsteuer, über die steuerpflichtigen Unternehmen und deren Umsätze sowie über die innergemeinschaftlichen Erwerbe [Einfuhren aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU)]. Die amtliche Statistik nutzt die Umsatzsteuer-Voranmeldungen zurzeit in der Umsatzsteuerstatistik, im Unternehmensregister<sup>1)</sup> und in der Intrahandelsstatistik<sup>2)</sup> gemäß den entsprechenden gesetzlichen Vorgaben. Darüber hinaus werden die Daten der Umsatzsteuer-Voranmeldungen seit dem 2. Quartal 2007 für konjunkturstatistische Zwecke im Dienstleistungs- und seit dem 1. Quartal 2008 im Handwerksbereich genutzt.<sup>3)</sup> Weitere Verwendungsmöglichkeiten dieser Daten werden zurzeit von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder untersucht. Die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2006 sind Thema des folgenden Beitrags. Daneben werden aktuelle Entwicklungen im Bereich der Umsatzsteuerstatistik vorgestellt.*

## Vorbemerkung

Zur Beurteilung der Struktur und Wirkungsweise der Steuern hat der Gesetzgeber Bundesstatistiken über die wichtigsten Steuern, u. a. die Umsatzsteuer, angeordnet.<sup>4)</sup> Bei den als Sekundärstatistiken durchgeführten Steuerstatistiken wer-

den Daten ausgewertet, die im Rahmen des Besteuerungsverfahrens anfallen. Somit werden die Wirtschaftseinheiten, aber auch die statistischen Ämter im Vergleich zu Direktbefragungen weniger stark belastet. Die Umsatzsteuerstatistik erfasst nicht nur die steuerlichen Merkmale, sondern auch die Umsätze<sup>5)</sup>, die der Umsatzbesteuerung bzw. den Steuerbefreiungen zugrunde liegen. Aus der Beobachtung der Umsätze ergeben sich wertvolle Informationen für die Haushaltsplanungen und Steuerschätzungen des Bundes und der Länder. Die Umsatzsteuerstatistik ist jedoch nicht nur ein Instrument der Fiskal- und Steuerpolitik, sie dient darüber hinaus auch der allgemeinen Wirtschaftsbeobachtung. Mit ihren Angaben über die Entwicklung der Umsätze in fast allen Wirtschaftsbereichen liefert sie Informationen, die in dieser Vollständigkeit in keiner anderen Bundesstatistik enthalten sind. Die Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik sind auch eine wichtige Datenbasis für die Berechnung der Wertschöpfung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Zu monatlichen bzw. vierteljährlichen Umsatzsteuer-Voranmeldungen sind diejenigen Unternehmer verpflichtet, deren Steuer im vorangegangenen Kalenderjahr 512 Euro überstiegen hat, sowie die Unternehmer, die im laufenden oder vorangegangenen Kalenderjahr ihre berufliche Tätigkeit aufgenommen haben.<sup>6)</sup> Die Umsatzsteuer wird nicht erhoben bei

1) Siehe Hagenkort, S.: „Nutzung von Verwaltungsdateien zum Aufbau des Unternehmensregisters“ in WiSta 12/1999, S. 942 ff.

2) Siehe Mai, H.: „Ein Jahr Intrahandelsstatistik – Ein Rückblick“ in WiSta 2/1994, S. 109 ff.

3) Zweites Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).

4) Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG) vom 11. Oktober 1995 (BGBl. I S. 1250), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3150).

5) Im Umsatzsteuergesetz (siehe § 1 Abs. 1 UStG) wird für die im Inland gegen Entgelt im Rahmen eines Unternehmens getätigten Umsätze der Begriff der „Lieferungen und sonstigen Leistungen“ verwendet. Im Folgenden werden die Begriffe „Umsatz“ und „Lieferungen und (sonstige) Leistungen“ synonym verwendet. Hiervon zu unterscheiden ist der in anderen Veröffentlichungen ausgewiesene steuerbare Umsatz, zu dem die innergemeinschaftlichen Erwerbe, d. h. der Wert der aus anderen EU-Ländern importierten Güter und Dienstleistungen, hinzurechnet werden.

6) Siehe § 18 Abs. 2 Umsatzsteuergesetz (UStG) vom 9. Juni 1999 (BGBl. I S. 1270) in der für das Jahr 2006 gültigen Fassung. Alle Grenzen gelten für das Berichtsjahr 2006.

Unternehmen, deren Umsatz zuzüglich der darauf entfallenden Umsatzsteuer im vorangegangenen Kalenderjahr 17 500 Euro nicht überstiegen hat und im laufenden Kalenderjahr 50 000 Euro<sup>7)</sup> voraussichtlich nicht übersteigen wird. In der Umsatzsteuerstatistik wurden diese Regelungen so umgesetzt, dass alle Unternehmen, die Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben haben und deren Umsatz im Jahr 2006 mehr als 17 500 Euro betragen hat, in die Umsatzsteuerstatistik einbezogen werden. Nicht erfasst werden Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze tätigen bzw. bei denen keine Steuerzahllast entsteht (z. B. niedergelassene Ärzte und Zahnärzte ohne Labor, Behörden, Versicherungsvertreter, landwirtschaftliche Unternehmen).

Insbesondere bei Vergleichen mit anderen Statistiken ist die Unternehmensdefinition der Umsatzsteuerstatistik zu beachten. Umsatzsteuerpflichtig sind Unternehmer im Sinne des § 2 Abs. 1 UStG. Unterhält ein Unternehmer mehrere Betriebe oder besteht ein Unternehmen aus mehreren Einheiten (Filialen, Tochterunternehmen usw.), so wird es als Einheit mit dem gesamten Jahresumsatz von dem für den Sitz der Geschäftsleitung zuständigen Finanzamt erfasst. Das Unternehmen wird mit seinem gesamten Umsatz dem Wirtschaftszweig zugeordnet, in dem der wirtschaftliche Schwerpunkt gemessen an der Wertschöpfung liegt.

## 1 Bedeutung der Umsatzsteuer

Das kassenmäßige Aufkommen aus der Umsatzsteuer (ohne Einfuhrumsatzsteuer) betrug im Jahr 2006 111 Mrd. Euro, das aus der Einfuhrumsatzsteuer 35 Mrd. Euro. Das Umsatzsteuersystem trug damit 27,9% zum gesamten Steueraufkommen bei. Die von den Unternehmen an die Finanzämter abzuführenden Umsatzsteuer-Vorauszahlungen, die methodisch vom kassenmäßigen Steueraufkommen abweichen, beliefen sich 2006 auf 115 Mrd. Euro.

Im Jahr 2006 haben 3,1 Mill. Unternehmen in Deutschland Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben, 62 700 mehr als im Vorjahr (siehe Tabelle 1). Dies ist der dritte Anstieg der Zahl der in der Umsatzsteuerstatistik erfassten Unternehmen in Folge. Gegenüber 2003 hat sich die Anzahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen um 184 000 erhöht. Die Umsätze betrugen insgesamt 4 930 Mrd. Euro (+7,9%). Die mit dem normalen Steuersatz von 16% besteuerten Umsätze stiegen gegenüber dem Vorjahr um 7,9% auf 3 285 Mrd. Euro, die mit dem ermäßigten Steuersatz von 7% besteuerten Umsätze betrugen 456 Mrd. Euro (+4,4%), die steuerfreien Lieferungen und Leistungen stiegen um 6,6% auf 1 076 Mrd. Euro. Die Umsatzsteuer für Lieferungen und Leistungen sowie für innergemeinschaftliche Erwerbe vor Abzug der Vorsteuer betrug 2006 insgesamt 652 Mrd. Euro (+9,2%). Da die abziehbaren Vorsteuern mit 538 Mrd. Euro (+10,4% gegenüber 2005) noch etwas stärker zunahm, stiegen die Umsatzsteuer-Vorauszahlungen lediglich um 4,2% auf 115 Mrd. Euro.

Tabelle 1: Eckdaten der Umsatzsteuerstatistik

Gegenstand der Nachweisung	2005	2006	Veränderung
	Anzahl		%
Steuerpflichtige <sup>1)</sup> .....	3 036 758	3 099 493	+2,1
	Mill. EUR		
Lieferungen und Leistungen <sup>2)</sup> ...	4 567 397	4 930 000	+7,9
steuerpflichtig .....	3 480 447	3 853 594	+10,7
darunter:			
zu 16% .....	3 043 022	3 284 542	+7,9
zu 7% .....	436 728	455 817	+4,4
steuerfrei .....	1 009 634	1 076 406	+6,6
darunter:			
mit Vorsteuerabzug .....	845 730	920 916	+8,9
ohne Vorsteuerabzug .....	163 883	155 490	-5,1
Innergemeinschaftliche Erwerbe	368 847	416 520	+12,9
Umsatzsteuer vor Abzug der			
Vorsteuerbeträge .....	597 106	652 243	+9,2
darunter:			
für Lieferungen und Leistungen	541 922	589 526	+8,8
für innergemeinschaftliche			
Erwerbe .....	55 176	62 711	+13,7
Abziehbare Vorsteuerbeträge ...	486 978	537 502	+10,4
Umsatzsteuer-Vorauszahlungen	110 378	114 969	+4,2

1) Mit mehr als 17 500 EUR Jahresumsatz. – 2) Umsätze der Unternehmen. – Ohne Umsatzsteuer.

## 2 Ergebnisse 2006

### 2.1 Steuerpflichtige nach Wirtschaftsbereichen<sup>8)</sup>

Die meisten Steuerpflichtigen (883 000 Unternehmen) waren 2006 dem Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“ zugeordnet (28,5% der Steuerpflichtigen). An zweiter Stelle folgten die Unternehmen aus dem Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ mit 705 000 Unternehmen. Dies entsprach einem Anteil von 22,7% an allen Umsatzsteuerpflichtigen. Betrachtet man die Umsätze, so lag das Verarbeitende Gewerbe mit 1 748 Mrd. Euro vor dem Bereich Handel mit 1 572 Mrd. Euro (siehe Tabelle 2 auf S. 792).

Mehr steuerpflichtige Unternehmen als 2005 gab es insbesondere in den Dienstleistungsbereichen „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“ (+28 300 Unternehmen) und „Erbringung von sonstigen öffentlichen und privaten Dienstleistungen“ (+15 700 Unternehmen). Den höchsten relativen Zuwachs an steuerpflichtigen Unternehmen gab es in der Branche „Energie- und Wasserversorgung“ (+22,7%).

Gegenüber dem Jahr 2005 sank die Zahl der Steuerpflichtigen insbesondere im Gastgewerbe (-1 600 Unternehmen) und im Verarbeitenden Gewerbe (-1 500 Unternehmen). Die Veränderung der Zahl der steuerpflichtigen Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe entsprach damit etwa der

7) Siehe § 19 Abs. 1 UStG.

8) Aufgrund von Steuerbefreiungen bzw. Sonderregelungen ergibt sich in der Umsatzsteuerstatistik kein genaues Abbild der Anzahl und der Umsätze der Unternehmen in den Wirtschaftszweigen Land- und Forstwirtschaft, Banken und Versicherungen, im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen (siehe §§ 4, 24 UStG).

Tabelle 2: Steuerpflichtige, Lieferungen und Leistungen nach Wirtschaftszweigen  
Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik

Ab-schnitt der WZ 2003 <sup>1)</sup>	Wirtschaftsgliederung	Steuerpflichtige <sup>2)</sup>			Lieferungen und Leistungen <sup>3)</sup>		
		2005	2006	Veränderung	2005	2006	Veränderung
		Anzahl		%	Mill. EUR		%
A – O	Wirtschaftszweige insgesamt .....	3 036 758	3 099 493	+2,1	4 567 397	4 930 000	+7,9
A, B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei und Fischzucht .....	81 956	86 806	+5,9	27 940	31 037	+11,1
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	2 682	2 534	-5,5	28 127	30 316	+7,8
D	Verarbeitendes Gewerbe .....	275 580	274 075	-0,5	1 628 688	1 748 284	+7,3
E	Energie- und Wasserversorgung .....	16 864	20 688	+22,7	185 101	226 118	+22,2
F	Baugewerbe .....	322 934	332 972	+3,1	175 357	196 710	+12,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern .....	705 654	704 639	-0,1	1 466 157	1 572 236	+7,2
H	Gastgewerbe .....	244 393	242 828	-0,6	54 107	56 011	+3,5
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung .....	127 727	129 069	+1,1	262 837	275 527	+4,8
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe .....	15 755	15 902	+0,9	37 387	43 264	+15,7
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g. ...	854 601	882 886	+3,3	538 425	574 699	+6,7
M	Erziehung und Unterricht .....	31 841	33 074	+3,9	7 196	6 922	-3,8
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen .....	48 155	49 739	+3,3	49 920	55 522	+11,2
O	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen .....	308 616	324 281	+5,1	106 155	113 355	+6,8

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003). – 2) Mit mehr als 17 500 EUR Jahresumsatz. – 3) Umsätze der Unternehmen. – Ohne Umsatzsteuer.

Entwicklung der letzten Jahre, im Gastgewerbe hat sich der Rückgang der Unternehmenszahl hingegen beschleunigt.

Umsatzrückgänge auf Ebene der Wirtschaftsabschnitte gab es lediglich im Bereich „Erziehung und Unterricht“ (-3,8%).

In den vier umsatzstärksten Wirtschaftsabschnitten „Verarbeitendes Gewerbe“, „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“, „Grund-

stücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“ und „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“, die zusammen 84,6% aller Umsätze auf sich vereinen, wurden Umsatzsteigerungen zwischen 4,8 und 7,3% erzielt.

Deutliche Umsatzsteigerungen waren in den umsatzschwächeren Bereichen „Energie- und Wasserversorgung“

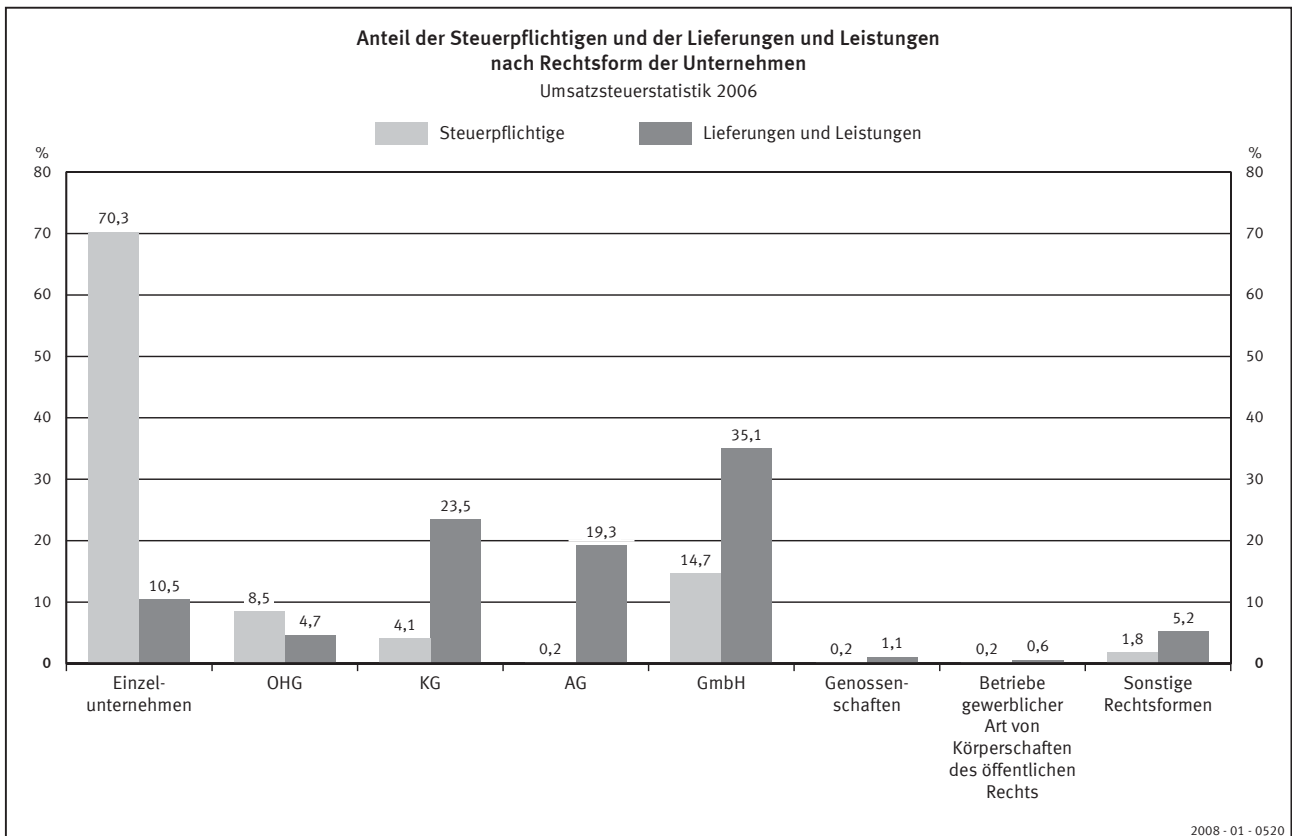


Tabelle 3: Steuerpflichtige, Lieferungen und Leistungen nach Umsatzgrößenklassen  
Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik

Größenklassen der Lieferungen und Leistungen von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige <sup>1)</sup>			Lieferungen und Leistungen <sup>2)</sup>		
	2005	2006	Veränderung	2005	2006	Veränderung
	Anzahl		%	Mill. EUR		%
17 501 – 50 000 .....	886 440	901 828	+1,7	28 009	28 534	+1,9
50 000 – 100 000 .....	614 497	625 833	+1,8	44 091	44 904	+1,8
100 000 – 250 000 .....	670 628	677 426	+1,0	106 713	107 750	+1,0
250 000 – 500 000 .....	342 333	347 519	+1,5	120 721	122 683	+1,6
500 000 – 1 Mill. ....	222 311	229 391	+3,2	156 061	161 196	+3,3
1 Mill. – 2 Mill. ....	136 137	141 229	+3,7	190 694	197 873	+3,8
2 Mill. – 5 Mill. ....	91 637	97 852	+6,8	282 359	301 511	+6,8
5 Mill. – 10 Mill. ....	33 925	36 333	+7,1	236 122	253 212	+7,2
10 Mill. – 25 Mill. ....	21 934	23 694	+8,0	337 092	365 309	+8,4
25 Mill. – 50 Mill. ....	8 100	8 796	+8,6	281 826	306 231	+8,7
50 Mill. – 100 Mill. ....	4 387	4 794	+9,3	303 184	334 098	+10,2
100 Mill. – 250 Mill. ....	2 686	2 858	+6,4	411 531	435 593	+5,8
250 Mill. und mehr .....	1 743	1 940	+11,3	2 068 994	2 271 106	+9,8
Insgesamt ...	3 036 758	3 099 493	+2,1	4 567 397	4 930 000	+7,9

1) Mit mehr als 17 500 EUR Jahresumsatz. – 2) Umsätze der Unternehmen. – Ohne Umsatzsteuer.

(+ 22,2%) und „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ (+ 15,7%) zu beobachten.

## 2.2 Steuerpflichtige nach Rechtsformen

Wie das Schaubild zeigt, waren von den 3,1 Mill. Steuerpflichtigen 2,2 Mill. oder 70,3% Einzelunternehmen; sie erbrachten 10,5% der gesamten Umsätze. 455 000 oder 14,7% der Unternehmen wurden in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) betrieben, diese meldeten 35,1% aller Umsätze. Nur 7 300 oder 0,2% der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen wurden als Aktiengesellschaft geführt, auf sie entfielen allerdings 19,3% aller Umsätze. Die Zahl der Unternehmen mit einer ausländischen Rechtsform entwickelte sich wie bereits in den beiden Vorjahren mit einem Anstieg um 23,3% sehr dynamisch. Von 1994 bis 2003 hat die Zahl der Unternehmen mit einer ausländischen Rechtsform lediglich von 7 700 auf 11 800 zugenommen (+ 53,8%), mit über 22 000 Unternehmen im Jahr 2006 hat sie sich gegenüber 2003 nahezu verdoppelt. Die Umsätze der Unternehmen ausländischer Rechtsform nahmen seit 2003 lediglich um 16,1% zu, wodurch deutlich wird, dass in erster Linie kleinere Unternehmen mit einer ausländischen Rechtsform umsatzsteuerpflichtig wurden bzw. in eine ausländische Rechtsform umgewandelt wurden. Innerhalb der Kommanditgesellschaften fällt auf, dass insbesondere die Zahlen der GmbH & Co. KGs und der AG & Co. KGs zunahm (+6,0 bzw. +0,4%), während die Zahl der reinen Kommanditgesellschaften (KG) um 1,6% abnahm. Die zunehmende Popularität der Rechtsform der GmbH & Co. KG bei gleichzeitiger Abnahme der Zahl der KGs lässt sich seit 1994, dem ersten Jahr, in dem der ausführliche Rechtsformschlüssel in der Umsatzsteuerstatistik auf Bundesebene nachgewiesen wurde, kontinuierlich beobachten: 1994 standen 30 600 KGs 57 800 GmbH & Co. KGs gegenüber, 2006 waren es 20 800 KGs (- 32,2%) und 106 100 GmbH & Co. KGs (+ 83,5%).

Unternehmen mit der Rechtsform GmbH hatten nahezu gleich viele Steuerpflichtige wie im Vorjahr, sie erzielten jedoch um 9,5% höhere Umsätze (+ 150 Mrd. Euro).

## 2.3 Steuerpflichtige nach Umsatzgrößenklassen

In Anlehnung an eine Definition der Europäischen Union werden Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis 2 Mill. Euro als Mikrounternehmen, von 2 bis 10 Mill. Euro als Kleinunternehmen, von 10 bis 50 Mill. Euro als mittelgroße Unternehmen und mit einem Umsatz von mehr als 50 Mill. Euro als Großunternehmen abgegrenzt<sup>9)</sup>. Nach dieser Einteilung waren 2006 94,3% der Unternehmen Mikrounternehmen, 4,3% Kleinunternehmen, 1,0% mittelgroße Unternehmen und nur 0,3% Großunternehmen. Die Großunternehmen hatten jedoch einen Anteil von 61,7% an den gesamten Umsätzen, während auf die Mikrounternehmen 13,4% entfielen (siehe Tabelle 3).

## 2.4 Steuerpflichtige nach Bundesländern

Etwa jedes fünfte in der Umsatzsteuerstatistik erfasste Unternehmen (21,2%) hatte 2006 seinen Sitz in Nordrhein-Westfalen. Mit 1 273 Mrd. Euro erzielten diese Unternehmen sogar mehr als ein Viertel aller Umsätze (25,8%). In den fünf ostdeutschen Flächenländern waren zusammen 426 000 Unternehmen (13,7%) angesiedelt. Wie bereits dargestellt, ist bei diesen Zahlen zu beachten, dass Unternehmen einschließlich der Tochterunternehmen am Sitz der Geschäftsleitung versteuert werden.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich in keinem Bundesland die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen verringert. Die größten relativen Zunahmen wurden in Berlin (+ 4,3%) und Hamburg (+ 3,6%) verzeichnet. Die Umsätze stiegen ebenfalls in allen Bundesländern gegenüber dem Vor-

9) Die Beschäftigtenzahl als zweites Kriterium zur Einteilung der Unternehmen nach Größenklassen liegt in der Umsatzsteuerstatistik nicht vor, sodass hier vereinfachend ausschließlich auf den Umsatz abgestellt wird. Siehe [http://ec.europa.eu/enterprise/consultations/sme\\_definition/documents/com\\_smes\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/consultations/sme_definition/documents/com_smes_de.pdf) (Stand: 3. September 2008).



Tabelle 4: Steuerpflichtige, Lieferungen und Leistungen nach Ländern  
Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik

Land	Steuerpflichtige <sup>1)</sup>			Lieferungen und Leistungen <sup>2)</sup>		
	2005	2006	Veränderung	2005	2006	Veränderung
	Anzahl		%	Mill. EUR		%
Baden-Württemberg .....	419 088	426 470	+ 1,8	744 347	810 195	+ 8,8
Bayern .....	541 050	554 193	+ 2,4	760 833	813 107	+ 6,9
Berlin .....	119 237	124 357	+ 4,3	123 275	137 554	+ 11,6
Brandenburg .....	82 441	85 203	+ 3,4	57 530	63 581	+ 10,5
Bremen .....	22 166	22 434	+ 1,2	50 959	59 490	+ 16,7
Hamburg .....	81 234	84 183	+ 3,6	304 199	327 595	+ 7,7
Hessen .....	240 565	244 700	+ 1,7	391 742	419 726	+ 7,1
Mecklenburg-Vorpommern .....	51 750	52 918	+ 2,3	33 238	35 655	+ 7,3
Niedersachsen .....	261 203	267 156	+ 2,3	403 529	431 604	+ 7,0
Nordrhein-Westfalen .....	645 227	655 723	+ 1,6	1 186 324	1 273 331	+ 7,3
Rheinland-Pfalz .....	153 359	155 368	+ 1,3	162 900	174 782	+ 7,3
Saarland .....	34 562	35 080	+ 1,5	47 990	54 278	+ 13,1
Sachsen .....	140 176	143 807	+ 2,6	92 093	102 754	+ 11,6
Sachsen-Anhalt .....	66 667	67 863	+ 1,8	47 362	54 478	+ 15,0
Schleswig-Holstein .....	103 620	104 321	+ 0,7	115 712	122 098	+ 5,5
Thüringen .....	74 413	75 717	+ 1,8	45 364	49 772	+ 9,7
Deutschland ...	3 036 758	3 099 493	+ 2,1	4 567 397	4 930 000	+ 7,9

1) Mit mehr als 17 500 EUR Jahresumsatz. – 2) Umsätze der Unternehmen. – Ohne Umsatzsteuer.

jahr an. Die höchsten Steigerungsraten waren in Bremen (+ 16,7 %) sowie in Sachsen-Anhalt und im Saarland zu verzeichnen (+ 15,0 bzw. + 13,1 %).

Mit 3,9 Mill. Euro je Unternehmen erzielten die 84 000 Hamburger Unternehmen den höchsten durchschnittlichen Umsatz, in Thüringen betrug dieser Wert lediglich 657 000 Euro. Beim durchschnittlichen Umsatz zeigen sich weiterhin deutliche Unterschiede zwischen den neuen und den alten Ländern: In den alten Ländern hatten die Unternehmen in Rheinland-Pfalz und Berlin mit gut 1,1 Mill. Euro die niedrigsten durchschnittlichen Umsätze, in den ostdeutschen Ländern hatten die Unternehmen in Sachsen-Anhalt mit 803 000 Euro den höchsten Wert. Die Ursache hierfür liegt insbesondere am Sitz der Geschäftsführung von umsatzstarken Unternehmen: Insgesamt hatten 13,7 % aller Unternehmen ihren Sitz in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost); von den 1 900 Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 250 Mill. Euro waren es jedoch lediglich 3,8 % (73). Zudem waren die Unternehmen dieser Größenklasse in den neuen Ländern mit durchschnittlich 786 Mill. Euro Jahresumsatz deutlich kleiner als die Unternehmen derselben Größenklasse in den alten Ländern (Durchschnittsumsatz 1,2 Mrd. Euro).

### 3 Fazit und Ausblick

Im vorliegenden Beitrag wurde gezeigt, dass die Umsätze der in der Umsatzsteuerstatistik erfassten Unternehmen 2006 insbesondere im Wirtschaftsbereich „Energie- und Wasserversorgung“ gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind. Bei der Betrachtung nach der Rechtsform der Unternehmen wird deutlich, dass 70 % aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen als Einzelunternehmen geführt werden, ande-

rerseits aber die 7 000 Aktiengesellschaften fast 20 % aller Umsätze erzielen. In regionaler Betrachtung zeigt sich, dass insbesondere Großunternehmen seltener ihren Sitz in den neuen Ländern haben und daher auch der durchschnittliche Jahresumsatz aller Unternehmen dort deutlich niedriger ausfällt als in den alten Ländern.

Zurzeit werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder mehrere Projekte durchgeführt, um die Qualität und Aussagekraft der Umsatzsteuerstatistik weiter zu verbessern. Im Rahmen des Projekts „Wirtschaftsstatistische Paneldaten und faktische Anonymisierung“ wurde ein Panel der Umsatzsteuerdaten der Jahre 2001 bis 2005 aufgebaut, mit dem auch Untersuchungen im Längsschnitt möglich sind.<sup>10)</sup> Das Panel kann über kontrollierte Datenfernverarbeitung oder an Arbeitsplätzen für Gastwissenschaftler in den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder von der Wissenschaft genutzt werden. Umfangreiche Untersuchungen werden auch zur maschinellen Geheimhaltung der Daten durchgeführt, um die Ergebnistabellen bei hoher Datensicherheit schneller und mit einem nutzerfreundlichen Sperrmuster aufzubereiten.<sup>11)</sup> Um künftig unter anderem auch Daten für die Unternehmen statistisch zu erfassen, die nicht der Umsatzsteuer-Voranmeldungspflicht unterliegen, hat der Gesetzgeber im Jahressteuergesetz 2008 eine Änderung des Steuerstatistikgesetzes vorgenommen.<sup>12)</sup> Danach werden beginnend mit dem Berichtsjahr 2006 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder die Umsatzsteuer-Veranlagungen der Unternehmen statistisch aufbereitet werden. Gegenüber den rund 3 Mill. Unternehmen der aktuellen Umsatzsteuerstatistik, die zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichtet sind, sind in der neuen jährlichen Statistik der Umsatzsteuer-Veranlagungen Angaben zu etwa 4,5 Mill. Unternehmen zu erwarten. Neben dem größeren Unternehmenskreis werden

10) Siehe Brandt, M./Dittrich, S./Konold, M.: „Wirtschaftsstatistische Längsschnittdaten für die Wissenschaft“ in WiSta 3/2008, S. 217 ff.

11) Siehe Giessing, S./Dittrich, S.: „Tabellengeheimhaltung im statistischen Verbund – ein Verfahrensvergleich am Beispiel der Umsatzsteuerstatistik“ in WiSta 8/2006, S. 805 ff.

12) Siehe Jahressteuergesetz 2008 vom 20. Dezember 2007 (BGBl. I S. 3150).

auch zahlreiche zusätzliche umsatzsteuerrechtliche Tatbestände abgebildet. Aufgrund der längeren Abgabefristen für die Umsatzsteuererklärungen gegenüber denen der monatlichen oder vierteljährlichen Umsatzsteuer-Voranmeldungen können Ergebnisse der neuen Statistik für das Berichtsjahr 2006 voraussichtlich erst Mitte 2010 vorgelegt werden. [\[1\]](#)

Dipl.-Mathematikerin Silvia Deckl

# LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006

## Ergebnisse für Sozialindikatoren

*Der vorliegende Beitrag stellt die wichtigsten europäischen Sozialindikatoren (Querschnittsindikatoren) zur Einkommensverteilung und Einkommensarmut in Deutschland und der Europäischen Union (EU) aus den beiden Erhebungen LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006 vor. Im Januar 2008 wurde eine Datenrevision zur Verbesserung der Datenqualität abgeschlossen; die Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005 wurden danach korrigiert.<sup>1)</sup>*

*Der folgende Artikel umfasst auch bisher unveröffentlichte Indikatoren, die aus dem mit der Erhebung 2006 erhobenen Sondermodul „Soziale Partizipation“ gewonnen wurden. Mittels einer Ex-Post-Simulation auf der Basis von Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 wurde ferner versucht, Ergebnisdifferenzen zu quantifizieren, die sich mit bzw. ohne die Imputation von Mietwerten für selbstgenutztes Wohneigentum bei wichtigen monetären Indikatoren ergeben. Interessant ist dabei die Gegenüberstellung beider Varianten mit den [bisher ohne Mietwertimputation<sup>2)</sup>] erzeugten EU-SILC-Ergebnissen.*

*Der Artikel schließt mit Hinweisen zu Veröffentlichungen, zu den Nutzungsmöglichkeiten der Mikrodaten aus der deutschen Erhebung sowie einigen Anmerkungen über künftige Erhebungen und Längsschnittauswertungen.*

## LEBEN IN EUROPA – EU-SILC

LEBEN IN EUROPA ist die offizielle Bezeichnung für die in Deutschland im Jahr 2005 erstmals durchgeführte, EU-weit harmonisierte Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Europäischen Union, EU-SILC<sup>3)</sup>. Harmonisierung ist hier im Sinne einer Output-Harmonisierung zu verstehen. Das bedeutet, dass die in einer EG-Verordnung geregelten Methodenstandards einzuhalten sowie bestimmte Zielvariablen an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zu liefern sind. Alle nicht durch die EU-Verordnung geregelten Aspekte der Durchführung der Erhebung bleiben jedoch dem jeweiligen nationalen Amt überlassen.

## Rechtsgrundlagen

Rechtsgrundlage für die Erhebung LEBEN IN EUROPA ist die Verordnung<sup>4)</sup> (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987. Neben dieser Rahmenverordnung regeln auf europäischer Ebene noch mehrere Durchführungsverordnungen der Europäischen Kommission Details der Implementierung der Erhebung und der jährlich wechselnden Sondermodule (siehe Übersicht 1).

1) Die Ergebnisse in den vom Statistischen Bundesamt im Dezember 2006 herausgegebenen Presseunterlagen (u. a. Broschüre „Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA für Deutschland 2005“) werden daher ebenso wie die im Beitrag von Lenuweit, B.: „LEBEN IN EUROPA 2005“ in WiSta 1/2007, S. 31 ff., dargestellten Daten seit Januar 2008 nicht mehr verwendet.

2) Die Imputation von Mietwerten wurde bis einschließlich 2006 von europäischer Seite nicht gefordert. Ab dem Erhebungsjahr 2007 sind sie jedoch rechtsverbindlich in die Aufbereitung einzubeziehen und an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zu liefern.

3) European Union Statistics on Income and Living Conditions.

4) Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Juni 2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) (Amtsbl. der EU Nr. L 165, S. 1), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1553/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 (Amtsbl. der EU Nr. L 255, S. 6).

Übersicht 1: Durchführungsverordnungen zu Details der Erhebungsimplementierung und zu jährlichen Sondermodulen bei EU-SILC

Verordnung (EG) der Kommission bzw. des Rates	Beschreibung
Nr. 1980/2003 vom 21. Oktober 2003	Definitionen und aktualisierte Definitionen
Nr. 1981/2003 vom 21. Oktober 2003	Aspekte der Feldarbeit und Imputationsverfahren
Nr. 1982/2003 vom 21. Oktober 2003	Regeln für die Stichprobenauswahl und die Weiterbefragung
Nr. 1983/2003 vom 7. November 2003	Verzeichnis der primären Zielvariablen
Nr. 28/2004 vom 5. Januar 2004	Detaillierter Inhalt der Qualitätsberichte (Zwischen- und Abschlussbericht) Jährliche Sondermodule <sup>1)</sup>
Nr. 16/2004 vom 6. Januar 2004	EU-SILC 2005: Vererbung von Armut über Generationen („Intergenerationale Übertragung von Armut“)
Nr. 13/2005 vom 6. Januar 2005	EU-SILC 2006: Soziale Partizipation (Teilhabe)
Nr. 315/2006 vom 22. Februar 2006	EU-SILC 2007: Wohnbedingungen
Nr. 215/2007 vom 28. Februar 2007	EU-SILC 2008: Überschuldung und finanzielle Ausgrenzung
Nr. 362/2008 vom 14. April 2008	EU-SILC 2009: Materielle Deprivation

1) Die jährlichen Sondermodule enthalten Fragen zu jährlich wechselnden Schwerpunktthemen, die sich aus dem aktuellen europäischen Politikbedarf ergeben. Daraus werden sogenannte sekundäre Zielvariablen abgeleitet. Die gesetzliche Verankerung erfolgt jeweils über eine Durchführungsverordnung der Europäischen Kommission.

## Europäische Sozialpolitik/ Offene Methode der Koordinierung

EU-SILC wurde aufgebaut, um Informationen zu gewinnen, die für eine effiziente Steuerung der Europäischen Sozialpolitik von großer Bedeutung sind.<sup>5)</sup> Im März 2000 hat der Europäische Rat von Lissabon die Offene Methode der Koordinierung eingeführt, die Teil der übergreifenden „Lissabon-Strategie“ ist, nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen sowie größerem sozialen Zusammenhalt zu erreichen. Die Offene Methode der Koordinierung zielt auf die Festlegung gemeinsamer Ziele und Indikatoren, Benchmarking sowie den Austausch von “best practices”. Sie bietet den Mitgliedstaaten der EU damit ein innovatives Instrument, das deren nationale Reformbemühungen unter Berücksichtigung ihrer rechtlichen Befugnisse unterstützt. Die Mitgliedstaaten entscheiden selbst, wie sie

die gemeinsam vereinbarten Ziele am besten erreichen können. Die nationalen Reformprogramme werden in Strategieberichten<sup>6)</sup> festgehalten, die auf gemeinsam festgelegten Zielen und Indikatoren basieren und auf deren Grundlage die nationalen Bemühungen von europäischer Seite beurteilt werden. Die Erhebung LEBEN IN EUROPA, die 2008 erstmals auch als Datenquelle in die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung einbezogen wurde, trägt mit ihren Ergebnissen zu Armut und sozialer Ausgrenzung zum deutschen Strategiebericht bei. Seit 2005 werden die Arbeiten in den Bereichen soziale Eingliederung, Renten und Gesundheitsversorgung jährlich zusammengefasst von der Europäischen Kommission in einem Gemeinsamen Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung<sup>7)</sup> dargestellt.

## Datenquelle für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Für die freiwilligen Haushaltserhebungen, die vom Statistischen Bundesamt durchgeführt werden, sind verschiedene Bundesministerien fachlich zuständig<sup>8)</sup>. Das für die Erhebung LEBEN IN EUROPA zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im Juli 2008 den dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung veröffentlicht.<sup>9)</sup> Dieser Bericht verwendet neben Daten aus nicht-amtlichen Quellen<sup>10)</sup> die Ergebnisse der amtlichen Statistik aus der Erhebung LEBEN IN EUROPA und – wie bereits bei früheren Berichten – aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. LEBEN IN EUROPA wurde in Deutschland erstmals im Jahr 2005 durchgeführt, also erst nach der Veröffentlichung des zweiten Armuts- und Reichtumsberichts<sup>11)</sup>. Bis dahin war die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wichtigste amtliche Datenquelle für die Armuts- und Reichtumsberichte. Mit LEBEN IN EUROPA als neuer umfassender Datenquelle für die Beschreibung von Armuts- und Ausgrenzungsphänomenen kommt es in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes zwar zu einem Bruch der Reihen gegenüber den vorherigen Berichten. Andererseits bietet sich jedoch die Möglichkeit, Armut und Ausgrenzung in Deutschland im direkten europäischen Vergleich – auf der Basis von methodisch einheitlichen EU-Standards – betrachten zu können. Einen solchen Vorteil weist keine andere nationale Erhebung dieser Art auf. In den nächsten Armuts- und Reichtumsbericht werden zudem auch Längsschnittergebnisse aus LEBEN IN EUROPA einfließen können.

## Methodische Erläuterungen<sup>12)</sup>

Gemäß Anhang II der Rahmenverordnung (EG) Nr. 1177/2003 wird bei der Erhebung für jeden Mitgliedstaat ein minima-

5) Siehe auch Körner, T./Meyer, L./Minkel, H./Timm, U.: „LEBEN IN EUROPA – Die neue Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen“ in WiSta 11/2005, S. 1137 ff.

6) Der deutsche „Nationale Strategiebericht Sozialschutz und soziale Eingliederung 2008 bis 2010“ wurde am 30. Juli 2008 vom Bundeskabinett beschlossen. Sobald sich der Deutsche Bundestag und der Bundesrat damit befasst haben, wird der Bericht – voraussichtlich Ende September 2008 – der Europäischen Kommission zugeleitet.

7) Erhältlich im Internetangebot der Europäischen Kommission, Generaldirektion für Beschäftigungspolitik, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit ([http://ec.europa.eu/dgs/employment\\_social/](http://ec.europa.eu/dgs/employment_social/) – Stand: 2. September 2008).

8) Für die fünfjährlich durchgeführte Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die jährlichen Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) und die jährliche Erhebung LEBEN IN EUROPA ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zuständig, für die in unregelmäßigen Abständen durchgeführte Zeitbudgeterhebung das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und für die Erhebung über die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie in privaten Haushalten das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

9) Siehe Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): „Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, 2008.

10) Zu nennen ist hier das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

11) Siehe Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): „Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, 2005.

12) Detaillierte Erläuterungen zur Methodologie von LEBEN IN EUROPA enthält der Artikel von Horneffer, B./Kuchler, B.: „Drei Jahre Panelerhebung EU-SILC“ in WiSta 8/2008, S. 650 ff.

ler effektiver Stichprobenumfang gefordert. In Deutschland müssen demnach mindestens 8 250 Haushalte für die Querschnittskomponente bzw. 6 000 Haushalte für die Längsschnittkomponente befragt werden (siehe Übersicht 2). Europaweit wurden im Erhebungsjahr 2006 gut 200 000 Haushalte und knapp 550 000 Personen im Alter von 16 Jahren und älter in diesen Haushalten befragt.

Übersicht 2: Vorgegebener Stichprobenumfang für die Erhebung LEBEN IN EUROPA

Mindestens erforderlicher effektiver Stichprobenumfang			
Haushalte		Personen im Alter von 16 Jahren und älter	
Querschnittskomponente	Längsschnittkomponente	Querschnittskomponente	Längsschnittkomponente
8 250	6 000	14 500	10 500

LEBEN IN EUROPA, aus der sowohl Querschnitts- als auch Längsschnittindikatoren zu ermitteln sind, ist in Deutschland als vierjähriges Rotationspanel konzipiert. Auswahlgrundlage für die Stichprobenziehung (gefordert ist eine Zufallsstichprobe) ist die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte, die aus den ausscheidenden Teilnehmerhaushalten des Mikrozensus gewonnen wird.<sup>13)</sup> Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Zahl der Erhebungseinheiten bei LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006.

Das bei LEBEN IN EUROPA angewandte Hochrechnungsverfahren ist seit der ersten Erhebung 2005 methodisch weiterentwickelt worden, um den Vorgaben und Empfehlungen der EU zu entsprechen. Das Verfahren basiert auf einer Doppelkalibrierung von Haushalts- und Personengewichten. Als Hochrechnungsrahmen dient der Mikrozensus.

**Revision der Daten aus LEBEN IN EUROPA 2005**

Primäres Ziel der Weiterentwicklung des Hochrechnungsverfahrens von LEBEN IN EUROPA war die Erfüllung der

europäischen Vorgaben. Aufgrund von Qualitätsaspekten und um Zeitreihenvergleiche ab 2005 ohne Brüche zu ermöglichen, wurde das verbesserte Hochrechnungsverfahren rückwirkend auch auf die Daten des Erhebungsjahres 2005 angewandt. Neben den im Vordergrund stehenden methodischen Überlegungen wurden die Abbildung der sozio-demografischen Strukturen und die Abweichungen zwischen bisherigen und neuen Ergebnissen aus LEBEN IN EUROPA 2005 einer kritischen Prüfung unterzogen. Im Januar 2008 erfolgte in enger Zusammenarbeit mit Eurostat die Revision der Daten aus LEBEN IN EUROPA 2005. Die Repräsentativität der Ergebnisse von LEBEN IN EUROPA wurde dadurch verbessert, wie Strukturvergleiche mit dem Mikrozensus zeigen. In den vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Sommer 2008 herausgegebenen dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sind bereits die revidierten Daten aus LEBEN IN EUROPA 2005 eingegangen.

**Erhebungsinhalte**

Die statistischen Angaben werden bei EU-SILC in zwei Erhebungsunterlagen erfragt, einem Haushalts- und einem Personenfragebogen. Der Personenfragebogen richtet sich an alle Personen im Alter von 16 Jahren und älter in den befragten Haushalten. Neben der europäischen Vergleichbarkeit liegt eine Stärke von EU-SILC in der Zusammenführung von Fragestellungen, die Erkenntnisse sowohl über monetäre als auch über nicht-monetäre Aspekte von Armut und sozialer Ausgrenzung ermöglichen. Dabei wird sowohl haushaltsbezogen als auch personenbezogen befragt. Neben sozio-demografischen Basisdaten und Angaben, die für die Weiterverfolgung von Stichprobeneinheiten im Zeitverlauf benötigt werden, nehmen Fragen zur Einkommenssituation in der Erhebung breiten Raum ein. Weitere Fragenkomplexe beziehen sich auf den Sozial- und Beschäftigungsstatus, auf Ausbildung, Kinderbetreuung, Gesundheit, Wohnen und Wohnkosten sowie die finanzielle Situation des Haushalts und seiner Mitglieder. Hinzu kommen jährlich wechselnde Fragen zu einem Schwerpunktthema (Sondermodule; siehe Übersicht 1).

Tabelle 1: Erfasste und hochgerechnete Erhebungseinheiten bei LEBEN IN EUROPA

Erhebungseinheiten	Einheit	2005 <sup>1)</sup>			2006		
		Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	Neue Länder und Berlin	Deutschland	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	Neue Länder und Berlin
Erfasste Haushalte <sup>2)</sup> .....	Anzahl	13 106	10 288	2 818	13 799	10 700	3 099
Hochgerechnete Zahl der Haushalte .....	1 000	38 515	29 789	8 726	38 896	29 190	9 705
Erfasste Personen <sup>2)</sup> .....	Anzahl	31 276	24 835	6 441	31 777	24 965	6 812
Hochgerechnete Zahl der Personen .....	1 000	81 634	63 067	18 567	81 580	61 368	20 213
Erfasste Personen im Alter von 16 Jahren und älter <sup>3)</sup> .....	Anzahl	24 982	19 597	5 385	25 979	20 162	5 817
Hochgerechnete Zahl der Personen im Alter von 16 Jahren und älter .....	1 000	68 277	52 284	15 993	68 904	54 397	14 506

1) Revidierte Ergebnisse (Revision von Januar 2008). – 2) Im Haushaltsfragebogen. – 3) Im Personenfragebogen.

13) Offiziell als HAUSHALTE HEUTE bezeichnet. Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte war zum Zeitpunkt der Einführung von EU-SILC in Deutschland im Jahr 2005 noch im Aufbau, weshalb Deutschland von der EU für die ersten drei Erhebungsjahre die Sondergenehmigung erhielt, einen Teil des erforderlichen Stichprobenumfangs als Quotenstichprobe anzulegen. Deutschland war es gestattet, für LEBEN IN EUROPA 2005 drei Viertel, für LEBEN IN EUROPA 2006 die Hälfte und für LEBEN IN EUROPA 2007 noch ein Viertel des Erhebungsumfangs als Quotenstichprobe zu realisieren und den Rest der Stichprobe jeweils aus der Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte zu ziehen. Ab dem Erhebungsjahr 2008 werden die Erhebungseinheiten für LEBEN IN EUROPA ausschließlich aus der Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte gewonnen. Nähere Informationen zur Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte siehe Körner, T./Nimmergut, A./Nökel, J./Rohloff, S.: „Die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte“ in WiSta 5/2006, S. 451 ff.



**Einkommensbestandteile bei LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006**

Die Angaben zu den personenbezogenen Bruttoeinkommen, die für alle zum Haushalt gehörenden Personen erhoben und aufbereitet werden, sowie die rein haushaltsbezogenen Komponenten des Einkommens werden zur Generierung der an Eurostat zu liefernden Zielvariablen zu einem Haushaltsbruttoeinkommen kumuliert. Durch Abzug von Einkommensteuern und Sozialbeiträgen, regelmäßigen Vermögensteuern und regelmäßig zwischen Privathaushalten geleisteten Geldtransfers wird daraus das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen gebildet, das die Basis für die Berechnung der monetären Indikatoren bildet.

Zum Personenbruttoeinkommen zählen bei LEBEN IN EUROPA

- Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in Form von
  - Geld oder geldwerten Sachleistungen,
  - Sachleistungen (Firmenwagen),
- Bruttogewinn/-verlust aus selbstständiger Tätigkeit in Form von Geldleistungen (einschl. Lizenzgebühren),
- Arbeitslosenunterstützung,
- Alters- und Hinterbliebenenleistungen,
- Krankengeld und Invaliditätsleistungen,
- ausbildungsbezogene Leistungen.

Zum Haushaltsbruttoeinkommen zählen bei LEBEN IN EUROPA

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung,
- Familienleistungen (Kindergeld), Wohnungsbeihilfen,
- sonstige öffentliche Leistungen, die den Haushalt als Ganzes betreffen,
- regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen Privathaushalten,
- Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen (in einem Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit),
- Einkünfte von Haushaltsmitgliedern unter 16 Jahren.

Fehlende Werte (Antwortausfälle) bei den für die Berechnung der Sozialindikatoren wichtigen Einkommensvariablen wurden bei der Datenaufbereitung mittels statistischer Imputationsverfahren kompensiert. Ab dem Erhebungsjahr 2007 sollen, so die derzeitige Planung von Eurostat, auch Sozialleistungen der Arbeitgeber, Werte von für den Eigenverbrauch produzierten Waren sowie weitere Sachleistungen (außer dem Firmenwagen) und imputierte (Eigentümer-)Mietwerte

in die Berechnung des Haushaltsbruttoeinkommens einbezogen werden. Das verfügbare Haushaltseinkommen wird dann unter Einbeziehung der genannten Komponenten analog zur bisherigen Verfahrensweise bestimmt, wobei vom Bruttoeinkommen dann auch Sozialbeiträge der Arbeitgeber und Zinsen für Hypothekenkredite abgezogen werden.

**Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006**

Im Folgenden werden Ergebnisse für wichtige Sozialindikatoren dargestellt, die aus LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006 von nationaler wie auch von europäischer Seite (Eurostat) ermittelt wurden. Eurostat macht die Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA auf seiner Internetseite über die Datenbank New Cronos zugänglich (siehe <http://epp.eurostat.eu/>, Pfad: Daten → Lebensbedingungen und Sozialleistungen). Das Statistische Bundesamt veröffentlicht sowohl auf Eigenberechnungen basierende als auch die in New Cronos für Deutschland verfügbaren Indikatoren in Form von Pressebeiträgen und Fachveröffentlichungen. Einen Überblick über die aktuellen Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA, ergänzt um methodische Erläuterungen, bietet die Themenseite „Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets – LEBEN IN EUROPA“ auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)). Die dort und in diesem Artikel dargestellten Indikatoren wurden zum Teil aus der Datenbank von Eurostat entnommen<sup>14)</sup>. Eigenberechnungen des Statistischen Bundesamtes<sup>15)</sup> ergänzen die Ergebnisdarstellung. Näheres zu den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes siehe weiter unten im Abschnitt „Bereits erschienene und noch geplante Veröffentlichungen aus LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006“.

**Berechnung der Armutsgefährdung**

Als Durchschnittswert für das verfügbare Haushaltseinkommen wird aufgrund seiner Unempfindlichkeit gegenüber Extremwerten in der Datenbasis der Zentralwert (Median) verwendet. Um den unterschiedlichen Bedarf von Privathaushalten je nach deren Zusammensetzung (Haushaltsgröße, Alter der Haushaltsmitglieder) zu berücksichtigen,

Übersicht 3: Äquivalenzgewichte für ausgewählte Haushaltstypen bei Anwendung der modifizierten OECD-Skala<sup>1)</sup>

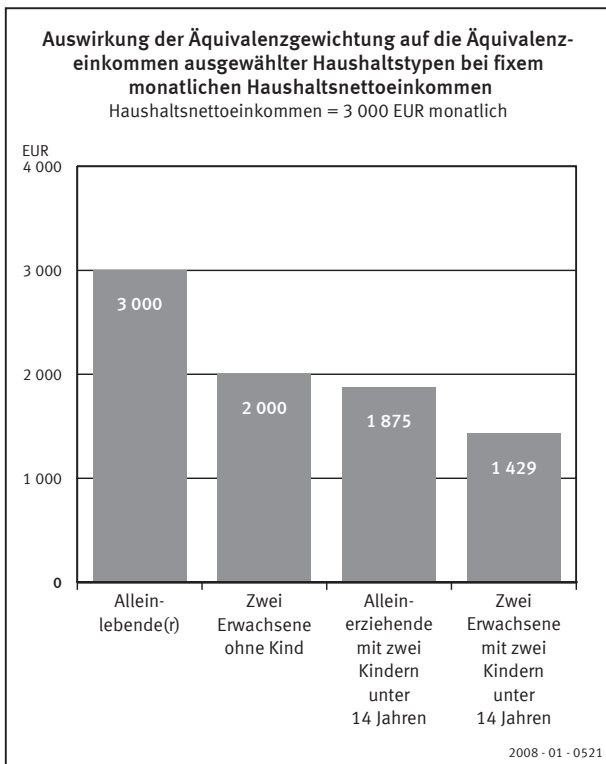
Haushaltstyp	Äquivalenzgewicht
Alleinlebende(r) .....	1,0
Zwei Erwachsene ohne Kind <sup>2)</sup> .....	1,5
Alleinerziehende(r) mit zwei Kindern unter 14 Jahren .....	1,6
Zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren .....	2,1

1) Der/die Haupteinkommensbezieher/-in erhält das Gewicht 1,0, jede weitere erwachsene Person und Personen im Alter von 14 Jahren und älter das Gewicht 0,5, Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. – 2) Als Kind gelten Kinder unter 18 Jahren sowie Kinder zwischen 18 und 24 Jahren, sofern diese mit mindestens einem Elternteil zusammenleben, nicht erwerbstätig sind und/oder sich noch in Ausbildung befinden.

14) Insbesondere die Durchschnittsergebnisse für die EU, die das Statistische Bundesamt nicht selbst ermitteln kann.  
15) Auch zur Ermittlung von Indikatoren, die in New Cronos (noch) nicht verfügbar sind.

wird vor der Verteilungsanalyse und der Berechnung von Armutsgefährdungsquoten die sogenannte Äquivalenzgewichtung vorgenommen. Grundlage ist eine Gewichtungsskala, die festlegt, welches Bedarfsgewicht jedem einzelnen Haushaltsmitglied zuzuordnen ist. Nach europäischem Standard wird hierfür die modifizierte Skala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) herangezogen, nach der der erste Erwachsene im Haushalt (Haupteinkommensbezieher/-in) das Gewicht 1,0 erhält, jeder weitere Erwachsene und jeder Jugendliche im Alter von 14 Jahren und älter das Gewicht 0,5 sowie jedes Kind unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Für unterschiedliche Haushaltszusammensetzungen ergeben sich so verschiedene Gesamtgewichte (siehe Übersicht 3 und Schaubild 1).

Schaubild 1



Ausgehend von dem nach der Äquivalenzgewichtung ermittelten medianen Äquivalenzeinkommen erfolgt die Berechnung der Armutsgefährdungsschwelle, die für die gesamte Bevölkerung gilt<sup>16)</sup> und als 60 % des Medians definiert ist. Der Teil der Bevölkerung, dessen Einkommen unterhalb des so ermittelten Schwellenwertes liegt, gilt als armutsgefährdet. In Prozent ausgedrückt wird dieser Anteil als Armutsgefährdungsquote bezeichnet. Armutsgefährdungsquoten können so für alle interessierenden Bevölkerungsgruppen errechnet werden. Die sogenannte Armutsücke beschreibt, wie weit das mediane Einkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt.

Verteilungsparameter

Als Parameter zur Beschreibung der Einkommensverteilung werden hier der Gini-Koeffizient und das Quintilsverhältnis S80/S20 (Share ratio 80/20) betrachtet. Der Gini-Koeffizient, der die Schiefe (Ungleichheit) der Verteilung eines quantitativen Merkmals wiedergibt, wird als zwischen 0 und 1 liegende Maßzahl angegeben. Der absolut ausgedrückte S80/S20-Wert beschreibt das Verhältnis zwischen dem Gesamteinkommen der reichsten 20 % und dem der ärmsten 20 % der Bevölkerung (auch als Verhältnis des obersten zum untersten Einkommensquintil bezeichnet).

Unter der Offenen Methode der Koordinierung berechnete Indikatoren

Ausgangspunkt für alle Berechnungen ist das Äquivalenzeinkommen. Aus LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006 wurden für die Einkommensreferenzjahre 2004 und 2005 die in Tabelle 2 dargestellten Äquivalenzeinkommen für Deutschland ermittelt. Demnach weisen Arbeitslose, die

Tabelle 2: Äquivalenzeinkommen in Deutschland  
EUR je Monat

Bevölkerungsgruppe	Arithmetischer Mittelwert	Median	Arithmetischer Mittelwert	Median
	2004 <sup>1)</sup>		2005 <sup>1)</sup>	
Insgesamt .....	1 509	1 361	1 436	1 301
nach dem Alter				
18- bis 24-Jährige .....	1 460	1 356	1 396	1 312
25- bis 49-Jährige .....	1 603	1 436	1 526	1 379
50- bis 64-Jährige .....	1 606	1 441	1 524	1 367
65-Jährige und Ältere .....	1 402	1 281	1 296	1 216
nach dem Haushaltstyp				
Haushalte ohne Kind <sup>2)</sup> .....	1 590	1 429	1 482	1 348
dar.: Alleinlebende .....	1 393	1 217	1 368	1 232
Haushalte mit Kind(ern) .....	1 422	1 309	1 380	1 262
darunter:				
Alleinerziehende .....	1 134	1 035	1 104	1 052
Zwei Erwachsene mit zwei Kindern .....	1 474	1 327	1 399	1 258
nach Wohneigentümerstatus				
Eigentümer .....	1 622	1 444	1 546	1 375
Mieter .....	1 362	1 241	1 308	1 211
nach Beschäftigungsstatus <sup>3)</sup>				
Erwerbstätige .....	1 781	1 575	1 813	1 609
Nichterwerbstätige .....	1 329	1 226	1 336	1 211
Arbeitslose .....	1 036	910	974	864
Personen im Ruhestand .....	1 396	1 289	1 370	1 251
nach dem höchsten Bildungsabschluss <sup>4)</sup>				
niedrig .....	1 305	1 189	1 303	1 202
mittel .....	1 457	1 356	1 540	1 402
hoch .....	1 811	1 583	1 971	1 714

1) Einkommens-Referenzjahr. – 2) Kinder unter 18 Jahren sowie Kinder zwischen 18 und 24 Jahren, sofern sie mit mindestens einem Elternteil zusammenleben, nicht erwerbstätig sind und/oder sich noch in Ausbildung befinden. – 3) Maßgeblich für die Eingruppierung ist die häufigste Beschäftigung (mehr als sechs Monate) im Einkommens-Referenzjahr. – 4) Nach der Bildungsklassifikation ISCED (International Standard Classification of Education): niedrig = Vorschule, Primärbereich und Sekundarstufe I; mittel = Sekundarstufe II und Post-Sekundärbereich; hoch = Tertiärbereich.

16) Es kann von Interesse sein, für bestimmte Subpopulationen eigene Schwellenwerte zu ermitteln und damit die Armut innerhalb der Subpopulation zu analysieren. Regionale, landespolitisch motivierte Auswertungen werden beispielsweise von den Statistischen Landesämtern für ihr jeweiliges Bundesland vorgenommen.

nur über rund zwei Drittel des medianen Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügen, gefolgt von Alleinerziehenden die geringsten Durchschnittseinkommen auf, Erwerbstätige und Personen mit hohem Bildungsabschluss die höchsten. Haushalte ohne Kind erzielen ein höheres medianes Einkommen als Haushalte mit Kind(ern) (Familien), wobei das Medianeinkommen von Alleinlebenden in der Gruppe der Haushalte ohne Kind allerdings unterdurchschnittlich ausfällt und auch geringer liegt als das von Familien.

**Übergreifende und Laeken-Indikatoren**

Aus den Ergebnissen der Erhebung LEBEN IN EUROPA werden im Rahmen der Offenen Methode der Koordinierung

ein komprimiertes Set übergreifender Indikatoren, ein auf dem Gipfel von Laeken im Jahr 2001 beschlossenes und zwischenzeitlich weiterentwickeltes Set von Indikatoren der sozialen Eingliederung (die sog. Laeken-Indikatoren) sowie Pensionsindikatoren berechnet (europäische Kurzbezeichnungen: OV-, LK- und PN-Indikatoren). Ein und derselbe Indikator kann dabei sowohl zum Set der übergreifenden Indikatoren als auch zu den Laeken-Indikatoren und/oder den Pensionsindikatoren gehören, da sich die Indikatorensets inhaltlich überlappen. Daneben gibt es noch zahlreiche weitere Indikatoren, die beispielsweise die Einkommensverteilung näher beschreiben oder tiefer untergliederte Ergebnisse für monetäre Armut enthalten. Die Tabellen 3 und 4 zeigen für Deutschland, für die EU und für

Tabelle 3: Übergreifende Indikatoren der Offenen Methode der Koordinierung aus EU-SILC 2005 und 2006

Bevölkerungsgruppe	Früheres Bundesgebiet ohne Berlin		Neue Länder und Berlin		Deutschland		EU-25 <sup>1)</sup>		Eurozone <sup>2)</sup>		Europäische Verwendung <sup>3)</sup> des Indikators als/im		
	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	2004	2005	SI	SDI	JSISP
Median des Äquivalenzeinkommens EUR je Monat													
Insgesamt .....	- <sup>4)</sup>	- <sup>4)</sup>	- <sup>4)</sup>	- <sup>4)</sup>	1361	1301	1137	1151	1230	1236			
Armutgefährdungsschwelle (60 % des Medians) EUR je Monat													
Alleinlebende .....	816	781	816	781	816	781	690	697	739	739	}	•	•
Zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren ...	1714	1640	1714	1640	1714	1640	1448	1464	1551	1552			
Armutgefährdungsquote (60 % des Medians) vor Sozialtransfers (ausgenommen Renten und Pensionen) %													
Insgesamt .....	20	23	32	35	23	26	26	26	24	25	}	•	
Männer .....	20	23	31	34	22	25	25	25	23	24			
Frauen .....	21	24	33	35	24	26	27	27	25	26			
Armutgefährdungsquote (60 % des Medians) nach Sozialtransfers nach Geschlecht und Alter %													
Insgesamt .....	11	12	16	15	12	13	16	16	15	16	}	•	•
Männer .....	11	11	14	15	11	12	15	15	14	15			
Frauen .....	12	12	17	16	13	13	17	17	16	16			
unter 18-Jährige .....	10	11	18	17	12	12	19	19	17	17			
18- bis 64-Jährige .....	10	11	17	17	12	13	14	15	13	14			
65-Jährige und Ältere .....	15	14	10	9	14	13	19	19	19	19			
Relative Armutlücke (60 % des Medians) nach Geschlecht und Alter %													
Insgesamt .....	20	20	19	20	19	20	23	22	21	22	}		•
Männer .....	21	21	20	22	21	21	24	23	22	23			
Frauen .....	19	20	18	19	18	19	22	22	21	21			
unter 18-Jährige .....	16	17	18	19	17	18	23	23	22	22			
18- bis 64-Jährige .....	21	22	20	21	20	22	25	25	23	24			
65-Jährige und Ältere .....	18	19	12	11	17	17	18	18	18	19			
S80/S20: Verhältnis oberstes/unterstes Einkommensquintil													
Insgesamt .....	3,8	4,2	3,5	3,5	3,8	4,1	4,9	4,8	4,6	4,6	•	•	•
Armutgefährdungsquote (60 % des Medians) Erwerbstätiger (Arbeitsarmut) <sup>5)</sup> %													
Insgesamt .....	4	5	7	8	5	6	8	8	7	7	}	•	
Männer .....	4	4	7	7	5	5	9	8	8	8			
Frauen .....	5	6	8	8	6	6	7	7	6	6			
Relatives Medianeinkommen von Rentnern/Pensionären [Aggregierte Ersatzrate <sup>6)</sup> ] nach Geschlecht													
Insgesamt .....	0,46	0,45	0,52	0,55	0,46	0,46	0,51	0,51	0,52	0,51	}	•	•
Männer .....	0,48	0,47	0,60	0,61	0,48	0,48	0,54	0,54	0,56	0,55			
Frauen .....	0,43	0,47	0,46	0,55	0,45	0,49	0,50	0,50	0,50	0,50			
Relatives Medianeinkommen älterer Menschen <sup>7)</sup>													
Insgesamt .....	0,91	0,89	1,01	1,01	0,93	0,92	0,86	0,85	0,86	0,86			•

1) Europäische Union bestehend aus 25 Mitgliedstaaten (vor dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 1. Januar 2007). – 2) Eurozone bestehend aus 13 Mitgliedstaaten. – 3) SI = Strukturindikatoren; SDI = Indikatoren der nachhaltigen Entwicklung; JSISP = Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung. – 4) Nicht relevant. Vor der Berechnung der Armutgefährdung wird ein gesamtdeutscher Median ermittelt. – 5) Überwiegend (mehr als sechs Monate) erwerbstätige Personen im Alter von 18 Jahren und älter. – 6) Verhältnis zwischen den Renten/Pensionen von Personen zwischen 65 und 74 Jahren und dem Arbeitseinkommen von Personen zwischen 50 und 59 Jahren. – 7) Verhältnis zwischen dem Medianeinkommen von Personen im Alter von 65 Jahren und älter zu dem von Personen unter 65 Jahren.

die Eurozone die Ergebnisse für die übergreifenden und die Laeken-Indikatoren, die aus EU-SILC 2005 und 2006 ermittelt wurden. Dabei ist jeweils angegeben, in welcher Form die Gesamtergebnisse für die EU und die einzelnen Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene weiterverwendet werden.

Die Schwellenwerte für die Armutsgefährdung Alleinlebender liegen in Deutschland mit 816 Euro (2004) und 781 Euro (2005) monatlich höher als die entsprechenden Durchschnittswerte für die EU-25 (2004: 690 Euro; 2005: 697 Euro) und für die Eurozone (2004 und 2005: 739 Euro). Ohne Berücksichtigung von Sozialtransfers (ausgenommen Renten und Pensionen) liegen die Armutsgefährdungsquoten in Deutschland mit 23 % (2004) und 26 % (2005) etwa gleich hoch wie in der EU-25 (2004 und 2005: 26 %) und der Eurozone (2004: 24 %; 2005: 25 %). Dieses Bild ändert sich, wenn die Sozialtransfers hinzugerechnet werden: Während sich die Armutsgefährdungsquoten in Deutschland dadurch in etwa halbieren [auf 12 % (2004) und 13 % (2005); in den neuen Ländern und Berlin sinken sie im Jahr 2005 sogar von 35 % (vor Sozialtransfers) auf 15 % (nach Sozialtransfers)], liegen sie im Durchschnitt der EU und der Eurozone auch nach Hinzurechnung der Sozialtransfers noch bei 16 %

(EU: 2004 und 2005) und 15 % (Eurozone 2004) bzw. 16 % (Eurozone 2005). Schaubild 2 zeigt die Armutsgefährdungsquoten nach Geschlecht und Alter, die sich im Jahr 2005 für Deutschland und die EU nach Hinzurechnung der sozialen Transferzahlungen ergeben.

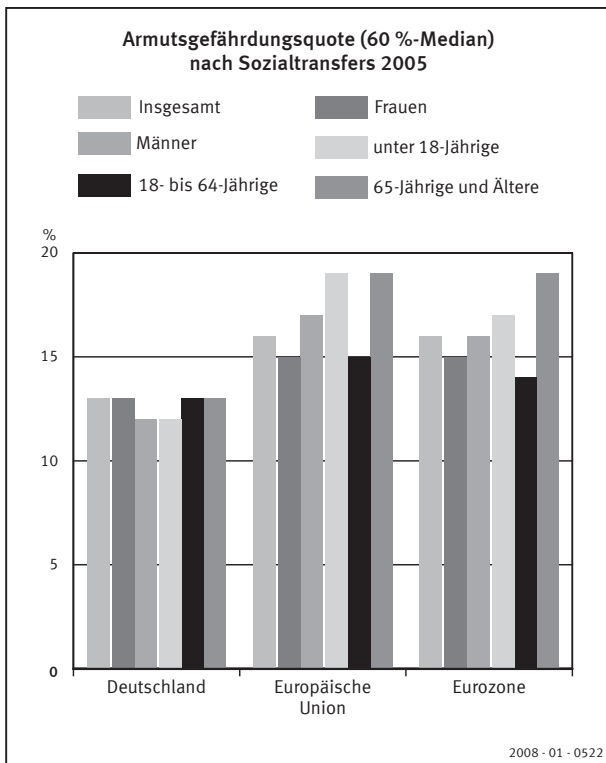
Die relative Armutsücke, die angibt, um wie viel das Medianeinkommen der von Armut betroffenen Bevölkerung unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, beträgt in Deutschland rund ein Fünftel (2004: 19 %; 2005: 20 %) des Schwellenwertes für die Armutsgefährdung. In der EU (2004: 23 %; 2005: 22 %) und der Eurozone (2004: 21 %; 2005: 22 %) fällt die Diskrepanz zwischen dem medianen Einkommen der armen Bevölkerung und der Armutsgefährdungsschwelle etwas größer aus. Deutschlands Einkommensverteilung ist weit weniger ungleich (S80/S20-Rate 2004: 3,8; 2005: 4,1) als die der EU mit 4,9 (2004) bzw. 4,8 (2005) und der Eurozone (2004 und 2005: 4,6). Die Schere zwischen Arm und Reich ist allerdings im früheren Bundesgebiet deutlich größer (2004: 3,8; 2005: 4,2) als in den neuen Ländern und Berlin (2004 und 2005: 3,5). Erwerbstätigkeit schützt vor Einkommensarmut, wie die gegenüber den Gesamtquoten [Deutschland: 12 % (2004) und 13 %

Tabelle 4: Ausgewählte Laeken-Indikatoren (LK) der Offenen Methode der Koordinierung aus EU-SILC 2005 und 2006

Bevölkerungsgruppe/Schwellenwert	Deutschland		EU-25 <sup>1)</sup>		Eurozone <sup>2)</sup>		Europäische Verwendung <sup>3)</sup> des Indikators als/im		
	2004	2005	2004	2005	2004	2005	SI	SDI	JSISP
Armutsgefährdungsschwelle (60 % des Medians) EUR je Monat									
Alleinlebende .....	816	781	690	697	739	739	•	•	•
Zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren .....	1714	1640	1448	1464	1551	1552			
Armutsgefährdungsquote (60 % des Medians) nach Sozialtransfers nach Haushaltstyp %									
Insgesamt .....	12	13	16	16	15	16	•		
Alleinlebender Mann .....	23	23	22	22	21	21			
Alleinlebende Frau .....	23	21	25	25	26	25			
Alleinerziehende .....	25	24	31	32	28	29			
Zwei Erwachsene mit zwei Kindern <sup>4)</sup> .....	7	9	14	14	14	14			
Zwei Erwachsene jünger als 65 Jahre .....	10	11	10	10	9	10			
Zwei Erwachsene, einer im Alter von 65 Jahren oder älter .....	11	11	16	16	16	16			
Armutsgefährdungsquote (60 % des Medians) nach der überwiegend ausgeübten Beschäftigung <sup>5)</sup> %									
Insgesamt .....	12	13	16	16	15	16	•		
erwerbstätig .....	5	6	8	8	7	7			
nicht erwerbstätig .....	19	19	23	23	22	23			
arbeitslos .....	40	43	39	41	36	38			
im Ruhestand .....	13	13	16	16	16	15			
sonstig nicht erwerbstätig .....	19	20	26	27	25	26			
Armutsgefährdungsquote (60 % des Medians) nach Sozialtransfers nach Eigentümerstatus %									
Insgesamt .....	12	13	16	16	15	16			
Eigentümer .....	8	9	14	14	13	13			
Mieter .....	18	17	23	23	21	21			
Armutsgefährdungsquote bei Streuung um die Armutsgefährdungsschwelle (40 %, 50 % und 70 % des Medians) %									
40 %-Schwelle .....	3	4	5	5	5	5			
50 %-Schwelle .....	7	7	10	10	9	9			
70 %-Schwelle .....	20	20	24	24	23	23			
Ungleichheit der Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient) %									
Insgesamt .....	26	27	30	30	29	29			

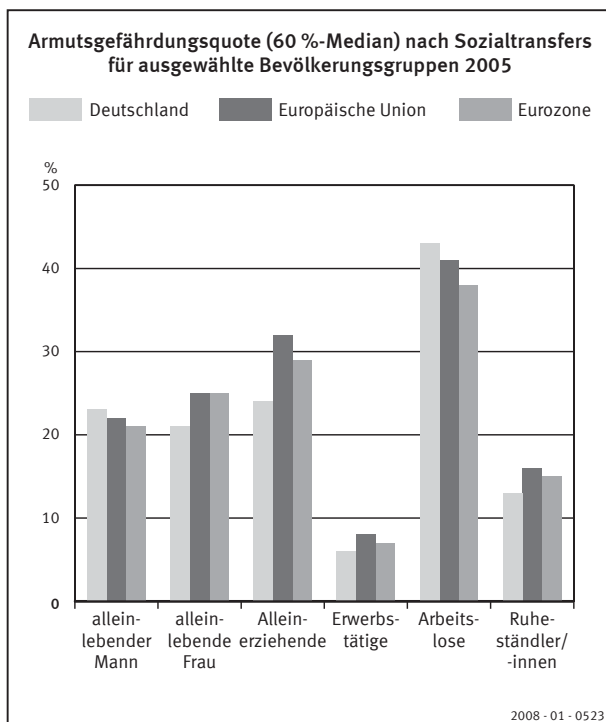
1) Europäische Union bestehend aus 25 Mitgliedstaaten (vor dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 1. Januar 2007). – 2) Eurozone bestehend aus 13 Mitgliedstaaten. – 3) SI = Strukturindikatoren; SDI = Indikatoren der nachhaltigen Entwicklung; JSISP = Gemeinsamer Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung. – 4) Kinder unter 18 Jahren sowie Kinder zwischen 18 und 24 Jahren, sofern sie mit mindestens einem Elternteil zusammenleben, nicht erwerbstätig sind und/oder sich noch in Ausbildung befinden. – 5) Personen im Alter von 18 Jahren und älter.

Schaubild 2



(2005); EU: 16% (2004 und 2005); Eurozone: 15% (2004 und 16% (2005)] deutlich niedrigeren Zahlen für Arbeitsarmut sowohl in Deutschland (2004: 5%; 2005: 6%) als auch in der EU (2004 und 2005: 8%) und der Eurozone (2004 und 2005: 7%) belegen.

Schaubild 3



Arbeitslose sind in Deutschland am stärksten armutsgefährdet. 2005 war fast jeder Zweite (43%) dieser Bevölkerungsgruppe von Armut betroffen (2004: 40%). Diese Quoten liegen sogar über dem EU-Durchschnitt (2004: 39%; 2005: 41%). Bei der Betrachtung von Haushaltstypen ist festzustellen, dass Alleinlebende und Alleinerziehende in Deutschland ein ungleich höheres Armutsrisiko aufweisen als die übrigen Haushaltstypen. Mehr als jede(r) fünfte Alleinlebende (2004: jeweils 23% der Frauen und Männer; 2005: 21% der Frauen und 23% der Männer) gilt als arm und fast jede(r) vierte Alleinerziehende (2004: 25%; 2005: 24%). Im EU-Durchschnitt sind alleinlebende Frauen (2004 und 2005: 25%) weit häufiger armutsgefährdet als Männer (2004 und 2005: 22%). Schaubild 3 veranschaulicht die Situation im Jahr 2005.

**Genauigkeit der Ergebnisse für übergreifende Indikatoren 2006**

Für die wichtigsten Sozialindikatoren aus LEBEN IN EUROPA hat das Statistische Bundesamt die Präzision der Ergebnisse abgeschätzt (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Relativer Standardfehler für die wichtigsten Sozialindikatoren aus LEBEN IN EUROPA 2006

Bevölkerungsgruppe	Ergebnis 2005 <sup>1)</sup>	Relativer Standardfehler
		%
<b>Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers<sup>2)</sup></b>		
%		
Insgesamt .....	26	1,32
Männer .....	25	2,62
Frauen .....	26	2,06
<b>Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers</b>		
%		
Insgesamt .....	13	0,12
Männer .....	12	0,27
Frauen .....	13	0,22
unter 18-Jährige .....	12	0,78
18- bis 64-Jährige .....	13	0,20
65-Jährige und Ältere .....	13	0,36
<b>Relative Armutsücke (60 % des Medians)</b>		
%		
Insgesamt .....	20	0,86
Männer .....	21	1,95
Frauen .....	19	1,13
unter 18-Jährige .....	18	3,42
18- bis 64-Jährige .....	22	1,56
65-Jährige und Ältere .....	17	1,76
<b>S80/S20: Verhältnis oberstes/unterstes Einkommensquintil</b>		
.....	4,1	0,29
<b>Armutsgefährdungsquote Erwerbstätiger (Arbeitsarmut)</b>		
%		
Insgesamt .....	6	0,50
Männer .....	5	1,00
Frauen .....	6	1,02
<b>Relatives Medianeinkommen von Rentnern/Pensionären (Aggregierte Ersatzrate)<sup>3)</sup></b>		
Insgesamt .....	0,46	0,50
Männer .....	0,48	1,00
Frauen .....	0,49	1,02
<b>Relatives Medianeinkommen älterer Menschen<sup>4)</sup></b>		
Insgesamt .....	0,92	10,01

1) Einkommens-Referenzjahr. – 2) Ausgenommen Renten und Pensionen. – 3) Verhältnis zwischen den Renten/Pensionen von Personen zwischen 65 und 74 Jahren und dem Arbeitseinkommen von Personen zwischen 50 und 59 Jahren. – 4) Verhältnis zwischen dem Medianeinkommen von Personen ab 65 Jahren zu dem von Personen unter 65 Jahren.



Der relative Standardfehler für den Hauptindikator „Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers“ liegt demnach für alle relevanten Untergliederungen unter 1%. Für die restlichen Hauptindikatoren liegen die Fehlerwerte unter 4%, zum Teil auch deutlich niedriger, mit Ausnahme des Indikators „Relatives Medianeinkommen älterer Menschen“ (Standardfehler rund 10%).

Für die revidierten Daten der Erhebung des Jahres 2005 waren diese Präzisionsabschätzungen bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Die Ergebnisse werden voraussichtlich gegen Ende 2008 verfügbar sein.

**Ex-Post-Analyse zur Imputation von Eigentümer-Mietwerten**

Bei der EU-SILC-Erhebung wurden bis einschließlich des Erhebungsjahrs 2006 keine Eigentümer-Mietwerte zugerechnet. Das Niveau des mittleren Einkommens und damit auch der Armutsgefährdungsschwelle fallen dadurch bei EU-SILC grundsätzlich niedriger aus, als wenn dieser Einkommensbestandteil mit einbezogen würde. Welchen quantitativen Effekt eine Mietwertimputation auf die Ergebnisse von LEBEN IN EUROPA hätte, kann grob abgeschätzt werden, wenn man die Resultate mit bzw. ohne Mietwertimputation betrachtet, die ex post anhand von Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003<sup>17)</sup> berechnet wurden (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Auswirkung der Einbeziehung imputierter Mieten auf die Armutsindikatoren, dargestellt am Beispiel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003

Indikator	Einheit	EVS 2003		LEBEN IN EUROPA	
		mit Mietwertimputation	ohne Mietwertimputation	2004 <sup>1)</sup>	2005 <sup>1)</sup>
Medianes Äquivalenzeinkommen .....	(EUR/Monat) <sup>1)</sup>	1 667	1 454	1 361	1 301
Schwellenwert für Armutsgefährdung ..	(EUR/Monat) <sup>1)</sup>	1 000	873	816	781
Armutsgefährdungsquote insgesamt .....	%	13,6	12,6	12,3	12,7
Frauen .....	%	14,9	13,6	13,0	13,2
Männer .....	%	12,2	11,5	11,5	12,3

1) Einkommens-Referenzjahr.

Der Median des Äquivalenzeinkommens liegt bei der EVS 2003 ohne Mietwertimputation bei 1 454 Euro monatlich, also rund 13% niedriger als der mit Imputation (1 667 Euro monatlich), und damit deutlich näher an den aus LEBEN IN EUROPA für 2004 und 2005 berechneten Medianeinkommen (1 361 bzw. 1 301 Euro monatlich). Werden bei künftigen Erhebungen zu LEBEN IN EUROPA Mietwerte für selbstgenutztes Wohneigentum zum Einkommen hinzugerechnet, ist mit einer Anhebung des mittleren Einkommensniveaus zu rechnen. Wie die daraus resultierende neue Verteilung der Einkommen aussehen wird, bleibt abzuwarten. Eine Prognose über die zu erwartenden Auswirkungen auf die Sozialindikatoren (beispielsweise auf die Armutsgefährdungsquote) kann nicht abgegeben werden.

**Finanzielle Kapazitäten und Belastungen der Bevölkerung in Deutschland 2006**

Die Lebensbedingungen der Bevölkerung sind eng mit deren finanzieller Situation verknüpft. In der Erhebung LEBEN IN EUROPA wird mittels vorgegebener Antwortkategorien erfragt, wie die Privathaushalte ihr Auskommen mit dem monatlichen Einkommen sowie ihre finanziellen Belastungen und Möglichkeiten subjektiv einschätzen.

Tabelle 7 zeigt, dass mindestens 80% (Alleinerziehende), ansonsten um oder deutlich über 90% (restliche Haushaltstypen) der Haushalte es sich leisten können, die Wohnung angemessen warm zu halten und jeden zweiten Tag eine gehaltvolle Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel, Fisch oder gleichwertige vegetarische Kost einzunehmen. Dagegen ist es nur etwa jeder bzw. jedem zweiten Alleinerziehenden (53%) finanziell möglich, pro Jahr einen einwöchigen Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen (übrige Haushaltstypen: zwischen 71 und 82%). Unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von mindestens 830 Euro aus eigenen Finanzmitteln zu bestreiten, stellt für viele Haushalte ein unlösbares Problem dar: Dies können nicht einmal ein Drittel (29%) der Alleinerziehenden, aber auch im Durchschnitt der Bevölkerung lediglich knapp drei von fünf Haushalten (58%) meistern (siehe auch Schaubild 4).

Tabelle 7: Finanzielle Kapazitäten der Bevölkerung in Deutschland 2006  
Prozent

Bevölkerungsgruppe	Anteil der Haushalte mit der finanziellen Kapazität, sich ... leisten zu können			
	jedes Jahr eine einwöchige Ferienreise	jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch <sup>1)</sup>	unerwartet anfallende Ausgaben zu bestreiten <sup>2)</sup>	Wohnung angemessen zu heizen
Insgesamt .....	74	88	58	94
Alleinlebende ....	71	85	53	93
Zwei Erwachsene ohne Kind <sup>3)</sup> .....	82	91	70	96
Alleinerziehende ..	53	80	29	87
Zwei Erwachsene mit Kind(ern) ...	72	91	57	95
Sonstige Haushalte .....	71	89	64	95

1) Jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch oder eine hochwertige vegetarische Mahlzeit. – 2) Unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von mindestens 830 EUR aus eigenen Finanzmitteln zu bestreiten. – 3) Kinder unter 18 Jahren sowie Kinder zwischen 18 und 24 Jahren, sofern sie mit mindestens einem Elternteil zusammenleben, nicht erwerbstätig sind und/oder sich noch in Ausbildung befinden.

Mehr als jeder fünfte Haushalt (23%) kommt mit dem monatlich verfügbaren Einkommen schlecht zurecht (Zusammenfassung der Antwortkategorien „sehr schlecht“, „schlecht“ und „relativ schlecht“), und die monatlichen Wohnkosten werden von fast jedem vierten Haushalt (24%)

17) Siehe auch Deckl, S.: „Indikatoren der Einkommensverteilung in Deutschland 2003“ in WiSta 11/2006, S. 1178 ff.

Tabelle 8: Finanzielle Belastungen der Bevölkerung in Deutschland 2006  
Prozent

Bevölkerungsgruppe	Anteil der Haushalte, die ...								
	mit ihrem monatlichen Einkommen ... zurecht kommen						ihre monatlichen Wohnkosten als ... Belastung empfinden		
	sehr schlecht	schlecht	relativ schlecht	relativ gut	gut	sehr gut	große	gewisse	keine
Insgesamt .....	3	5	15	48	22	6	24	58	18
Alleinlebende .....	4	7	16	44	23	7	21	56	24
Zwei Erwachsene ohne Kind <sup>1)</sup> ...	(1)	3	11	52	27	6	19	62	19
Alleinerziehende .....	(7)	10	24	49	8	(2)	44	47	9
Zwei Erwachsene mit Kind(ern) ..	(3)	5	17	52	19	5	30	60	10

1) Kinder unter 18 Jahren sowie Kinder zwischen 18 und 24 Jahren, sofern sie mit mindestens einem Elternteil zusammenleben, nicht erwerbstätig sind und/oder sich noch in Ausbildung befinden.

als große Belastung empfunden (siehe Tabelle 8). Alleinerziehende kommen auch hier deutlich schlechter zurecht als andere Haushalte. So konnte lediglich jede(r) elfte Alleinerziehende sagen, dass die monatlichen Wohnkosten keine Probleme bereiten (Durchschnitt der Bevölkerung: 18%). Im Unterschied zum Durchschnitt der Bevölkerung, bei dem das für 76% der Haushalte zutrifft, kommt auch nur wenig mehr als die Hälfte (59%) der Alleinerziehenden mit dem monatlichen Einkommen relativ gut bis sehr gut zurecht (siehe auch Schaubild 4).

### Soziale Partizipation (Sondermodul 2006)

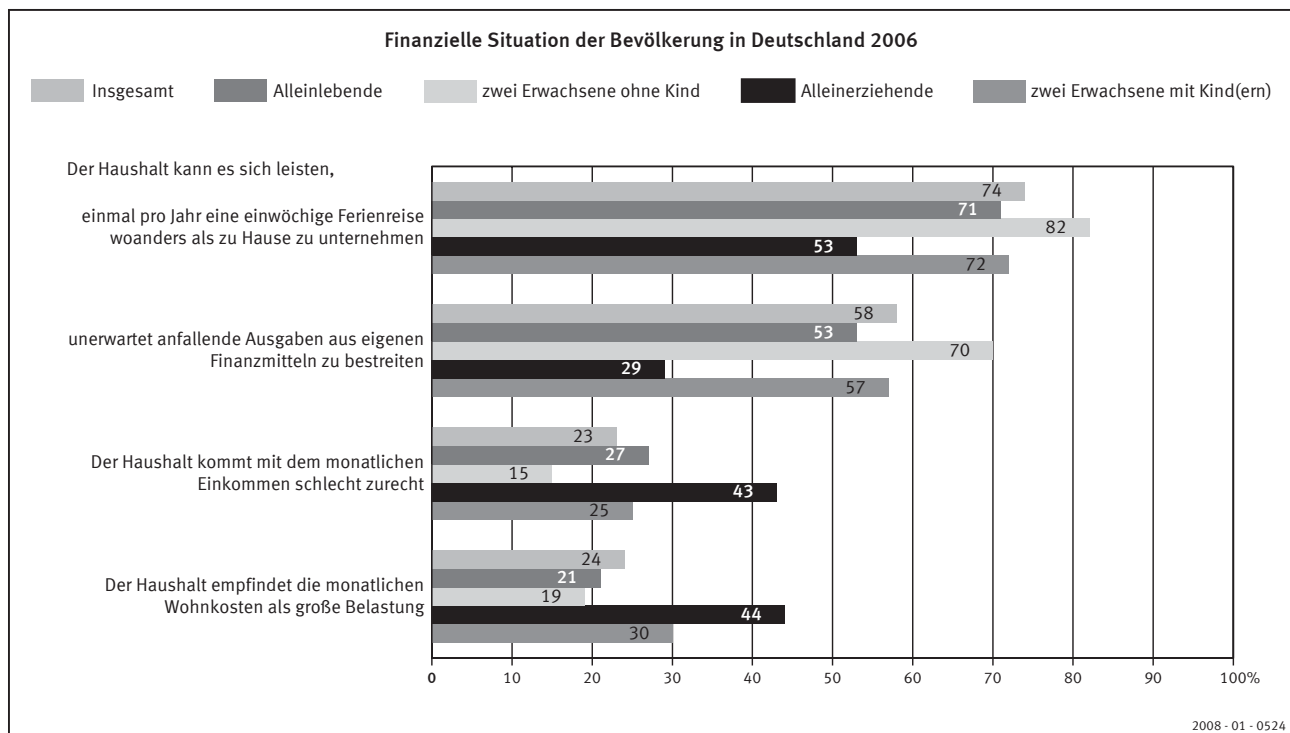
Im Folgenden werden Ergebnisse beschrieben, die aus dem Sondermodul „Soziale Partizipation“ des Erhebungsjahres 2006 für Deutschland ermittelt wurden (siehe Tabelle 9 auf S. 806).

83% der Personen im Alter von 16 Jahren und älter haben in Deutschland im Jahr 2005 mindestens einmal ein kul-

turelles Angebot wahrgenommen. Dazu zählen Kinobesuche, Besuche von Aufführungen (Schauspiel, Konzert, Oper, Ballett, Tanzaufführungen), der Besuch kultureller Stätten und der Besuch von Sportstätten. Armutsgefährdung führt offensichtlich zu weniger starker Nutzung des Kulturangebots: Während 85% der nicht armutsgefährdeten Personen im Alter von 16 Jahren und älter mindestens einmal kulturell aktiv waren, waren es bei den armutsgefährdeten nur zwei Drittel (66%). Am stärksten wurde das Kulturangebot von Personen mittleren Alters (zwischen 25 und 49 Jahren) wahrgenommen: Mehr als ein Drittel (37%) der insgesamt Aktiven gehörte zur dieser Altersgruppe.

Ein anderes Bild zeigt sich bei den sozialen Kontakten mit Freunden und Verwandten (siehe auch Schaubild 5 auf S. 806). Die Häufigkeit der Sozialkontakte ist offenbar unabhängig davon, ob Armutsgefährdung vorliegt oder nicht. Die große Mehrheit der Armutsgefährdeten (95%) als auch der nicht Armutsgefährdeten (97%) hat sich im Jahr 2005 min-

Schaubild 4



2008 - 01 - 0524

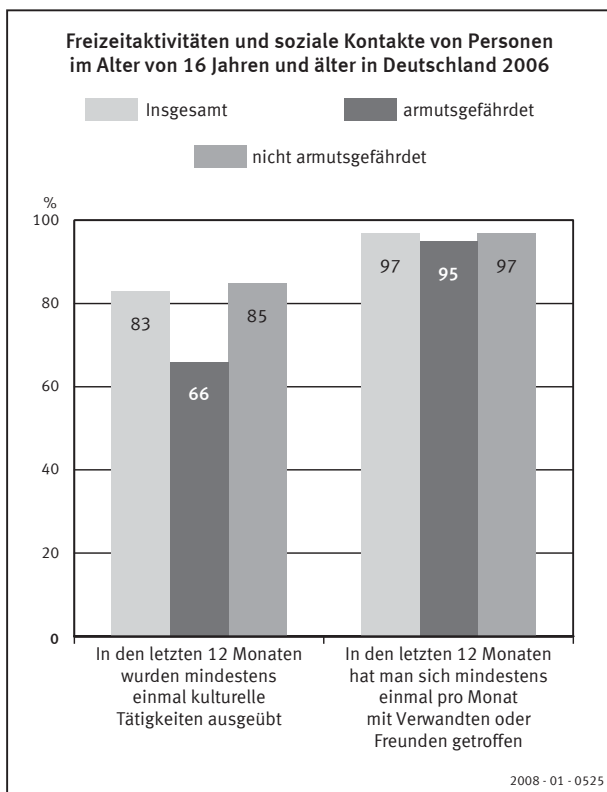
Tabelle 9: Freizeit und soziale Kontakte in Deutschland 2006  
Prozent

Bevölkerungsgruppe	Anteil der Personen im Alter von 16 Jahren und älter, die innerhalb der letzten 12 Monate <sup>1)</sup> ...					
	mindestens ein Mal kulturelle Tätigkeiten ausgeübt haben			sich mindestens ein Mal pro Monat mit Verwandten oder Freunden getroffen haben		
	insgesamt	Armutsgefährdete	nicht Armutsgefährdete	insgesamt	Armutsgefährdete	nicht Armutsgefährdete
Insgesamt .....	83	66	85	97	95	97
bis 24 Jahre ....	12	12	12	13	13	13
25 – 49 Jahre ...	37	27	38	42	37	42
50 – 64 Jahre ...	18	13	19	21	21	21
ab 65 Jahre .....	16	14	16	21	23	21
in Haushalten ohne Kind <sup>2)</sup> ...	52	46	52	62	68	61
in Haushalten mit Kind(ern) .	31	20	32	35	27	36
darunter:						
erwerbstätig ..	43	17	47	47	21	51
arbeitslos ....	4	12	3	6	20	4
im Ruhestand	19	15	19	24	25	24

1) Im Jahr 2005. – 2) Kinder unter 18 Jahren sowie Kinder zwischen 18 und 24 Jahren, sofern sie mit mindestens einem Elternteil zusammenleben, nicht erwerbstätig sind und/oder sich noch in Ausbildung befinden.

destens einmal monatlich mit Verwandten oder Freunden getroffen, in mehr als zwei Dritteln der Fälle (68%) waren das Personen in Haushalten ohne Kind.

Schaubild 5



## Verbreitung der Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA

Die Ergebnisse von LEBEN IN EUROPA finden vielfältige Verwendung in nationalen amtlichen Veröffentlichungen sowie in den europäischen Datenbanken und Berichten. Bisher bildeten Presseaktivitäten den Schwerpunkt der Berichterstattung des Statistischen Bundesamtes zu LEBEN IN EUROPA. Eine Fachserie mit Ergebnissen aus LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006, die nach Erscheinen (voraussichtlich Ende 2008) kostenfrei von der Internetseite des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de](http://www.destatis.de)) heruntergeladen werden kann, ist derzeit in Vorbereitung.

Das Internetangebot<sup>18)</sup> des Statistischen Bundesamtes wird zudem regelmäßig und sukzessive um neue Ergebnisse ergänzt. Neben der Darstellung der berechneten Indikatoren enthält das Angebot auch Verknüpfungen zu thematisch relevanten Veröffentlichungen (beispielsweise zu wissenschaftlichen Artikeln aus der Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik*, zu amtlichen Qualitätsberichten und zu Presseaktivitäten).

## Bereits erschienene und noch geplante Veröffentlichungen zu LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006

Übersicht 4 zeigt, welche Veröffentlichungen zu den Ergebnissen aus LEBEN IN EUROPA bereits erschienen und welche noch geplant sind.

Übersicht 4: Veröffentlichungen mit Ergebnissen aus LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006

Pressemitteilung „LEBEN IN EUROPA – EU-Indikatoren für Deutschland“ .....	21. Januar 2008
Pressemitteilung „Armutsgefährdung in Deutschland im europäischen Vergleich – Ergebnisse aus EU-SILC 2006“ .....	8. Juli 2008
Pressekonferenz „Familienland Deutschland“ (mit Beitrag aus LEBEN IN EUROPA) .....	22. Juli 2008
Statistisches Jahrbuch 2008 (mit Beitrag aus LEBEN IN EUROPA) .....	7. Oktober 2008
Fachserie/Tabellenband .....	voraussichtlich 4. Vj 2008

## Weitere Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA

Analog zur Vorgehensweise bei der Berechnung der Armutsgefährdungsquote können auch Reichtumsquoten aus LEBEN IN EUROPA berechnet werden.

### Einkommensreichtum

Setzt man als Reichtumsschwelle 200% des medianen Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung Deutschlands an, so ergibt sich (bezogen auf die Jahre 2004 und 2005) aus LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006 eine Reichtumsquote von jeweils 6%.

18) Siehe [www.destatis.de](http://www.destatis.de), Pfad: Weitere Themen → Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets → LEBEN IN EUROPA.

**Kinderbetreuung, Wohnumfeld, Gesundheitszustand u. a.**

Für die in LEBEN IN EUROPA ebenfalls erhobenen Angaben über Kinderbetreuung, über die Wohnsituation und das Wohnumfeld sowie über den subjektiven Gesundheitszustand und über weitere Erhebungstatbestände (z. B. Rückzahlung von Krediten) liegen derzeit weder bei Eurostat noch im Statistischen Bundesamt Auswertungen vor. Die Resultate für Deutschland können nach ihrem Erscheinen auf den jeweiligen Internetseiten abgerufen werden.

**Nutzungsmöglichkeiten der Einzeldaten aus LEBEN IN EUROPA**

Das Statistische Bundesamt sowie Eurostat bieten interessierten Datennutzern die Möglichkeit, die Einzeldaten aus LEBEN IN EUROPA wissenschaftlich auszuwerten. Übersicht 5 zeigt die derzeitigen Nutzungsmöglichkeiten.

Übersicht 5: Zugang zu Mikrodaten aus LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006

Zur wissenschaftlichen Nutzung verfügbare Mikrodaten	2005	2006
Statistisches Bundesamt/Forschungsdatenzentrum		
– On-Site-File am Arbeitsplatz für Gastwissenschaftler im Statistischen Bundesamt .....	X	X
– On-Site-File für die kontrollierte Datenfernverarbeitung .	X	X
– Scientific-Use-File .....	–1)	–1)
Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat)		
– Anonymisiertes Einzelmaterial .....	X	X

1) Erstellung bei Bedarf durch das Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes.

**Vorschau: nächste Erhebungen und Längsschnittanalysen**

Derzeit werden die Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA 2007 im Statistischen Bundesamt aufbereitet. Vorrangig ist dabei die durch Verordnung geregelte Lieferung der Zielvariablen an Eurostat. Für LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006 wurden zwischenzeitlich die Zielvariablen für die Längsschnittkomponente gebildet und an Eurostat geliefert. Die Erhebungen LEBEN IN EUROPA 2005, 2006 und 2007 werden dann die Basis für die ersten Längsschnittanalysen aus der deutschen EU-SILC-Erhebung bilden. Über neue Erkenntnisse und Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA wird auch weiterhin in dieser Zeitschrift berichtet werden. [u](#)

Dipl.-Volkswirt Hubert Vorholt

# Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 2005

*Die Baupreisindizes werden wie alle Preisindizes der amtlichen deutschen Preisstatistik nach dem Laspeyres-Konzept berechnet. Dies bedeutet, dass die Berechnungsgrundlagen in der Regel alle fünf Jahre angepasst werden, damit die Baupreisindizes repräsentativ sind für die in der Bauwirtschaft angewandten Bauverfahren und Bauweisen. An dieser Stelle wird über Änderungen im Zusammenhang mit der Umstellung der Baupreisindizes auf das Basisjahr 2005 berichtet. Abweichend von den übrigen Baupreisindizes werden jedoch der Preisindex für Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart und der Baukostenindex zu einem späteren Zeitpunkt auf das Basisjahr 2005 umgestellt, da sich diese Indizes auf Ergebnisse der Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte stützen und die Erzeugerpreisstatistik noch nicht auf das Basisjahr 2005 umgestellt ist.*

*An der grundlegenden Methodik der Berechnung der Indizes für Bauleistungspreise hat sich nichts geändert – abgesehen von der Einführung des geometrischen Mittels bei der Berechnung der Durchschnittsmesszahlen (Elementarindizes), die von den Statistischen Ämtern der Länder an das Statistische Bundesamt gemeldet werden. Bei dieser Berechnung wird für das Basisjahr 2005 anstelle des arithmetischen das geometrische Mittel verwendet. Die statistischen Ämter folgen hierbei den Empfehlungen von Experten und dem internationalen Trend zur Verwendung des geometrischen Mittels bei der Berechnung von Elementarindizes. Sonderrechnungen im Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt haben ergeben, dass hier die Umstellung der Berechnungsformel nur einen geringen Einfluss hatte.*

*Weitere Änderungen ergeben sich bei den Indizes der Bauleistungspreise durch den Wegfall der getrennten Nachweisungen für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder, durch den Wegfall der Preisindizes für gemischtgenutzte Gebäude und für Wohngebäude, Bauleistungen insgesamt. Neu eingeführt werden ein Preisindex für Außenanlagen, ein Preisindex für Architektur- und Ingenieurdienstleistungen und ein Preisindex für die Entwicklung der Kosten des Transfers von Grundstücken und Häusern auf den neuen Käufer.*

## Vorbemerkung

Dieser Beitrag berichtet über die Umstellung der Baupreisindizes auf das Basisjahr 2005. Diese erfolgt wie bei allen anderen Preisindizes in der Regel alle fünf Jahre, damit die Baupreisindizes repräsentativ sind für die in der Bauwirtschaft aktuell angewandten Bauverfahren und Bauweisen.

An der grundlegenden Methodik zur Berechnung der Indizes für Bauleistungspreise hat sich nichts geändert – abgesehen von der Einführung des geometrischen Mittels bei der Berechnung der Elementarindizes (siehe unten). Auf eine ausführliche Darstellung der Methodik wird deshalb an dieser Stelle verzichtet und hierzu auf frühere Darstellungen verwiesen.<sup>1)</sup>

Die Ergebnisse der Baupreisstatistik erscheinen in der Fachserie 17 „Preise“, Reihe 4 des Statistischen Bundesamtes unter dem Titel „Preisindizes für die Bauwirtschaft“; bis zum Jahr 2005 lautete die Bezeichnung der Reihe „Messzahlen

1) Siehe Vorholt, H.: „Zur Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 1991“ in WiSta 1/1995, S. 21 ff., sowie ders.: „Zur Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 1995“ in WiSta 9/1998, S. 762 ff.



für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke“. Mit der Umbenennung wurde der Sachlage Rechnung getragen, dass in der Fachserie neben den Baupreisindizes, die die Preisentwicklungen im konventionellen Bau darstellen, auch die Entwicklung der Preise für Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart, für Baukosten, für Bauland und – mit der Umstellung auf das neue Basisjahr 2005 zum Berichtsmont August 2008 – die Entwicklung der Preise für Architektur- und Ingenieurdienstleistungen sowie für die Entwicklung der Kosten des Transfers von Grundstücken und Häusern auf den neuen Käufer nachgewiesen werden. Zur Vermeidung von Missverständnissen werden daher im Folgenden die Baupreisindizes für den konventionellen Bau als „Indizes der Bauleistungspreise“ bezeichnet.

## 1 Neuberechnung bei den Indizes der Bauleistungspreise

### 1.1 Nachweis für verschiedene Gebietsstände

Mit der Einführung des Basisjahres 1991 veröffentlichte das Statistische Bundesamt Indizes für Bauleistungspreise für Deutschland insgesamt (nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990). Daneben wurden auch entsprechende Indizes für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder berechnet und publiziert.<sup>2)</sup> Angesichts unterschiedlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in den beiden Teilgebieten wurde erwartet, dass sich hier auch die Baupreise

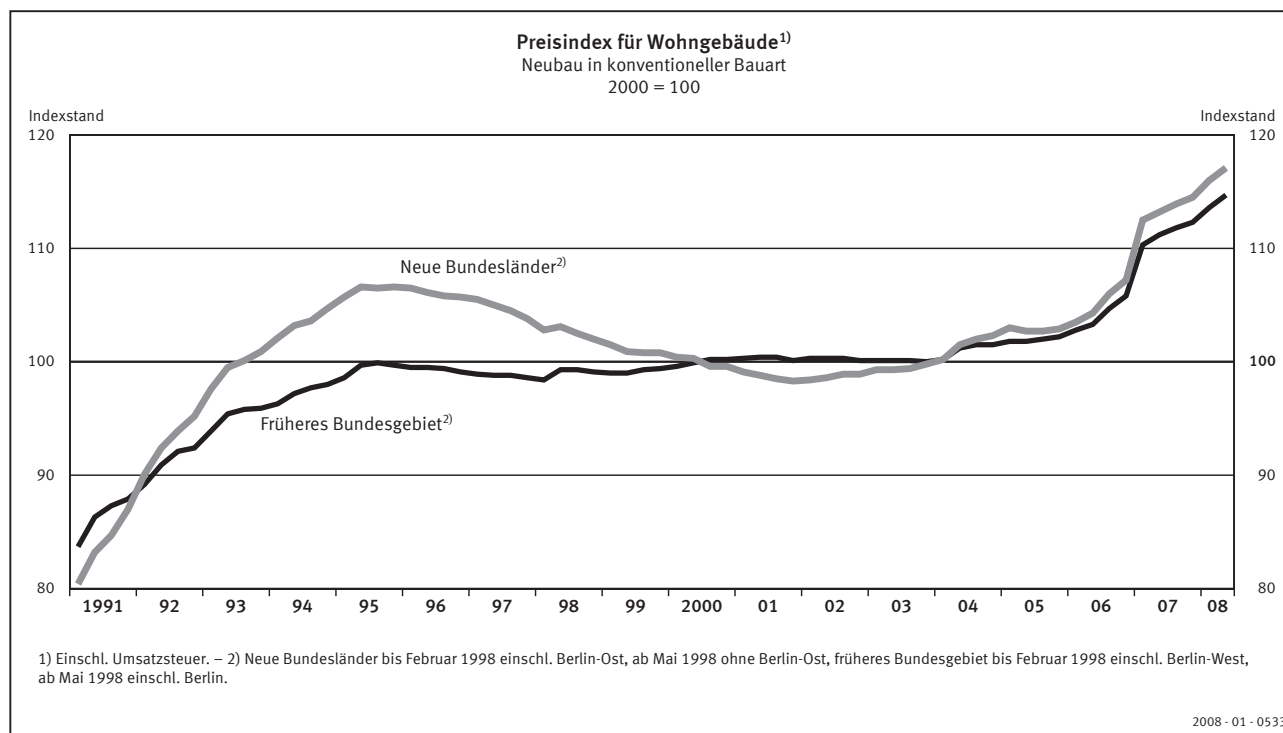
unterschiedlich entwickeln würden. Schaubild 1 zeigt, dass dies tatsächlich der Fall war. In den neuen Bundesländern stiegen die Bauleistungspreise ab 1991 zunächst deutlich stärker als im früheren Bundesgebiet. Ab etwa 1995 zeigte sich dann eine umgekehrte Tendenz, die Bauleistungspreise stiegen im früheren Bundesgebiet leicht an, während sie in den neuen Bundesländern bis etwa 2002 rückläufig waren. Seitdem haben sich die Preisentwicklungen stark angeglichen, sodass eine Nachweisung von Baupreisindizes für Deutschland nach drei Gebietsständen nicht mehr erforderlich erscheint.

Da inzwischen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die Bauinvestitionen für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder nicht mehr separat berechnet werden und auch bei den Auftragseingängen und -beständen im Baugewerbe die unterschiedliche Berechnung in Kürze eingestellt wird, bestehen auch diese statistikinternen Anforderungen für die getrennte Berechnung von Indizes für Bauleistungspreise nicht mehr. Der Nachweis für die verschiedenen Gebietsstände wird daher eingestellt, wie dies in den meisten anderen Statistiken bereits geschehen ist.

### 1.2 Nachweis für Bauwerksarten und Außenanlagen

Die Indizes der Bauleistungspreise zeigen, wie sich die Preise für den konventionellen Bau ausgewählter Bauwerke entwickelt haben. Die Auswahl der Bauwerke, für die Preisindizes berechnet werden, wird mit jedem neuen Basisjahr

Schaubild 1



2) Siehe Vorholt, H., 1995, a.a.O. (Fußnote 1).

überprüft. Mit der Einführung des Basisjahres 2005 entfällt unter den Wohngebäudearten die Nachweisung für „gemischtgenutzte Gebäude“. Die Entwicklung dieses Index war in der Vergangenheit mit der für Wohngebäude insgesamt sehr ähnlich, sodass die Berechnung kaum zusätzliche Informationen brachte. Aus den gleichen Gründen werden voraussichtlich mit der Umstellung auf das Basisjahr 2010 die Nachweisungen für Einfamilien- bzw. Mehrfamiliengebäude ebenfalls eingestellt werden. Ab diesem Zeitpunkt wird nur noch für Wohngebäude insgesamt ein Preisindex veröffentlicht werden.

Die Indizes der Bauleistungspreise decken üblicherweise die Bauleistungen am Bauwerk ab [Kostengruppen 300 (Bauwerk – Baukonstruktionen) und 400 (Bauwerk – Technische Anlagen) der DIN 276-1]. Für Wohngebäude wurde bisher auch ein Preisindex berechnet, der die Preisentwicklung von Außenanlagen (Kostengruppe 500), Ausstattung (Kostengruppe 600) und ausgewählte Baunebenkosten (Kostengruppe 700), nämlich Architekten- und Ingenieurleistungen im Rahmen des Neubaus von Wohngebäuden, nachweist.<sup>3)</sup>

Da sich bei den für die Neuaufstellung der Wägungsschemata für Bauleistungen für das Basisjahr 2005 ausgewerteten Leistungsverzeichnissen realer Baumaßnahmen keine Ausgaben für Ausstattung fanden und für Architekten- und Ingenieurleistungen künftig ein Preisindex in veränderter Abgrenzung veröffentlicht wird (siehe Abschnitt 2.1), war die Darstellung des Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen insgesamt in der bisherigen Form nicht mehr sinnvoll. Sie wird daher mit der Einführung des Basisjahres 2005 eingestellt. Die Nachweisung für die Preisentwicklung von Außenanlagen für Wohngebäude erfolgt künftig in Form eines eigenständigen Index, jedoch ohne weitere Aufschlüsselung nach Bauarbeiten.

### 1.3 Erhebungspositionen

Die Indizes der Bauleistungspreise basieren auf einer Erhebung der Preise für ausgewählte Bauleistungen, die beim konventionellen Neubau und bei der Instandhaltung von Wohngebäuden immer wieder in ähnlicher Weise ausgeführt werden. Diese Erhebungspositionen bilden den „Warenkorb“ für die Indizes der Bauleistungspreise, vergleichbar mit dem Warenkorb in der Verbraucherpreisstatistik. Damit die Indizes der Bauleistungspreise dem aktuellen Stand der Bauverfahren und der Bauweisen entsprechen, wird auch die Auswahl und Beschreibung der Erhebungspositionen regelmäßig aktualisiert.

Mit der Umstellung auf das Basisjahr 2005 sind 13 Erhebungspositionen entfallen, wobei deren Inhalt in die Beschreibung von 14 anderen Erhebungspositionen integriert wurde. Sind beispielsweise vorher die Preise für „Stabparkett“ und „Mosaik- und Fertigparkett“ in separaten Positionen erhoben worden, so erfolgt jetzt eine Erhebung für

„Parkettboden“. Die Parkettart wird nun durch die befragte Berichtsstelle entsprechend dem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit festgelegt. Fünf weitere Erhebungspositionen sind entfallen, da bei den ausgewerteten Leistungsverzeichnissen hierfür keine Kosten nachgewiesen wurden. Dies sind: Pflanzen von Polyantha-Rosen, Verlegen von Dachplatten aus Beton, Einbau eines Einbauschranks, Verglasen von Fenstern und Schaufenstern mit Mehrscheibenisolierverglasung<sup>4)</sup> sowie Installation eines Spültisches.

Diese (temporären) Einsparungen dienen einer Umschichtung der Erhebungspositionen. Vor Beginn 2010, dem nächsten Basisjahr, werden Preiserhebungen für Bauleistungen bei den Bauarbeiten eingeführt, die aus fachlicher Sicht besser abgedeckt sein sollten. Trotz weitgehend konstanter Anzahl der Erhebungspositionen wird so eine Qualitätsverbesserung bei den Indizes der Bauleistungspreise erreicht werden.

Tabelle 1: Anzahl der Erhebungspositionen (Bauleistungen) nach Baubereichen

Baubereich	Basis 2000 = 100	Basis 2005 = 100
Bauleistungen insgesamt .....	204	186
Hochbau .....	161	146
Rohbau .....	58	56
Ausbau .....	103	90
Tiefbau .....	28	26
Instandhaltung .....	15	14

### 1.4 Gewichtung der Landesmesszahlen

Die Preiserhebung für die ausgewählten Bauleistungen erfolgt durch die Statistischen Ämter der Länder. Diese bilden aus den Meldungen der Berichtsstellen Firmen-Messzahlen (Verhältnis des von der Berichtsstelle für eine Erhe-

Tabelle 2: Gewichtung der Landesmesszahlen bei der Berechnung der Bundesmesszahlen für Deutschland<sup>1)</sup>  
Wägungsanteile in %

Bundesland	Basis 2000 = 100	Basis 2005 = 100
Deutschland .....	100	100
Baden-Württemberg .....	11,51	12,96
Bayern .....	17,38	18,22
Berlin .....	4,51	3,36
Brandenburg .....	4,16	3,41
Bremen .....	1,09	0,91
Hamburg .....	2,35	3,35
Hessen .....	6,63	6,98
Mecklenburg-Vorpommern .....	2,83	2,33
Niedersachsen .....	8,56	9,45
Nordrhein-Westfalen .....	17,43	17,55
Rheinland-Pfalz .....	4,12	4,44
Saarland .....	1,10	1,25
Sachsen .....	7,83	6,60
Sachsen-Anhalt .....	4,36	3,58
Schleswig-Holstein .....	2,43	2,38
Thüringen .....	3,71	3,23

1) Abgeleitet aus den baugewerblichen Umsätzen – Bauhaupt- und Ausbaugewerbe, ohne Fertigteilbau – nach Bundesländern.

3) Ebenfalls nachgewiesen wurde hier die Entwicklung der Kosten der Verwaltungsleistungen des Bauherren bei der Vorbereitung und Durchführung eines Bauvorhabens, die jedoch nicht in der DIN 276-1 aufgeführt werden, sondern in der „Verordnung über wohnungswirtschaftliche Berechnungen nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz (Zweite Berechnungsverordnung – II. BV)“.

4) Es werden damit nur noch Preise für den Einbau von Fenstern und Schaufenstern mit Isolierverglasung als Komplettleistung im Rahmen der Tischlerarbeiten sowie der Metallbauarbeiten erhoben.

bungsposition aktuell gemeldeten Preises zum Durchschnitt der Preise, die von der Berichtsstelle für die gleiche Erhebungsposition im Basisjahr gemeldet wurden). Aus den Firmen-Messzahlen einer Erhebungsposition werden Durchschnittsmesszahlen („Landesmesszahlen“) berechnet, die an das Statistische Bundesamt weitergeleitet werden.<sup>5)</sup> Hier erfolgt für jede Erhebungsposition die Berechnung eines Bundesdurchschnitts („Bundesmesszahlen“). Bei der Berechnung dieses Bundesdurchschnitts werden die Landesmesszahlen mit dem Anteil des Landes am baugewerblichen Umsatz in Deutschland im Basisjahr gewogen gemittelt. Mit der Umstellung auf das Basisjahr 2005 wurde auch die Gewichtung der Landesmesszahlen aktualisiert.

## 1.5 Gewichtung der Messzahlen für Erhebungspositionen

Aus den Bundesmesszahlen für die einzelnen Bauleistungen werden die Indizes der Bauleistungspreise berechnet, indem die Messzahlen der Bauleistungen – gewogen entsprechend ihrer jeweiligen „Bedeutung“ beim Neubau der nachgewiesenen Bauwerksarten – in die Mittelwertberechnung eingehen.

Die Gewichte sind abhängig von den im Basisjahr aktuellen Bauverfahren und Bauweisen. Sie wurden früher vom Statistischen Bundesamt durch die Auswertung von Abrechnungsmaterialien bzw. Leistungsverzeichnissen realer Baumaßnahmen ermittelt. Diese Arbeiten haben im Statistischen Bundesamt immer sehr viele Kapazitäten gebunden und können nicht mehr in vollem Umfang geleistet werden. Zur Neubasierung auf das Jahr 2005 wurde deshalb für den Hochbau die Beschaffung und Grundausswertung von Abrechnungsmaterialien erstmals durch einen externen Dienstleister vorgenommen. Für die Wägungsschemata des Preisindex für Wohngebäude wurden 20 Baumaßnahmen, für die des Preisindex für Bürogebäude und des Preisindex für gewerbliche Betriebsgebäude jeweils zehn Baumaßnahmen ausgewertet.

Wie bei früheren Indexumstellungen wurden die Wägungsschemata nur teilweise – in diesem Fall für den Hochbau – grundlegend neu ermittelt. Für den Tiefbau und für die Instandhaltung wurden die bisherigen Wägungsschemata aktualisiert, indem die Wägungsanteile der Bauleistungen mit der Preisentwicklung der jeweiligen Bauleistungen zwischen 2000 und 2005 fortgeschrieben wurden.

Der Rückgang des Gewichts der Rohbauarbeiten gegenüber dem Basisjahr 2000 (von 48,0 auf 46,2%) und die entsprechende Zunahme des Gewichts der Ausbauarbeiten (von 52,0 auf 53,8%) folgen bei den Wägungsschemata der Statistik der Bauleistungspreise dem Trend seit dem Basisjahr 1985. Ansonsten fällt es schwer – angesichts der insgesamt relativ geringen Zahl ausgewerteter Baumaßnahmen –, aus den Gewichtsverschiebungen einen Trend abzuleiten. Bei Putz- und Stuckarbeiten erklärt sich die Gewichtsabnahme durch die Herausnahme der Bauleistung Wärmedämm-Ver-

Tabelle 3: Gewichte ausgewählter Bauarbeiten beim Neubau von Wohngebäuden  
Wägungsanteile in ‰

Bauwerksart Ausgewählte Bauarbeiten	Basis 2000 = 100	Basis 2005 = 100
Wohngebäude .....	1 000	1 000
Rohbauarbeiten .....	479,66	461,68
Erdarbeiten .....	35,12	36,66
Entwässerungskanalarbeiten .....	11,90	8,79
Mauerarbeiten .....	150,00	117,35
Betonarbeiten .....	157,85	140,30
Zimmer- und Holzbauarbeiten .....	43,73	63,89
Abdichtungsarbeiten .....	11,72	10,12
Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten .....	39,28	57,10
Klempnerarbeiten .....	17,83	13,09
Ausbauarbeiten .....	520,34	538,32
Naturwerksteinarbeiten .....	12,23	10,73
Putz- und Stuckarbeiten .....	68,99	45,21
Wärmedämm-Verbundsysteme .....	–	25,75
Trockenbauarbeiten .....	37,91	31,15
Fliesen- und Plattenarbeiten .....	32,20	32,63
Estricharbeiten .....	22,15	19,99
Tischlerarbeiten .....	79,17	99,19
Parkettarbeiten .....	11,22	17,27
Rollladenarbeiten .....	9,38	14,47
Metallbauarbeiten .....	37,04	37,14
Maler- und Lackierarbeiten – Beschichtungen .....	21,64	16,12
Bodenbelagsarbeiten .....	13,28	8,88
Tapezierarbeiten .....	6,44	12,62
Heizanlagen und zentrale Wassererwärmungsanlagen .....	60,88	70,01
Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen innerhalb von Gebäuden .....	46,21	48,04
Nieder- und Mittelspannungsanlagen ...	35,96	36,20

bundsysteme, die zum Basisjahr 2005 eine eigenständige Bauarbeit bilden. Hier wird eine Veränderung in der VOB (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen), die die Grundlage für die Abgrenzung der Bauarbeiten bildet, nachvollzogen.

Die vollständigen Wägungsschemata für die Erhebungspositionen enthalten die Anhangtabellen auf S. 818 ff.

## 1.6 Berechnungsverfahren

Wie bisher erfolgt die Berechnung des Index der Bauleistungspreise nach der Laspeyres-Formel. Hierbei werden die Messzahlen für die Erhebungsposition mit dem Gewicht dieser Positionen im Basisjahr gewogen gemittelt und ergeben so den Gesamtindex.

Die in die Laspeyres-Formel eingehenden Messzahlen sind die Bundesmesszahlen, die – wie in Abschnitt 1.4 erwähnt – als gewogenes Mittel der Landesmesszahlen berechnet werden. Die Landesmesszahlen wiederum sind jeweils die Mittelwerte der einzelnen Firmen-Messzahlen für die Erhebungspositionen auf Landesebene.

Die Landesmesszahlen werden auch Elementaraggregate bzw. Elementarindizes genannt, weil sie die erste Stufe der Aggregation darstellen. Auf dieser Stufe der Mittelwertbildung sind keine Gewichtungsinformationen verfügbar,

<sup>5)</sup> Zur Durchschnittsberechnung siehe Abschnitt 1.6 Berechnungsverfahren.

sodass die Firmen-Messzahlen gleichgewichtet in die Mittelwertbildung eingehen.

Für die Art der Mittelwertbildung gibt es eine intensive wissenschaftliche Diskussion. Die Diskussion setzt überwiegend an den formalen Eigenschaften der Formeln zur Berechnung von Elementaraggregaten an.<sup>6)</sup> Folgende Alternativen werden für die Berechnung von Elementarindizes hauptsächlich diskutiert:

- Arithmetisches Mittel der Preismesszahlen (Carli-Formel) =

$$\left( \frac{\sum_i p_i(t)}{\sum_i p_i(0)} \right) / n$$

- Messzahl der arithmetisch gemittelten Preise (Dutot-Formel) =

$$\frac{\sum_i p_i(t) / n}{\sum_i p_i(0) / n}$$

- Geometrisches Mittel der Preismesszahlen bzw. Messzahl der geometrisch gemittelten Preise (Jevons-Formel) =

$$\sqrt[n]{\prod_i \frac{p_i(t)}{p_i(0)}} = \frac{\sqrt[n]{\prod_i p_i(t)}}{\sqrt[n]{\prod_i p_i(0)}}$$

$p_i(t), p_i(0)$ : Preis der Einzel-Bauleistung  $i$  der jeweiligen Erhebungsposition zum Zeitpunkt  $t$  bzw. zum Zeitpunkt 0

$n$ : Anzahl der Einzel-Bauleistungen der jeweiligen Erhebungsposition

Bisher wurde in der Preisstatistik bei der Berechnung der Elementarindizes zumeist die Carli-Formel angewendet – mit Ausnahme der Verbraucherpreisstatistik, wo die Dutot-Formel angewendet wird. Die Carli-Formel hat den praktischen Vorteil, dass durch die Bildung von Preismesszahlen im ersten Berechnungsschritt die extrem streuenden gemeldeten Preise der einzelnen Bauleistungen einer Erhebungsposition – je nach zugrunde liegender Spezifikation der Bauleistung – durch den Bezug auf den Preis für die gleiche Spezifikation im Basisjahr (Firmen-Messzahl) untereinander gut vergleichbar sind und so eine Plausibilitätsprüfung erleichtern.

Gerade die Carli-Formel wird jedoch in den letzten Jahren zunehmend kritisch gesehen, weil sie bestimmte formale Eigenschaften nicht erfüllt. Als wünschenswerte formale Eigenschaft an eine Formel zur Berechnung eines Elementarindex wird beispielsweise die Erfüllung des Permutationstests gesehen: Werden die Preise eines Gutes von verschiedenen Anbietern untereinander vertauscht, sollte auch der Elementarindex unverändert bleiben.

Hypothetisches Beispiel zur Berechnung eines Preisindex nach verschiedenen Berechnungsformeln

Periode	Preis eines Gutes beim Anbieter			Elementarindex auf Basis der		
	1	2	3	Jevons-Formel	Dutot-Formel	Carli-Formel
0 .....	10	20	30	100	100	100
1 .....	30	10	20	100	100	138,9
2 .....	20	30	10	100	100	127,8
3 .....	10	20	30	100	100	100,0

Diese Eigenschaft wird vom Dutot-Index und vom Jevons-Index erfüllt, nicht jedoch vom Carli-Index.<sup>7)</sup>

Als weitere wünschenswerte Eigenschaft an eine Formel zur Berechnung eines Elementarindex wird der Zeitumkehrtest gesehen: Werden das Basis- und Berichtsjahr vertauscht, sollte sich genau der reziproke Preisindex ergeben. Aus dieser Eigenschaft folgt auch, dass sich unabhängig von der Basisperiode gleiche Veränderungsraten von Periode zu Periode ergeben. Diese Eigenschaft wird ebenfalls von der Dutot-Formel<sup>8)</sup> und von der Jevons-Formel erfüllt und von der Carli-Formel nicht erfüllt.

Beim Harmonisierten Verbraucherpreisindex für Deutschland ist wegen dieser Nachteile die Anwendung der Carli-Formel explizit ausgeschlossen.<sup>9)</sup> Aktuelle Bedeutung erhält die Wahl der Formel bei der Berechnung der Elementarindizes in der Statistik der Bauleistungspreise dadurch, dass Ergebnisse dieser Statistik in den Häuserpreisindex einfließen und diskutiert wird, den Häuserpreisindex in den Harmonisierten Verbraucherpreisindex zu integrieren.<sup>10)</sup> Eine Beibehaltung der Carli-Formel bei der Berechnung der Indizes der Bauleistungspreise würde im Widerspruch zu den Vorgaben des Harmonisierten Verbraucherpreisindex stehen. Mit der Umstellung auf das Basisjahr 2005 wurde daher bei der Berechnung der Elementarindizes die Jevons-Formel eingeführt. Bei den Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen wird diese Formel bereits angewendet und ihre Anwendung ist mittlerweile auch international sehr verbreitet.<sup>11)</sup>

6) Siehe Internationaler Währungsfonds (Hrsg.): „Producer Price Index Manual“, Kapitel 20 „Elementary Indices“ ([www.imf.org](http://www.imf.org) → What the IMF Does → statistics → Producer Price Index Manual → Elementary Indices; Stand: 22. September 2008); Dalén, J.: „Computing Elementary Aggregates in the Swedish Consumer Price Index“ in Journal of Official Statistics, Vol. 8, No. 2, 1992, S. 129 ff., sowie Leifer, H.-A.: „Zur Berechnung von Preismaßzahlen auf der „Elementarebene“ des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVP)“ in Allgemeines Statistisches Archiv 83 (1999), S. 338 ff.

7) Diese Bewertung gilt allerdings unter der Annahme, dass hinter den ausgewählten Gütern gleiche Mengen stehen. Sind die Umsätze der Güter gleich, liefert der Elementarindex auf Basis der Carli-Formel das richtige Ergebnis. Die Anwendung der Carli-Formel bei der Berechnung von Elementarindizes ist daher dann begründet, wenn bei der Auswahl der Berichtsstellen je Erhebungsposition (und damit bei den Gütervarianten) darauf geachtet wird, dass die Umsatzanteile der Berichtsstellen bzw. Güter ähnlich sind. Dies ist jedoch in der Praxis schwer umzusetzen.

8) Die Dutot-Formel hat wiederum den Nachteil, dass Güter mit hohem (niedrigem) Preis in der Basisperiode einen hohen (niedrigen) Einfluss auf die ermittelte durchschnittliche Preisveränderung haben. Die Grundidee der Mittelwertbildung ist jedoch, dass die einzelnen Güter, über deren Bedeutung keine Informationen vorliegen, gleich wichtig („repräsentativ“) für die Mittelwertbildung sein sollen.

9) Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission vom 9. September 1996 über anfängliche Maßnahmen zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates über harmonisierte Verbraucherpreisindizes (Amtsbl. der EG Nr. L 229, S. 3). Das Verbot der Carli-Formel findet sich in Artikel 7, der auf den Anhang II Bezug nimmt.

10) Siehe Dechent, J.: „Preisstatistische Erfassung des selbst genutzten Wohneigentums“ in WiSta 11/2004, S. 1295 ff., ders.: „Häuserpreisindex – Entwicklungsstand und aktualisierte Ergebnisse“ in WiSta 12/2006, S. 1285 ff., sowie ders.: „Häuserpreisindex – Projektfortschritt und erste Ergebnisse für bestehende Wohngebäude“ in WiSta 1/2008, S. 69 ff.

11) Siehe Goldhammer, B.: „Die neuen Erzeugerpreisindizes für Güterverkehr und Logistik“ in WiSta 11/2007, S. 1097 ff., hier: S. 1098 f.

Im Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt wurden Indizes der Bauleistungspreise für den Zeitraum Februar 2005 bis November 2007 sowohl mit Elementarindizes auf Basis der Carli-Formel als auch mit solchen auf Basis der Jevons-Formel ermittelt. Die Ergebnisse für den Preisindex für Wohngebäude enthält Tabelle 4.

Tabelle 4: Preisindex für Wohngebäude  
Sachsen-Anhalt, 2005 = 100

Periode	Elementarindizes auf Basis der		Differenz
	Jevons-Formel	Carli-Formel	
Februar 2005 .....	100,1	100,1	0
Mai 2005 .....	99,8	99,8	0
August 2005 .....	100,0	100,0	0
November 2005 .....	100,1	100,1	0
Februar 2006 .....	100,6	100,6	0
Mai 2006 .....	100,9	100,9	0
August 2006 .....	101,8	101,8	0
November 2006 .....	102,5	102,6	-0,1
Februar 2007 .....	106,4	106,5	-0,1
Mai 2007 .....	106,9	107,0	-0,1
August 2007 .....	107,3	107,4	-0,1
November 2007 .....	107,8	107,9	-0,1

Die Ergebnisse für die anderen Gebäudearten waren vergleichbar. In wenigen Fällen betrug die Abweichung 0,2 Prozentpunkte und in einer Periode 0,3 Prozentpunkte. Dass die Indizes, die auf der Jevons-Formel basieren, geringer oder höchstens gleich sind im Vergleich zur Anwendung der Carli-Formel ist kein Zufall, sondern ist systematisch bedingt, was sich auch formal zeigen lässt. Die Größe des Unterschieds hängt von der Streuung der in die Mittelwertberechnung einbezogenen Firmen-Messzahlen ab. Je größer diese ist, desto größer ist auch der Unterschied zwischen dem Elementarindex nach der Carli- und dem nach der Jevons-Formel und damit die Unterschiede zwischen den jeweils darauf beruhenden Indizes der Bauleistungspreise.

## 1.7 Ergebnisse

Mit jeder Umstellung auf ein neues Basisjahr werden die Preisindizes ab dem Beginn des neuen Basisjahres neu berechnet. Dadurch stehen für einen Überlappszeitraum – in diesem Fall Februar 2005 bis Mai 2008 – Ergebnisse auf der alten Basis und der neuen Basis zur Verfügung und können miteinander verglichen werden.

Der Vergleich zeigt, dass die Veränderungsrate der Indizes der Bauleistungspreise auf der Basis 2005 durchweg geringer sind als die auf der Basis 2000. Der Unterschied beträgt bis zu 1,6 Prozentpunkte (bei Einfamiliengebäuden). Hierzu hat wesentlich beigetragen, dass Bauarbeiten, die auf Basis 2000 im Zeitraum Februar 2000 bis Mai 2008 eine unterdurchschnittliche Preissteigerung aufwiesen (z.B. Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten +10,3% sowie Rollladenarbeiten +7,8% gegenüber +12,9% bei Wohnge-

Tabelle 5: Preisveränderungen für Bauwerke (konventionelle Bauart) im Zeitraum von Februar 2005 bis Mai 2008  
Prozent

Bauwerksart	Basis 2000 = 100	Basis 2005 = 100
Wohngebäude insgesamt .....	+12,9	+11,5
Einfamiliengebäude .....	+12,8	+11,2
Mehrfamiliengebäude .....	+13,1	+12,4
Bürogebäude .....	+13,6	+12,4
Gewerbliche Betriebsgebäude .....	+14,3	+13,3
Straßenbau .....	+15,9	+14,4
Brücken im Straßenbau .....	+15,0	+13,8
Ortskanäle .....	+12,3	+11,0

bäude insgesamt) auf der Basis 2005 mit einem teilweise deutlich höheren Gewicht in den Gesamtindex eingehen und umgekehrt, dass Bauarbeiten mit überdurchschnittlicher Preissteigerung in dem Zeitraum (z. B. Klempnerarbeiten +24,1%) auf der neuen Basis mit geringerem Gewicht in den Preisindex für Wohngebäude eingehen. Aber auch die umgekehrte Tendenz lässt sich beobachten, sodass ohne aufwendige Sonderrechnungen nicht zu beurteilen ist, in welchem Umfang die Umstellung der Berechnung der Elementarindizes durch die Einführung des geometrischen Mittels zu den geringeren Veränderungsrate auf der Basis 2005 (in diesem Fall beim Preisindex für Wohngebäude) beiträgt.

## 2 Sonstige Neuberechnungen

### 2.1 Preisindex für Architektur- und Ingenieurdienstleistungen

Das Statistische Bundesamt entwickelt zurzeit im Rahmen der Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen aufgrund von Vorgaben der Europäischen Union (EU) unter anderem einen Preisindex für Architektur- und Ingenieurdienstleistungen.<sup>12)</sup> Da hier große Überschneidungen mit der bisherigen Nachweisung für Architekten- und Ingenieurleistungen im Rahmen des Baupreisindex für Wohngebäude, Bauleistungen insgesamt und damit Doppelarbeiten vorliegen würden, werden die innerhalb der Statistik der Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen ermittelten Ergebnisse für Architektur- und Ingenieurdienstleistungen von der Baupreisstatistik übernommen und separat in der Fachserie 17 „Preise“, Reihe 4 „Preisindizes für die Bauwirtschaft“ des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht. Die Preisindizes werden im Folgenden ausführlich erläutert.

Die neuen Indizes für Architektur- und Ingenieurdienstleistungen haben einen breiteren Erhebungsbereich als die bisherigen Nachweisungen im Rahmen des Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen insgesamt. Der Erhebungsbereich erstreckt sich entsprechend der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) auf die Wirtschaftsklasse 74.2 „Architektur- und Ingenieurbüros“<sup>13)</sup>.

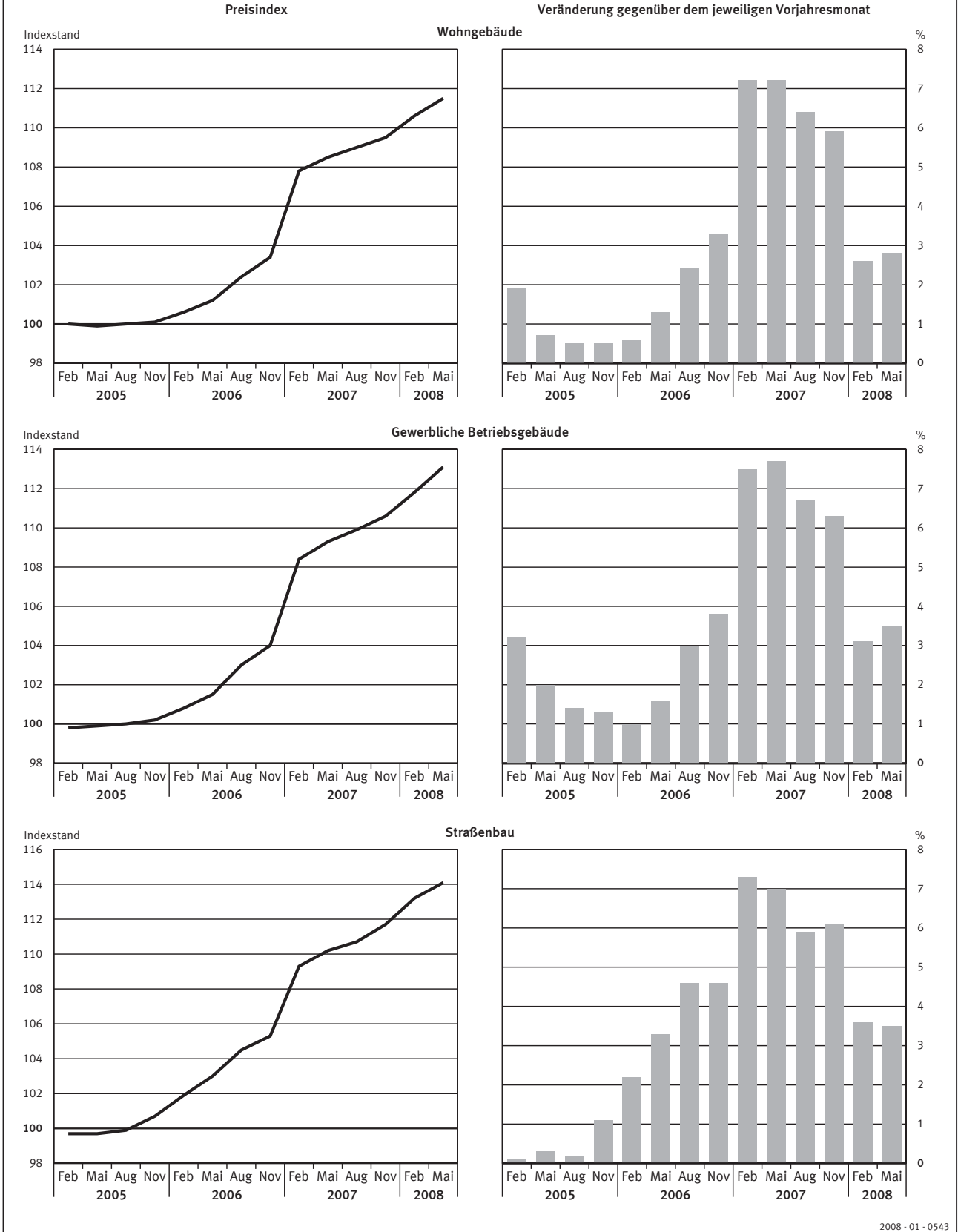
12) Zu den neuen Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen siehe Roemer, P./Stroh, A./Lorenz, S.: „Entwicklung von Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen“ in WiSta 12/2005, S. 1248 ff., hier: S. 1249 f., sowie „Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen: Informationen zum Entwicklungsprojekt Architektur- und Ingenieurdienstleistungen (WZ 74.20)“ im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes ([www.destatis.de](http://www.destatis.de), Pfad: Preise → Erzeuger- und Großhandelspreise → Erzeugerpreise für Dienstleistungen → Hintergrundinformationen → Architektur- und Ingenieurdienstleistungen).

13) Ab dem Berichtsjahr 2009 ist die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) anzuwenden. Die Wirtschaftsklasse „Architektur- und Ingenieurbüros“ ist in der überarbeiteten Ausgabe unter 71.1 zu finden, wobei in der Gesamtbetrachtung dieser Klasse keine Änderungen in den Definitionen und Abgrenzungen vorgenommen werden.



Schaubild 2

**Ausgewählte Preisindizes für Bauwerke**  
Neubau in konventioneller Bauart  
2005 = 100



2008 - 01 - 0543

Grundsätzlich sind dabei alle hierzu zählenden Architektur- und Ingenieurdienstleistungen einzubeziehen, und zwar unabhängig davon, ob sie im Zusammenhang mit Projekten im Hochbau oder Tiefbau erbracht werden. Des Weiteren sind sowohl durch die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) geregelte Leistungen als auch außerhalb dieser geregelte Leistungen zu erfassen.

Zurzeit spiegeln die Preisindizes für Architektur- und Ingenieurdienstleistungen lediglich die Preisentwicklung von Leistungen wider, deren Abrechnung auf der Grundlage der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure erfolgt. Vom Grundsatz her ist die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure gültiges und verpflichtendes Preisrecht für Architekten und Ingenieure sowie öffentliche und private Bauherren in Deutschland. Abweichungen hiervon sind nur in wenigen definierten Fällen zulässig. Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure legt die Höhe und die Ermittlung der Honorare für Architekten und Ingenieure differenziert nach unterschiedlichen Leistungsbildern fest. Insbesondere Leistungen, die nicht den Leistungsbildern der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure entsprechen, dürften daher in der Regel nicht auf Grundlage der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure abgerechnet werden. Im Allgemeinen entspricht der Großteil aller ausgeführten Architektur- und Ingenieurdienstleistungen im Bausektor jedoch nach wie vor den Leistungsbildern der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, die somit auch entsprechend abgerechnet werden.

Bei der Konzeption der neuen Preisindizes für Architektur- und Ingenieurdienstleistungen fand die in der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure vorzufindende Differenzierung nach Leistungsbildern Berücksichtigung. So wurden für die HOAI-geregelten Leistungsbilder einzelne Subindizes entwickelt.

Für den Bereich des Hochbaus wurden die Leistungsbilder Objektplanung für Gebäude/Freianlagen/raumbildende Ausbauten, Tragwerksplanung, technische Ausrüstung (Gebäudeausstattung), Gutachten/Wertermittlungen (Sachverständigentätigkeit) sowie Vermessung preisstatistisch erfasst. Hierbei wurde in Bezug auf die einzelnen Leistungsbilder differenziert nach Wohnungs- und Nichtwohnungsbau. Die jeweiligen Gegenstandswerte (durchschnittliche Kosten je Gebäude) für das in Bezug auf die Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen geltende Basisjahr 2006 = 100 wurden unter Einbeziehung der Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik auf Grundlage des Parameters „veranschlagte Kosten“ abgeleitet. Für die Ermittlung der Gegenstandswerte beispielsweise für die Leistungsbilder Tragwerksplanung, technische Ausrüstung, usw. wurde darüber hinaus auf Informationen aus den Wägungsschemata, die den Berechnungen der Preisindizes für Bauleistungspreise zugrunde liegen, zurückgegriffen.

In der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure ergeben sich die jeweiligen Architekten- und Ingenieurhonorare in Abhängigkeit von den sogenannten anrechenbaren Kosten, welche unter Zugrundelegung der Kostenermittlungsarten nach DIN 276-1 zu ermitteln sind. Als Näherungswert wurden hierbei die jeweils ermittelten Gegenstandswerte verwendet. Abhängig von den einzelnen Leistungsbildern

enthält die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure jeweils unterschiedliche Honorartafeln, in denen die Honorare der Architekten und Ingenieure tabellarisch vorgegeben sind. Da zwischen den Honoraren interpoliert werden darf und um diskrete Sprünge im Indexergebnis zu vermeiden, wurden für jedes abgedeckte Leistungsbild, getrennt nach Wohnungs- und Nichtwohnungsbau, Regressionsrechnungen durchgeführt. Die jeweiligen Architekten- und Ingenieurhonorare lassen sich dadurch als Funktion (Polynom 2. Grades) in Abhängigkeit von den anrechenbaren Kosten darstellen.

Die vierteljährliche Fortschreibung der Gegenstandswerte für 2006 bzw. der anrechenbaren Kosten erfolgt auf Basis jeweils geeigneter Preisindizes. Hierbei wird vornehmlich auf die Preisindizes für Wohngebäude insgesamt sowie auf die Preisindizes für Nichtwohngebäude (Preisindizes für Bürogebäude und gewerbliche Betriebsgebäude) oder Teilaggregate davon (beispielsweise Preisindizes für Rohbauarbeiten) zurückgegriffen. Lediglich in Bezug auf das Leistungsbild technische Ausrüstung wurden für Fortschreibungszwecke gesonderte Preisindizes, getrennt nach Wohn- und Nichtwohngebäuden, konzipiert. Die Preisindizes für technische Ausrüstung setzen sich dabei aus den innerhalb der Baupreisstatistik vorliegenden Subindizes für einzelne Bauarbeiten zusammen, die dem Bereich der technischen Ausrüstung zugeordnet werden können. Hierzu zählen raumlufttechnische Anlagen, Heizanlagen, Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen, Nieder- und Mittelspannungsanlagen, Gebäudeautomation, Blitzschutzanlagen, Dämmarbeiten an technischen Anlagen sowie Förder-, Aufzugsanlagen, Fahrtrampen und -steige.

Ergänzend zu dem Bereich des Hochbaus spiegeln die neuen Erzeugerpreisindizes für Architektur- und Ingenieurdienstleistungen erstmals auch die Preisentwicklung von Leistungen wider, die innerhalb des Tiefbaus erbracht werden. Auch hierzu wurde Bezug genommen auf das entsprechende Leistungsbild in der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, nämlich Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen. Die Berechnung der Preisindizes entspricht der, die bereits beim Hochbau Anwendung findet. Als typisches Ingenieurbauwerk wurde hierbei eine Brücke, als typische Verkehrsanlage eine Asphaltstraße zugrunde gelegt. Die jeweiligen Spezifikationen dieser beiden Bauobjekte entsprechen denen, die auch im Zuge der Ermittlung der Kaufkraftparitäten in der amtlichen Preisstatistik genutzt werden. Um in diesem Zusammenhang einen repräsentativen Gegenstandswert, das heißt anrechenbare Kosten vorgeben zu können, wurden neben den für Zwecke der Ermittlung der Kaufkraftparitäten vorliegenden Preisen zusätzlich Kostenschätzungen des Hessischen Landesamtes für Straßen- und Verkehrswesen für diese detailliert beschriebenen Bauobjekte hinzugezogen.

Für die vierteljährliche Fortschreibung dieser Gegenstandswerte als Basis für die Berechnung der Honorare werden wiederum bereits vorliegende Preisindizes – die Preisindizes für Straßenbau sowie für Brücken im Straßenbau – genutzt.

Neben der Nachweisung der Preisindizes für Architektur- und Ingenieurdienstleistungen insgesamt erfolgt darüber

hinaus eine getrennte Nachweisung für einzelne Architektur- und Ingenieurdienstleistungen. Für diese getrennte Nachweisung werden die einzelnen Leistungsbilder plakativ dem Zweig zugeordnet, von dem sie in der Hauptsache erbracht werden. So wird derzeit das Leistungsbild Objektplanung für Gebäude/Freianlagen/raumbildende Ausbauten den Architekturdienstleistungen zugeordnet, zu den Ingenieurdienstleistungen zählen die Leistungsbilder Tragwerksplanung, technische Ausrüstung (Gebäudeausstattung), Vermessung sowie Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen. Leistungen, die gleichermaßen von beiden Berufsgruppen erbracht werden, werden als sogenannte weitere Leistungen geführt und fließen somit lediglich in das Gesamtergebnis ein. Zurzeit wird das Leistungsbild Gutachten/Wertermittlungen (Sachverständigentätigkeit) dieser Rubrik zugeordnet.

Die Gewichtung der einzelnen Leistungsbilder innerhalb der jeweiligen Preisindizes basiert auf Informationen, die durch eine von der Bundesingenieurkammer in Auftrag gegebene Studie zur wirtschaftlichen Situation der Architekten und Ingenieure in Deutschland durch ein privates Forschungsinstitut gewonnen werden konnten<sup>14)</sup>, sowie auf den Ergebnissen der Dienstleistungsstatistik für das Jahr 2005 und einer eigenen Erhebung.

Die Erzeugerpreisindizes für Architektur- und Ingenieurdienstleistungen sind auf Basis 2006=100 nachzuweisen. Für eine Veröffentlichung im Rahmen der Fachserie 17 „Preise“, Reihe 4 „Preisindizes für die Bauwirtschaft“, erfolgt eine Umbasierung auf das Basisjahr 2005 = 100.

Für außerhalb der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure geregelte Leistungen werden im Rahmen der Statistik der Erzeugerpreise für Dienstleistungen gesonderte Befragungen und Erhebungen durchgeführt. Sobald Ergebnisse für außerhalb der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure geregelte Leistungen vorliegen, wird der derzeitige Erfassungsbereich entsprechend erweitert. In diesem Zusammenhang werden auch weitere Leistungsbilder, wie beispielsweise bautechnische Überprüfung und Überwachung, Projektsteuerung oder Energieberatung, erfasst. Erste Ergebnisse für außerhalb der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure geregelte Leistungen werden nach derzeitigem Planungsstand frühestens Mitte 2009 vorliegen.

## 2.2 Preisindex für Transferkosten

Erweitert wird das Angebot an Baupreisindizes um den Preisindex für Transferkosten. Dieser stellt dar, wie sich die Preise von Kostenfaktoren entwickeln, die mit dem Erwerb von Wohnimmobilien entstehen, wie Maklerprovisionen, Grunderwerbsteuer und Gebühren für die Abwicklung des Kaufes sowie die Eintragung einer Grundschuld. Dieser Preisindex für Transferkosten wurde im Rahmen des Projektes zum Aufbau eines Häuserpreisindex entwickelt.<sup>15)</sup> Er wird jedoch zunächst nur in unregelmäßigen Abständen aktualisiert.

Eine ausführlichere Darstellung dieses Preisindex erfolgt in Kürze in dieser Zeitschrift im Zusammenhang mit der Darstellung der Ergebnisse des Häuserpreisindex für das Jahr 2007.

## 2.3 Preisindex für Bauland

Relativ neu, und ebenfalls im Rahmen des Projektes zum Aufbau eines Häuserpreisindex entwickelt, ist der Preisindex für Bauland. Dieser stellt dar, wie sich die Preise für baureifes, unbebautes Land entwickeln. Der Index stützt sich auf aggregierte Daten der Statistik der Kaufwerte für Bauland sowie von Regio-Stat, dem regionalstatistischen Datenkatalog des Bundes und der Länder. Aus den in diesen Statistiken nachgewiesenen Kaufwerten für baureifes, unbebautes Land werden auf der Ebene der feinsten verfügbaren Differenzierungen Messzahlenreihen (Unit-Value-Indizes) gebildet. Diese entsprechen den in Abschnitt 1.6 erwähnten Elementarindizes (wobei die Diskussion um die Berechnung der Elementarindizes entfällt, da jeweils nur eine Beobachtung – nämlich der jeweilige Durchschnittswert – vorliegt). Sie werden analog einem Laspeyres-Preisindex zu einem Preisindex für Bauland gemittelt.<sup>16)</sup>

Der Preisindex für Bauland wurde ebenfalls auf die Basis 2005 umgestellt. Da bei diesem Index – wie in der angegebenen Quelle beschrieben – die Kaufsummen-Variable als (alleinige) Gewichtungsquelle Mängel aufweist, wurden für die Gewichtung der Länderteilindizes auch die Höhe des baugewerblichen Umsatzes und die Anzahl der Baugenehmigungen in den Ländern mit in die Gewichtung einbezogen:

Tabelle 6: Gewichtung der Teilindizes für Bundesländer beim Preisindex für Bauland<sup>1)</sup>  
Wägungsanteile in %

Bundesland	Basis 2000 = 100	Basis 2005 = 100
Deutschland .....	100	100
Baden-Württemberg .....	12,83	14,41
Bayern .....	16,28	24,59
Berlin .....	2,25	1,32
Brandenburg .....	5,86	4,61
Bremen .....	0,62	0,46
Hamburg .....	2,56	2,09
Hessen .....	5,33	5,47
Mecklenburg-Vorpommern .....	2,95	2,26
Niedersachsen .....	14,57	12,52
Nordrhein-Westfalen .....	14,83	14,13
Rheinland-Pfalz .....	5,97	6,18
Saarland .....	1,09	1,14
Sachsen .....	4,65	3,12
Sachsen-Anhalt .....	3,43	1,91
Schleswig-Holstein .....	3,97	4,00
Thüringen .....	2,81	1,79

1) Abgeleitet aus der Kaufsumme für baureifes Land in offenen und geschlossenen Wohngebieten sowie in Dorfgebieten (Quelle: Statistik der Kaufwerte für Bauland), aus dem baugewerblichen Umsatz im Wohnungsbau (Quelle: Monatsbericht im Bauhauptgewerbe) sowie aus der Anzahl der Baugenehmigungen für neue Wohngebäude mit einer oder zwei Wohnungen (Quelle: Bautätigkeitsstatistik), jeweils Stand 2000 bzw. 2005.

14) Siehe Hommerich, C./Ebers, T.: „Analyse der Kosten- und Ertragssituation in Architekturbüros“, Bergisch Gladbach 2006; Hommerich, C./Ebers, T.: „Die wirtschaftliche Situation der Ingenieure in der Bundesrepublik Deutschland“, Bergisch Gladbach 2006.

15) Siehe Fußnote 10.

16) Siehe Vorholt, H.: „Entwicklung eines Preisindex für Bauland“ in WiSta 2/2008, S. 142 ff.

Tabelle 6 zeigt, dass sich insbesondere für Bayern eine relativ große Veränderung des Gewichtes ergeben hat. Das Gewicht für das Basisjahr 2005 liegt jetzt bei 24,6 %, gegenüber 16,3 % für das Basisjahr 2000. Die Ergebnisse der drei „großen“ Länder Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gehen jetzt mit einem Gewicht von 53,1 % in den Preisindex für Bauland ein (Basisjahr 2000: 43,9 %).

Ein Problem bei der Berechnung des Preisindex für Bauland ist, dass besonders in Städten die Kaufwert-Unterschiede zwischen zentralen und Randlagen sehr groß sind. Ändert sich die Struktur der Lagen der verkauften Grundstücke, ergibt sich ein veränderter Durchschnittspreis, der jedoch nicht als Preisveränderung zu interpretieren ist. Um den Einfluss solcher Strukturänderungen bei den Stadtstaaten einzudämmen, gingen bei der Berechnung der Jahreswerte des Preisindex für Bauland für das Basisjahr 2000 die Messzahlen mit einem stärker glättenden gleitenden Durchschnitt in den Preisindex für Bauland ein (gleitender Durchschnitt über die letzten fünf Perioden) als bei den übrigen Kreisen (symmetrischer gleitender Durchschnitt über drei Perioden). Für das Basisjahr 2005 wurden für die Stadtstaaten die elementaren Unit-Value-Indizes nicht mehr aus den in Regio-Stat nachgewiesenen Kaufwerten für die Stadtstaaten insgesamt abgeleitet, sondern es wurden hierfür die in der Statistik der Kaufwerte für Bauland ausgewiesenen Kaufwerte für Baugebiete (offenes bzw. geschlossenes Baugebiet) verwendet. Für Berlin stand zusätzlich noch die Unterscheidung nach dem West- und Ostteil der Stadt zur Verfügung. Damit gehen jetzt in die Berechnung der Jahreswerte 443 elementare Unit-Value-Indizes ein. Gleichzeitig werden diese Reihen – wie die der anderen Kreise – mit einem symmetrischen gleitenden Durchschnitt über drei Perioden geglättet.

Der Einfluss von nach der Glättung verbleibenden Ausreißern wird künftig begrenzt, indem für alle Reihen bei hohen Veränderungen eine Kappung durchgeführt wird. Eine Veränderung des gleitenden Durchschnittes der Kaufwerte von einem Jahr zum nächsten über der Kappungsgrenze (25 %) wird hierbei auf den Wert der Kappungsgrenze begrenzt. Der Einfluss dieser Kappung auf den Preisindex für Bauland ist jedoch eher gering, da der Grenzwert relativ hoch ist. (Bei der Berechnung des Jahreswertes für 2006 haben sich zudem die Ausreißer nach oben und unten etwa ausgeglichen.)

Die Methode zur Überlagerung des vierteljährlichen Verlaufs – abgeleitet aus dem Mittelwert eines vierteljährlichen Preisindex für Bauland auf Basis von Baugebieten (offenes bzw. geschlossenes Wohngebiet sowie Dorfgebiet) sowie eines Index auf Basis von Gemeindegrößenklassen – auf den Trend der Jahreswerte wird beibehalten.<sup>17)</sup> Die Methode führt dazu, dass am aktuellen Rand die Jahreswerte mit den Vierteljahreswerten fortgeschrieben werden und diese Werte nach Vorliegen neuer Jahreswerte revidiert werden. Zum Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung des Preisindex für Bauland auf Basis 2005, Anfang Oktober 2008, werden nur die Ergebnisse bis Mitte 2006 endgültig sein.

17) Der Mittelwert wird auf der Basis 2005 – wegen fehlender Gewichte – ebenfalls als geometrisches Mittel berechnet.

18) Siehe Dechent, J.: „Zur Entwicklung eines Baukostenindex“ in WiSta 2/2006, S. 172 ff.

Trotz dieser Bemühungen, die Qualität des Preisindex für Bauland zu verbessern, verbleiben Unsicherheiten über die verbleibenden (und sich nicht gegenseitig aufhebenden) Struktureffekte in den Kaufwerten auf Kreisebene. Hier wird sich eine Verbesserung dadurch ergeben, dass durch eine Umstellung des Aufbereitungsverfahrens in der Statistik der Kaufwerte für Bauland das Statistische Bundesamt künftig auf Einzeldaten zurückgreifen kann. Diese sollen unter Einsatz hedonischer Methoden ausgewertet werden. Durch damit verfügbare standardisierte Gütekennzahlen der eingesetzten Regressionsmethode lässt sich die Qualität der dann verfügbaren Ergebnisse gut beurteilen.

## 2.4 Preisindex für Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart

Neben den Indizes für Bauleistungspreise wird auch ein Preisindex für Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart (sogenannte Fertighäuser) veröffentlicht. Die Ergebnisse geben die Preisentwicklung von sogenannten Typenhäusern wieder. Die Erhebung hierfür, die bisher separat erfolgte, wurde 2007 eingestellt. Stattdessen wird die – sich damit teilweise überschneidende – Nachweisung aus der Erzeugerpreisstatistik übernommen. Nachteil dieses Vorgehens ist, dass die bisherige Nachweisung „mit Unterkellerung“ nicht mehr vorliegt und die Reihen sich nur noch auf gewerbliche Unternehmen und damit auf Fertighäuser aus Holz beziehen. In der WZ 2003 werden die Hersteller von Fertighäusern aus Holz den gewerblichen Unternehmen, die Hersteller von Fertighäusern in Beton jedoch den Bauunternehmen zugeordnet. Von Vorteil ist, dass die Ergebnisse monatlich vorliegen. In der Veröffentlichung werden jedoch nur die Monate Februar, Mai, August und November dargestellt, damit die Indizes mit den übrigen Ergebnissen der Baupreisstatistik vergleichbar sind.

Da der Preisindex für Fertighäuser auf dem entsprechenden Teilindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte basiert und hier noch keine Ergebnisse auf Basis 2005 vorliegen, erfolgt die Umstellung dieses Index auf das neue Basisjahr zu einem späteren Zeitpunkt.

## 2.5 Baukostenindex

Ein weiterer Nachweis, der erst seit Februar 2006 veröffentlicht wird, ist der Baukostenindex. Er stellt die Entwicklung der Preise ohne Umsatzsteuer der beim Neubau von Wohngebäuden von den Bauunternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren dar. Hierzu zählen insbesondere Arbeit und Material, daneben jedoch auch Ausrüstung, Energie, Betriebsstoffe, Bauhilfsstoffe und sonstige Kostenfaktoren. Zusätzlich werden für die beiden Hauptproduktionsfaktoren ein Materialkostenindex sowie ein Arbeitskostenindex nachgewiesen.<sup>18)</sup>

Da der Materialkostenindex wie der Preisindex für Fertighäuser auf Ergebnissen der Erzeugerpreisstatistik basiert, erfolgt auch für den Baukostenindex die Umstellung auf das Basisjahr 2005 zu einem späteren Zeitpunkt. [uu](#)

Wägungsschemata für ausgewählte Baupreisindizes – Neubau in konventioneller Bauart  
Bauleistungen am Bauwerk (Kostengruppen 300 und 400 nach DIN 276-1)

2005 = 100

Wägungsanteile in ‰

Bauarbeit Bauleistung	Wohngebäude			Büro- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude
	insgesamt	Ein-/Zwei- familien- gebäude	Mehr- familien- gebäude		
Bauleistungen am Bauwerk .....	1000	1000	1000	1000	1000
Rohbauarbeiten .....	461,68	465,38	446,97	337,48	534,75
Erdarbeiten .....	36,66	35,91	39,70	26,01	52,07
Baugrube ausheben .....	8,54	8,80	7,51	6,29	13,04
Graben ausheben .....	5,11	5,85	2,16	4,68	6,81
Boden abfahren .....	8,37	6,42	16,17	3,82	5,71
Untergrundverbesserung .....	11,64	12,20	9,40	7,49	24,01
Arbeitsräume verfüllen .....	3,00	2,64	4,46	3,73	2,50
Verbauarbeiten .....	0,41	–	2,04	2,63	–
Baugrubenverbau .....	0,41	–	2,04	2,63	–
Entwässerungskanalarbeiten .....	8,79	9,40	6,36	8,59	10,72
Beton- oder Stahlbetonrohr .....	1,40	1,67	0,32	1,02	–
Steinzeugrohr .....	2,00	2,44	0,26	0,22	–
Kunststoffrohr .....	3,43	3,27	4,08	4,87	7,32
Zubehör für Rohrleitungen .....	1,96	2,02	1,70	2,48	3,40
Mauerarbeiten .....	117,35	126,82	79,52	48,09	38,37
Großformatiges Mauerwerk .....	53,13	52,55	55,43	38,46	18,24
Kleinformatiges Mauerwerk .....	10,25	10,63	8,74	7,02	4,17
Porenbetonmauerwerk .....	16,94	21,10	0,31	0,02	7,34
Zweischaliges Mauerwerk .....	28,75	35,30	2,54	2,21	5,84
Nichttragende Trennwand .....	4,31	2,82	10,29	–	2,14
Schornstein aus Formstücken .....	3,22	3,72	1,22	0,38	–
Rollladenkasten .....	0,75	0,70	0,99	–	0,64
Betonarbeiten .....	140,30	126,92	193,87	166,37	224,83
Beton der Fundamente .....	30,42	32,91	20,45	26,07	77,66
Beton der Wände mit Schalung .....	21,15	16,71	38,89	22,09	18,71
Stahlbetondecke .....	38,75	34,13	57,25	52,38	31,16
Beton der Skelettbauten .....	0,40	0,50	–	0,65	–
Schalung der Fundamente .....	3,30	3,51	2,46	2,47	2,60
Schalung der Skelettbauten .....	–	–	–	0,22	–
Betonstahlmatten .....	16,33	14,76	22,61	12,10	21,48
Betonstabstahl .....	12,87	11,46	18,53	12,46	13,60
Betonfertigteile .....	1,93	0,98	5,71	10,00	9,27
Vorgefertigte Außenwandplatte .....	0,70	–	3,55	18,67	46,84
Systemdecke .....	8,78	7,10	15,50	0,04	1,00
Systemtreppe .....	5,67	4,86	8,92	9,22	2,51
Zimmer- und Holzbauarbeiten .....	63,89	70,64	36,87	14,61	28,20
Dachverbandholz liefern .....	10,04	9,09	13,83	7,66	3,27
Dachverbandholz abbinden .....	25,81	30,15	8,46	4,55	11,45
Wangentreppe .....	6,06	6,82	3,00	0,33	0,98
Schalung .....	21,98	24,58	11,58	2,07	4,63
Dachbinder .....	–	–	–	–	7,87
Stahlbauarbeiten .....	4,11	1,91	12,92	6,83	60,16
Stahlfachwerk .....	1,67	1,33	3,05	0,17	6,01
Stahlskelettkonstruktion .....	2,44	0,58	9,87	6,66	54,15
Abdichtungsarbeiten .....	10,12	10,78	7,47	6,69	7,20
Waagerechte Abdichtung .....	2,78	3,23	0,97	2,67	2,21
Senkrechte Abdichtung .....	7,34	7,55	6,50	4,02	4,99
Dachdeckungs- und					
Dachabdichtungsarbeiten .....	57,10	62,90	33,94	41,55	84,26
Unterspannbahn .....	1,77	1,94	1,07	0,32	2,19
Dachdeckung mit Lattung .....	35,20	42,39	6,46	9,86	10,94
Dachabdichtung mit Bitumenbahnen ..	5,52	5,93	3,86	2,86	8,68
Dachabdichtung auf Massivdecke .....	8,97	8,28	11,74	20,91	12,61
Deckung mit Stahlblechen .....	0,54	–	2,73	4,06	35,85
Dachflächenfenster .....	4,90	4,36	7,07	1,55	8,13
Lichtkuppeln aus Kunststoff .....	0,20	–	1,01	1,99	5,86
Klempnerarbeiten .....	13,09	9,80	26,20	9,56	19,66
Metalldachdeckung .....	3,24	0,40	14,59	2,61	6,64
Dachrinne .....	3,88	3,76	4,34	1,05	4,65
Regenfallrohr .....	1,79	1,87	1,48	1,45	1,36
Abdeckung .....	2,42	2,21	3,25	2,88	3,98
Einfassung auf Dächern .....	1,76	1,56	2,54	1,57	3,03
Gerüstarbeiten .....	9,86	10,30	8,08	6,55	9,28
Arbeitsgerüst .....	9,86	10,30	8,08	6,55	9,28



Wägungsschemata für ausgewählte Baupreisindizes – Neubau in konventioneller Bauart  
Bauleistungen am Bauwerk (Kostengruppen 300 und 400 nach DIN 276-1)

2005 = 100

Wägungsanteile in ‰

Bauarbeit Bauleistung	Wohngebäude			Büro- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude
	insgesamt	Ein-/Zwei- familien- gebäude	Mehr- familien- gebäude		
Ausbauarbeiten .....	538,32	534,62	553,03	662,52	465,25
Naturwerksteinarbeiten .....	10,73	11,10	9,23	12,81	5,73
Bodenbelag, Naturwerkstein .....	5,58	6,18	3,20	6,64	0,80
Stufe, Naturwerkstein .....	1,23	0,24	5,18	4,74	4,20
Wandbekleidung .....	1,73	2,16	–	0,25	–
Fensterbank .....	2,19	2,52	0,85	1,18	0,73
Betonwerksteinarbeiten .....	0,52	–	2,61	3,87	1,00
Bodenbelag, Betonwerkstein .....	0,28	–	1,42	2,42	1,00
Stufe, Betonwerkstein .....	0,24	–	1,19	1,45	–
Putz- und Stuckarbeiten .....	45,21	49,59	27,69	23,09	15,50
Innenwandputz .....	25,59	27,27	18,88	13,36	9,10
Innendeckenputz .....	4,89	5,26	3,42	3,58	1,55
Außenwandputz .....	14,73	17,06	5,39	6,15	4,85
Wärmedämm-Verbundsysteme .....	25,75	24,86	29,31	27,82	12,37
Wärmedämm-Verbundsystem .....	25,75	24,86	29,31	27,82	12,37
Trockenbauarbeiten .....	31,15	28,93	40,01	61,09	19,78
Wandtrockenputz .....	0,34	–	1,70	0,47	1,62
Deckenbekleidung .....	14,35	14,89	12,19	23,55	7,39
Brandschutz-Bekleidung .....	1,19	0,73	3,02	–	0,47
Nichttragende Montagewand .....	13,66	11,30	23,10	30,05	10,30
Innenbekleidung aus Holz .....	1,61	2,01	–	7,02	–
Vorgehängte hinterlüftete Fassaden .....	0,58	–	2,92	3,76	18,86
Außenwandbekleidung aus Faserzementelementen .....	0,58	–	2,92	–	1,10
Außenwandbekleidung aus Metallelementen .....	–	–	–	3,76	17,76
Fliesen- und Plattenarbeiten .....	32,63	34,78	24,06	15,87	26,69
Wandbelag aus keramischen Fliesen ..	12,87	12,55	14,17	7,39	7,28
Bodenbelag aus keramischen Fliesen ..	19,76	22,23	9,89	8,48	19,41
Estricharbeiten .....	19,99	20,73	17,06	24,56	14,37
Dämmschicht .....	4,41	4,57	3,79	9,36	4,24
Estrich .....	15,58	16,16	13,27	15,20	10,13
Gussasphaltarbeiten .....	–	–	–	3,75	0,07
Gussasphaltestrich .....	–	–	–	3,75	0,07
Tischlerarbeiten .....	99,19	105,04	75,80	90,95	33,39
Umsetzbare Innenwände .....	–	–	–	22,89	–
Einfachfenster mit Isolierverglasung ...	58,58	63,45	39,09	42,49	20,13
Innentürelement, einflügelig .....	24,68	23,90	27,81	23,19	11,47
Holztürblatt .....	5,60	6,13	3,47	–	0,76
Haustür .....	10,33	11,56	5,43	2,38	1,03
Parkettarbeiten .....	17,27	18,93	10,64	1,36	3,04
Parkettboden .....	17,27	18,93	10,64	1,36	3,04
Rollladenarbeiten .....	14,47	13,63	17,85	16,22	6,02
Rollladen .....	12,67	11,90	15,76	0,21	3,85
Jalousie .....	1,80	1,73	2,09	15,44	0,40
Rolltor oder -gitter .....	–	–	–	0,57	1,77
Metallbauarbeiten .....	37,14	31,88	58,15	89,57	83,00
Aluminiumfenster mit Isolierverglasung	3,51	4,39	–	15,88	12,42
Fensterwand .....	7,74	6,37	13,21	39,77	9,37
Schaufenster-Umrahmung .....	–	–	–	–	3,03
Metalltür .....	1,54	0,81	4,44	12,86	17,62
Haustür, Metall .....	0,22	–	1,09	3,57	5,18
Metalltor .....	2,48	2,59	2,06	1,24	23,82
Treppengeländer .....	17,40	13,07	34,71	15,19	10,52
Stahlumfassungszarge .....	0,87	0,89	0,77	0,96	1,04
Glasdach .....	3,38	3,76	1,87	0,10	–
Verglasungsarbeiten .....	0,56	0,69	0,04	41,59	8,49
Ganzglaskonstruktion .....	0,56	0,69	0,04	41,59	8,49
Maler- und Lackierarbeiten –					
Beschichtungen .....	16,12	14,45	22,78	12,99	7,84
Dispersionsfarbe, innen .....	9,93	8,81	14,40	11,17	5,03
Dispersionsfarbe, außen .....	2,51	2,92	0,87	0,74	0,06
Bodenbeschichtung .....	1,23	0,66	3,53	0,34	1,35
Lackfarbe auf Holz .....	1,66	1,66	1,65	0,10	0,52
Erstbeschichtung auf Stahl .....	0,79	0,40	2,33	0,64	0,88

Wägungsschemata für ausgewählte Baupreisindizes – Neubau in konventioneller Bauart  
Bauleistungen am Bauwerk (Kostengruppen 300 und 400 nach DIN 276-1)

2005 = 100

Wägungsanteile in ‰

Bauarbeit Bauleistung	Wohngebäude			Büro- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude
	insgesamt	Ein-/Zwei- familien- gebäude	Mehr- familien- gebäude		
Bodenbelagsarbeiten .....	8,88	8,94	8,62	19,59	3,37
Linoleum-Belag .....	0,76	–	3,82	6,82	0,95
PVC-Belag .....	0,39	–	1,93	0,34	1,57
Textiler Belag .....	7,73	8,94	2,87	12,43	0,85
Tapezierarbeiten .....	12,62	13,17	10,40	5,65	1,74
Wandfläche tapezieren .....	12,62	13,17	10,40	5,65	1,74
Raumlufttechnische Anlagen .....	2,38	1,79	4,73	21,66	28,88
Klimagerät .....	–	–	–	7,93	13,27
Abluftgerät .....	1,47	1,20	2,55	8,98	8,37
Luftleitung .....	0,91	0,59	2,18	4,75	7,24
Heizanlagen und zentrale					
Wasserenwärmungsanlagen .....	70,01	72,23	61,12	44,88	48,14
Brennwertkessel .....	18,16	19,70	12,01	7,13	9,25
Heizkessel .....	0,36	–	1,79	3,73	6,21
Wärmepumpe .....	9,08	10,94	1,63	0,50	–
Warmwasserspeicher .....	2,85	2,94	2,51	0,84	1,66
Heizkörper .....	9,65	9,23	11,32	13,84	3,36
Fußbodenheizung .....	22,70	24,14	16,92	4,81	7,19
Ventile installieren .....	0,62	0,57	0,81	0,77	0,29
Wärmemengenzähler .....	0,10	–	0,54	0,10	0,15
Heizöllagerbehälter .....	–	–	–	0,97	1,01
Mittelschweres Gewinderohr .....	2,24	1,55	4,99	0,32	1,65
Kupferrohr .....	4,25	3,16	8,60	11,87	17,37
Gas-, Wasser- und Entwässerungs- anlagen innerhalb von Gebäuden .....	48,04	44,84	60,84	24,59	38,29
Ventile installieren .....	1,27	1,07	2,06	0,45	0,74
Mittelschweres Gewinderohr .....	1,14	0,31	4,44	–	1,44
Kupferrohr .....	13,56	13,60	13,44	8,07	11,95
Abwasserrohrleitung .....	7,90	6,73	12,59	5,66	7,38
Installations-Block .....	0,70	0,40	1,91	1,16	1,69
Waschtisch .....	3,88	3,76	4,36	3,44	3,73
Brausewanne .....	5,41	5,37	5,59	0,32	0,50
Einbau-Badewanne .....	3,26	2,59	5,92	0,05	0,53
Spülklosettanlage .....	4,14	3,83	5,37	3,58	4,05
Wannen- und Brausearmatur .....	2,68	2,77	2,33	0,42	0,94
Waschtischarmatur .....	1,07	1,04	1,19	1,22	1,53
Druckerhöhungsanlage .....	2,98	3,37	1,40	0,07	1,95
Feuerlösch- Schlauchanschlusseinrichtung .....	0,05	–	0,24	0,15	1,24
Sprinkleranlage .....	–	–	–	–	0,62
Nieder- und Mittelspannungsanlagen .....	36,20	33,98	45,08	78,22	67,16
Erdkabel .....	0,19	0,20	0,14	–	0,18
Hauptleitung .....	10,19	9,11	14,53	19,71	24,17
Installations-Kleinverteiler .....	5,09	4,17	8,76	11,20	9,48
Stromkreis unter Putz .....	10,66	11,03	9,18	9,03	6,52
Stromkreis auf Putz .....	1,41	1,34	1,67	4,17	5,46
Leuchte mit Lampen .....	0,83	0,24	3,21	26,70	18,13
Elektro-Warmwasserbereiter .....	0,02	–	0,08	1,07	0,42
Kommunikationsanlage .....	4,11	4,02	4,49	2,98	1,81
Empfangsantennenanlage .....	3,70	3,87	3,02	3,36	0,99
Gebäudeautomation .....	1,30	1,44	0,70	31,99	5,86
Meldeanlage .....	0,92	1,02	0,50	15,84	3,47
Raumautomationseinrichtung .....	0,38	0,42	0,20	16,15	2,39
Blitzschutzanlagen .....	1,58	1,56	1,64	3,41	2,11
Blitzschutzanlage .....	1,58	1,56	1,64	3,41	2,11
Dämmarbeiten an technischen Anlagen .....	2,81	2,06	5,80	0,66	2,44
Rohrdämmung .....	2,81	2,06	5,80	0,66	2,44
Förder-, Aufzugsanlagen, Fahrtreppen und -steige .....	3,19	–	15,95	2,57	11,11
Aufzugsanlage .....	3,19	–	15,95	2,57	11,11

Wägungsschemata für ausgewählte Baupreisindizes – Neubau in konventioneller Bauart  
Bauleistungen am Bauwerk (Kostengruppen 300 und 400 nach DIN 276-1)

2005 = 100

Wägungsanteile in ‰

Bauarbeit Bauleistung	Instandhaltung		Bauarbeit Bauleistung	Instandhaltung	
	Mehrfamilien- gebäude ohne Schönheits- reparaturen	Schönheits- reparaturen in einer Wohnung		Mehrfamilien- gebäude ohne Schönheits- reparaturen	Schönheits- reparaturen in einer Wohnung
Instandhaltungsleistungen .....	1 000	1 000	Bodenbelagsarbeiten .....	95,82	–
Mauerarbeiten .....	2,09	–	Linoleum-Belag .....	55,18	–
Kleinformatiges Mauerwerk .....	2,09	–	Textiler Belag .....	14,14	–
Zimmer- und Holzbauarbeiten .....	9,65	–	PVC-Belag (Instandhaltung) .....	26,50	–
Schalung .....	3,08	–	Tapezierarbeiten .....	–	446,23
Holzfußboden .....	6,57	–	Wandfläche tapezieren (Instandhaltung) .....	–	446,23
Dachdeckungs- und			Raumlufttechnische Anlagen .....	42,44	–
Dachabdichtungsarbeiten .....	62,64	–	Abluftgerät .....	37,21	–
Deckung mit Faserzementplatten ..	13,49	–	Luftleitung .....	5,23	–
Dachflächenfenster .....	1,91	–	Heizanlagen und zentrale		
Dachdeckung mit Lattung (Instandhaltung) .....	17,80	–	Wasserwärmungsanlagen .....	165,56	–
Dachabdichtung mit Bitumen- bahnen (Instandhaltung) .....	29,44	–	Brennwertkessel .....	22,51	–
Klempnerarbeiten .....	22,87	–	Heizkessel .....	57,96	–
Regenfallrohr .....	5,93	–	Warmwasserspeicher .....	13,21	–
Abdeckung .....	3,82	–	Heizkörper .....	29,01	–
Einfassung auf Dächern .....	4,35	–	Ventile installieren .....	11,09	–
Dachrinne (Instandhaltung) .....	8,77	–	Heizöllagerbehälter .....	8,30	–
Putz- und Stuckarbeiten .....	28,66	–	Mittelschweres Gewinderohr .....	10,01	–
Innenwandputz .....	7,51	–	Kupferrohr .....	13,47	–
Innendeckenputz .....	1,28	–	Gas-, Wasser- und Entwässerungs- anlagen innerhalb von		
Außenwandputz (Instandhaltung) ..	19,87	–	Gebäuden .....	96,65	–
Wärmedämm-Verbundsysteme .....	187,12	–	Ventile installieren .....	14,92	–
Wärmedämm-Verbundsystem .....	187,12	–	Kupferrohr .....	10,05	–
Trockenbauarbeiten .....	28,04	–	Abwasserrohrleitung .....	12,36	–
Wandtrockenputz .....	8,16	–	Waschtisch .....	10,56	–
Deckenbekleidung .....	12,13	–	Wannen- und Brausearmatur .....	5,84	–
Innenbekleidung aus Holz .....	7,75	–	Waschtischarmatur .....	6,49	–
Tischlerarbeiten .....	50,97	–	Mittelschweres Gewinderohr (Instandhaltung) .....	8,44	–
Innentürelement, einflügelig .....	9,73	–	Einbau-Badewanne (Instandhaltung) .....	12,93	–
Haustür/Wohnungstür .....	9,02	–	Spülklosettanlage (Instandhaltung) .....	15,06	–
Einfachfenster mit Isolier- verglasung (Instandhaltung) .....	32,22	–	Nieder- und Mittelspannungsanlagen	91,00	–
Rollladenarbeiten .....	8,91	–	Hauptleitung .....	8,86	–
Rollladen (Instandhaltung) .....	8,91	–	Installations-Kleinverteiler .....	22,02	–
Metallbauarbeiten .....	13,67	–	Stromkreis unter Putz .....	25,64	–
Metalltür .....	6,42	–	Stromkreis auf Putz .....	7,81	–
Treppengeländer .....	7,25	–	Elektro-Warmwasserbereiter .....	10,27	–
Maler- und Lackierarbeiten –			Kommunikationsanlage .....	12,46	–
Beschichtungen .....	77,04	553,77	Empfangsantennenanlage .....	3,94	–
Dispersionsfarbe, außen .....	31,65	–	Blitzschutzanlagen .....	4,56	–
Lackfarbe auf Holz .....	8,21	135,45	Blitzschutzanlage .....	4,56	–
Überholungsbeschichtung			Dämmarbeiten an technischen		
Dispersionsfarbe .....	37,18	400,57	Anlagen .....	12,31	–
Lackfarbe auf Heizkörper .....	–	17,75	Rohrdämmung .....	12,31	–

Wägungsschemata für ausgewählte Baupreisindizes – Neubau in konventioneller Bauart  
Bauleistungen am Bauwerk (Kostengruppen 300 und 400 nach DIN 276-1)

2005 = 100

Wägungsanteile in %

Bauarbeit Bauleistung	Straßen	Brücken	Ortskanäle	Bauarbeit Bauleistung	Straßen	Brücken	Ortskanäle
Bauleistungen am Bauwerk .....	1000	1000	1000	Landschaftsbauarbeiten .....	5,07	–	–
Erdarbeiten .....	249,55	92,84	353,33	Gebrauchsrasen .....	4,96	–	–
Arbeitsräume verfüllen .....	–	25,50	–	Großgehölze .....	0,11	–	–
Oberboden abtragen .....	12,46	2,95	6,20	Mauerarbeiten .....	2,80	8,52	7,92
Oberboden andecken .....	14,82	1,31	3,73	Großformatiges Mauerwerk .....	2,01	8,52	–
Graben ausheben (Tiefbau) .....	27,07	1,90	246,56	Kleinformatiges Mauerwerk .....	0,79	–	7,92
Boden lösen und fördern .....	29,43	8,23	41,50	Betonarbeiten .....	30,79	473,57	31,22
Boden lösen und weiterverwenden .....	92,48	8,26	–	Beton der Fundamente .....	7,56	51,49	14,64
Fels lösen und weiterverwenden	12,82	10,28	9,42	Beton der Wände mit			
Boden verdichten .....	4,53	1,98	–	Schalung .....	7,95	112,97	10,24
Baugrube ausheben .....	5,16	19,37	20,86	Stahlbetondecke .....	–	–	1,16
Untergrundverbesserung (Tiefbau) .....	50,78	13,06	25,06	Schalung der Fundamente .....	–	9,21	–
Verbauarbeiten .....	–	15,80	4,23	Betonstahlmatten .....	–	0,39	1,54
Baugrubenverbau .....	–	15,80	4,23	Betonstabstahl .....	1,80	–	1,26
Ramm-, Rüttel- und Pressarbeiten	–	26,77	–	Betonfertigteile .....	7,90	13,38	2,38
Stahl-Spundwand einbringen	–	–	–	Vorgefertigte Wand .....	5,58	–	–
und ziehen .....	–	13,41	–	Beton der Ingenieurbauwerke			
Verlorene Spundwand .....	–	13,36	–	mit Schalung .....	–	156,89	–
Entwässerungskanalarbeiten .....	82,84	8,01	436,79	Betonstabstahl (Tiefbau) .....	–	107,60	–
Beton- oder Stahlbetonrohr .....	53,96	4,91	251,98	Spannstahl .....	–	21,64	–
Steinzeugrohr .....	2,33	0,15	100,36	Stahlbauarbeiten .....	–	159,37	–
Kunststoffrohr/ Faserzementrohr .....	18,36	1,94	84,34	Stahlfachwerk .....	–	11,13	–
Zubehör für Rohrleitungen .....	10,19	1,01	36,11	Stahlskelettkonstruktion .....	–	32,24	–
Verkehrswegebauarbeiten, Ober- bauschichten ohne Bindemittel	139,75	11,22	45,33	Deckbrücke in Stahlverbund mit orthotroper Platte .....	–	116,00	–
Frostschuttschicht .....	85,77	–	24,80	Abdichtungsarbeiten .....	1,14	32,29	8,24
Ungebundene Tragschicht .....	53,98	11,22	20,53	Waagerechte Abdichtung .....	–	23,45	–
Verkehrswegebauarbeiten, Oberbauschichten mit				Senkrechte Abdichtung .....	1,14	8,84	8,24
hydraulischen Bindemitteln .....	107,61	0,78	2,23	Metallbauarbeiten .....	28,76	35,34	–
Bodenverfestigung .....	26,47	0,78	1,22	Tragkonstruktion .....	2,24	–	–
Betonfahrbahndecke .....	61,60	–	1,01	Verkehrsschild .....	3,25	–	–
Betonstahlmatten (Tiefbau) .....	6,26	–	–	Metalltür .....	–	0,34	–
Betontragschicht .....	13,28	–	–	Leitplanken/Geländer .....	23,27	35,00	–
Verkehrswegebauarbeiten, Oberbauschichten aus Asphalt	290,55	23,63	66,78	Maler- und Lackierarbeiten –			
Asphalttragschicht .....	137,46	4,74	39,29	Beschichtungen .....	5,97	5,96	–
Asphaltbinderschicht .....	76,29	1,30	3,08	Bodenbeschichtung .....	5,97	2,64	–
Gussasphaltdeckschicht .....	48,64	15,04	1,84	Erstbeschichtung auf Stahl .....	–	3,32	–
Asphaltbetondeckschicht .....	28,16	2,55	22,57	Korrosionsschutzarbeiten an			
Verkehrswegebauarbeiten – Pflasterdecken und Platten- beläge in ungebundener				Stahlbauten .....	–	12,54	–
Ausführung, Einfassungen .....	53,17	16,36	43,93	Korrosionsschutz auf Stahl .....	–	12,54	–
Pflasterdecke .....	30,58	8,61	29,57	Entwässerungsanlagen .....	–	15,43	–
Bordsteine aus Beton/Stufen .....	19,75	7,75	11,55	Zubehör für Rohrleitungen .....	–	2,76	–
Platten aus Beton .....	2,84	–	2,81	Abwasserrohrleitung .....	–	12,67	–
				Gerüstarbeiten .....	–	61,57	–
				Arbeitsgerüst .....	–	61,57	–

Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Karsten Sandhop

# Preise im August 2008

Im August 2008 lagen die Preise auf allen im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen deutlich höher als im Vorjahresmonat August 2007. Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhte sich im August 2008 um 8,1 % gegenüber August 2007 (Juli 2008 gegenüber Juli 2007: +8,9 %). Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag um 7,4 % höher als ein Jahr zuvor (Juli 2008: +9,9 %). Der Index der Einzelhandelspreise nahm um 3,1 % zu (Juli 2008: +3,3 %), der Verbraucherpreisindex erhöhte sich ebenfalls um 3,1 % gegenüber dem Stand vom August 2007 (Juli 2008: +3,3 %).

Im Vergleich zum Vormonat Juli 2008 gingen die Preise auf den betrachteten Wirtschaftsstufen hingegen zurück. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sanken im August 2008 gegenüber dem Vormonat um -0,6 % (Juli 2008 gegenüber Juni 2008: +2,0 %). Die Großhandelsverkaufspreise gingen gegenüber Juli 2008 um 1,8 % zurück (Juli 2008: +1,4 %). Die Einzelhandelspreise lagen im Vormonatsvergleich um 0,2 % niedriger (Juli 2008: -0,1 %). Der Verbraucherpreisindex sank im August 2008 binnen Monatsfrist um 0,3 % (Juli 2008: +0,6 %).

Die Entwicklung der Preise für Mineralölerzeugnisse erhöhte – wie in den vorangegangenen Monaten – auch im August 2008 auf allen betrachteten Wirtschaftsstufen die jeweilige Jahresteuersatzrate. Im August 2008 waren Mineralölerzeugnisse auf der Erzeugerstufe um 20,1 % teurer als im August 2007, im Großhandel lagen die Preise für feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse um 22,2 % höher. Auf der Verbraucherstufe zogen die Preise für Heizöl und Kraftstoffe binnen Jahresfrist um 17,9 % an.

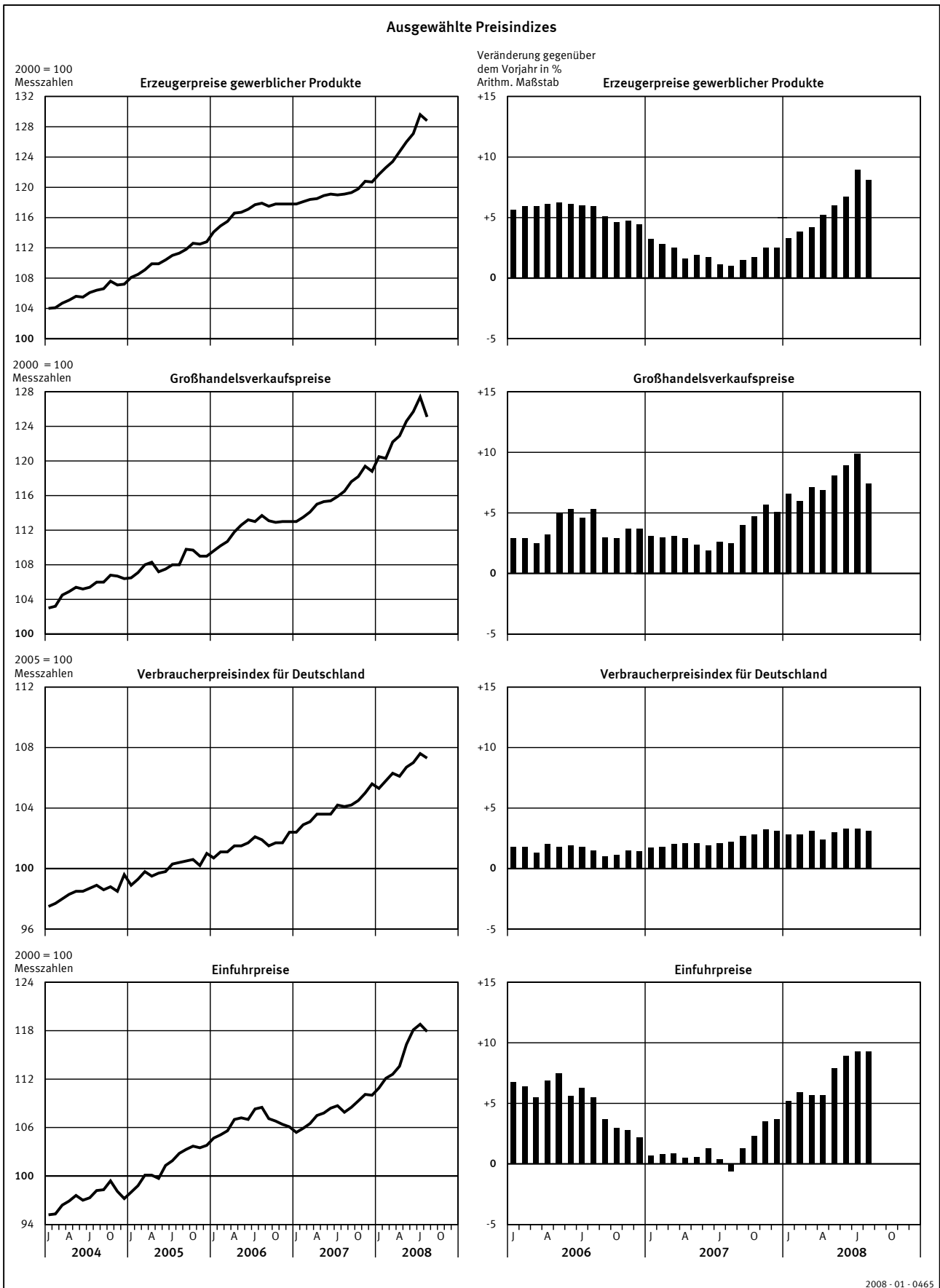
	Veränderungen August 2008 gegenüber	
	Juli 2008	August 2007
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt .....	-0,6	+8,1
ohne Mineralölerzeugnisse .....	-	+7,5
Mineralölerzeugnisse .....	-8,1	+20,1
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt .....	-1,8	+7,4
Index der Einzelhandelspreise .....	-0,2	+3,1
Verbraucherpreisindex		
insgesamt .....	-0,3	+3,1
ohne Heizöl und Kraftstoffe .....	+0,2	+2,4
Heizöl und Kraftstoffe .....	-7,3	+17,9
ohne Saisonwaren .....	-0,1	+2,7
Saisonwaren .....	-6,2	+14,2

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im August 2008 um 8,1 % höher als ein Jahr zuvor. Im Juli und im Juni 2008 hatte die Jahresteuersatzrate +8,9 bzw. +6,7 % betragen.

Im Bereich der Energie lag die Jahresteuersatzrate im August 2008 für Mineralölerzeugnisse mit +20,1 % weiterhin sehr hoch, jedoch deutlich niedriger als einen Monat zuvor (Juli 2008 gegenüber Juli 2007: +28,3 %). Bei einzelnen Mineralölprodukten ergaben sich im August 2008 folgende Preisänderungen: schweres Heizöl +62,4 %, leichtes Heizöl +42,1 %, Dieseldieselkraftstoff +19,9 %, Motorenbenzin +9,1 %. Für Erdgas mussten 28,0 % mehr bezahlt werden als vor einem Jahr, die Strompreise lagen um 19,1 % höher als im August 2007. Steinkohle und Steinkohlenbriketts verteuerten sich binnen Jahresfrist um 74,4 %. Ohne Berücksichtigung der Energie lag die Jahresteuersatzrate im August 2008 mit +3,5 % deutlich niedriger.



Schaubild 1



## Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte <sup>1)</sup>	Großhandels- verkaufs- preise <sup>1)</sup>	Einzel- handels- preise <sup>2)</sup>	Verbraucher- preis- index
				2005 = 100
2003 D .....	104,1	102,3	102,0	96,9
2004 D .....	105,8	105,3	102,3	98,5
2005 D .....	110,7	108,2	103,0	100,0
2006 D .....	116,8	112,2	104,0	101,6
2007 D .....	119,1	116,1	106,0	103,9
2007 Juli ....	119,0	115,9	105,6	104,2
Aug. ...	119,1	116,5	105,6	104,1
Sept. ...	119,3	117,6	106,2	104,2
Okt. ...	119,8	118,2	106,7	104,5
Nov. ...	120,8	119,4	107,3	105,0
Dez. ...	120,7	118,8	107,3	105,6
2008 Jan. ...	121,7	120,5	107,5	105,3
Febr. ...	122,6	120,3	107,9	105,8
März ...	123,4	122,2	108,4	106,3
April ...	124,7	122,9	108,8	106,1
Mai ....	126,0	124,6	109,1	106,7
Juni ....	127,1	125,7	109,2	107,0
Juli ....	129,6	127,4	109,1	107,6
Aug. ...	128,8	125,1	108,9	107,3
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2007 Juli ....	-0,1	+0,4	-0,2	+0,6
Aug. ...	+0,1	+0,5	-	-0,1
Sept. ...	+0,2	+0,9	+0,6	+0,1
Okt. ...	+0,4	+0,5	+0,5	+0,3
Nov. ...	+0,8	+1,0	+0,6	+0,5
Dez. ...	-0,1	-0,5	-	+0,6
2008 Jan. ...	+0,8	+1,4	+0,2	-0,3
Febr. ...	+0,7	-0,2	+0,4	+0,5
März ...	+0,7	+1,6	+0,5	+0,5
April ...	+1,1	+0,6	+0,4	-0,2
Mai ....	+1,0	+1,4	+0,3	+0,6
Juni ....	+0,9	+0,9	+0,1	+0,3
Juli ....	+2,0	+1,4	-0,1	+0,6
Aug. ...	-0,6	-1,8	-0,2	-0,3
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2003 D .....	+1,7	+0,5	+0,2	+1,0
2004 D .....	+1,6	+2,9	+0,3	+1,7
2005 D .....	+4,6	+2,8	+0,7	+1,5
2006 D .....	+5,5	+3,7	+1,0	+1,6
2007 D .....	+2,0	+3,5	+1,9	+2,3
2007 Juli ....	+1,1	+2,6	+1,6	+2,1
Aug. ...	+1,0	+2,5	+1,7	+2,2
Sept. ...	+1,5	+4,0	+2,0	+2,7
Okt. ...	+1,7	+4,7	+2,3	+3,0
Nov. ...	+2,5	+5,7	+2,8	+3,2
Dez. ...	+2,5	+5,1	+2,7	+3,1
2008 Jan. ...	+3,3	+6,6	+2,4	+2,8
Febr. ...	+3,8	+6,0	+2,5	+2,8
März ...	+4,2	+7,1	+2,7	+3,1
April ...	+5,2	+6,9	+2,7	+2,4
Mai ....	+6,0	+8,1	+3,1	+3,0
Juni ....	+6,7	+8,9	+3,2	+3,3
Juli ....	+8,9	+9,9	+3,3	+3,3
Aug. ...	+8,1	+7,4	+3,1	+3,1

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

Für Vorleistungsgüter betrug die Jahresteuersatzrate im August 2008 +5,2%. In diesem Bereich stiegen die Preise für Düngemittel und Stickstoffverbindungen (+107,9%) am stärksten an, Futtermittel für Nutztiere waren um 24,6% teurer als ein Jahr zuvor. Starke Preiserhöhungen wurden auch in der Metallverarbeitung gemessen – so verteuerte sich Betonstahl um 76,2%, warmgewalzter Walzdraht um 63,4% und Walzstahl um 21,0% gegenüber August 2007. Für metallische Sekundärrohstoffe mussten im August 2008 24,6% mehr bezahlt werden, chemische Grundstoffe ver-

teuerten sich um 15,9%. Die Preise für Blei, Zink und Zinn und Halbzeug daraus gingen dagegen binnen Jahresfrist um 42,6% zurück.

Die Jahresteuersatzrate für Konsumgüter betrug im August 2008 +3,5% (Juli 2008: +4,0%). Gebrauchsgüter waren um +2,3% teurer, die Preise für Verbrauchsgüter lagen um +3,7% höher als ein Jahr zuvor. Im Bereich der Verbrauchsgüter erhöhten sich die Preise für Teigwaren besonders stark (+34,7%). Pflanzliche und tierische Öle und Fette verteuerten sich binnen Jahresfrist um 30,6%, für Fleisch mussten 12,6% mehr bezahlt werden. Die Preise für Backwaren (+7,7%) sowie für Milch und Milcherzeugnisse (+6,2%) lagen ebenfalls deutlich höher als im August 2007.

Die Jahresteuersatzrate für Investitionsgüter betrug im August 2008 +1,6%. In diesem Bereich wurden bei Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen starke Preisrückgänge gegenüber August 2007 beobachtet (-24,3%).

Gegenüber Juli 2008 ging der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im August 2008 um 0,6% zurück. Zu dem Rückgang des Index trugen insbesondere deutliche Preissenkungen im Bereich der Energie bei. Die Preise für Mineralölzeugnisse sanken binnen Monatsfrist um 8,1%, Strom verbilligte sich im August 2008 um 2,9%.

Der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich im August 2008 gegenüber August 2007 um 7,4%. In den Vormonaten Juli und Juni 2008 hatte die Jahresteuersatzrate bei +9,9 bzw. +8,9% gelegen.

Im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen wurden auch im August 2008 sehr große Preissteigerungen (+22,2%) beobachtet, allerdings lag die Veränderungsrate deutlich niedriger als im Vormonat (Juli 2008 gegenüber Juli 2007: +30,8%). Erze, Eisen, Stahl, Nichteisenmetalle und deren Halbzeug verteuerten sich binnen Jahresfrist um 16,7%. Für Obst, Gemüse und Kartoffeln wurden im August 2008 10,8% mehr bezahlt als ein Jahr zuvor. Dagegen verbilligten sich Getreide, Saaten und Futtermittel auf Großhandelsebene um 7,0% gegenüber August 2007. Die Preise für Büromaschinen und -einrichtungen lagen um 10,8% niedriger.

Gegenüber Juli 2008 sank der Großhandelspreisindex im August 2008 um 1,8%. Nachdem im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen in den vorangegangenen Monaten deutliche Preissteigerungen beobachtet worden waren, gingen die Preise hierfür im August 2008 um 7,4% zurück.

	Veränderungen August 2008 gegenüber	
	Juli 2008	August 2007
	%	
Großhandel mit		
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren .....	-5,4	-0,5
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ...	-0,1	+7,1
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern .....	+0,1	+0,8
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen .....	-3,5	+14,8
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör .....	+0,1	-2,0
Sonstiger Großhandel .....	-1,3	+5,0

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich unter anderem folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen August 2008 gegenüber	
	Juli 2008	August 2007
	%	
<b>Erzeugerpreise gewerblicher Produkte</b>		
Düngemittel und Stickstoffverbindungen	+10,2	+107,9
Betonstahl	-7,6	+76,2
Steinkohle und Steinkohlenbriketts	+6,3	+74,4
Warmgewalzter Walzdraht	-4,0	+63,4
Schweres Heizöl	-8,5	+62,4
Leichtes Heizöl	-13,8	+42,1
Teigwaren	+0,4	+34,7
Pflanzliche und tierische Öle und Fette	-4,6	+30,6
Erdgas	+0,8	+28,0
Futtermittel für Nutztiere	-3,1	+24,6
Metallische Sekundärrohstoffe	-14,2	+24,6
Walzstahl	-0,6	+21,0
Dieselmotoren	-8,8	+19,9
Strom	-2,9	+19,1
Chemische Grundstoffe	+2,6	+15,9
Fleisch	+1,7	+12,6
Motorenbenzin	-5,4	+9,1
Backwaren	+0,5	+7,7
Milch und Milchzeugnisse	+0,4	+6,2
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	-0,7	-24,3
Blei, Zinn, Zinn und Halbzeug daraus	-3,9	-42,6
<b>Großhandelsverkaufspreise</b>		
Großhandel mit:		
Festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen	-7,4	+22,2
Erzen, Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und Halbzeug	+0,5	+16,7
Obst, Gemüse und Kartoffeln	-3,1	+10,8
Getreide, Saaten und Futtermitteln	-9,5	-7,0
Büromaschinen und -einrichtungen	-0,2	-10,8

Der *Index der Einzelhandelspreise* lag im August 2008 um 3,1 % höher als im Vorjahresmonat. Im Juli und im Juni 2008 hatte die Jahresveränderungsrate +3,3 bzw. +3,2 % betragen. Gegenüber Juli 2008 sank der Einzelhandelspreisindex um 0,2 %.

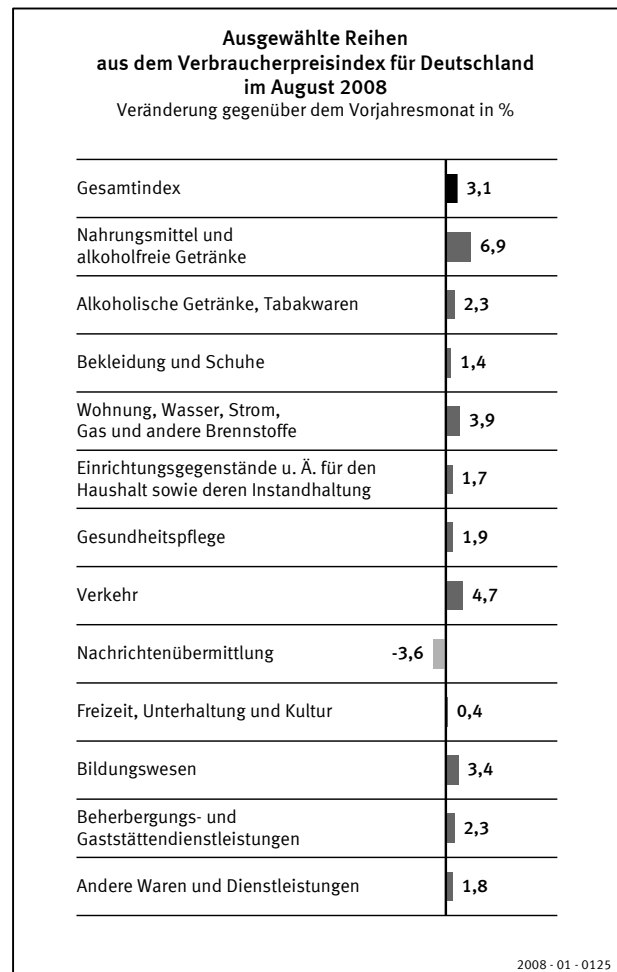
Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* erhöhte sich von August 2007 bis August 2008 um 3,1 %. In den Vormonaten Juli und Juni 2008 hatte die Jahresteuerrate jeweils +3,3 % betragen.

Die immer noch hohe Teuerungsrate im August 2008 ist zu einem erheblichen Teil auf die Preisentwicklungen im Bereich Energie zurückzuführen. Ohne Energie hätte die Teuerungsrate im August 2008 bei +1,9 % gelegen.

Für die Haushaltsenergie insgesamt mussten die Verbraucher im August 2008 um 13,8 % höhere Preise bezahlen als vor Jahresfrist. Die Jahresteuerrate für leichtes Heizöl lag mit +43,4 % besonders hoch. Für Strom mussten 7,1 % mehr bezahlt werden, Gas war um 10,2 % teurer als im August 2007.

Die Preise für Kraftstoffe lagen im August 2008 um 11,4 % höher als ein Jahr zuvor. Dieselmotoren (+20,3 %) verteuerte sich binnen Jahresfrist wesentlich stärker als Superbenzin (+8,4 %) und Normalbenzin (+9,3 %).

Schaubild 2



Preisanstiege im Bereich der Nahrungsmittel trugen ebenfalls zur hohen Jahresteuerrate im August 2008 bei. Die Preise für Nahrungsmittel insgesamt lagen gegenüber August 2007 um 7,4 % höher. Besonders stark verteuerten sich binnen Jahresfrist Molkereiprodukte und Eier (+17,2 %). Für Brot und Getreideerzeugnisse mussten die Verbraucher 8,9 % mehr bezahlen, Obst verteuerte sich um 7,3 %.

Verbrauchsgüter insgesamt verteuerten sich binnen Jahresfrist um 7,2 %. Dagegen wirkte die Preisentwicklung bei langlebigen Gebrauchsgütern dämpfend auf die Teuerungsrate: Hier lagen die Preise im August 2008 um 0,5 % niedriger als ein Jahr zuvor. Besonders starke Preisrückgänge wurden bei Informationsverarbeitungsgeräten gemessen (-16,1 %), Foto- und Filmausrüstungen waren um 12,2 % günstiger als im August 2007. Die Preise für Verbrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer lagen im August 2008 nur leicht über dem Stand von August 2007 (+1,1 %). Dienstleistungen verteuerten sich binnen Jahresfrist um 1,5 %.

Gegenüber dem Vormonat Juli 2008 ging der Verbraucherpreisindex im August 2008 um 0,3 % zurück. Preissenkungen bei Mineralölprodukten trugen wesentlich zu dem Rückgang des Index bei. Die Kraftstoffpreise sanken binnen Monatsfrist um 6,1 %, leichtes Heizöl verbilligte sich um 10,5 %. Die Preise für Nahrungsmittel gingen gegenüber dem Vormonat um 0,4 % zurück.

Verbraucherpreisindex für Deutschland  
auf Basis 2005 = 100

	Veränderungen August 2008 gegenüber	
	Juli 2008	August 2007
	%	
Gesamindex .....	-0,3	+3,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ....	-0,3	+6,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren .....	-	+2,3
Bekleidung und Schuhe .....	+2,3	+1,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw. ....	-0,2	+3,9
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä. ....	+0,3	+1,7
Gesundheitspflege .....	-	+1,9
Verkehr .....	-1,8	+4,7
Nachrichtenübermittlung .....	-0,5	-3,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur .....	-0,1	+0,4
Bildungswesen .....	-1,6	+3,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen .....	-0,1	+2,3
Andere Waren und Dienstleistungen .....	-0,1	+1,8

Der für europäische Zwecke berechnete *Harmonisierte Verbraucherpreisindex* (HVPI) für Deutschland erhöhte sich im August 2008 gegenüber August 2007 um 3,3%. Im Vergleich zum Vormonat sank der Index um 0,4%. Im Vormonat Juli 2008 hatte die Jahresveränderungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex + 3,5% betragen. In der Eurozone betrug die Inflationsrate im August 2008 + 3,8%. [U](#)





# ÜBERSICHT

## über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
<b>Organisationsfragen der deutschen und der europäischen Statistik</b>		
Arbeiten und Ergebnisse der Ratsarbeitsgruppe Statistik während der Trio-Präsidentschaft Deutschland, Portugal, Slowenien .....	7	541
<b>Neue Steuerungselemente, Qualitätsmanagement, Entlastung der Befragten</b>		
Methoden und Verfahren zur systematischen Bewertung der Datenqualität .....	4	281
Die Zeitwerttabelle als Schätzinstrument für den Zeitaufwand zur Erfüllung staatlicher Informationspflichten	5	379
<b>Regionalstatistik</b>		
Regionalstatistik auf europäischer und nationaler Ebene .....	3	207
<b>Forschungsdatenzentren</b>		
Wirtschaftsstatistische Längsschnittdaten für die Wissenschaft .....	3	217
<b>Neue Erhebungsinstrumente</b>		
Fragebogen auf dem Prüfstand: Testmethoden und deren Einsatz in der amtlichen Statistik .....	8	641
<b>Informationsgesellschaft</b>		
Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten .....	9	764
<b>Bevölkerung</b>		
Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung .....	2	123
Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung .....	9	772
Bevölkerungsentwicklung 2006 .....	1	39
Ehescheidungen 2006 .....	4	287
<b>Mikrozensus</b>		
Wohnsituation in Deutschland 2006 .....	2	113

	Heft	Seite
<b>Mikrozensus</b>		
Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung .....	2	123
Zeitarbeit 2006 .....	4	298
<b>Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarkt</b>		
Weiterentwicklung der Schnellschätzung in der Erwerbstätigenrechnung .....	5	388
Arbeitnehmerüberlassungen – Bestand und Entwicklungen .....	6	469
Zeitarbeit 2006 .....	4	298
Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ 2005 bis 2007 .....	7	553
<b>Unternehmen und Arbeitsstätten</b>		
Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten .....	6	477
Ausgewählte Ergebnisse für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland 2005 .....	3	225
Insolvenzen 2007 .....	4	302
<b>Produzierendes Gewerbe, Handwerk</b>		
Verwaltungsdaten ersetzen Konjunkturerhebungen im Handwerk .....	5	398
<b>Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus</b>		
Inlandstourismus 2007: Vorjahresergebnis deutlich übertroffen .....	6	483
<b>Außenhandel</b>		
Entlastungseffekte in der Intrahandelsstatistik durch vereinfachte Mengenangaben .....	9	784
Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels 2007 weiterhin positiv .....	5	409
<b>Bauen und Wohnen</b>		
Wohnsituation in Deutschland 2006 .....	4	312
<b>Verkehr</b>		
Gefahrguttransporte 2006 .....	5	429
Seeverkehr 2007 .....	7	581
Eisenbahnverkehr 2007 .....	5	420
Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2006 .....	3	242
Binnenschifffahrt 2007 .....	8	662
Gewerblicher Luftverkehr 2007 .....	4	322
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 2007 .....	7	592
<b>Bildung und Kultur, Forschung und Entwicklung</b>		
Entwicklung des Durchschnittsalters von Studierenden und Absolventen an deutschen Hochschulen seit 2000 .....	7	603
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>		
Wohngeld in Deutschland 2006 .....	1	52
<b>Öffentliche Finanzen und Steuern</b>		
Staatliche Förderung der Riester-Rente für das Jahr 2003 .....	1	60
Entwicklungen im öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem .....	2	135
Umsätze und ihre Besteuerung 2006 .....	9	790
Öffentliche Finanzen im Jahr 2007 .....	5	438
Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts 2007 .....	6	496
<b>Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets</b>		
Drei Jahre Panelerhebung EU-SILC .....	8	650

	Heft	Seite
<b>Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets</b>		
LEBEN IN EUROPA 2005 und 2006 .....	9	796
<b>Preise</b>		
Neue Erzeugerpreisindizes für Nachrichtenübermittlung .....	8	672
Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 2005 .....	9	808
Häuserpreisindex – Projektfortschritt und erste Ergebnisse für bestehende Wohngebäude .....	1	69
Entwicklung eines Preisindex für Bauland .....	2	142
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2007 .....	4	332
Die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 .....	8	693
Verbraucherpreisstatistik auf neuer Basis 2005 .....	4	339
Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland .....	8	681
Preisentwicklung 2007 .....	1	82
Preise im Januar 2008 .....	2	157
Preise im Februar 2008 .....	3	251
Preise im März 2008 .....	4	351
Preise im April 2008 .....	5	446
Preise im Mai 2008 .....	6	504
Preise im Juni 2008 .....	7	609
Preise im Juli 2008 .....	8	710
Preise im August 2008 .....	9	823
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>		
Bruttoinlandsprodukt 2007 .....	1	13
Bruttoinlandsprodukt in der ersten Jahreshälfte 2008 .....	9	735
Einkommensentwicklung in Deutschland .....	3	197
Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland .....	1	28
<b>Umwelt</b>		
Umweltökonomische Aspekte der Globalisierung .....	2	148
<b>Gastbeiträge</b>		
Die Arbeitsmarkteffekte der Zuwanderung – eine empirische Analyse für Deutschland .....	2	162
Wirkung eines Anstiegs der Öl- und Gaspreise auf die deutsche Wirtschaft .....	2	173
Wirtschaftsstatistische Längsschnittdaten für die Wissenschaft .....	3	217
Schätzung von linearen Regressionsmodellen mit mikroaggregierten Daten .....	3	256
Modellierung und Schätzung hedonischer Elementarpreisindizes .....	4	356
Telefonerhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ 2005 bis 2007 .....	7	553
Die Auswirkungen der Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes zum 1. Januar 2007 auf die Verbraucherpreise: Einsichten aus Einzeldaten .....	8	704
<b>Historische Beiträge</b>		
Glaubensbekenntnis eines Statistikers .....	3	264
Die Grenzen des Erfindungsgeistes im Transportwesen .....	6	509
Körperliche Uebungen in der Erziehung der weiblichen Jugend in Deutschland .....	7	614



Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler  
Präsident des Statistischen Bundesamtes  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Brigitte Reimann,  
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 20 86
- E-Mail: [wirtschaft-und-statistik@destatis.de](mailto:wirtschaft-und-statistik@destatis.de)

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage  
Part of the Elsevier Group  
Postfach 43 43  
72774 Reutlingen  
Telefon: + 49 (0) 70 71 / 93 53 50  
Telefax: + 49 (0) 70 71 / 93 53 35  
E-Mail: [destatis@s-f-g.com](mailto:destatis@s-f-g.com)  
[www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Oktober 2008

Einzelpreis der gedruckten Ausgabe: EUR 15,- [D]

Jahresbezugspreis: EUR 130,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-08109-2– ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

oder bei unserem Informationsservice  
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11 / 75 33 30
- [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

#### Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

#### Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Neuerscheinungen<sup>1)</sup> vom 22. August 2008 bis 26. September 2008

<p>• <b>Zusammenfassende Veröffentlichungen</b></p>		EUR [D]	Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, August 2008	.....	15,-	Reihe 14 Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte	
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Mai 2008	.....	19,30	Jahresergebnisse 2007, Stand: August 2008	..... 20,-
<p>• <b>Fachserien</b></p>			<p>• <b>Bund-Länder-Veröffentlichungen</b></p>	
<p>Fachserie 7: Außenhandel</p>			Kulturfinanzbericht 2008	..... 16,-
Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten			Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich	
für den Außenhandel, Juni 2008	.....	11,50	Ausgabe 2008	..... 18,-
<p>Fachserie 17: Preise</p>				
Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte				
(Erzeugerpreise), Juli 2008	.....	7,65		
Reihe 7 Verbraucherpreisindizes für Deutschland,				
August 2008 (Eilbericht)	.....	3,80		

**Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes**

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Publikationsservice online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

[www.destatis.de/publikationen](http://www.destatis.de/publikationen)

Alle aktuellen **Fachserien** werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Publikationsservice bereitgestellt.

**Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen**

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse [www.destatis.de](http://www.destatis.de) → Presse → Terminvorschau abgerufen werden.

1) Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/93 53 50, Telefax + 49 (0) 7071/93 53 35, E-Mail: [destatis@s-fg.com](mailto:destatis@s-fg.com). Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.